

Sekretariat der Vereinten Nationen

Konsolidierter Bericht 2006

Sekretariat der Vereinten Nationen

Konsolidierter Bericht 2006

Veröffentlicht von den Vereinten Nationen

07-34338 - September 2007 - 480



Sekretariat der Vereinten Nationen
Konsolidierter Bericht
2006



Vereinte Nationen • New York 2007

Hinweis für den Leser

Mit den in dieser Veröffentlichung verwendeten Bezeichnungen und vorgelegten Materialien wird vom Sekretariat der Vereinten Nationen weder zum Rechtsstatus von Ländern, Hoheitsgebieten, Städten oder Gebieten oder ihrer Behörden noch zum Verlauf ihrer Grenzen Stellung genommen.

Der in dieser Veröffentlichung verwendete Begriff „Land“ bezieht sich je nach Sachverhalt auch auf Hoheitsgebiete oder Gebiete.

Die Nennung von Firmen- oder Produktnamen impliziert keinerlei Unterstützung durch die Vereinten Nationen.

„Dollar“ (\$) sind US-Dollar, sofern nicht ausdrücklich anders erwähnt.

Die vorliegende Veröffentlichung darf unter Angabe der Quelle uneingeschränkt zitiert oder abgedruckt werden. Es wird um Zusendung eines Exemplars der Publikation, in der zitiert oder abgedruckt wird, an die nachstehende Adresse gebeten:

United Nations Secretariat
c/o Under-Secretary-General for Management
Room S-2727
New York, NY 10017
U.S.A.

VERÖFFENTLICHUNG DER VEREINTEN NATIONEN

Copyright © Vereinte Nationen 2007

Alle Rechte vorbehalten

Inhalt

	<i>Seite</i>
Vorwort von Generalsekretär Ban Ki-moon	v
Lagebericht und Analyse des Managements	1
Vorbemerkung von Inga-Britt Ahlenius, Untergeneralsekretärin, Amt für interne Aufsichtsdienste	29
 Tätigkeitsbericht	
<i>Kapitel</i>	
Weltfrieden und internationale Sicherheit	37
Wirtschaftswachstum und Entwicklung	51
Entwicklung Afrikas	71
Förderung der Menschenrechte	75
Humanitäre Hilfe	81
Völkerrecht und Justiz	87
Abrüstung	93
Drogen, Kriminalität und Terrorismus	97
Flüchtlinge	103
Organisatorische Unterstützung	109
Generalversammlung und Konferenzmanagement	109
Sicherheit	111
Presse und Information	112
Partnerschaften	115
Management	116
 Aufteilung der Ressourcen nach strategischer Programmtätigkeit	 123
 Finanzbericht	
Vorbemerkung von Warren Sach, Beigeordneter Generalsekretär, Controller	141
Finanzanalyse	143
Rechnungsabschlüsse	148
Rat der Rechnungsprüfer: Zusammenfassung des Berichts über die Friedenssicherung	198

Danksagungen

Die Erstellung dieses Berichts wurde von Lena Dissin, Cass DuRant, Jade McLachlan und Promela Suri koordiniert.

Wertvolle Beiträge leisteten Khaled Galal Abdelhamid, Jean-Jacques Arnaldez, Preeta Bannerjee, Hans Baritt, Jason Bellone, Lionel Berridge, Melitta Borovansky-Koenig, Jim Bradley, Susan Brandwayn, Anton Bronner, Christian Chartier, Augustus De Witt, Demba Diarra, Paola Emerson, John Ennis, Rune Froseth, Axumite Gebre-Egziabher, Anand Goolsarran, Miguel Gordo, Brian Gorlick, Violaine Haeringer, Patrick Hayford, Niklas Hedman, Kathryn Hinkle-Babul, Matt Hochbrueckner, Masahiro Igarashi, Richard Kalina, Katharina Kayser, Carmel Kooros, Jared Kotler, Martin Kraus, Hong Kwon, Susan Lamb, Florence Lee, Aimee Leung, Vivian Lewis, Caroline Lombardo, Saahir Lone, Diane Loughran, Gerardo Mendoza, Eva Murray, Kai Nielsen, Andrew Nye, Uren Pillay, Anne Marie Pinou, Alexandra Barahona Posada, Om Pradhan, Mark Quarterman, Arvin Ramchurn, Raj Rikhy, Patrice Robineau, Camilla Schippa, Gnilane Senghor, Ashish Shah, Jim Sniffen, Nishkala Suntharalingam, Emmy Takahashi, Mika Tapio, Sophie Veaudour, Janet Wieser, Urbain Zadi und Nikolai Zaitsev.

Die Koordinatoren danken insbesondere Tony Proscio, durch dessen geschickte Eingliederung und Zusammenstellung umfangreicher Detailinformationen ein dynamischer und prägnanter Bericht über die Leistung des Sekretariats entstanden ist. Ihr besonderer Dank gebührt außerdem der Gruppe Grafische Gestaltung der Hauptabteilung Presse und Information für ihre Initiative und Kreativität bei der Gestaltung des Berichts sowie der Hauptabteilung Generalversammlung und Konferenzmanagement für die Übersetzung, das Layout, das Korrekturlesen und den Druck dieses Dokuments.

Vorwort von Generalsekretär Ban Ki-moon



Die Vereinten Nationen (VN) sind dafür berühmt – manche mögen sogar sagen, berüchtigt –, dass sie eine Vielzahl an Berichten zu jedem erdenklichen Thema von internationaler Bedeutung hervorbringen, von speziellen wissenschaftlichen oder technischen Fragen bis zu übergreifenden weltweiten Bedrohungen und Herausforderungen. Dieser Bericht – der jetzt das zweite Jahr erscheint – ist insofern einzigartig, als mit ihm der Versuch unternommen wird, in Worten, Grafiken, Zahlen und Bildern einen konsolidierten Überblick darüber zu vermitteln, was das VN-Sekretariat im vergangenen Jahr geleistet hat. Außerdem sind

in ihm programmatische und finanzielle Informationen vereint – ein Element, an dem es in unseren bestehenden Praktiken der Berichterstattung nur allzu oft mangelt.

Warum ist dies so wichtig? Die Vereinten Nationen sind kein Selbstzweck, sondern dazu da, ihren Mitgliedstaaten zu dienen und dazu beizutragen, die Lebensbedingungen der Menschen auf der ganzen Welt zu verbessern. Es ist ihre Organisation, und sie sind diejenigen, die letztendlich für sie zahlen. Um die Unterstützung aller Interessenträger zu gewinnen und zu erhalten, müssen wir in der Lage sein, in einfachen und klaren Worten darzustellen, was die Vereinten Nationen im vergangenen Jahr geleistet haben und wie ihre Ressourcen eingesetzt wurden. Wir müssen die großen Schlagzeilen des Jahres mit konkreten, greifbaren Maßnahmen der Vereinten Nationen in Bezug setzen können. Wir müssen die unbesungenen Aktivitäten hervorheben und veranschaulichen, wie die Vereinten Nationen selbst sich weiterentwickeln und sich dem ständigen Wandel der globalen Umwelt anpassen.

Wer immer diesen Bericht liest – sei es der Parlamentsabgeordnete, der sich auf eine Abstimmung zum Thema VN-Finanzierung vorbereitet, die Delegierte eines Mitgliedstaats, die gerade erst in New York angekommen ist, der Student, der eine Seminararbeit schreibt, oder die Journalistin, die über globale Fragen berichtet –, gewinnt, so hoffe ich, durch ihn ein besseres und tieferes Verständnis der Rolle und der Bedeutung der Organisation bei der Bewältigung der derzeitigen Herausforderungen.

Ich hoffe außerdem, dass ein umfassender Jahresbericht dieser Art den Mitgliedstaaten von Nutzen dabei sein wird, die Wirksamkeit der Tätigkeit des Sekretariats zu bewerten. Es ist natürlich unmöglich, alles zu erfassen, was in einem Kalenderjahr geleistet worden ist. Dennoch vermittelt der vorliegende Bericht einen aktuellen und ehrlichen Überblick über das breite Spektrum der Tätigkeiten der VN im Laufe des Jahres 2006. Ferner geht er auf die

Reformmaßnahmen ein, durch die das Sekretariat kontinuierlich bestrebt ist, seine Leistung noch zu steigern.

Eines der Ereignisse des Jahres 2006 war natürlich die Ernennung eines neuen Generalsekretärs. Ich war zutiefst geehrt, als man mich an die Spitze dieser Organisation wählte. In meiner Dankesrede an die Generalversammlung wies ich darauf hin, dass das wahre Maß des Erfolgs für die Vereinten Nationen nicht darin liegt, wie viel wir versprechen, sondern was wir für die Menschen leisten, die uns am meisten brauchen. Dieser Bericht zeigt, was das Sekretariat 2006 mit den ihm anvertrauten Mitteln geleistet hat. Ich hege die Hoffnung, dass er zu einer strategischen Erörterung über die Frage beitragen wird, wie wir künftig noch Besseres leisten können.



Ban Ki-moon
Generalsekretär der Vereinten Nationen

Lagebericht und Analyse des Managements

Hintergrund

Dieser Konsolidierte Bericht bietet einen strategischen Überblick über die bedeutendsten Ergebnisse, die das Sekretariat 2006 erzielt hat, sowie die größten Herausforderungen, mit denen es konfrontiert war, und enthält eine freimütige Analyse der Leistungen der Organisation, einschließlich der im Laufe des Jahres gewonnenen Erfahrungen und ergriffenen Korrekturmaßnahmen. Er stellt die Ergebnisse und Fortschritte, die während des Jahres in zehn strategischen Schwerpunktbereichen erzielt wurden, in den Mittelpunkt und soll zusammen mit seiner ausführlichen Darstellung der Haushalts-, Ausgaben- und Personalsituation veranschaulichen, welchen Wert die Organisation in diesen wichtigen Bereichen erbracht hat.

Dieser Teil des Berichts enthält eine Zusammenstellung der Schlaglichter und Tätigkeiten, eine Analyse des Haushaltsvollzugs und eine Beschreibung dessen, wie das Sekretariat auf maßgebliche Prüfungs- und Aufsichtsempfehlungen eingegangen ist. Die Erörterung stützt sich weitgehend auf die ausführlichen Informationen in dem nachstehenden Tätigkeits- und Finanzbericht sowie auf die unabhängige Analyse des Amtes für interne Aufsichtsdienste und des Rates der Rechnungsprüfer.

Natürlich muss über die Erfolge und Probleme der Organisation im Programmbereich berichtet werden, aber ebenso wichtig ist es, das Management und die Organisation des Sekretariats aus der Lenkungsperspektive zu erörtern. Dies ist besonders relevant für das Jahr 2006, in dem das Sekretariat sich auf Ersuchen der Mitgliedstaaten unmittelbar mit den Herausforderungen für seine Arbeit befasste, die weitgehend durch die massive Erweiterung des Umfangs und der Streuung seiner Aufgaben in den letzten Jahren entstanden waren. Damit die Organisation derart grundlegende Veränderungen bewältigen kann, ist eine umfassende und weitreichende Managementreform notwendig, wie sie Generalsekretär Annan in seinem der Generalversammlung 2006 vorgelegten Bericht mit dem Titel „In die Vereinten Nationen investieren – die Organisation weltweit stärken“ (A/60/692) vorgeschlagen hat.

In seinem Bericht stellte Generalsekretär Annan fest, dass sich die Vereinten Nationen von heute stark von der Organisation unterscheiden, die vor über 60 Jahren aus der Konferenz von San Francisco hervorgegangen war. Auf dem Gebiet der Normsetzung leisten sie nach wie vor wichtige Sacharbeit. Doch kam es in den letzten zehn Jahren zu einer drastischen Ausweitung ihrer operativen Tätigkeiten in einer Vielzahl von Bereichen, von den Menschenrechten bis zur Entwicklung. Am augenfälligsten war die Zunahme der Friedenssicherungseinsätze um das Vierfache. Die Vereinten Nationen von heute führen ein breites Spektrum neuer Missionen durch, verfügen über einen Friedenssicherungshaushalt in Höhe von 5,4 Milliarden Dollar und haben 97.000 Friedenssicherungskräfte im Feld, darunter mehr als doppelt so viele Zivilbedienstete, wie am Amtssitz in New York beschäftigt sind. Kurz gesagt, die Vereinten Nationen sind keine Organisation mehr, die an einigen wenigen Amtssitzen Konferenzbetreuungsdienste erbringt. Sie sind vielmehr eine höchst vielfältige Organisation, die sich weltweit dafür einsetzt, das Leben der Menschen zu verbessern.

Eine derart radikale Erweiterung des Tätigkeitspektrums verlangt auch eine radikale Umgestaltung des Sekretariats der Vereinten Nationen – seiner Regeln, seiner Struktur, seiner Systeme und seiner Kultur. Hier hat es zwar gewisse Fortschritte gegeben, aber es bleibt noch viel zu tun. Die Bediensteten der Organisation – ihre wertvollste Ressource – sind zunehmend überlastet. Zudem werden ihnen die bestehenden Managementsysteme einfach nicht gerecht.

Dieser Teil des Berichts befasst sich mit den strategischen Reformen der Organisation, einschließlich Lenkung und Aufsicht, mit Ethik, Transparenz und Rechenschaftspflicht sowie mit dem System der internen Rechtspflege. Reformen in diesen Bereichen sind absolut unverzichtbar für eine Organisation, deren Personalbestand und deren Aufgaben erheblich zugenommen haben, die weltweit physisch präsent ist und deren Führung entschlossen ist, eine in höherem Maße transparente, rechenschaftspflichtige und ergebnis-

orientierte Organisation zu schaffen. Die Bereiche der Reformagenda, die in die Zuständigkeit der Hauptabteilung Management fallen, wie etwa das Personalwesen und die Informations- und Kommunikationstechnologie, werden in dem Kapitel „Organisatorische Unterstützung“ erörtert.

Lenkung und Aufsicht

Wie bereits erwähnt, wird allgemein anerkannt, dass sich die Charta der Vereinten Nationen und die Aufträge und Mandate verschiedener Einrichtungen der Vereinten Nationen seit der Gründung der Organisation praktisch nicht verändert haben. Daraus folgt, dass die entsprechenden Lenkungsstrukturen bis vor kurzem weitgehend auf diesen ursprünglichen Grundlagen aufbauten.

Um beurteilen zu können, ob die Lenkungs- und Aufsichtsstrukturen für die Herausforderungen der modernen Zeit noch angemessen und effektiv genug sind, namentlich angesichts des erweiterten Umfangs und der höheren Komplexität des VN-Systems insgesamt, forderten die politischen Führer der Welt auf dem Weltgipfel 2005 eine Evaluierung der Lenkungs- und Aufsichtsmechanismen innerhalb der Fonds, Programme und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen.

Zur Durchführung der unabhängigen Überprüfung wurde ein Lenkungsausschuss aus namhaften Verwaltungssachverständigen eingesetzt, der im Juli 2006 dem Generalsekretär seinen Bericht übergab (A/60/883/Add.1 und Add.2). Die darin enthaltenen Empfehlungen richteten sich auf die Verbesserung der Lenkung, die Stärkung der Wirksamkeit und Rechenschaft des Managements, die Gewährleistung der besseren Nutzung einer Beratung durch unabhängige Sachverständige und die Stärkung des Aufsichtssystems. Spezifisch an das Sekretariat gerichtet, gab der Ausschuss eine Reihe ineinandergreifender, aufeinander aufbauender Empfehlungen ab, namentlich

- a) die umfassende Durchführung des ergebnisorientierten Managements;
- b) die Stärkung des allgemeinen Rahmens für die Rechenschaftslegung der oberen Führungsebene;
- c) die Anwendung eines Rahmens für das Risikomanagement in der gesamten Organisation und die Zuweisung der Verantwortung für interne Kontrollen;
- d) die unverzügliche Umsetzung des Beschlusses der Generalversammlung, einen Unabhängigen

beratenden Ausschuss für Rechnungsprüfung einzusetzen, und

- e) dreiundzwanzig Empfehlungen betreffend das Amt für interne Aufsichtsdienste (AIAD), darunter
 - i) Maßnahmen zur Stärkung der operativen Unabhängigkeit des AIAD, einschließlich der Erstellung eines risikoorientierten Arbeitsplans und Haushalts, und
 - ii) die Stärkung der Arbeitsmethoden des AIAD.

Viele dieser Empfehlungen – wie etwa die Schaffung eines robusten Unabhängigen beratenden Ausschusses für Rechnungsprüfung und die Stärkung der operativen Unabhängigkeit des AIAD – werden zum Zeitpunkt der Drucklegung des Berichts von der Generalversammlung behandelt. Das Sekretariat rechnet für 2007 mit Fortschritten in Bezug auf weitere wichtige Empfehlungen, wie etwa die Ausarbeitung eines Programms für das organisationsweite Risikomanagement und eines Rahmens für interne Kontrollen, die Überprüfung des Rahmens für die Rechenschaftslegung in der Organisation und die Stärkung des ergebnisorientierten Managements. Insgesamt werden diese Managementreformen spürbare Auswirkungen auf die Schaffung einer in höherem Maße transparenten, rechenschaftspflichtigen und ergebnisorientierten Organisation haben.

Ethik, Transparenz und Rechenschaftspflicht

Parallel dazu bildet die Förderung einer Kultur der Ethik, der Transparenz und der Rechenschaftspflicht eine der wichtigsten Grundlagen des Reformprogramms des Generalsekretärs. Zu diesem Zweck betreibt das Sekretariat organisationsweite Bewusstseinsbildung betreffend Integrität, erteilt Schulungen für ethisches Verhalten und sorgt für erweiterte Rechenschaftspflicht der Führungskräfte.

Im Oktober nahmen hochrangige Bedienstete an einer zweistündigen Unterrichtung über Integrität und Ethik teil, die vom Stellvertretenden Generalsekretär geleitet wurde und auf der auch der Generalsekretär sprach. Mit dieser Unterrichtung wurde eine Reihe halbtägiger Workshops zu dem Thema „Working Together: Professional Ethics and Integrity in our Daily Work“ (Gemeinsam arbeiten: Berufsethos und Integrität bei der täglichen Arbeit) eingeleitet; der erste fand am 7. November 2006 statt. Während einer Pilotphase für den Workshop Anfang des Jahres arbei-

teten der Bereich Personalmanagement und das Ethikbüro gemeinsam daran, den sachlichen Inhalt des Workshops zu präzisieren und weltweit für alle Sekretariatsbediensteten anzupassen. Die Veranstaltungen dienten als Forum zur Erörterung typischer Ethikfragen und Entscheidungsprozesse im Arbeitsumfeld und zur Förderung eines gemeinsamen Verständnisses von Berufsethos und Integrität bei den VN-Bediensteten. Der Bereich Personalmanagement und das Ethikbüro arbeiteten mit Ansprechpartnern in Dienststellen außerhalb des Amtssitzes zusammen, um sicherzustellen, dass lokale Moderatoren zur Vermittlung dieses Programms zur Verfügung stehen.

Neben dem neuen Workshop wurden Module für Ethikschulung in zahlreiche bestehende Schulungsprogramme aufgenommen, die vom Sekretariat angeboten werden, wie etwa die Orientierungsveranstaltung für neue Bedienstete, das Schulungsmodul für Personalwesen und die Schulungsprogramme für Management- und Führungsentwicklung. Der Bereich Personalmanagement und das Ethikbüro schlossen auch die Ausarbeitung eines benutzerfreundlichen Leitfadens für die „Verhaltensnormen“ der Organisation ab, der bei der Unterrichtung über Ethikfragen ebenfalls vorgestellt wurde. Dieser als Nachschlagehilfe gedachte Leitfaden verweist auf die Regeln betreffend Interessenkonflikte, die im Bulletin des Generalsekretärs über die Rechtsstellung und die grundlegenden Rechte und Pflichten der Bediensteten der Vereinten Nationen (ST/SGB/2002/13) enthalten sind.

Ein weiterer wichtiger Schritt auf diesem Weg, der im Jahr 2006 unternommen wurde, wird in dem Bericht über die Tätigkeiten des Beirats für Managementleistung (A/61/319) dargestellt. Darin wird beschrieben, wie das interne Rechenschaftssystem für die Personalpolitik und die Personalziele gestärkt wurde, um die Programmleiter für ihre Leistungen rechenschaftspflichtig zu machen. Ende 2005 empfahl der Beirat die Einführung neu gestalteter Leistungsvereinbarungen für hochrangige Führungskräfte, die die Grundlage für eine jährliche Bewertung ihrer Leistung bilden sollten. Im Juli 2006 verglich der Beirat die erzielten Ergebnisse mit den in den Personal-Aktionsplänen für 2005 festgelegten Zielen und überprüfte auf dieser Grundlage die von den hochrangigen Führungskräften unterzeichneten Leistungsvereinbarungen für 2006. Der Beirat empfahl ferner eine Reihe von Maßnahmen, um die von den Führungskräften eingegange-

nen Verpflichtungen weiterzuverfolgen und sicherzustellen, dass sie darüber Rechenschaft ablegen.

Es liegt auf der Hand, dass eine Organisation wie die Vereinten Nationen, die im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht und zunehmend unter schwierigsten Bedingungen operiert, eine fest verwurzelte Kultur der Ethik, der Transparenz und der Rechenschaftspflicht anstreben muss. Die Entwicklungen, die sich auf diesem Gebiet derzeit vollziehen und für die die Workshops ein anschauliches Beispiel sind, zeigen, dass die Organisation bestrebt ist, bei ihren Mitarbeitern und Verhaltensnormen Veränderungen und Anpassungen zu bewirken.

System der internen Rechtspflege

Die Initiativen zur systemweiten Lenkung und zur Förderung der Integrität und Rechenschaftspflicht der Mitarbeiter befassen sich im Zuge der Bewertung der Effizienz und Wirksamkeit des Systems der internen Rechtspflege der Vereinten Nationen auch mit dem entgegengesetzten Ende des Spektrums, nämlich mit Fällen, in denen Integrität und Rechenschaft in Frage stehen. Auch für das System der Beschwerdeführung und die Beilegung dienstrechtlicher Streitigkeiten gilt, was oben schon gesagt wurde: Es ist in den 60 Jahren des Bestehens der Vereinten Nationen weitgehend unverändert geblieben. In den letzten Jahren wurden jedoch Zweifel an diesem System laut.

Am Ende der 59. Tagung der Generalversammlung im Jahr 2005 baten die Mitgliedstaaten den Generalsekretär, eine Gruppe externer Sachverständiger einzusetzen, die die Neugestaltung des Systems der internen Rechtspflege prüfen sollte. Die Gründe für die Überarbeitung des gegenwärtigen Systems waren sehr überzeugend. Erstens haben die VN-Bediensteten derzeit bei Beschwerden, die mit ihrem Arbeitsverhältnis zusammenhängen, keinen Zugang zu ihren nationalen Gerichten. Daher muss die Organisation ihrem Personal einen legitimen Beschwerdemechanismus zur Verfügung stellen. Zweitens ist die Förderung der Rechtsstaatlichkeit ein wesentlicher Bestandteil des VN-Mandats. Die Organisation sollte daher das, was sie nach außen hin lehrt, auch im Innern praktizieren, wenn es um Streitigkeiten zwischen ihrem eigenen Personal und den Führungskräften geht. Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass das jetzige System zu einer Zeit entworfen wurde, als die Organisation nur einige Tausend Mitarbeiter beschäftigte, die mei-

sten davon am Amtssitz in New York. Heute wird von dem System erwartet, dass es die Rechtspflege für über 55.000 Bedienstete des Gesamtsystems der Vereinten Nationen gewährleistet, von denen sich über die Hälfte an Felddienstorten befinden.

Die aus fünf namhaften Juristen zusammengesetzte „Gruppe für die Neugestaltung des Systems der internen Rechtspflege der Vereinten Nationen“ nahm im Februar 2006 ihre Arbeit auf und legte der Generalversammlung im Juli ihren Bericht vor. Sie gelangte einstimmig zu einer kritischen Bewertung des gegenwärtigen Systems, das sie als „veraltet, nicht zweckdienlich und ineffektiv“ beurteilte und dem sie mangelnde Unabhängigkeit bescheinigte. Dies war in der Tat eine sehr ernste Diagnose, die bei vielen Bediensteten und Managern innerhalb der Organisation auf große Resonanz stieß.

Der Gruppe zufolge weist das bestehende System mehrere große Mängel auf. Besonders augenfällig sind seine langwierigen, zu stark zentralisierten Arbeitsverfahren, die zur Folge haben, dass die Behandlung eines einzelnen Falles von der ursprünglichen Verwaltungsentscheidung bis zu einem endgültigen Urteil außerordentlich viel Zeit in Anspruch nimmt. Das heutige System besteht weitgehend aus einem zu knapp ausgestatteten Mechanismus der Fallbeurteilung durch Dienstkollegen im Rahmen von Gemeinsamen Beiräten für Beschwerden und von Disziplinausschüssen, der auf die freiwillige Mitwirkung von Bediensteten und Führungskräften angewiesen ist. Schließlich enthält das gegenwärtige System zu wenig Anreize für eine frühzeitige Beilegung von Streitigkeiten.

Zusammenfassend gesagt, schwebte der Gruppe ein neues System vor, das „professionell, unabhängig und dezentralisiert“ wäre und Folgendes umfassen würde:

- Eine stärkere Betonung der informellen Beilegung von Streitigkeiten, bevor daraus ein ausgewachsener „Rechtsstreit“ wird. Die Gruppe schlug vor, das Büro der Ombudsperson in Dienststellen außerhalb des Amtssitzes, so auch bei großen Friedenssicherungsmissionen, signifikant zu stärken. Sie schlug ebenfalls die Schaffung einer formellen Mediationsstelle vor, einer Funktion, die in dem bestehenden Rechtspflegesystem nicht existiert.
- Ersetzung der bestehenden beratenden Gremien durch ein professionalisiertes zweistufiges System mit einer ersten Instanz, dem Gericht für dienst-

rechtliche Streitigkeiten der Vereinten Nationen, das bindende Entscheidungen fällt, gegen die dann jede Partei bei einem gesonderten Berufungsgericht Rechtsmittel einlegen kann.

- Eine Ausweitung des Personenkreises, der durch das bestehende Rechtspflegesystem erfasst wird, das derzeit den zahlreichen, vielfach an Felddienstorten im Einsatz befindlichen Beratern und Einzelauftragnehmern keinen Rechtsweg eröffnet.

Ende 2006 brachte Generalsekretär Annan seine Zuversicht zum Ausdruck, dass ein robustes neues System – das angemessen ausgestattet, geplant und durchgeführt würde – zu einem stärker rechenschaftspflichtigen und professionelleren Managementteam sowie zu einer engagierteren Mitarbeiterschaft führen würde, die besser in der Lage ist, den Ansprüchen ihres Arbeitsumfelds gerecht zu werden. Generalsekretär Ban stimmte der Gruppe für die Neugestaltung insofern zu, dass das bestehende System den Bedürfnissen der Mitarbeiter, der Führungskräfte und der Organisation nicht entspricht, und legte Anfang 2007 der Generalversammlung seine eigene Mitteilung zu den Empfehlungen der Gruppe vor, zu der auch die Führungskräfte und die Bediensteten Beiträge geleistet hatten. Diese Frage wird auch 2007 ein wichtiges Thema für das Sekretariat sein.

Erweiterung der operativen Tätigkeit in der Praxis

Die vorstehenden Abschnitte befassten sich weitgehend mit VN-internen Angelegenheiten, die mit dem Wachstum der Organisation und ihrer Aufgaben zusammenhängen. Effizientere, transparentere und stärker rechenschaftspflichtige Strukturen und die Tätigkeit der Organisation im Feld schließen sich nicht gegenseitig aus; sie sind vielmehr synergetisch und setzen sich gegenseitig voraus.

Unter dem ersten Schlaglicht im Kapitel „Weltfrieden und internationale Sicherheit“ des Tätigkeitsberichts werden die vielfältigen Antwortmaßnahmen der Organisation auf die Krise in Libanon 2006 erörtert. Dabei standen politisch-diplomatische, friedenssichernde und humanitäre Aspekte im Vordergrund. Während die Hauptabteilung Politische Angelegenheiten durch Politikberatung, Analysen und wichtige diplomatische Schritte eine zentrale Rolle im Hinblick auf die rasche Beendigung des Konflikts übernahm, reagierte die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze rasch auf

die Bedürfnisse der stark erweiterten Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon, indem sie im Benehmen mit den truppenstellenden Ländern eine neue Struktur mit dem Auftrag einrichtete, zur Unterstützung der Führung auf hoher Ebene militärstrategische Beratung und Leitlinien bereitzustellen.

An anderer Stelle in diesem Bericht wird ausführlich dargestellt, wie die humanitären Hilfsmaßnahmen der VN mit den politischen und friedenssichernden Maßnahmen verflochten waren und wie spezialisierte humanitäre Gruppen sogar durch ihre eigene Zusammenarbeit wirksam zu einem befriedigenden Ergebnis in Libanon beitragen konnten.

Während der gesamten Libanon-Krise wurden von der Gruppe für konfliktbezogene Fragen in der Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA) die Auswirkungen der israelischen Militäroperationen auf Libanon dokumentiert, um eine praktische Referenzgrundlage für künftige Rehabilitations- und Wiederaufbaumaßnahmen in dem Land zu schaffen. Unmittelbar nach dem Krieg fanden eine Reihe von Ideenfindungs- und Konsultationstreffen statt, als deren Ergebnis ein Konzeptdokument mit dem Titel „Lebanon's Rebuilding and Revival: A policy paper with initiatives“ (Wiederaufbau und Neubelebung in Libanon: Ein Grundsatzpapier mit Initiativen) erstellt wurde. In dem Papier wurden die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen des Konflikts erörtert und eine Reihe von Politikempfehlungen und Projektvorschlägen formuliert, die von der libanesischen Regierung begrüßt wurden.

Dies veranschaulicht in idealer Weise das Gewicht der Verantwortung, das heute auf den Vereinten Na-

tionen ruht, aber auch die Art und Weise, wie sich verschiedene Teilbereiche der Organisation mobilisierten und koordinierten, um zu einem ganzheitlichen Ansatz für eine komplexe Situation zu gelangen.

Es muss betont werden, dass der Erfolg von Feldeinsätzen davon abhängt, ob sie von soliden Strukturen an der Spitze der Organisation unterstützt werden. Fortschritte in Richtung auf ein ergebnisorientiertes Management sind für die in kritischen Missionen am Boden eingesetzten Truppen vielleicht ein abstraktes Konzept, aber genau diesem ergebnisorientierten Management ist es zu verdanken, dass bessere Systeme vorhanden sind, die angemessene Mittel zur Erreichung der Friedenssicherungsziele bereitstellen.

Die Komplexität, der Umfang und die Dringlichkeit der immer umfangreicheren Tätigkeit der Vereinten Nationen in der Welt erfordern ein moderneres und energischeres zentrales Managementsystem. Zu gewährleisten, dass die Feldeinsätze angemessen unterstützt, effizient verwaltet und wirksam koordiniert werden und voll rechenschaftspflichtig sind, ist nicht nur eine Pflicht der Organisation gegenüber ihren Mitgliedern und Gebern. Es ist auch der beste Weg, um sicherzustellen, dass diejenigen, die ihre Hoffnung auf die von den Vereinten Nationen an vorderster Front unternommenen Aktivitäten setzen – Opfer von Konflikten oder Katastrophen, Gesellschaften, die sich um Entwicklung und volle Beteiligung an der Weltwirtschaft bemühen, Gemeinschaften, die Anspruch auf Gerechtigkeit und grundlegende Menschenrechte erheben, und viele andere – die beste Antwort erhalten, die die internationale Gemeinschaft bieten kann.

Schlaglichter aus dem Finanzbereich

Zusammenfassung der Haushaltsmittel und Ausgaben für 2006

Im Jahr 2006 standen der Organisation insgesamt Finanzmittel in Höhe von schätzungsweise 9,3 Milliarden Dollar aus unterschiedlichen Finanzierungsquellen zur Verfügung, nämlich aus dem ordentlichen Haushalt sowie den Haushalten der Friedenssicherungseinsätze, der internationalen Ad-hoc-Strafgerichtshöfe, des Projekts Sanierungsgesamtplan und sonstiger außerplanmäßiger Tätigkeiten. Die geschätzten Gesamtausgaben für 2006 in Höhe von 9,3 Milliarden Dollar verteilen sich wie folgt: ordentlicher Haushalt (1,9 Milliarden Dollar), Friedenssicherungseinsätze (4,6 Milliarden Dollar), internationale Ad-hoc-Strafgerichtshöfe (267 Millionen Dollar), Projekt Sanierungsgesamtplan (36,5 Millionen Dollar) und sonstige außerplanmäßige Tätigkeiten (2,5 Milliarden Dollar). Im Juni und Juli vergangenen Jahres bewilligte die Generalversamm-

lung zusätzliche Mittel für den ordentlichen Haushalt im Zusammenhang mit besonderen politischen Missionen und Reforminitiativen. Sie bewilligte darüber hinaus die jährlichen Haushaltsmittel für die Friedenssicherung für die im Juli 2006 beginnende Finanzperiode. Die entsprechenden Personalressourcen für die Periode umfassten insgesamt 34.407 Stellen, von denen 9.647 auf den ordentlichen Haushalt entfielen, 13.522 auf Friedenssicherungseinsätze, 2.032 auf die internationalen Ad-hoc-Strafgerichtshöfe und 9.206 auf außerplanmäßige Tätigkeiten. Weitere 102 Stellen hängen mit einnahmewirksamen Maßnahmen im Rahmen des ordentlichen Haushalts zusammen. Die sonstigen Einnahmen und Einnahmen aus der Personalabgabe (ordentlicher Haushalt, Friedenssicherung, internationale Ad-hoc-Strafgerichtshöfe) während des Berichtszeitraums werden auf 388,2 Millionen Dollar geschätzt.

Ordentlicher Haushalt der Vereinten Nationen¹

- Die Gesamtausgaben für 2006 blieben gegenüber dem Vorjahr fast unverändert. Der Anstieg der Gehaltskosten, der zum Teil der Schwäche des Dollar zuzuschreiben war, wurde zum Teil durch niedrigere Ausgaben aufgewogen. Dieser Rückgang war auf die Einschränkung der Ausgaben im ersten Halbjahr 2006 bis zur weiteren Prüfung der Reformvorschläge des Generalsekretärs durch die Generalversammlung zurückzuführen.

Ordentlicher Haushalt (in Millionen Dollar)			
	2006	2005	2004
(per 31. Dezember)			
Ausgaben	1.904	1.898	1.714
Barmittel ²	193	158	(76)
Ungedeckte Verbindlichkeiten für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses	2.073 ³	2.073 ³	1.485 ⁴

- Die Barmittelposition hatte sich zwar etwas gebessert, war jedoch weiter vom rechtzeitigen Eingang der Pflichtbeiträge abhängig. Ende 2006 reichten die verfügbaren Barmittel lediglich aus, um fünf Wochen lang die laufenden Ausgaben zu decken.
- Die aufgelaufenen Verbindlichkeiten für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses ergeben sich aus versicherungsmathematischen Bewertungen, die jeweils zum Ende eines Zweijahreszeitraums vorgenommen werden. Die letzte, im Dezember 2005 vorgenommene Bewertung ergab für das Jahr 2005 einen 40-prozentigen Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber 2003. Die nächste Bewertung dieser Verbindlichkeiten wird per Dezember 2007 stattfinden. Wie von der Generalversammlung gebilligt, wurden die aufgelaufenen Verbindlichkeiten für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses in den Rechnungsabschlüssen für 2006 ausgewiesen, und entsprechende Finanzierungsvorschläge werden der Generalversammlung auf ihrer 62. Tagung entsprechend ihrem Ersuchen erneut vorgelegt werden.

¹ Bezieht sich auf den Allgemeinen Fonds der Vereinten Nationen.

² Ohne Betriebsmittel (100 Millionen Dollar) und Sonderkonto (221 Millionen Dollar im Jahr 2006).

³ Bezieht sich auf die bis Ende 2005 aufgelaufenen Verbindlichkeiten für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses (nach Schätzung eines unabhängigen Versicherungsmathematikers).

⁴ Bezieht sich auf die bis Ende 2003 aufgelaufenen Verbindlichkeiten für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses (nach Schätzung eines unabhängigen Versicherungsmathematikers).

Friedenssicherungseinsätze⁵

- ▶ Die Gesamtausgaben stiegen zwischen 2005 und 2006 um 12 Prozent von 4,074 Milliarden Dollar auf 4,583 Milliarden Dollar. Der Nettoanstieg in Höhe von 509 Millionen Dollar war hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass dies für die UNMIS (Sudan) das erste volle Jahr ihrer Tätigkeit war, sowie auf die Ausweitung der MINUSTAH (Haiti), der MONUC (Demokratische Republik Kongo) und der UNOCI (Côte d'Ivoire); der Anstieg wurde jedoch zum Teil durch die Schließung der UNAMSIL (Sierra Leone) und der UNMISSET (Osttimor) sowie die Verkleinerung der ONUB (Burundi), der UNMEE (Äthiopien/Eritrea), der UNMIK (Kosovo) und der UNMIL (Liberia) aufgewogen.
- ▶ Bei allen aktiven Missionen gestaltete sich die Barmittelposition mit 1,642 Milliarden Dollar Ende Juni 2006 insgesamt solide. Da jedoch jede Mission über eigene, getrennt zu führende Mittel verfügt, kam es bei der UNMIK (Kosovo), der MINURSO (Westsahara) und der UNOMIG (Georgien) weiter zu periodischen Engpässen. Dadurch verzögerte sich die Kostenerstattung an die Mitgliedstaaten, die Truppen/Polizeinheiten für diese Missionen gestellt hatten.

Friedenssicherungseinsätze (in Millionen Dollar)			
	2006	2005	2004
	(per 30. Juni)		
Ausgaben	4.583	4.074	2.934
Barmittel ⁶	1.642	1.245	1.052
Anleihen bei			
– abgeschlossenen Missionen	44	244	178
– dem Reservefonds	–	73	112

- ▶ Barmittel aus abgeschlossenen Missionen werden als eiserne Reserve zur Deckung der laufenden Ausgaben aktiver Friedenssicherungsmissionen oder kurzfristiger Mittelengpässe bei den Ad-hoc-Strafgerichtshöfen oder beim ordentlichen Haushalt eingesetzt. Während des am 30. Juni 2006 abgelaufenen Jahres wurden insgesamt 44 Millionen Dollar übergangsweise für aktive Friedenssicherungsmissionen genutzt, gegenüber 244 Millionen Dollar im Vorjahr. Der Rückgang solcher Anleihen ist Ausdruck einer etwas besseren Liquiditätslage des ordentlichen Haushalts, der Ad-hoc-Strafgerichtshöfe und der aktiven Friedenssicherungsmissionen.
- ▶ Während des am 30. Juni 2006 abgelaufenen Jahres waren keine Anleihen beim Reservefonds für Friedenssicherungsmaßnahmen erforderlich, um den akuten Barmittelbedarf neuer oder erweiterter Missionen zu decken.

⁵ Umfasst vom Sicherheitsrat genehmigte Friedenssicherungsmissionen. Im Hinblick auf ihre Finanzen folgen diese Friedenssicherungseinsätze einem Zwölfmonatszyklus, der jeweils vom 1. Juli eines Jahres bis zum 30. Juni des Folgejahres reicht.

⁶ Umfasst die gesamten Barmittel aller aktiver Friedenssicherungsmissionen.

Ad-hoc-Strafgerichtshöfe

- Die Ausgaben für die beiden Ad-hoc-Strafgerichtshöfe – den Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda und den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien – stiegen 2006 um lediglich drei Prozent gegenüber dem Vorjahr an, worin die laufenden Sparmaßnahmen zum Ausdruck kommen.

Ad-hoc-Strafgerichtshöfe (in Millionen Dollar)			
	2006	2005	2004
(per 31. Dezember)			
Ausgaben	296	287	268
Barmittel	37	59	16

- Die Barmittelposition der Ad-hoc-Strafgerichtshöfe verschlechterte sich leicht, da mehr Beiträge von Mitgliedstaaten fällig blieben. Dennoch waren 2006 keine vorübergehenden Anleihen erforderlich.

Außerplanmäßige Mittel der Vereinten Nationen⁷

- Die Einnahmen stiegen 2006 im Vergleich zum Vorjahr mit 26 Prozent weiter stark an, was auf den höheren Umfang freiwilliger Beiträge, hauptsächlich für Treuhandfonds auf dem Gebiet der Menschenrechte und auf humanitärem Gebiet sowie für Nothilfeinsätze zurückzuführen war.

Außerplanmäßige Mittel (in Millionen Dollar)			
	2006	2005	2004
(per 31. Dezember)			
Einnahmen	1.113	885	585
Ausgaben	797	685	521
Überschuss	1.091	886	724

- Die Einnahmen überschritten 2006 die ausgewiesenen Ausgaben erheblich, was hauptsächlich darauf zurückzuführen war, dass für den neuen Zentralen Fonds für die Reaktion auf Notsituationen Beiträge in Höhe von 284 Millionen Dollar entrichtet wurden, denen ausgewiesene Ausgaben in Höhe von 132 Millionen Dollar gegenüberstanden. Die aus diesen Mitteln getätigten Ausgaben im Zusammenhang mit Vorschüssen an Durchführungspartner werden voraussichtlich 2007 ausgewiesen.
- Auf Grund dieses Sachverhalts stieg der Überschuss, d.h. der für Ausgaben in den kommenden Jahren maximal verfügbare Betrag, Ende 2006 auf 1,091 Milliarden Dollar.

⁷ Umfasst die Treuhandfonds der Vereinten Nationen für allgemeine und für technische Zusammenarbeit.

Anschlussmaßnahmen zu wichtigen Prüfungs- und Aufsichtsempfehlungen

Hintergrund

Zusätzlich zu der Aufsicht, welche die Generalversammlung und andere zwischenstaatliche Organe als Leitungs- und beschlussfassende Gremien führen, unterstehen die Vereinten Nationen außerdem der Aufsicht des Rates der Rechnungsprüfer, des Amtes für interne Aufsichtsdienste (AIAD) und der Gemeinsamen Inspektionsgruppe. Die drei letztgenannten Organe führen unabhängige Prüfungen, Inspektionen, Untersuchungen und Evaluierungen der VN sowie ihrer Fonds und Programme durch. Jedes dieser Organe legt Berichte mit seinen Erkenntnissen sowie mit Empfehlungen zu Abhilfemaßnahmen entweder den zwischenstaatlichen Organen oder dem Management direkt vor.

Die Hauptfunktion des Rates der Rechnungsprüfer besteht in der Prüfung der Rechnungsabschlüsse der Organisation; er nimmt jedoch auch von der Generalversammlung übertragene Sonderaufgaben wahr und befasst sich im Zuge seiner Finanzprüfungen auch mit breiter gefassten Managementfragen. Im Laufe des Jahres 2006 erstellte der Rat Berichte über die Vereinten Nationen, ihre Fonds und Programme für den am 31. Dezember 2005 abgelaufenen Zweijahreszeitraum, über die Jahresabschlüsse der Friedenssicherungseinsätze für das am 30. Juni 2006 abgelaufene Haushaltsjahr sowie über die Jahresabschlüsse des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen für das am 31. Dezember 2005 abgelaufene Jahr.

Das AIAD erbringt interne Aufsichtsdienste auf den Gebieten Innenrevision, Disziplinaruntersuchungen, Programmüberwachung und -evaluierung sowie Managementberatungsdienste. Einige seiner Berichte werden der Generalversammlung zwar direkt vorgelegt, doch als internes Aufsichtsorgan richtet sich der Großteil seiner Berichte unmittelbar an Programmleiter, um diesen bei der Verbesserung der Leitung ihrer jeweiligen Dienststellen behilflich zu sein.

Die Gemeinsame Inspektionsgruppe bringt bei ihren Inspektionen und Evaluierungen, die darauf gerichtet sind, Management und Arbeitsmethoden zu verbessern und mehr Koordinierung zwischen den Or-

ganisationen des VN-Systems herzustellen, eine unabhängige Betrachtungsweise zum Tragen. Im Laufe des Jahres 2006 gab sie sieben thematische Berichte und eine besondere Mitteilung heraus.

Mechanismen für Folgemaßnahmen durch das Management

Es obliegt den Programmleitern, an die sich der jeweilige Aufsichtsbericht oder Einzelempfehlungen richten, auf die Erkenntnisse und Empfehlungen der Aufsichtsorgane zu reagieren und Abhilfemaßnahmen zu ergreifen.

Der Generalsekretär hat die Verantwortung für die rasche und wirksame Weiterverfolgung der wichtigsten organisationsweiten Aufsichtsempfehlungen dem Managementausschuss übertragen. Dieser trat im November und Dezember 2006 zusammen, um sich mit 27 wichtigen Empfehlungen des Rates der Rechnungsprüfer zu befassen, deren Umsetzung seit mehr als zwei Jahren ausstand, sowie mit 54 besonders bedeutsamen Empfehlungen des AIAD, die entweder vor mehr als drei Jahren ergangen waren, oder auf die das AIAD die Aufmerksamkeit des Generalsekretärs gelenkt hatte, weil ihr Umsetzungsstand zu größter Besorgnis Anlass gab. Durch vierteljährliche Überwachungsverfahren soll sichergestellt werden, dass derartige Empfehlungen prompt umgesetzt werden.

Prüfungsfeststellungen und Empfehlungen: Maßnahmen des Managements

Rechnungsabschlüsse

Der Rat der Rechnungsprüfer erteilte den Rechnungsabschlüssen uneingeschränkte Bestätigungsvermerke, beanstandete jedoch im Zusammenhang mit den Rechnungsabschlüssen der Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen für die am 30. Juni 2006 endende Finanzperiode a) die Nichtberücksichtigung noch ausstehender Beiträge von Mitgliedstaaten, b) die hohen Einsparungen durch Streichung von Verbindlichkeiten aus vorangegangenen Perioden und c) die Tatsache,

dass die versicherungsmathematische Bewertung der Verbindlichkeiten aus Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses für die Friedenssicherungseinsätze nicht getrennt aufgeführt wurde. Die Auffassung der Organisation zu diesen Punkten lautet wie folgt: a) Die haushaltsmäßige Berücksichtigung noch ausstehender Beiträge ist nicht notwendig, da es sich um bindende Verpflichtungen der Mitgliedstaaten handelt; b) die hohe Zahl der Streichungen war das Ergebnis einer während des Finanzjahres 2006 durchgeführten umfassenden, detaillierten Überprüfung der ausstehenden Verbindlichkeiten und c) im letzten versicherungsmathematischen Bericht wurden die Daten betreffend die Verbindlichkeiten aus Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses für die Friedenssicherung nicht getrennt ausgewiesen. Dies wird allerdings zurzeit überprüft, und die Information soll im nächsten versicherungsmathematischen Bericht per 31. Dezember 2007 vorliegen.

Themen des Jahres 2006

Die Notwendigkeit eines Planungsrahmen für das Risikomanagement und die interne Kontrolle

Sowohl der Rat der Rechnungsprüfer als auch das AIAD haben angemerkt, dass das Risikomanagement bei den Vereinten Nationen Führungssache ist und dass der wirksamste Weg dorthin über die Verabschiedung eines umfassenden Planungsrahmens für das Risikomanagement und die interne Kontrolle führt.

In den letzten Jahren sind überall im Sekretariat Risikomanagementstrategien aufgestellt worden. In der bereits erwähnten umfassenden Überprüfung der Leitungs- und Aufsichtsmechanismen wurde die Notwendigkeit eines stärker formalisierten Risikomanagementkonzepts hervorgehoben, und derzeit wird eine Studie durchgeführt, wie dies am besten zu bewerkstelligen ist. Ein Bericht über diese Frage wird der Generalversammlung 2007 vorgelegt werden.

Arbeitsgruppe Beschaffungswesen

In Reaktion auf die das Beschaffungswesen betreffenden Feststellungen des Unabhängigen Untersuchungsausschusses für das Programm „Öl für Lebensmittel“ sowie auf die von Aufsichtsorganen im Zuge von Prüfungen und Disziplinaruntersuchungen getroffenen Feststellungen setzte der Generalsekretär die Arbeitsgruppe Beschaffungswesen ein, um Ermittlungen in

mit dem Beschaffungswesen zusammenhängenden Fällen durchzuführen. Die Arbeitsgruppe nahm ihre Tätigkeit als fester Bestandteil des AIAD Anfang 2006 auf. Wie auch bei allen anderen Untersuchungen, die das AIAD durchführt, werden die Berichte dem Management vorgelegt, das dann die gegebenenfalls notwendigen Anschlussmaßnahmen ergreift.

Zu den Abhilfemaßnahmen, die das Management auf diese Berichte hin ergreifen kann, gehören die Einleitung von Disziplinarverfahren gegen Bedienstete, wenn dies angezeigt ist, die Ergreifung geeigneter Maßnahmen gegenüber Lieferanten, beispielsweise die Streichung aus dem Lieferantenverzeichnis, wenn dies gerechtfertigt ist, sowie die Vornahme notwendiger Änderungen der Verwaltungsverfahren, beispielsweise die Stärkung der internen Kontrollen.

Kontinuierliche Durchführung der Maßnahmen

Die wesentlichen Feststellungen und Empfehlungen der Aufsichtsorgane eignen sich gewöhnlich nicht für eine rasche Umsetzung, erfordern oft umfangreiche Interaktionen mit den zwischenstaatlichen Organen, und ihre Umsetzung kann demzufolge mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Einige der in dem *United Nations Secretariat First Consolidated Report 2005* (ersten Konsolidierten Bericht des Sekretariats der Vereinten Nationen 2005) hervorgehobenen Problembereiche sind auch weiterhin Gegenstand folgender Managementmaßnahmen:

Stärkung von Aufsicht, Rechnungsprüfung und Disziplinaruntersuchungen

Der Unabhängige Lenkungsausschuss für die umfassende Überprüfung der Leitungs- und Aufsichtsmechanismen bei den Vereinten Nationen und ihren Fonds, Programmen und Sonderorganisationen prüfte die Notwendigkeit, die Aufsichtsfunktion im gesamten System der Vereinten Nationen zu stärken. In seinem der Generalversammlung 2006 übermittelten Bericht bekräftigte der Lenkungsausschuss die Notwendigkeit, einen Unabhängigen beratenden Ausschuss für Rechnungsprüfung (IAAC) einzurichten und die operative Unabhängigkeit und die Stärkung des AIAD zu gewährleisten. Neben dem Lenkungsausschuss haben auch das AIAD und die Gemeinsame Inspektionsgruppe der Generalversammlung Berichte mit ihren Auffassungen vorgelegt.

Anfang 2006 genehmigte die Generalversammlung die Schaffung des IAAC und ersuchte um die Vorlage zusätzlicher Informationen, um die Stärkung des AIAD zu erleichtern. Ende des Jahres prüfte die Generalversammlung die Einzelheiten der Aufgabenstellung des IAAC.

Stärkung der Managementstruktur an der Spitze

Der Lenkungsausschuss befasste sich darüber hinaus auch mit der Frage, wie die Amtsführung in den obersten Rängen des Sekretariats verbessert werden kann. Ein wichtiger erster Schritt dabei ist die Überprüfung des Rahmens für die Rechenschaftslegung im Sekretariat. Diese für 2007 angesetzte Überprüfung wird insbesondere darauf abstellen, die Rechenschaftspflicht der hochrangigen Führungskräfte zu erhöhen, sicherzustellen, dass die Auswahlverfahren zur Besetzung von Stellen auf dieser Ebene die Qualifikationen und die Erfahrung der Bewerber zu den verfügbaren Stellen in Beziehung setzen, ein wirksames Leistungsmanagement zu gewährleisten und die Delegation von Befugnissen an die entsprechende Verantwortung zu koppeln.

Verbesserung der Koordinierung organisationsübergreifender Programme

Angesichts der Zunahme integrierter Feldmissionen und der im Zuge der Tsunami-Katastrophe im Indischen Ozean gewonnenen Erkenntnisse bildeten die systemweite Kohärenz und die regionale Zusammenarbeit für die Aufsichtsorgane auch 2006 weiterhin einen Schwerpunkt. Im Hinblick auf die Friedenssicherung empfahl der Rat der Rechnungsprüfer die Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit im Feld, und sowohl der Rat als auch die Gemeinsame Inspektionsgruppe empfahlen die Formalisierung des Konzepts und des Rahmens für integrierte Missionen. Im Hinblick auf die Stärkung der Katastrophenbewältigung und die wirksamere Koordinierung organisationsübergreifender Aktivitäten führten sowohl der Rat der Rechnungsprüfer als auch das AIAD und die Gemeinsame Inspektionsgruppe Prüfungen der Antwortmaßnahmen des VN-Systems auf den Tsunami im Indischen Ozean durch.

Solche komplexen Herausforderungen werden auf verschiedenen Wegen angegangen. Der ehemalige Generalsekretär Kofi Annan gab in seinem Bericht über die Verstärkung der Soforthilfe, der Rehabilitation, des Wiederaufbaus und der Vorbeugung nach der

Tsunami-Katastrophe im Indischen Ozean eine Reihe von Empfehlungen ab. Zusätzlich nahm die Kommission für Friedenskonsolidierung ihre Tätigkeit als zwischenstaatliches Beratungsorgan auf, zu dessen Aufgaben Beratung, die Abgabe von Vorschlägen für integrierte Strategien für die Konfliktvorsorge und die Zusammenführung der breit gefächerten Kapazitäten und Erfahrungen der VN bei der Konfliktprävention, der Vermittlung, der Friedenssicherung, der Achtung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der humanitären Hilfe, dem Wiederaufbau und der langfristigen Entwicklung gehören.

Die Hochrangige Gruppe für Kohärenz des Systems der Vereinten Nationen, die von Generalsekretär Annan eingerichtet wurde, um unter anderem zu untersuchen, wie Doppelarbeit und Funktionsüberschneidungen vermieden und die Gemein- und die Verwaltungskosten möglichst gering gehalten werden können, legte ihren aus übergeordneter Perspektive abgefassten Bericht samt Empfehlungen im November 2006 vor. Der Bericht mit dem Titel „Einheit in der Aktion“ enthält eine klare und ausgewogene Analyse sowie eine Reihe ehrgeiziger und doch praktischer Empfehlungen, die die Wirksamkeit und Relevanz des VN-Systems maßgeblich und nachhaltig beeinflussen können. So empfiehlt der Bericht beispielsweise auf dem Gebiet der Entwicklung, dass es auf Landesebene eine einheitliche Präsenz der Vereinten Nationen, bei voller nationaler Eigenverantwortung, geben soll, die sich auf eine gestärkte und konsolidierte Finanzierungsstruktur stützt, um die Wirksamkeit der Maßnahmen der Vereinten Nationen erheblich zu erhöhen. Darüber hinaus hat die Gruppe Maßnahmen vorgeschlagen, die die Kohärenz in der Zentrale auf den für ein umgestaltetes Entwicklungssystem der VN entscheidend wichtigen Gebieten der Lenkung, der Finanzierung und des Managements stärken sollen. Ferner zielen viele Vorschläge darauf ab, eine wesentlich wirksamere Integration und Stärkung der politischen und normativen Rolle der Vereinten Nationen sowie eine bessere Abstimmung mit den operativen Aufgaben und Strukturen sicherzustellen.

Stärkung des Beschaffungswesens

Angesichts der in verschiedenen Berichten von Aufsichtsorganen im Jahr 2005 hervorgehobenen Notwendigkeit, das Beschaffungswesen zu stärken, gab die Führung den Auftrag, zu prüfen, inwieweit die Fi-

nanzkontrollen und die internen Kontrollen über das Beschaffungssystem angemessen sind. Diese Überprüfung wurde im Januar 2006 abgeschlossen. Auf viele der Empfehlungen hin wurden sofort Abhilfemaßnahmen getroffen, darunter die Einführung von Erklärungen über die Vermögensverhältnisse, die Überarbeitung der Bedingungen für Angebotsunterlagen, um das Risiko von Interessenkonflikten zu kontrollieren, die Erhöhung der Personalressourcen, eine offenere Kommunikation mit den Bediensteten und striktere Kontrollmechanismen für den Prozess der Angebotsöffnung. Weitere solche Maßnahmen wurden in das Programm zur Reform des Beschaffungswesens aufgenommen, das der Generalversammlung in dem Dokument A/60/846/Add.5 vorgelegt wurde. Trotz des hier dargestellten umfassenden Ansatzes sollte erkannt werden, dass die derzeitigen Ressourcen angesichts des erwarteten Anstiegs des Arbeitsvolumens, insbesondere im Zusammenhang mit der Zunahme der Friedenssicherungseinsätze, nicht ausreichen werden.

Die Aufsichtsorgane messen der Stärkung des Beschaffungsdienstes der VN weiter große Bedeutung zu. Der Dienst wird demzufolge einer fortlaufenden unabhängigen Bewertung durch die Aufsichtsorgane

unterzogen, bei der es darum geht, die bei der Beseitigung von Schwachstellen erzielten Fortschritte zu evaluieren und Empfehlungen für weitere Verbesserungen abzugeben.

Schaffung einer starken Organisationsethik

Die Führung ist nach wie vor bestrebt, eine starke Organisationsethik zu schaffen, um die von dem Unabhängigen Untersuchungsausschuss und dem AIAD in früheren Jahren identifizierten Schwachstellen auszuräumen. Im Januar 2006 wurde das Ethikbüro eingerichtet, und es werden für alle Mitarbeiter verbindliche Schulungsprogramme durchgeführt, um das Integritätsbewusstsein zu schärfen und Schikanierung und Belästigungen zu verhüten. Die Maßnahmen zur Durchsetzung der Null-Toleranz-Politik der Organisation gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch werden weiter verstärkt. Wie jedoch ein kürzlich erschienener AIAD-Bericht über eine Anfang 2006 bei der Friedenssicherungsmission in der Demokratischen Republik Kongo durchgeführte Disziplinaruntersuchung zeigte, wird es nicht leicht sein, das Problem der sexuellen Ausbeutung bei Friedenssicherungsmissionen zu lösen.

Herausforderungen und künftige Ausrichtung

Die VN, stark verändert, nehmen heute auf der Weltbühne eine Schlüsselrolle ein. Die Organisation ist nicht nur größer geworden, sondern hat auch einen grundlegenden Richtungswechsel vollzogen, der sie von ihren traditionellen Wurzeln im Konferenzmanagement und der Erstellung von Berichten wegführt und zu einem mit Haushaltsmitteln in mehrfacher Milliardenhöhe ausgestatteten Akteur bei den globalen Bemühungen um Friedenssicherung, Armutsbekämpfung und eine wirksame Vor- und Nachsorge bei humanitären Katastrophen macht. Dieser Richtungswechsel rückt die Vereinten Nationen stärker ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit und lässt somit die an sie gestellten Erfolgserwartungen steigen. 2006 wurden wichtige Schritte unternommen, um den damit jetzt und auch künftig verbundenen Auswirkungen auf die Organisation und ihre Mitarbeiter gerecht zu werden. Mit Blick auf die Zukunft arbeitet das Sekretariat auf gestrafftere, wirksamere, transparentere und stärker rechenschaftsorientierte Strukturen zur Unterstützung aller seiner Tätigkeiten hin. Die kontinuierliche Verbesserung und Transformation der Arbeitskultur der Organisation wird nicht nur angenommen, sondern fest erwartet.

Zu Beginn des Jahres 2007 unternahm der neue Generalsekretär, Ban Ki-moon, einen präzedenzlosen Schritt in Richtung auf größere Transparenz und Rechenschaft und veröffentlichte eine Erklärung über seine Vermögensverhältnisse. Indem er mit gutem Beispiel voranging, gab er von Anfang an die künftige Linie der Organisationskultur vor. Er versprach, sich für die Verbesserung des Organisationsklimas und für größere Professionalität und Rechenschaftspflicht einzusetzen. Der Generalsekretär betonte darüber hinaus, dass die Mobilität der Mitarbeiter im Rahmen einer umfassenden Laufbahnentwicklung und Fortbildung erhöht werden muss. Auch hierbei ging er mit gutem Beispiel voran, indem er zu besetzende Stellen in seinem Exekutivbüro organisationsweit ausschrieb. Der Generalsekretär hat die hochrangigen Führungskräfte um ihre volle Kooperation bei seinen Initiativen zur Veränderung der Arbeitskultur der Organisation gebeten. Um die Rechenschaft dieser Führungskräfte zu stärken, arbeitet er gemeinsam mit ihnen an einem Pakt, der konkrete Leistungsziele umfasst, deren Erreichung durch den Beirat für Managementleistung zu prüfen

ist. Seine Vision der Vereinten Nationen umfasst eine modernere Organisation, deren Mitarbeiter zu quantitativ und qualitativ höheren Leistungen motiviert sind, weil sie die Chance hatten, durch die Wahrnehmung vielfältiger, abwechslungsreicher Aufgaben im Feld wie am Amtssitz ihre Kompetenz zu erweitern.

Als direkte Reaktion auf die Herausforderungen, denen sich die Organisation gegenüber sieht, hat der Generalsekretär der Generalversammlung grundlegende Neustrukturierungspläne vorgelegt, um bei den friedenssichernden Tätigkeiten die Lücke zwischen Nachfrage und Kapazität zu schließen und durch die Neubelebung der Abrüstungsagenda politische Spaltungen zu überwinden. Nach sorgfältiger Auseinandersetzung mit den Stärken und Schwächen des derzeitigen Systems schlug er vor, die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze und die Hauptabteilung Abrüstungsfragen neu zu ordnen. Die Resolutionen mit den Rahmenvorgaben sind nun verabschiedet, doch der Generalsekretär und seine Mitarbeiter werden sich nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen. Um echte Verbesserungen vorweisen zu können, bleibt noch viel zu tun. Zur weiteren Stärkung der Leistungsfähigkeit der Organisation beabsichtigt der Generalsekretär, das Informations- und Telekommunikationssystem der VN auszubauen und zu modernisieren. Die Einführung einer integrierten Unternehmenssoftware und die Ernennung eines Leiters der Informationstechnologie sind vorgesehen.

Die 2006 erzielten Fortschritte im Hinblick auf Lenkung, Aufsicht, Ethik, Transparenz, Rechenschaftspflicht und Rechtspflege werden das Fundament für umfangreichere künftige Veränderungen der Arbeitskultur und Leistungssteigerungen bilden. Die Fortschritte in diesem Bereich werden 2007 weitergehen, und parallel dazu werden neue Initiativen durchgeführt werden, um durch stärkere Koordinierung neuen Prioritäten zur Stärkung der VN Rechnung zu tragen, um das Sekretariat durch den Aufbau eines professionellen, rechenschaftspflichtigen, mobilen und vielseitig einsetzbaren Personals neu zu beleben und um das Vertrauen wiederherzustellen, dass die Organisation die von ihr erwarteten Funktionen kompetent wahrnimmt. Die Aufgabe, das erheblich umfangreichere Portfolio der VN zu leiten und zu überwachen und zu

gewährleisten, dass die Organisation den ihr übertragenen Verantwortlichkeiten erfolgreich nachkommt, wird durch die bereits eingeleiteten Maßnahmen und

durch die Festlegung ehrgeiziger und doch erreichbarer Ziele für das kommende Jahr und darüber hinaus wahrgenommen werden.

Zusammenfassung der Erfolge und Problembereiche

Nachstehend finden sich Auszüge aus einzelnen Kapiteln des Tätigkeitsberichts. Hier sind für den Leser die wichtigsten Erfolge und Problembereiche, die die Programmleiter im Jahr 2006 als besonders bedeutsam erachteten, auf einen Blick zusammengefasst.

Weltfrieden und internationale Sicherheit

Wichtige Erfolge des Jahres 2006

- ✓ Die Reaktion auf die Krise in Libanon trug zur Beendigung des bewaffneten Konflikts in Libanon und Israel bei und führte zur Ausweitung der Friedenssicherungstruppe in Südlibanon.
- ✓ Mit der Verabschiedung eines Umfassendes Friedensabkommens in Sudan wurde im Juli ein wichtiger Meilenstein erreicht, der zum Abzug von Soldaten aus Ostsudan führte.
- ✓ In der Demokratischen Republik Kongo fanden im Juli die ersten demokratischen Wahlen seit 40 Jahren statt, für die 25,7 Millionen Wähler registriert waren, um in mehr als 50.000 Wahllokalen ihre Stimme abzugeben.
- ✓ Im August eröffnete die Einstellung der Feindseligkeiten zwischen der Regierung Ugandas und der Widerstandsarmee des Herrn die Aussicht auf ein Ende eines zwanzigjährigen Konflikts in Norduganda.
- ✓ Im November ging mit der Unterzeichnung eines Umfassenden Friedensabkommens in Nepal ein zehnjähriger Konflikt zu Ende.
- ✓ Im Dezember wurde das Mandat in Burundi mit der Abhaltung der ersten demokratischen Wahlen seit 12 Jahren, der Einsetzung einer nationalen Regierung und der Entwaffnung und Demobilisierung von fast 22.000 Kombattanten abgeschlossen.

(Fortsetzung auf der folgenden Seite)

Problembereiche

- ◆ Im Gefolge der Libanon-Krise hielten die Spannungen an, und die Aussichten für eine dauerhafte Waffenruhe und letztlich ein Friedensabkommen sind ungewiss.
- ◆ Im Bereich der Friedenssicherung waren Belastungen zu spüren, beispielsweise in Timor-Leste, wo sich kurz vor Ende des VN-Mandats gewaltsame Zusammenstöße ereigneten, und in Kosovo, wo keine substanzielle Einigung herbeigeführt werden konnte und die Standpunkte der Parteien bezüglich des Status weiter weit voneinander abwichen.
- ◆ In dem im Juni veröffentlichten Fortschrittsbericht über die Verhütung bewaffneter Konflikte werden systemweite Schwächen sowie das unannehmbare Missverhältnis zwischen der rhetorischen Bedeutung der Prävention und dem Mangel an entsprechenden Ressourcen und politischem Willen genannt.
- ◆ Der hohe Arbeitsanfall des Sicherheitsrats 2006 hatte eine Belastung der personellen Ressourcen der DPA-Abteilung Angelegenheiten des Sicherheitsrats zur Folge.
- ◆ Die laufenden Anstrengungen der VN in Somalia wurden durch Sicherheitsfaktoren behindert, und die Übergangsbundesregierung wurde durch die sich rasch verändernde Lage am Boden gefährdet.
- ◆ Die operativen Herausforderungen sind enorm: Friedenssicherung findet oft an abgelegenen Orten und in einem schwierigen Umfeld statt, wo es kaum Infrastruktur und Kommunikationsmittel gibt. Feldmissionen sind mit begrenzten oder stark geschwächten lokalen Güter- und Dienstleistungsmärkten und dem Mangel an Wohnraum, Trinkwasser oder ausreichender Versorgung mit frischen Nahrungsmitteln konfrontiert.

(Fortsetzung auf der folgenden Seite)

Weltfrieden und internationale Sicherheit

Wichtige Erfolge des Jahres 2006 (Fortsetzung)

- ✓ Im Dezember wurde auch ein Pakt über Sicherheit, Stabilität und Entwicklung in der Region der Großen Seen unterzeichnet.
- ✓ Die VN mobilisierten über das Projekt der Juba-Initiative Geberhilfe in Höhe von 6 Millionen Dollar.

Problembereiche (Fortsetzung)

- ◆ Auf Grund der bei vielen Missionen bestehenden logistischen und versorgungstechnischen Probleme ist die Entsendung eine höchst komplexe Angelegenheit.
- ◆ Eine weitere erhebliche Herausforderung besteht darin, für die Einsätze der VN eine ausreichende Zahl hoch qualifizierter und erfahrener Mitarbeiter und eine ausreichende Menge an Gerät bereitzustellen.
- ◆ Die DPA litt auch 2006 weiter unter chronischer Mittelknappheit.
- ◆ Im Jahr 2006 wurde eine starke Zunahme der friedenssichernden Aktivitäten verzeichnet; die dafür zur Verfügung stehenden Finanzmittel entsprechen einem halben Prozent der weltweiten Militärausgaben.

Wirtschaftswachstum und Entwicklung

Wichtige Erfolge des Jahres 2006

- ✓ Im September hielt die Generalversammlung den Dialog auf hoher Ebene über internationale Migration und Entwicklung ab, in dessen Rahmen sondiert wurde, wie die positiven Auswirkungen der internationalen Migration auf die Entwicklung maximiert und ihre negativen Auswirkungen möglichst gering gehalten werden können.
- ✓ Das VN-Waldforum einigte sich 2006 auf die künftige Richtung der internationalen Waldpolitik.
- ✓ Im November fand das fünfte Afrikanische Entwicklungsforum statt, in dessen Mittelpunkt die Rolle der Jugendlichen in der Regionalentwicklung stand.
- ✓ Im Februar veranstaltete die Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) das erste Treffen des Afrikanischen Symposiums für Statistikentwicklung, bei dem allen afrikanischen Ländern nahe gelegt wurde, sich an den Volks- und Wohnungszählungen 2010 zu beteiligen.
- ✓ Die ECA gewährte fachliche Hilfe für ein für Juni anberaumtes Gipfeltreffen über Düngemittel in Afrika und koordinierte darüber hinaus die Veröffentlichung des ersten umfassenden Wasser-Entwicklungsberichts für Afrika.
- ✓ Eine zwischen der Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP), der Asiatischen Entwicklungsbank und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) bestehende Partnerschaft zur Unterstützung der Millenniums-Entwicklungsziele, bei der die Partner jeweils technische und finanzielle Hilfe gewähren, wurde 2006 ausgeweitet.
- ✓ Im November einigte sich eine von der ESCAP veranstaltete Ministerkonferenz über Verkehrswesen über eine Erklärung und ein regionales Aktionsprogramm für Verkehrsentwicklung, hielt eine Unterzeichnungszeremonie für das Zwischenstaatliche Übereinkommen über das transasiatische Schienennetz ab und gab eine Ministererklärung über Straßenverkehrssicherheit ab.

(Fortsetzung auf der folgenden Seite)

Problembereiche

- ◆ Die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (DESA) fand es schwierig, bei der Erstellung von Analysen und Berichten, die nicht nur fachlich und technisch solide, sondern auch politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit zugänglich sind, das richtige Gleichgewicht herzustellen.
- ◆ Es gab Defizite hinsichtlich der Verfügbarkeit und Qualität amtlicher statistischer Daten zur Überwachung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele und anderer international vereinbarter Entwicklungsprioritäten.
- ◆ Es ist notwendig, dass die multilateralen und bilateralen Partner weiter ihre Koordinierungsmechanismen verbessern und mehr Gelegenheiten für eine umfassende Zusammenarbeit im Rahmen gemeinsam entwickelter Programme schaffen. Die meisten nationalen statistischen Initiativen sollten im Staatshaushalt angesetzt sein und durch starkes politisches Engagement unterstützt werden.
- ◆ In einem Jahr, in dem 52 Beitritte zu ECE-Verkehrsübereinkommen und 28 neue Ratifikationen von Umweltübereinkommen der ECE zu verzeichnen waren, besteht die Herausforderung darin, die wirksame Durchführung dieser Rechtsinstrumente in Ländern sicherzustellen, die zuweilen über einen schwachen rechtlichen und institutionellen Rahmen verfügen.
- ◆ Die Ressourcen der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC), die dem wachsenden Bedarf an technischer Hilfe im Anschluss an die Aussetzung der Handelsverhandlungen der Doha-Runde entsprechen musste, wurden stark beansprucht. Die ECLAC muss mit dem immer schneller vorstatten gehenden technologischen, sozialen und institutionellen Wandel Schritt halten, was zu einer Fragmentierung von Fachwissen und Erfahrung führen kann.
- ◆ Infolge des Kriegs in Libanon im Juli und August musste sich die ESCWA mit Konflikt und politischer Instabilität auseinandersetzen. Während des Krieges wurden internationale Bedienstete evakuiert. Auch nach dem Krieg dauern die Sicherheitsprobleme an.
- ◆ Eine der grundlegendsten Herausforderungen für das UNEP besteht darin, mit der zunehmenden Komplexität der Umweltzerstörung Schritt zu halten, was höhere Kapazitäten für die wissenschaftliche Bewertung und Überwachung erfordert.

(Fortsetzung auf der folgenden Seite)

Wirtschaftswachstum und Entwicklung

Wichtige Erfolge des Jahres 2006 (Fortsetzung)

- ✓ Die Wirtschaftskommission für Europa (ECE) veröffentlichte den Schlussbericht über ein mit 2 Millionen Dollar ausgestattetes Projekt „Investitionen in die Energieeffizienz zur Abmilderung der Klimaänderung“, durch das Investitionen in einer Gesamthöhe von über 60 Millionen Dollar identifiziert und erschlossen werden konnten, die zur Minderung des jährlichen Kohlendioxidausstoßes um etwa 136.000 Tonnen führen.
- ✓ Zwei Arbeitstagungen der Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA) im Jahr 2006 erbrachten den Entwurf eines Politikrahmens für gemeinsame Grundwasserleiter sowie weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserwirtschaft in der Region.
- ✓ Im April berief die ESCWA eine nationale Konferenz in Bahrain ein. Diese erfolgreiche Konferenz führte zur Einsetzung einer Gruppe Sozialpolitik im Ministerium für Sozialentwicklung in Bahrain, die inzwischen ihre Arbeit voll aufgenommen hat.
- ✓ Im Jahr 2006 konnte das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) durch seine raschen Umweltbewertungen dazu beitragen, direkte Bedrohungen zu ermitteln und auf Umweltprobleme aufmerksam zu machen.
- ✓ Im Dezember beschloss die erste Asiatisch-Pazifische Ministerkonferenz über Wohnungswesen und Stadtentwicklung einstimmig einen neuen Mechanismus zur Einsetzung eines ständigen Sekretariats und einigte sich auf einen Gestärkten Rahmenplan für bessere Städte, der auf vier Säulen ruht: armenfreundliche Stadtverwaltung und -planung, Slumsanierung, Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele für Wasser- und Sanitärversorgung und Finanzierung einer zukunftsfähigen Verstärkung.

Problembereiche (Fortsetzung)

- ◆ Eine weitere Herausforderung für das UNEP besteht in der Umsetzung des Strategieplans von Bali für technologische Unterstützung und Kapazitätsaufbau.
- ◆ Das UNEP wird künftig neben seinen Partnerschaften mit Umweltministerien zunehmend Partnerschaften mit Ministerien für Planung und Finanzen fördern sowie die Wechselbeziehungen zwischen den Ministerien innerhalb der einzelnen Länder besser verstehen müssen.
- ◆ Die größte Herausforderung für das Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-Habitat) besteht darin, dass die Frage zukunftsfähiger Städte nach wie vor bei der einzelstaatlichen Entwicklungspolitik und innerhalb des VN-Entwicklungshilfe-Programmrahmens der meisten Länder nicht genügend gewürdigt und priorisiert wird.
- ◆ Das UN-Habitat verfügt nicht über ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen für die Durchführung seines Mandats.
- ◆ Die größte Herausforderung für die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) bestand darin, sicherzustellen, dass ihre Politikanalysen und -empfehlungen die richtige Zielgruppe erreichen und dass ihre technische Hilfe dauerhafte Wirkung zeitigt.
- ◆ Zu den größten Hindernissen, die sich dem Internationalen Handelszentrum (ITC) entgegenstellten, gehörte sein geringer Bekanntheitsgrad auf Feldebene, der hinter dem anderer nichtresidenter VN-Organisationen zurückbleibt.
- ◆ Die Teilnahme der Vertreter armer Staaten an internationalen Begegnungen ist nach wie vor eine kritische Herausforderung für das Büro des Hohen Beauftragten der Vereinten Nationen für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer (OHRLLS), da sein ordentlicher Haushalt keine Ausgaben dieser Art vorsieht. Freiwillige Beiträge müssen erbeten werden und reichen oftmals nicht aus.
- ◆ Die wichtigsten Herausforderungen für das Büro für Weltraumfragen (OOSA) bestanden in seiner geringen Personalausstattung sowie in seinen begrenzten Haushaltsmitteln für Stipendien für seine Workshops zum Kapazitätsaufbau und seine Pilotprojekte.

Entwicklung Afrikas

Wichtige Erfolge des Jahres 2006

- ✓ Der Beirat des Generalsekretärs für die internationale Unterstützung der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD), der eingesetzt wurde, um um Unterstützung für die Neue Partnerschaft zu werben, hielt zwei Tagungen ab und veröffentlichte seinen zweiten Bericht.
- ✓ Im Juni analysierte eine Sachverständigengruppe den Zusammenhang zwischen natürlichen Ressourcen und Konflikten in Afrika und kam zu dem Schluss, dass Bedarf an weiteren Informationen, politischer Beratung und internationaler Unterstützung für Wege zur Bewirtschaftung und Nutzung der natürlichen Ressourcen, die die nachhaltige Entwicklung fördern, besteht.
- ✓ Im Oktober veranstaltete das Büro des Sonderberaters für Afrika (OSAA) eine Diskussion einer Sachverständigengruppe über die institutionellen Herausforderungen bei der Durchführung der NEPAD-Agenda. Eine weitere Sachverständigengruppe über Jugend und Konflikte kam zu dem Schluss, dass Jugendlichen eine unverzichtbare Rolle bei der Förderung dauerhaften Friedens in Afrika zukommt.
- ✓ China, Indien, Brasilien, Malaysia und die Republik Korea sind zu neuen Entwicklungspartnern Afrikas geworden.
- ✓ Die Unterzeichnung der Erklärung über die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union dient als Rahmen für das von den VN durchgeführte, auf zehn Jahre angelegte Kapazitätsaufbauprogramm für die Afrikanische Union.

Problembereiche

- ◆ Die Notwendigkeit einer Erhöhung der organisatorischen Kapazitäten und das Defizit an aus dem ordentlichen Haushalt bereitgestellten Personalressourcen und Finanzmitteln nehmen unter den Schlüsselfaktoren, die über die Fortschritte in den kommenden Jahren entscheiden werden, einen wichtigen Platz ein.
- ◆ Mit einer immer umfangreicheren Agenda von afrikabezogenen Tagungen, Themen und Aktivitäten sowohl innerhalb als auch außerhalb des VN-Systems Schritt zu halten, ist eine große Herausforderung.

Förderung der Menschenrechte

Wichtige Erfolge des Jahres 2006

- ✓ Durch die Verdoppelung des Haushalts für das Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte (OHCHR) wurden 91 zusätzliche Stellen für Menschenrechtsreferenten geschaffen und im Zweijahreszeitraum 2006-2007 die ordentlichen Haushaltsmittel des Amtes um fast 28 Prozent erhöht.
- ✓ Ein neues Menschenrechtsbüro wurde in Togo eröffnet, und Vorbereitungen für ein neues Landesbüro wurden in Bolivien eingeleitet, um die Menschenrechtslage vor Ort zu beobachten und bei der Bekämpfung von Missbräuchen stärker mit nationalen Regierungen und regionalen Organen zusammenzuarbeiten.
- ✓ Die verstärkte Entsendung von Mitarbeitern ins Feld trug in Uganda erheblich dazu bei, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die schweren Menschenrechtsverletzungen zu richten, die das Militär gegen die örtliche Bevölkerung begeht; diese Maßnahmen haben zu Verbesserungen bei den Militäreinsätzen der Regierung in der Region geführt.
- ✓ In Kambodscha wurde ein Konsens zwischen dem Innenministerium und nichtstaatlichen Organisationen über einen Kerngrundsatz erzielt, der die Grundlage eines Gesetzesentwurfs über friedliche Demonstrationen bildet.
- ✓ In Angola wurde eine neue nationale Menschenrechtsinstitution geschaffen, und die Mediation wurde in das angolansische Rechtssystem aufgenommen.
- ✓ Eine Soforteinsatzgruppe wurde eingerichtet, um die Reaktion des OHCHR auf Menschenrechtskrisen zu stärken und zu koordinieren.
- ✓ Ein neuer Menschenrechtsrat wurde geschaffen, um dem Umstand praktischen Ausdruck zu verleihen, dass in der VN-Charta neben der Sicherheit und der Entwicklung die Menschenrechte als gleichwertiger Aspekt der Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Organisation anerkannt werden.
- ✓ Drei internationale Übereinkünfte wurden verabschiedet, um die Menschenrechtsagenda weltweit voranbringen zu helfen.

Problembereiche

- ◆ Die Ausweitung der Aktivitäten des OHCHR, die durch den Aktionsplan von 2005 in Gang gesetzt wurde, hat eine Reihe von Herausforderungen mit sich gebracht: So müssen die Rechenschaftspflichten für neue Aufgaben klargestellt werden, es müssen nicht nur neue Mechanismen, Prozesse und Verfahren geschaffen, sondern auch die bestehenden verstärkt werden, und es muss ein gemeinsames Verständnis des Aktionsplans und des Mandats der Hohen Kommissarin sichergestellt werden.
- ◆ Der Zeitaufwand für Rekrutierung, Personalrotation und Veränderung der Managementstruktur hat die optimale Aufgabenwahrnehmung des Amtes auf kurze Sicht beeinträchtigt.
- ◆ Das OHCHR muss sein New Yorker Büro erheblich stärken und dessen Rechenschaftspflichten und Koordinierungsmechanismen gegenüber der Zentrale des Amtes in Genf klären.
- ◆ Die eingeschränkte politische Unterstützung für den Vorschlag der Hohen Kommissarin, ein einheitliches ständiges Vertragsorgan zu schaffen, führte zu einem Aufschub der zwischenstaatlichen Tagung der Vertragsparteien zur Prüfung der im Aktionsplan vorgesehenen Optionen.

Humanitäre Hilfe

Wichtige Erfolge des Jahres 2006

- ✓ Bei der weithin als unparteiisch anerkannten raschen Reaktion auf die Krise in Libanon entsandte das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) ein Team zur Unterstützung der internationalen Maßnahmen. Das Team richtete zusammen mit einem Netz von VN-Organisationen und nichtstaatlichen Organisationen wirksame und umfassende Koordinierungs- und Logistikzentren ein.
- ✓ Das OCHA koordinierte daneben die Beiträge von Partnerorganisationen zu dem Blitzappell zur Mobilisierung internationaler Finanzmittel in Höhe von 155 Millionen Dollar, um verschiedene auf Grund des Libanon-Konflikts entstandene humanitäre Bedürfnisse zu befriedigen.
- ✓ Eine neue VN-Friedenssicherungsmission für Timor-Leste wurde in Reaktion auf den bewaffneten Konflikt zwischen der Polizei und den Streitkräften des Landes eingerichtet.
- ✓ Der 2006 eingerichtete Zentrale Fonds für die Reaktion auf Notsituationen (CERF) hat seine Bewährungsprobe während der Krise in Timor-Leste bestanden. Zehn Tage nach Ausbruch der Krise wurde aus dem CERF ein Zuschuss für das Anlaufen der Nothilfmaßnahmen bereitgestellt.
- ✓ Die Stärkung des Systems der Humanitären Koordinatoren umfasste neue Wege zur Ermittlung, Rekrutierung und Schulung potenzieller Koordinatoren lange vor dem Eintreten eines Notfalls.
- ✓ Im März erließ das OCHA einen Beitragsappell in Höhe von 38 Millionen Dollar zu Gunsten von Schwerpunktgruppen, um Personal zu schulen, die gemeinsamen Bestände an Nothilfegütern aufzustocken und einvernehmlich festgelegte Normen, Leitlinien, Rahmenpläne, Systeme und Instrumente für die Reaktion auf Notsituationen zu erarbeiten. Der Schwerpunktgruppen-Ansatz wurde in vier neuen großen Notsituationen erfolgreich angewendet: in Pakistan, Indonesien (Jogyakarta), Libanon und den Philippinen.

Problembereiche

- ◆ Der Prozess der Reform des humanitären Systems wird nur dann Fuß fassen und erfolgreich sein, wenn er allen Interessenträgern klar und deutlich vermittelt wird.
- ◆ Unzureichende Kapazitätsreserven haben die Reaktion auf plötzlich auftretende Notsituationen verlangsamt und einen raschen großflächigen Einsatz humanitärer Helfer verhindert.

Völkerrecht und Justiz

Wichtige Erfolge des Jahres 2006

- ✓ Vor den Kammern des Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien wurden gleichzeitig sechs Prozesse gegen 25 Angeklagte geführt, die höchste Zahl in seiner 14-jährigen Geschichte.
- ✓ Der Bereich Rechtsangelegenheiten (OLA) handelte die Schaffung eines Sondergerichtshofs für Libanon aus. Der Sicherheitsrat billigte die Errichtung des Gerichtshofs und das Statut, nach dem er tätig sein wird.
- ✓ Der OLA unterstützte die Mitgliedstaaten und die internationalen Vertragsorgane verstärkt beim Kapazitätsaufbau auf dem Gebiet Seerecht und Meeresangelegenheiten mit dem Ziel, die juristischen Aspekte von Fragen der internationalen Schifffahrt stärker ins Bewusstsein zu bringen und verständlicher zu machen.
- ✓ Die Zeremonie der Verträge unter dem Motto „Crossing Borders“, bei der es speziell um multilaterale Verträge ging, bewegte 46 Staaten zu insgesamt 86 Maßnahmen im Zusammenhang mit 40 Verträgen auf Gebieten wie Flüchtlinge, Abrüstung und Sicherheit der Staaten, menschliche Sicherheit und Menschenhandel, Wanderarbeitnehmer und nachhaltige Entwicklung.

Problembereiche

- ◆ Die internationalen Ad-hoc-Strafgerichtshöfe haben nach wie vor Schwierigkeiten, sich bei der Festnahme flüchtiger Personen der Unterstützung der Mitgliedstaaten zu versichern.
- ◆ Einige Mitgliedstaaten zeigten sich nur wenig bereit, freigesprochene Personen oder auch Verurteilte, zum Zweck des Strafvollzugs, aufzunehmen.
- ◆ Die verspätete Zahlung von Pflichtbeiträgen von Mitgliedstaaten erschwerte oft die reibungslose und geordnete Durchführung der Tätigkeiten.
- ◆ Die begrenzte Zahl von Juristen hat die Fähigkeit des OLA beeinträchtigt, Beratung zeitnah und auf eine Weise zu gewähren, die dem Bedarf der seine Dienste anfordernden Stellen voll gerecht wird.

Abrüstung

Wichtige Erfolge des Jahres 2006

- ✓ Eine internationale Konferenz wurde mit dem Ziel abgehalten, die Fortschritte bei der Durchführung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen zu überprüfen.
- ✓ Regionalseminare zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen trugen dazu bei, die Teilnehmer besser mit den in zwei Resolutionen des Sicherheitsrats enthaltenen Verpflichtungen und Forderungen vertraut zu machen, wonach die Staaten innerstaatliche Kontrollen zur Verhütung der Verbreitung von nuklearen, chemischen und biologischen Waffen und ihren Trägersystemen einrichten und entsprechende Rechtsvorschriften erlassen müssen.
- ✓ Auf der sechsten Konferenz zur Überprüfung des Übereinkommens über biologische Waffen gelang es, das Biowaffenregime in mehrfacher praktischer Hinsicht zu stärken, so auch durch die Schaffung einer Gruppe für die Unterstützung der Durchführung in der Genfer Zweigstelle des Büros für Abrüstungsfragen (ODA).
- ✓ Im November wurde auf der dritten Konferenz zur Überprüfung des Übereinkommens über bestimmte konventionelle Waffen das Inkrafttreten eines neuen Protokolls gewürdigt, das das humanitäre Völkerrecht zu explosiven Kampfmittelrückständen verschärft. Auf der Konferenz wurde ein Förderprogramm eingerichtet, das den am wenigsten entwickelten Ländern bei der Durchführung des Übereinkommens und bei der Teilnahme an damit zusammenhängenden Aktivitäten behilflich sein soll.

Problembereiche

- ◆ Die Mitgliedstaaten waren auf der Konferenz zur Überprüfung der Fortschritte bei der Kontrolle unerlaubter Kleinwaffen und leichter Waffen nicht in der Lage, zu einem Konsens über ein Ergebnisdokument und einen Folgeprozess zu gelangen.
- ◆ Unterschiedliche Auffassungen der Mitgliedstaaten beeinträchtigten weiter die Arbeit der Abrüstungskonferenz sowie die Beratungen und Ergebnisse anderer Abrüstungsforen.
- ◆ Durch die erheblichen finanziellen Engpässe in Regionalzentren konnte das ODA der steigenden Nachfrage an Workshops und Seminaren zu verschiedenen Abrüstungsthemen nicht richtig gerecht werden.
- ◆ Es fehlt eine IT-Strategie in Zusammenarbeit mit anderen VN-Programmen, um der Öffentlichkeit ein besseres Verständnis für die von dem ODA ausgerichteten Veranstaltungen zu vermitteln.

Drogen, Kriminalität und Terrorismus

Wichtige Erfolge des Jahres 2006

- ✓ Myanmar, Thailand und der Laotischen Volksdemokratischen Republik gelang es, die unerlaubte Herstellung von Opium radikal auf ein nahezu unerhebliches Maß zu reduzieren.
- ✓ Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) leistete technische Hilfe im Feld bei der Einrichtung des Zentralasiatischen regionalen Informations- und Koordinierungszentrums (CARICC), eines regionalen Zentrums für Strafverfolgungsdaten zur Bekämpfung des unerlaubten Drogenhandels.
- ✓ Das UNODC vereinbarte mit der Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit die Entwicklung gemeinsamer Projekte zur Bekämpfung von Drogen und Kriminalität.
- ✓ Das Büro unterstützte die regionale Zusammenarbeit mit dem NATO-Russland-Rat und der Regierung Katars bei der Suchtstoffbekämpfung und der Strafverfolgung.
- ✓ Das UNODC stellte technische Hilfsmittel für Polizisten, Strafverfolgungsbeamte und Kriminalitätsexperten bereit und war bei der Erarbeitung eines *Counter-Kidnap Manual* (Handbuch für die Bekämpfung des Menschenraubs) und eines *Toolkit to Combat Trafficking in Persons* (Instrumentarium zur Bekämpfung des Menschenhandels) behilflich.
- ✓ Die Generalversammlung verabschiedete im Konsens die Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus mit dem Ziel der Stärkung des internationalen Widerstands gegen den Terrorismus.
- ✓ Die VN gewährten 54 Ländern Hilfe bei der Ratifikation und Durchführung von internationalen Übereinkünften und Protokollen betreffend den Terrorismus.
- ✓ Neue Pilotprojekte, die in Ghana und in Pakistan im Rahmen des Containerkontrollprogramms eingerichtet wurden, werden den Regierungen bei der Kontrolle der Seefrachtströme behilflich sein. In Ecuador trug dieses Programm zur Beschlagnahme von mehr als 5,5 Tonnen Kokain mit einem Verkaufswert von über 550 Millionen Dollar bei.
- ✓ Eine umfassende, auf vier Jahre angelegte mittelfristige Strategie (2008-2011) soll einen ergebnisorientierten Ansatz in allen Teilen des UNODC institutionalisieren.

Problembereiche

- ◆ Die Opiumproduktion Afghanistans, die nach wie vor mehr als neun Zehntel des weltweiten Angebots ausmacht, stieg im vergangenen Jahr explosionsartig um 49 Prozent an.
- ◆ Die Kokainnachfrage in Europa sowie die weltweite Nachfrage nach Cannabis sind gewachsen.
- ◆ Die zwischenstaatlichen Verpflichtungen resultierten bisher nicht in einer höheren materiellen Unterstützung für den ordentlichen Haushalt des UNODC, und es besteht eine zunehmende Diskrepanz zwischen den Mandaten und Aufgaben einerseits und den Ressourcen andererseits.
- ◆ Ein Hindernis besteht in dem Mangel an zuverlässigen und notwendigen Daten zu Kriminalitätstrends und den begrenzten Ressourcen für die Verbrechensverhütung, die von den Mitgliedstaaten bereitgestellt werden.

Flüchtlinge

Wichtige Erfolge des Jahres 2006

- ✓ In den 663 Schulen des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) waren fast 500.000 Kinder eingeschrieben, etwa 9 Millionen Patienten suchten seine Ambulanzstationen auf, und 105 Gemeinschaftszentren für Frauen wurden von ihm betrieben oder unterstützt.
- ✓ Zur Herbeiführung einer ausgewogeneren Lasten- und Aufgabenteilung sowie zum Aufbau von Kapazitäten zur Aufnahme und zum Schutz von Flüchtlingen arbeitete das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) mit Regierungsbehörden der Nachbarländer Iraks und anderen Ländern zusammen, die Finanzmittel für die Registrierung irakischer Asylsuchender bereitstellen.
- ✓ Der Exekutivausschuss verabschiedete eine Schlussfolgerung betreffend gefährdete Frauen und Mädchen, die einen Rahmen für das UNHCR, Regierungen und andere Akteure bietet, gemeinschaftlich die Risiken der Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Situationen der Vertreibung aufzuzeigen und wirksamer dagegen vorzugehen.
- ✓ Das UNRWA leitete im September die Initiative „Schools of Excellence“ ein, um das Bildungswesen für nahezu 200.000 jugendliche Palästinaflüchtlinge in Gaza zu sanieren.
- ✓ Das UNHCR brachte einen Zehn-Punkte-Aktionsplan auf den Weg, in dem ein umfassendes und gemeinschaftliches Vorgehen der Herkunfts-, Transit- und Zielländer sowie der internationalen Organisationen und nichtstaatlichen Organisationen empfohlen wird, um sicherzustellen, dass Maßnahmen zur Eindämmung irregulärer Migration den Flüchtlingsschutz nicht beeinträchtigen.

Problembereiche

- ◆ Der Einsatz, in dessen Rahmen fast 26.000 Flüchtlinge nach Südsudan zurückgeführt werden sollten, wurde durch die instabile Sicherheitslage und den Mangel an Infrastruktur und grundlegenden Einrichtungen wie Schulen und Krankenstationen vor eine schwere Herausforderung gestellt.
- ◆ Situationen, in denen sich bewaffnete Elemente unter die eintreffenden Flüchtlinge mischen, um in Asylländer einzudringen, stellen eine erhebliche Herausforderung dar, so im östlichen Tschad, wo ethnische Gewalt übergegriffen und die Fähigkeit der Sicherheitskräfte, Hunderttausende Flüchtlinge zu schützen, in erheblichem Maße strapaziert hat.
- ◆ Sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt stellt für viele Flüchtlinge und Binnenvertriebene ebenfalls eine Bedrohung dar, vor allem in Anbetracht dessen, dass sich Lager oft an abgelegenen Orten befinden, wo die staatlichen Mechanismen und die Rechtsstaatlichkeit schwach sind.
- ◆ Internationale VN-Bedienstete, die in Gaza arbeiten und Inhaber eines israelischen Dienstvisums sind, hatten große Schwierigkeiten, nach Israel einzureisen. Unzureichende Mittel untergruben 2006 auch die Fähigkeit des UNRWA, den Bedürfnissen der Flüchtlinge zu entsprechen.
- ◆ Im Zuge des Reformprozesses des UNRWA ist die Notwendigkeit deutlich geworden, die Zahl der Ortskräfte und der internationalen Bediensteten beträchtlich zu erhöhen. Wegen Unterfinanzierung und damit einhergehender Sparmaßnahmen ist das Hilfswerk außerstande, neue Aufgaben zu übernehmen.

Organisatorische Unterstützung

Wichtige Erfolge des Jahres 2006

- ✓ Im Juni trafen die Konferenzmanager der Hauptabteilung Generalversammlung und Konferenzmanagement (DGACM) Vereinbarungen in zentralen Bereichen ihrer Arbeit – insbesondere proaktive Dokumentenverwaltung, Kapazitätsberechnungen, eine gemeinsame Terminologiedatenbank für die Sprachendienste der Hauptabteilung und computergestützte Übersetzung.
- ✓ Die DGACM rief eine globale Initiative für Informationstechnologie ins Leben.
- ✓ Die Effizienz der Dokumentenverwaltung bei der DGACM stieg durch eine genaue Vorausplanung mittels eines Terminsystems für die Vorlage von Dokumenten und durch die Verbesserung der Kapazitätsplanung.
- ✓ Der „Rechenschaftsrahmen im System für das Sicherheitsmanagement der Vereinten Nationen“ wurde der Generalversammlung zur Genehmigung empfohlen.
- ✓ Die Hauptabteilung Sicherheit (DSS) richtete verstärkt Sicherheitsmitteilungen an alle Bediensteten des VN-Systems, entwickelte einen einvernehmlichen Rechenschaftsrahmen und intensivierte die Ausbildung des Sicherheitspersonals.
- ✓ Die Hauptabteilung Presse und Information (DPI) führte eine erfolgreiche Kommunikationskampagne für den im September abgehaltenen Dialog der Generalversammlung auf hoher Ebene über Migration durch.
- ✓ Eine im Rahmen der DPI-Kampagne durchgeführte Aktion konnte im Oktober über 24 Stunden hinweg weltweit über 23 Millionen Menschen zum „Aufstehen gegen Armut“ mobilisieren. Diese Veranstaltung ging als die größte ihrer Art ins Guinness-Buch der Rekorde ein.
- ✓ Die DPI-Kampagne „Wasser – Quelle des Lebens“ mit MTV und Jay-Z zur Wasser- und Sanitärversorgungskrise in der Welt war sehr erfolgreich.
- ✓ Die DPI organisierte den ersten jährlichen Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust.

(Fortsetzung auf der folgenden Seite)

Problembereiche

- ◆ Einige Mandate, mit denen eine Berichterstattung verbunden ist, werden zu knapp vor der Sitzung erteilt, auf der der Bericht vorzulegen ist, was sich für die DGACM als problematisch erweisen kann.
- ◆ Die bevorstehenden Pensionierungen von Bediensteten – insbesondere in den Sprachdiensten – stellen eine große Herausforderung für die DGACM dar.
- ◆ Die DSS sieht sich erheblichen Schwierigkeiten bei der Ermittlung und Gewinnung entsprechend qualifizierter Bewerber aus nicht repräsentierten und unterrepräsentierten Ländern gegenüber.
- ◆ Angesichts eines Haushalts mit Nullwachstum ist es für die DPI schwierig, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Entwicklung neuer Produkte und Informationsträger einerseits und der Stärkung traditioneller Methoden der Informationsübermittlung andererseits zu erreichen.
- ◆ Die Fähigkeit der Organisation, den sich wandelnden Anforderungen gerecht zu werden, wird durch komplexe, überholte und fragmentierte Managementsysteme und -prozesse beeinträchtigt

(Fortsetzung auf der folgenden Seite)

Organisatorische Unterstützung

Wichtige Erfolge des Jahres 2006 (Fortsetzung)

- ✓ Der Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften verwaltete Arbeitsvereinbarungen zwischen VN-Institutionen und der Stiftung für die Vereinten Nationen, in deren Rahmen die Stiftung und ihre Finanzierungspartner Investitionen in Höhe von 191 Millionen Dollar tätigten.
- ✓ In seinem Bericht „In die Vereinten Nationen investieren – die Organisation weltweit stärken“ schlug der Generalsekretär radikale Änderungen der Arbeitsabläufe der Hauptabteilung Management (DM) vor, die von der Vereinfachung des Systems der Anstellungsverträge bis zur Konsolidierung der Friedenssicherungs-Sonderhaushalte reichten.
- ✓ Die Generalversammlung nahm im Juli zwei wesentliche Vorschläge zur Informations- und Kommunikationstechnologie (IuK-Technologie) an – die Schaffung der Stelle eines Leiters der Informationstechnologie und die Beschaffung einer integrierten Unternehmenssoftware – und ebnete damit den Weg für eine Reform der IuK-Dienste innerhalb des Sekretariats.
- ✓ Die Generalversammlung billigte die Einführung der Internationalen Rechnungslegungsstandards für den öffentlichen Sektor bei den Vereinten Nationen.
- ✓ Im März unterzeichnete die DM ein Rahmenabkommen über Finanzmanagement mit der Weltbank.
- ✓ Im Oktober setzte die DM das Team für die Durchführung der Reform des Beschaffungswesens ein.
- ✓ Im Dezember billigte die Generalversammlung einen Projektumfang für den Sanierungsgesamtplan sowie einen Haushalt in Höhe von 1,88 Milliarden Dollar und einen Zeitplan für den Abschluss des Projekts.
- ✓ Die DM präziserte ihre Mobilitätspolitik, baute eine informationstechnologische Infrastruktur zu ihrer Unterstützung auf und bot Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Bedienstete an.

Problembereiche (Fortsetzung)

- ◆ Wenn der Organisation nicht einige Vorschläge auf dem Gebiet des Personalwesens genehmigt werden, darunter die Straffung der Regelungen in Bezug auf die Anstellungsverträge und die Angleichung der Beschäftigungsbedingungen, wird es schwierig für sie sein, ein wirksames Personalmanagement zu betreiben.
- ◆ Die zahlreichen arbeitskräfteintensiven und papiergestützten Geschäftsprozesse erschweren die Tätigkeit der Hauptabteilung.
- ◆ Ein weiterer Bereich, in dem Herausforderungen bestehen, ist die Personalentwicklung: Investitionen in die Talententwicklung und in das Talentmanagement auf allen Ebenen der Organisation sind unzureichend.
- ◆ Auch die physische Instandhaltung der Einrichtungen des Sekretariats stellt eine ständige erhebliche Herausforderung dar.

Vorbemerkung von Inga-Britt Ahlenius, Untergeneralsekretärin, Amt für interne Aufsichtsdienste



2006 war für das Amt für interne Aufsichtsdienste (AIAD) kein gewöhnliches Jahr. Zusätzlich zu seinem ausgedehnten Arbeitsprogramm im Aufsichtsbereich leitete das Amt Veränderungen ein, um seine Funktionen und Tätigkeiten im Rahmen der VN-weiten Schwerpunktsetzung auf den Lenkungs- und Aufsichtsmechanismen zu stärken.

In Bezug auf die Aufsichts- und Lenkungsmechanismen bei den Vereinten Nationen standen im Jahr 2006 drei miteinander verknüpfte Hauptthemen im Vordergrund:

1. Stärkung der internen Aufsichtsmechanismen, einschließlich des Amtes für interne Aufsichtsdienste (AIAD)
2. Stärkung der Rechenschaftspflicht
3. Verbesserung der Transparenz

1. Stärkung der internen Aufsichtsmechanismen, einschließlich des AIAD

Im Ergebnisdokument des Weltgipfels 2005 (Resolution 60/1 der Generalversammlung) erkannte die Generalversammlung die dringende Notwendigkeit an, die Aufsichtsmechanismen bei den Vereinten Nationen erheblich zu verbessern, und betonte, wie wichtig es ist, die operative Unabhängigkeit des AIAD zu gewährleisten. Daraufhin führte der Unabhängige Lenkungsausschuss für die umfassende Überprüfung der Leitungs- und Aufsichtsmechanismen eine solche Überprüfung bei den Vereinten Nationen und ihren Fonds, Programmen und Sonderorganisationen durch. Auf dieser Grundlage habe ich eigene Vorschläge für die Stärkung des AIAD zur Behandlung durch die Generalversammlung im Juli 2006 ausgearbeitet (A/60/901). Außerdem wurde der Versammlung im Rahmen des ordentlichen Haushalts für den Zweijahreszeitraum 2006-2007 ein gesonderter revidierter Ansatz zur Genehmigung vorgelegt (A/61/610), um den unmittelbaren Haushaltsauswirkungen dieser Vorschläge Rechnung zu tragen. Die Genehmigung dieser Vorschläge durch die Generalversammlung steht noch aus.

2006 setzte das Amt die Entwicklung und Stärkung von Initiativen fort, die der Organisation bei der Verbesserung der Kontrollen und beim Risikomanagement helfen und die fachliche Praxis des Amtes selbst verbessern sollen. Diese Initiativen umfassten unter anderem:

Eine risikobasierte Arbeitsplanung

2006 führte das Amt eine systematische Methodik zur Risikobewertung ein, um risikobasierte Arbeitspläne zu erstellen, aus denen sich die Prioritäten für die Aufsichtstätigkeit ergeben. Die Durchführung des Projekts ist für Ende 2007 vorgesehen, und der Arbeitsplan für das Jahr

2008 wird komplett auf dem Risikoansatz beruhen, sofern die Frage eines neuen Finanzierungsmechanismus für das AIAD bis dahin geregelt ist. Mit den Risikobewertungen wird das AIAD über einen strukturierten Rahmen verfügen, anhand dessen es begründen kann, welche Bereiche seiner Ansicht nach das höchste Risiko für die Organisation bergen, und welche Mittel es zur Durchführung der Aufsichtsvorhaben, die diese Risiken beheben sollen, benötigt.

Ein neues System zur Überwachung der Umsetzung von Empfehlungen

Um die Überwachung der Umsetzung von Empfehlungen zu straffen, führte das AIAD im Februar 2006 die einheitliche Datenbank „Issue Track“ ein. Dieses neue System ersetzte sieben verschiedene Datenbanken, die das Amt bis dahin verwendet hatte, und wird die vom AIAD durchgeführte Überwachung der Berichterstattung an die Generalversammlung und den Generalsekretär über den Umsetzungsstand von Empfehlungen verbessern.

Mit fachlicher Praxis befasste Sektionen

Um sicherzustellen, dass die Aufsichtstätigkeit des Amtes von durchweg hoher Qualität ist, wurden in jeder Fachabteilung Initiativen zur Weiterentwicklung der fachlichen Praxis eingeleitet. Das AIAD ist daher dabei, in jeder Abteilung Gruppen oder Koordinierungsstellen einzurichten, die speziell mit der fachlichen Praxis befasst sind.

2. Stärkung der Rechenschaftspflicht

Wie ich schon früher erklärt habe, ist die Einführung eines formalen und robusten Rahmens für die interne Kontrolle, der zum Beispiel auf den Richtlinien für die internen Kontrollnormen im öffentlichen Sektor der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI), einer von den Vereinten Nationen geförderten Organisation, basiert, ein notwendiger und logischer Schritt für das Sekretariat der Vereinten Nationen. Es ist an der Zeit, dass sich in der Organisation eine Kontrollkultur etabliert, die auch ein wirksames Risikomanagement umfasst. Nur so kann die Organisation ihre gegenüber den Mitgliedstaaten eingegangene Verpflichtung zu Transparenz und Rechenschaftspflicht voll einhalten.

Ein wichtiger Schritt nach vorn ist das Ersuchen der Generalversammlung in ihrer Resolution 61/245 um die Vorlage von Berichten über das organisationsweite Risikomanagement und den Rahmen für die interne Kontrolle, über das ergebnisorientierte Management und über den Rahmen für die Rechenschaftslegung. Das AIAD unterstreicht, dass sich nur dann Synergien zwischen diesen Systemen und Prozessen verwirklichen lassen, wenn sie vollständig aufeinander abgestimmt sind.

Das AIAD betont jedoch, dass diese Studien nicht unabhängig voneinander durchgeführt werden sollten, sondern als Teil eines integrierten Rahmens für die interne Kontrolle.

Ich sehe der Einführung und Anwendung eines Rahmens für die interne Kontrolle mit großem Interesse entgegen, insbesondere im Hinblick auf die Festlegung von Leitlinien, die den Programmleitern die Übernahme der vollen Eigenverantwortung für das interne Kontrollsystem der Organisation ermöglichen sollen. In diesem Zusammenhang würden sie aufgefordert, über die Wirksamkeit der internen Kontrollen bei den unter ihrer Leitung durchgeführten Programmen Bericht zu erstatten. Durch eine solche persönliche Bestätigung wären die einzelnen Leiter dazu verpflichtet, die Umsetzung der internen Kontrollmaßnahmen als notwendige Voraussetzung für den Erfolg ihrer Programme zu betrachten. Davon abgesehen ist ein Rahmen für die interne Kontrolle in erster Linie ein Instrument, mit dem die Leiter sicherstellen, dass sie nicht nur die *Zuständigkeit* für ihren Arbeitsbereich, sondern auch die *Kontrolle* darüber haben.

3. Verbesserung der Transparenz

Mit ihrer Resolution 59/272 vollzog die Generalversammlung einen bahnbrechenden Schritt in Richtung auf eine Erhöhung der Transparenz in der Organisation, indem sie beschloss, dass die Berichte des AIAD „der Generalversammlung unmittelbar vorgelegt werden, so wie sie vom Amt erstellt werden“, und dass „die nicht der Generalversammlung vorgelegten Berichte des Amtes für interne Aufsichtsdienste jedem Mitgliedstaat auf Antrag zur Verfügung gestellt werden“. Durch diese Initiative wurde der Dialog zwischen dem AIAD und den Mitgliedstaaten erheblich verbessert.

Darüber hinaus steht die Verfügbarkeit der Berichte für die Mitgliedstaaten im Einklang mit dem Eintreten des Generalsekretärs für eine höhere Transparenz. Auch in zahlreichen Mitgliedstaaten ist die Veröffentlichung interner Prüfberichte durch die Regierung eine gängige Praxis.

Interne Kontrolle und Programmvollzug des Sekretariats der Vereinten Nationen

i) Gesamtbewertung

Da noch kein formaler und strukturierter Rahmen für die interne Kontrolle vorhanden ist, erklärt das AIAD wie bereits im letztjährigen Bericht, dass es nicht in der Lage ist, eine Gesamtbewertung der internen Kontrolle und der Leistungserbringung in der Organisation vorzunehmen. Zwar wendet das Amt bei der Berichterstattung über seine Prüfungen zunehmend einen Ansatz an, der auf einem internen Kontrollrahmen basiert, doch kann dies kein Ersatz für die Verantwortung der Leiter sein, über die Wirksamkeit ihres internen Kontrollsystems Bericht zu erstatten. Die Rolle des AIAD besteht lediglich darin, die von den Leitern vorgenommenen Bewertungen zu evaluieren, um ihre Zuverlässigkeit hinreichend zu gewährleisten.

Im gegenwärtigen Berichtszeitraum hat das AIAD festgestellt, dass die internen Kontrollen in zahlreichen Fällen versagten, was die Organisation unnötigen Risiken aussetzte. Höchst besorgniserregend sind die Nachlässigkeiten im Kontrollumfeld, die gelegentlich Misswirtschaft und den Missbrauch der Ressourcen der Organisation begünstigt haben. Das Kontrollumfeld wird an der Spitze der Organisation geschaffen, durch den Ton, den das hochrangige Leitungspersonal nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten anspricht. Das Kontrollumfeld, das im Wesentlichen die Atmosphäre in der Organisation bestimmt, bildet das Fundament und den wichtigsten Bestandteil der internen Kontrolle. Es soll die Mitarbeiter dazu befähigen und ermutigen, mit Integrität, hohen ethischen Werten und fachlicher Eignung ihrer Arbeit nachzugehen und ihre Aufgaben zu erfüllen. Häufig werden die schwierigen operativen Bedingungen als Rechtfertigung für ein schwaches Kontrollumfeld angeführt, aber diese Begründung müssen die Mitgliedstaaten nicht unbedingt akzeptieren.

ii) Wesentliche Risiken und Kontrollprobleme im Jahr 2006

Disziplinaruntersuchungen in Bezug auf sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch

Das AIAD untersuchte ein breites Spektrum von Verstößen gegen die Verpflichtung zur Integrität in der Organisation, namentlich Verschwendung, Missbrauch, Fahrlässigkeit und andere Formen der Misswirtschaft sowie schwere Verfehlungen einschließlich Betrugs. Besonders besorgniserregend waren Vorwürfe im Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch, die etwa ein Drittel aller beim AIAD eingegangenen Vorwürfe ausmachten. Bis zum 31. Dezember 2006 hatte das Amt 30 der eingegangenen Vorwürfe umfassend untersucht und der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze darüber Bericht erstattet. In insgesamt 203 Fällen sind die Untersuchungen noch im Gange.

Prüfungen und Disziplinaruntersuchungen auf dem Gebiet des Beschaffungswesens

Aus den Berichten des AIAD über das Beschaffungswesen geht hervor, dass im Management sowie in den Systemen und Prozessen des Beschaffungswesens gravierende Mängel bestehen. Im Januar 2006 wurde eine spezielle Arbeitsgruppe eingesetzt, um Fehlverhalten in allen die Organisation betreffenden Beschaffungsangelegenheiten zu untersuchen. Seit Juni 2006 hat die Arbeitsgruppe Beschaffungswesen 11 Untersuchungsberichte herausgegeben, in denen schwere Fälle von Verschwendung, Missbrauch, Fahrlässigkeit und anderen Formen der Misswirtschaft sowie von Betrug bei der Vergabe und Ausführung einer Reihe von Verträgen mit hohem Auftragswert zwischen der Organisation und verschiedenen Lieferanten von Waren und Dienstleistungen für die Vereinten Nationen ausführlich geschildert werden.

Die Prüfungen des Beschaffungsmanagements ließen ebenfalls gravierende Kontrollschwächen sowie Misswirtschaft, verschwenderische Ausgaben, überhöhte Zahlungen an Lieferanten und fragwürdige Beschaffungspraktiken erkennen. So war es bei der Mission der Vereinten Nationen in Sudan (UNMIS) üblich, Angebote von den in einer Auswahlliste verzeichneten Lieferanten einzuholen, wobei die Kriterien für die Aufnahme in die entsprechende Liste häufig wenig transparent waren. Potenziellen Bietern wurde nicht genügend Zeit für die Abgabe ihrer Angebote eingeräumt, und die in dem Handbuch für das Beschaffungswesen genannten Fristen für die Abgabe von Angeboten und Vorschlägen wurden nicht eingehalten. Diese Praktiken beschränkten den Wettbewerb und trieben die Kosten für die Mission in die Höhe. In einem Fall wurde ein Auftrag über 17 Millionen Dollar für die Lieferung von Kies auf der Grundlage eines „einzigen Angebots“ vergeben, dessen Preise weit überhöht zu sein schienen. Ähnliche mit dem Handbuch für das Beschaffungswesen nicht vereinbare Nachlässigkeiten bei den Managementpraktiken wurden auch bei der schnellwirksamen Prüfung der Angebotseröffnungsverfahren festgestellt, die das AIAD an verschiedenen Dienstorten gleichzeitig durchführte.

Prüfungen der Friedenssicherungs- und Friedenskonsolidierungseinsätze

In dem AIAD-Bericht über die Überprüfung der Managementstrukturen der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze (A/61/743) wurde hervorgehoben, dass die Hauptabteilung durch ihre Managementstrukturen sicherstellen muss, dass die operativen Prozesse und die Managementprozesse vollständig in einen starken internen Kontrollrahmen eingebettet sind und durch wirksame Lenkungs- und Rechenschaftsmechanismen gestützt werden. Die Prüfung ließ gravierende Schwächen bei der Kontrolle der administrativen und logistischen Unterstützungsfunktionen erkennen, auf die bereits bei früheren AIAD-Prüfungen hingewiesen worden war. Zur Schaffung eines Mechanismus für das systematische Risikomanagement war es nicht gekommen, und die Überwachung der Unterprogramme der Hauptabteilung durch das Büro des Untergeneralsekretärs für Friedenssicherungseinsätze erwies sich als stark verbesserungsbedürftig. Das AIAD überprüfte auch das Management der besonderen politischen Missionen in der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten (A/61/357) und kam zu dem Schluss, dass ein hohes Risiko der Doppelung in Bezug auf die Aufgaben der Regionalabteilungen der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und des Bereichs Einsätze der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze bestand. Das Amt stellte außerdem fest, dass keine klare Grundlage für die Aufteilung der Federführung zwischen den beiden Hauptabteilungen vorhanden war. Beide Berichte wurden vor der jüngsten Aufteilung der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze in zwei Hauptabteilungen – eine für Friedenssicherungseinsätze und eine für die Unterstützung der Feldeinsätze – erstellt.

Programmevaluierungen und Inspektionen

Das AIAD hat seine eingehende Evaluierung der politischen Angelegenheiten, die von der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten durchgeführt wurde, mit einem zusammenfassenden Bericht über die gesamte Hauptabteilung sowie mit einzelnen Evaluierungsberichten über die fünf Unterprogramme für politische Angelegenheiten und die besonderen politischen Missionen abgeschlossen (E/AC.51/2007/2, E/AC.51/2006/4, E/AC.51/2007/2/Add.1, E/AC.51/2007/2/Add.2, E/AC.51/2007/2/Add.3, E/AC.51/2007/2/Add.4). Das Amt stellte fest, dass die Hauptabteilung die meisten ihrer Kernaufgaben weitgehend zur Zufriedenheit vieler ihrer Kunden wahrnimmt. Eine eher gemischte Bilanz ergibt sich jedoch hinsichtlich ihrer Funktionen zur Unterstützung der Verhütung, Eindämmung und Beilegung von Konflikten. Die Hauptabteilung ist in Bezug auf die Leistungen ihrer Fachabteilungen/-gruppen mit erheblichen Problemen konfrontiert, namentlich mit Unzulänglichkeiten in Bezug auf das Wissensmanagement, die operativen Leitlinien und die Arbeitsabläufe. Weitere Herausforderungen, die der umfassenden Durchführung des Mandats der Hauptabteilung entgegenstehen, sind das komplexe operative Umfeld und die durch unklare Rollen und Verantwortlichkeiten hervorgerufenen Probleme auf der Leitungsebene sowie die Notwendigkeit einer stärkeren Koordinierung und Kommunikation.

Die AIAD-Inspektionen haben deutlich gemacht, dass die regionalen Einrichtungen der Vereinten Nationen ihre Politik verstärkt koordinieren müssen (siehe Bericht über die Inspektion des Programm- und Verwaltungsmanagements der subregionalen Büros der Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) (A/60/120)), und die Herausforderungen aufgezeigt, die von der Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA) angegangen werden müssen, damit sie ihr Potenzial in vollem Umfang entfalten kann (siehe Bericht über die Inspektion des Programm- und Verwaltungsmanagements der ESCWA (A/61/61)).

iii) Maßnahmen des Managements

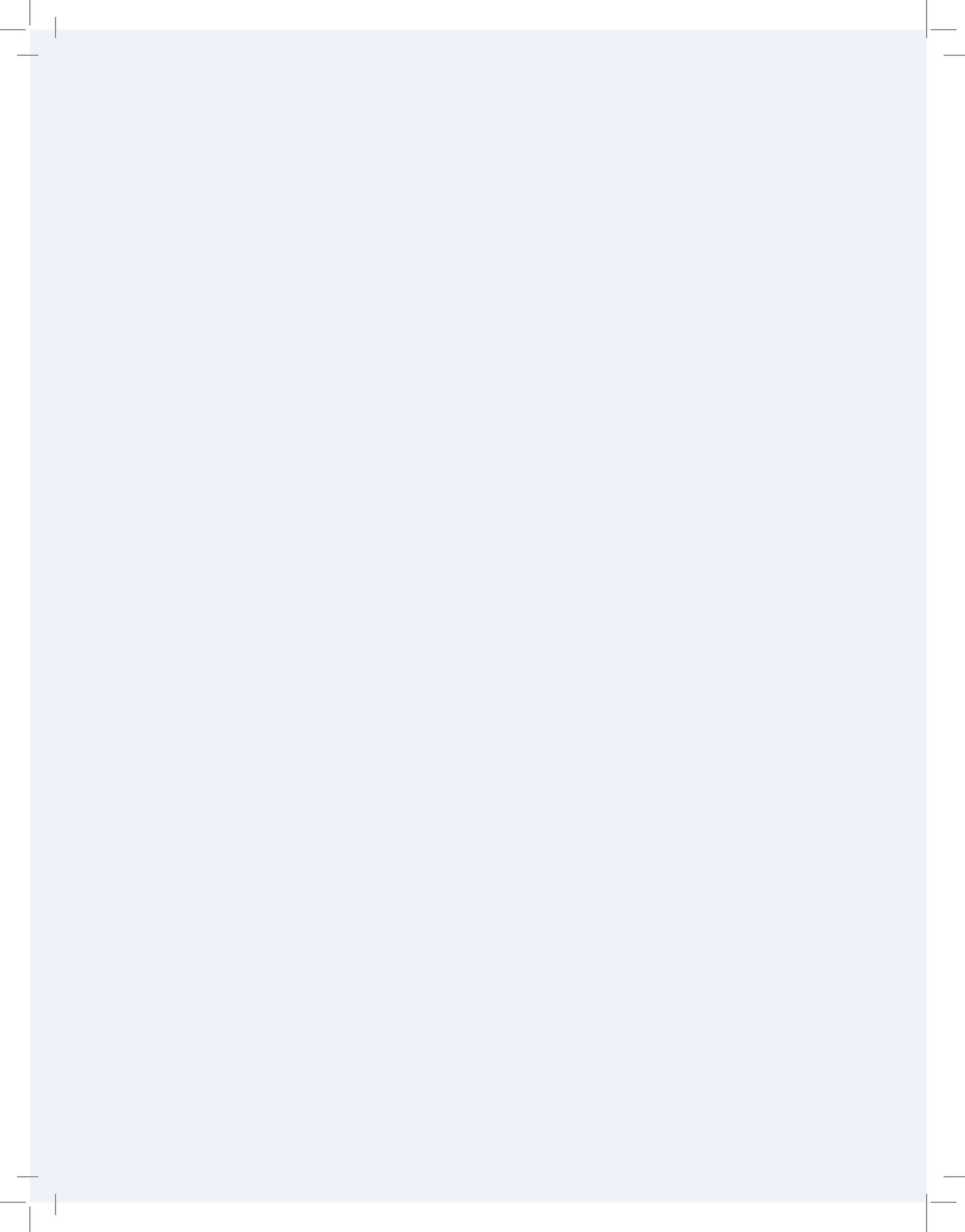
Für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 gab das AIAD 2.038 Empfehlungen an die Dienststellen und Einrichtungen der Vereinten Nationen ab, die es im Rahmen seiner Aufsichtstätigkeit erfasst. Darin wurden unter anderem die Erarbeitung oder Verbesserung von Richtlinien und Verfahren, die Verbesserung der Arbeitsabläufe, die Stärkung der Maßnahmen zur Behebung systemischer Mängel sowie Einsparungen und Beitreibungen gefordert. Bis 31. Dezember 2006 waren 50 Prozent aller Empfehlungen umgesetzt worden.

iv) Finanzielle Auswirkungen

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 empfahl das AIAD der Organisation Kosteneinsparungen und Beitreibungen in einer Gesamthöhe von 13 Millionen Dollar, zum überwiegenden Teil bei den Friedenssicherungsmissionen. Die tatsächlichen Einsparungen und Beitreibungen beliefen sich in diesem Zeitraum auf insgesamt 2,1 Millionen Dollar. Die geringe Höhe der tatsächlichen Beitreibungen zeigt, dass die Wirkung der AIAD-Empfehlungen erst dann umfassend gemessen werden kann, wenn die Empfehlungen von den Programmleitern vollständig umgesetzt wurden.

Danksagungen

Abschließend möchte ich diese Gelegenheit wahrnehmen und den Einsatz der AIAD-Mitarbeiter anerkennen, die unermüdlich und unter manchmal sehr schwierigen Umständen arbeiten, um das Aufsichtsmandat zu erfüllen. Auch für ihre positive Einstellung zu den Veränderungen innerhalb des Amtes, für die Verbesserung der Qualität unserer Berichte und für die Einhaltung professioneller Standards gilt ihnen mein Lob.



Tätigkeitsbericht

- **Weltfrieden und internationale Sicherheit**
- **Wirtschaftswachstum und Entwicklung**
- **Entwicklung Afrikas**
- **Förderung der Menschenrechte**
- **Humanitäre Hilfe**
- **Völkerrecht und Justiz**
- **Abrüstung**
- **Drogen, Kriminalität und Terrorismus**
- **Flüchtlinge**
- **Organisatorische Unterstützung**





VN-Foto/123916

Weltfrieden und internationale Sicherheit

Hintergrund

Das Hauptziel der Vereinten Nationen, wie es zu Beginn des Artikels 1 ihrer Charta formuliert ist, besteht in der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Diese grundlegende Mission durchdringt praktisch jedes Kapitel dieses Berichts, ob es darin nun um die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung oder die Verteidigung der Menschenrechte, die Koordinierung der humanitären Hilfe oder die Stärkung des Völkerrechts, die Kontrolle unerlaubter Waffen oder die Bekämpfung der weltweiten Kriminalität und des Drogenhandels geht. Daher wird auch in diesem ersten Kapitel auf viele der im Mittelpunkt der nachfolgenden Kapitel stehenden Hauptabteilungen und Programme eingegangen, da diese wesentliche Partner sind. In den meisten Fällen besteht keine feste Grenze zwischen der Tätigkeit der Organisation zu Gunsten des Friedens und der Sicherheit und ihren sonstigen strategischen Prioritäten.

Werden jedoch Stabilität und Ordnung durch Gewalt oder einen bevorstehenden Konflikt unmittelbar bedroht, übernehmen zwei Komponenten des Sekretariats bei der Führung, Organisation und Unterstützung der Aktivitäten der Vereinten Nationen eine zentrale Rolle: die Hauptabteilung Politische Angelegen-

heiten und die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze. Sie sind daher bei dieser Erörterung des Themas Frieden und Sicherheit im Jahr 2006 die wichtigsten – wenn auch nicht die einzigen – Akteure.

Die **Hauptabteilung Politische Angelegenheiten (DPA)** überwacht und bewertet die weltweiten politischen Entwicklungen und berät den Generalsekretär zu Initiativen, die der Sache des Friedens dienen könnten. Sie gewährt Unterstützung und Aufsicht für Friedensbotschafter und politische Missionen der VN im Feld und steht den Mitgliedstaaten einzeln durch Wahlhilfe und kollektiv durch personelle Unterstützung der Tätigkeit des Sicherheitsrats und anderer VN-Organen zur Seite. Ihre Dienste umfassen das gesamte Spektrum von der Konfliktverhütung über die Friedensschaffung bis hin zur Friedenskonsolidierung nach Konflikten.

Vornehmlich über ihre Regionalabteilungen unterstützt die DPA die diplomatischen Bemühungen des Generalsekretärs regelmäßig durch aktuelle Analysen und Beratung. Die Analysen der DPA tragen unter anderem dazu bei, potenzielle Krisen zu erkennen und ihnen vorzubeugen. Die DPA ist außerdem die federführende Hauptabteilung der VN auf dem Gebiet der Friedensschaffung und der vorbeugenden Diplomatie. In dieser Eigenschaft trägt sie unmittelbar zur Wirksamkeit der „Guten Dienste“ des Generalsekretärs bei

– der internationalen Glaubwürdigkeit, des Ansehens und des guten Willens, die ihm und seinen Gesandten helfen, kriegführende Parteien auf einen Kurs des Friedens zu bringen oder von politischen und bewaffneten Konflikten abzuschrecken. Solche diplomatischen Bemühungen gehen oft der Entsendung von VN-Friedenssicherungstruppen voraus.

Die Hauptabteilung Politische Angelegenheiten ist außerdem die Koordinierungsstelle für die vom System der Vereinten Nationen gewährte Wahlhilfe. Sie evaluiert entsprechende Ersuchen von Mitgliedstaaten und sorgt dafür, dass die zahlreichen Organisationen und Hauptabteilungen der VN, die die Abhaltung fairer und glaubwürdiger Wahlen unterstützen, ihre Dienste einheitlich erbringen. Auf diesem Gebiet nehmen sowohl Verantwortung als auch Sachkompetenz zu, da Wahlen bei Friedens- und politischen Übergangsprozessen, die auf eine Beendigung von Blutvergießen oder die Verhinderung der Eskalation von Streitigkeiten abzielen, zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Der Sicherheitsrat greift bei der Wahrnehmung seiner unerlässlichen Aufgaben auf die fachliche Unterstützung und die Sekretariatsdienste der Mitarbeiter der Hauptabteilung zurück. Derartige Unterstützung gewährt die DPA auch zwei von der Generalversammlung eingesetzten ständigen Ausschüssen, die sich mit Palästina beziehungsweise mit der Entkolonialisierung befassen. Neben ihrer Zentrale am VN-Amtssitz in New York stützt sich die DPA auch auf die Arbeit der unter ihrer Aufsicht stehenden besonderen politischen Missionen und Büros für die Unterstützung der Friedenskonsolidierung in Afrika, Asien und im Nahen Osten.

Die **Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze** (DPKO) plant, entsendet und verwaltet die Friedenssicherungseinsätze der VN in aller Welt und gewährt dafür politische und fachliche Anleitung. Auch wenn die Entsendung von Blauhelmtropfen zur Überwachung der Einhaltung von Waffenruhevereinbarungen nach wie vor einen zentralen Aspekt zahlreicher Friedenssicherungseinsätze bildet, werden diesen Einsätzen heute oft noch komplexere Mandate zur Unterstützung nationaler Behörden beim Wiederaufbau des Staates nach verheerenden und häufig langwierigen Konflikten übertragen. Daraus ergibt sich eine breite Palette mandatsmäßiger Aufgaben, die jeweils angemessene Aufmerksamkeit, Fachkompetenz und oft erhebliche Ressourcen erfordern, und zwar sowohl im

Feld als auch am Amtssitz. Auch müssen die verschiedenen Tätigkeitsfelder – darunter politische, humanitäre, rechtliche und entwicklungsfördernde Maßnahmen – auf allen Ebenen und in allen Phasen in weitaus höherem Maße integriert werden.

Ende Dezember 2006 waren weltweit mehr als 100.000 Männer und Frauen bei 18 Friedenssicherungseinsätzen der VN tätig, darunter etwa 82.000 Soldaten, Polizisten und Militärbeobachter, die von den truppenstellenden Ländern entsandt wurden. Die führenden Truppensteller unter den 110 Ländern, die uniformiertes Personal zu VN-Friedenssicherungseinsätzen entsandt hatten, waren Indien, Pakistan und Bangladesch, die zusammengenommen mehr als 40 Prozent der VN-Friedenssicherungskräfte stellten. 2007 werden diese Zahlen voraussichtlich ansteigen, da dann die 2006 eingeleiteten Entsendungen nach Libanon und Timor-Leste abgeschlossen sein werden und mit mehreren neuen Einsätzen, über die derzeit verhandelt wird, zu rechnen ist, darunter sowohl Friedenssicherungsmissionen als auch besondere politische Missionen. 2006 kamen 98 Angehörige der VN-Friedenssicherungskräfte im Feld ums Leben.

Die DPA und die DPKO arbeiten bei der Durchführung ihrer Mandate auf dem Gebiet des Friedens und der Sicherheit eng zusammen und kooperieren dabei jeweils auch mit anderen VN-Institutionen vor Ort und am Amtssitz, so mit dem Entwicklungsprogramm der VN, das Wahlhilfe gewährt, ehemaligen Kombattanten bei der Wiedereingliederung behilflich ist und den Aufbau von Institutionen sowie Antiminenprogramme unterstützt. Weitere Partner auf dem Gebiet des Friedens und der Sicherheit innerhalb des VN-Systems sind beispielsweise der Hohe Flüchtlingskommissar, der Hohe Kommissar für Menschenrechte, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und die Hauptabteilung Presse und Information. Über die Vereinten Nationen hinausgehend bestehen außerdem Partnerschaften mit einem globalen Netzwerk von Regionalorganisationen, internationalen Finanzinstitutionen, Ausbildungs-, Lehr- und Forschungseinrichtungen und nichtstaatlichen Organisationen.

Schlaglichter

Im Jahresverlauf 2006 eskalierten Konflikte im **Nahen Osten** und griffen auf neue Gebiete über. Liba-

non war in einen Krieg mit Israel verstrickt, und die mit dem Rückzug Israels aus dem Gazastreifen verbundene Hoffnung wurde nach dem Sieg der Hamas bei den palästinensischen Wahlen schnell von einer Verschärfung der israelisch-palästinensischen (und innerpalästinensischen) Spannungen und der Gewalt überschattet. Als zentraler Akteur der internationalen Diplomatie in der Region arbeitete der Generalsekretär nach wie vor aktiv im Nahost-Quartett mit, in dem die Vereinten Nationen, die Vereinigten Staaten von Amerika, die Europäische Union und die Russische Föderation gemeinsam auf die Umsetzung des „Fahrplans“ für den Frieden zwischen Israel und den Palästinensern dringen. Nach den palästinensischen Wahlen im Januar forderte das Quartett mit Nachdruck ein Bekenntnis der künftigen palästinensischen Regierung zu den Grundsätzen der Anerkennung Israels, des Gewaltverzichts und der Akzeptanz der früheren Vereinbarungen mit Israel.

Neben der Beratung und Unterstützung des Generalsekretärs während des gesamten Quartett-Prozesses beaufsichtigte und unterstützte die Hauptabteilung Politische Angelegenheiten weiterhin vom Amtssitz aus das Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess (UNSCO). Das in Gaza angesiedelte Büro mit Dienststellen in Jerusalem und im Westjordanland koordiniert die Unterstützung der VN für Friedensinitiativen in der Region und die humanitäre Hilfe für das palästinensische Volk. (Weitere Informationen über die Hilfe

für palästinensische Flüchtlinge finden sich im Kapitel „Flüchtlinge“.)

Die Entschlossenheit und die Wirksamkeit der VN bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit wurde 2006 wohl am stärksten auf die Probe gestellt, als in Libanon und Israel ein einmonatiger Krieg ausbrach, nachdem die Hisbollah am 12. Juli zwei israelische Soldaten entführt hatte. Bei den 34 Tagen während intensiven Kämpfen wurden Berichten zufolge mehr als 1.100 Libanesen und Dutzende Zivilisten im Norden Israels sowie fünf VN-Bedienstete getötet. Die bewaffnete Auseinandersetzung endete mit der Resolution 1701 (2006) des Sicherheitsrats, die eine Einstellung der Feindseligkeiten und die Entsendung einer erweiterten VN-Friedenssicherungstruppe nach Südlibanon vorsah sowie erneut die Notwendigkeit unterstrich, in Anbetracht der miteinander verknüpften Spannungen in der Region einen umfassenden Frieden im Nahen Osten herbeizuführen.

Die Hauptabteilung Politische Angelegenheiten war maßgeblich an der vielgestaltigen Reaktion der VN auf die Krise in Libanon beteiligt, die politisch-diplomatische Aspekte, Aspekte der Friedenssicherung und humanitäre Aspekte umfasste (die humanitären Einsätze der VN in Libanon werden im Kapitel „Humanitäre Hilfe“ ausführlicher behandelt). Sie leistete personelle Unterstützung und erteilte politischen Rat, beispielsweise für die zahlreichen auf hoher Ebene angesiedelten diplomatischen Initiativen des Generalsekretärs und seiner Gesandten in der Region, die zur Beendigung des Konflikts beitrugen. Dazu zählte der Besuch einer „Troika“ ranghoher VN-Gesandter im Juli und die Reise des Generalsekretärs selbst in die Region im August, die sich als ausschlaggebend für die Beendigung der israelischen Blockade Libanons und die Zusammenstellung der in der Resolution 1701 geforderten erweiterten Friedenssicherungstruppe erwiesen. Außerdem gewährte die DPA kontinuierliche Aufsicht und Unterstützung für das Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für Libanon (UNSCOL), eine politische Mission der VN mit Sitz in Beirut, die während und nach der Krise Informationen und Analysen zu Entwicklungen innerhalb Libanons bereitstellte und im Namen des Generalsekretärs entscheidende diplomatische Verhandlungen mit den Konfliktparteien führte.

Die internationale Friedenssicherungsmission, die seit 28 Jahren bestehende Interimstruppe der VN in Li-



VN-Foto/13734



VN-Foto/123915

banon (UNIFIL), hatte vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten im Jahr 2006 ihre Personalstärke und ihren Einfluss stetig reduziert und war von einem Höchststand in den achtziger Jahren von knapp 7.000 Soldaten auf 2.000 Soldaten geschrumpft. Nach dem Abzug der Israelischen Verteidigungskräfte aus Südlibanon im Jahr 2000 konzentrierte sich die UNIFIL hauptsächlich auf den Teil ihres Mandats, der sich auf die Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region zwischen Libanon und Israel bezog. Die UNIFIL entwickelte sich vornehmlich zu einer Beobachtungs- und Überwachungsmission, die sich an der „Blauen Linie“, der Grenze zwischen Libanon und Israel, orientierte, da die VN-Truppen weder über das Mandat noch die Ressourcen verfügten, um sich über eine Vermittler- und Verbindungsrolle hinausgehend zwischen die Hisbollah und die Israelischen Verteidigungskräfte zu stellen. Mit dem Angriff der Hisbollah auf Israel am 12. Juli und den Vergeltungsmaßnahmen Israels wurde der fragile Kompromiss im Einsatzgebiet der UNIFIL zum Scheitern gebracht.

Mit der Verabschiedung der Resolution 1701 erhielt die UNIFIL ein robustes und detailliertes Mandat, und ihre genehmigte Personalstärke wurde auf 15.000 erhöht. Im Rahmen ihrer neuen, ausgeweiteten Mission überwacht sie unter anderem die Einstellung der Feindseligkeiten, unterstützt die Libanesischen Streitkräfte bei der Schaffung eines von bewaffnetem Personal, Material und Waffen freien Gebiets südlich des Litani-Flusses und ist der Regierung Libanons dabei behilflich, ihre Autorität auf den gesamten Süden

auszudehnen. Die beispiellos rasche Entsendung der Truppen, deren Zahl in weniger als zwei Monaten auf 8.000 anstieg, ermöglichte den Rückzug der Israelischen Verteidigungskräfte und erstmals seit Jahrzehnten die Aufstellung von Angehörigen der Libanesischen Streitkräfte in ganz Südlibanon bis zur Blauen Linie. Die UNIFIL organisierte dreiseitige Treffen, die die Libanesischen Streitkräfte und die Israelischen Verteidigungskräfte erstmals seit vielen Jahren an einen Tisch bringen sollten, um einen relativ störungsfreien Ablauf des Prozesses zu gewährleisten. Allerdings sind die Aussichten für einen politischen Prozess, der zu einer dauerhaften Waffenruhe und letztlich zu einem Friedensabkommen führt, bestenfalls ungewiss, und die Spannungen halten an.

In einer deutlichen Abkehr von der jüngsten Praxis haben die europäischen Länder die Führungsrolle in der UNIFIL übernommen und stellen neben den traditionellen Truppenstellern wie Ghana und Indien Truppen in hoher Zahl. Vor dieser umfangreichen Entsendung von Truppen nach Libanon hatte der Anteil europäischer Blauhelme bei weniger als 6 Prozent aller weltweit im Einsatz befindlichen VN-Friedenssicherungskräfte gelegen. Mit den 7.000 europäischen Soldaten, die für die UNIFIL zugesagt wurden, verdoppelte sich die Gesamtzahl der Militärkräfte aus europäischen/NATO-Ländern über alle Friedenssicherungsmissionen der VN hinweg. Um europäischen Bedenken in Bezug auf die Einsatzführung Rechnung zu tragen, schuf die DPKO im Benehmen mit den wichtigsten Truppenstellern (insbesondere Frankreich und Italien) eine neue Struktur, die strategische Planungszelle, die auf hoher Ebene militärstrategische Beratung und Anleitung für den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze und über ihn für den Kommandeur der Truppe gewähren soll.

Zum Jahresende stellten die durch den Krieg weiter verschärften politischen Gegensätze in Libanon eines der größten Hindernisse für die volle Durchführung der Resolution 1701 sowie für den Erfolg anderer, bereits bestehender VN-Initiativen zu Gunsten eines friedlichen und unabhängigen Libanon dar. Dazu gehören die Tätigkeit der Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen, die die Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Rafik Hariri im Jahr 2005 und andere Verbrechen untersucht, sowie die vom VN-Bereich Rechtsangelegenheiten geleiteten Anstrengungen zur Unterstützung

Libanons bei der Errichtung eines Sondergerichtshofs, der die des Mordes Angeklagten aburteilen soll. (Beide Initiativen werden im Kapitel „Völkerrecht und Justiz“ ausführlicher beschrieben.)

Auch in **Sudan** waren die VN 2006 bei ihren Anstrengungen zur Herbeiführung von Frieden und Sicherheit vor ernsthafte Herausforderungen gestellt. Das Hauptaugenmerk der Mission der Vereinten Nationen in Sudan (UNMIS) lag auf der Überwachung und aktiven Unterstützung der Durchführung des 2005 geschlossenen Umfassenden Friedensabkommens. Im weiteren Verlauf des Jahres jedoch führten die sich verschlimmernde Krise in der Region Darfur im Westen Sudans und die internationalen Anstrengungen zu ihrer Beilegung zu einem zunehmenden Engagement der UNMIS und der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze.

Im Hinblick auf die im Friedensabkommen vorgesehene Machtaufteilung wurde im Juli ein wichtiger Meilenstein erreicht, als die Sudanesisch Volksbefreiungsarmee ihre letzten Soldaten aus Ostsudan abzog und sie dem Friedensabkommen entsprechend in den Süden verlegte. Währenddessen setzten die Sudanesischen Streitkräfte ihren Rückzug aus dem Süden fort. Die im Friedensabkommen vorgeschriebene Verlegung ihrer Truppen in den Norden soll bis Juli 2007 abgeschlossen sein. Die UNMIS konnte daraufhin ihren Einsatz in Ostsudan im September beenden und entsandte gleichzeitig über 600 Polizisten in den Süden, die bei der gemeinwesenorientierten Polizeiarbeit in Juba, der traditionellen Hauptstadt Südsudans, und der Schulung des neu gebildeten Südsudanesischen Polizeidienstes behilflich waren. Darüber hinaus trug die UNMIS 2006 zur Stärkung der kriegszerstörten Infrastruktur im Süden bei, indem sie bei der Minenräumung und der Instandsetzung von mehr als 300 Kilometern Straße half.

Trotz ihrer Ressourcenprobleme gewährte die UNMIS Unterstützung für die 2006 in Abuja abgehaltenen Gespräche über Darfur, die im Mai in dem zwischen der Regierung Sudans und einer Faktion der Befreiungsarmee/-bewegung Sudans geschlossenen Friedensabkommen für Darfur gipfelten. Nach der Unterzeichnung des Abkommens kam es jedoch zu einer zunehmenden Aufsplitterung und Neuordnung der Rebellengruppen, die einander widersprechende und konkurrierende Forderungen stellten, sowie zu einer Zunahme der Feindseligkeiten zwischen

Unterzeichnern und Nichtunterzeichnern. Die Mission der Afrikanischen Union wird immer häufiger zur Zielscheibe von Anschlägen. Gleichzeitig stellen schwere Verletzungen der Waffenruhe seitens aller Parteien und der scheinbare Versuch der Regierung, die Krise auf militärischem Weg zu lösen, die langfristige Durchführbarkeit des Friedensabkommens in Frage.

In Anbetracht der geringen Größe der Mission der Afrikanischen Union und der sich verschlechternden Bedingungen in der Region sah sich der Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union veranlasst, um die Umwandlung der Mission in einen Friedenssicherungseinsatz der VN zu ersuchen. Der Sicherheitsrat genehmigte die Ausweitung der UNMIS auf Darfur, um Zivilpersonen zu schützen und die Durchführung des Friedensabkommens für Darfur zu unterstützen, doch hat die Regierung Sudans die dafür erforderliche Zustimmung bislang nicht erteilt. Mit der Ernennung eines Sondergesandten des Generalsekretärs im Dezember 2006 verstärkten die VN ihr Engagement für den Frieden in Darfur erheblich.

Im Kontrast zu der schwierigen Lage in Sudan erhielt die Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit einen wichtigen Auftrieb, als im November 2006 in Nepal ein umfassendes Friedensabkommen unterzeichnet wurde, das einen zehnjährigen Konflikt beendete, der etwa 13.000 Menschenleben gefordert hatte. Auch wenn dieser Erfolg vor allem den Parteien und dem Volk Nepals zuzuschreiben war, übernahmen die Vereinten Nationen eine wichtige Rolle, indem sie die politische Verhandlungslösung förderten und in jeder Phase des Prozesses als Berater fungierten. Die diplomatischen Verhandlungen, die die DPA im Namen des Generalsekretärs über mehrere Jahre hinweg mit allen Parteien in Nepal führte, trugen entscheidend dazu bei, die Organisation im Hinblick auf die Unterstützung der Friedensgespräche und die spätere Überwachung und Durchführung der Abkommen zu positionieren. Ende 2006 reagierten die Vereinten Nationen rasch auf ein Ersuchen der Regierung Nepals und der maoistischen Rebellen, eine politische Mission der VN zur Unterstützung des Friedensprozesses in wichtigen Bereichen wie der Überwachung der Entwaffnung, der Wahlhilfe und den Menschenrechten zu entsenden.

Das Friedensabkommen in Nepal folgte unmittelbar auf eine dramatische „Volksbewegung“ im April



UNMIN

2006, die den konstitutionellen Monarchen des Landes, König Gyanendra, ein gutes Jahr nach seiner Übernahme der vollen Exekutivgewalt zur Aufgabe seiner Direktherrschaft zwang. Ein Feldbüro des Hohen Kommissars für Menschenrechte, das während der gesamten politischen Spannungen vor Ort präsent war, trug dazu bei, Vertrauen in die Vereinten Nationen aufzubauen, und wurde weithin für seine gewaltabschreckende Wirkung gewürdigt. (Die Erfolge auf dem Gebiet der Menschenrechte in Nepal werden im Kapitel „Förderung der Menschenrechte“ ausführlicher behandelt.) Der Generalsekretär und andere Vertreter der internationalen Gemeinschaft forderten den König Nepals nachdrücklich auf, die Demokratie wiederherzustellen, zu den Friedensgesprächen zurückzukehren und die Menschenrechte zu achten. Nach der Wiederherstellung der demokratischen Institutionen kam der Friedensprozess wieder in Gang und mündete rasch in Vereinbarungen und den Entwurf einer Friedensregelung, die vorsieht, dass die Maoisten ihren bewaffneten Kampf aufgeben und sich über die für 2007 anberaumten Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung politisch etablieren.

Nachdem die VN vorläufig um Hilfe bei diesem Prozess ersucht worden waren, entsandte der Generalsekretär im August einen Persönlichen Beauftragten samt Beraterteam nach Nepal. Diese politische Erstpräsenz vor Ort erwies sich im weiteren Verlauf des Jahres insofern als wichtig, als sie den Parteien dabei behilflich war, eine Konsensposition über die Rolle der

Vereinten Nationen zu erarbeiten, und die Planung einer späteren politischen Mission der VN erleichterte.

Nach der Unterzeichnung des Umfassenden Friedensabkommens am 21. November 2006 reagierten die Vereinten Nationen rasch und unterstützten seine Durchführung. Nach dreiseitigen Verhandlungen unter Beteiligung der Vereinten Nationen schlossen die Parteien am 8. Dezember ein Abkommen, das detaillierte Modalitäten enthält, nach denen die VN die Kasernierung der maoistischen Kräfte, die Beschränkung der nepalesischen Armee auf ihre Kasernen und die Lagerung von Waffen und Munition während des Übergangszeitraums vor den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung überwachen. Dies wäre eine der unabdingbaren Voraussetzungen für die Gewährleistung eines Umfelds ohne Angst und Einschüchterung, das die Bildung einer Übergangsregierung und die Abhaltung glaubwürdiger Wahlen ermöglicht.

Im späteren Verlauf des Monats Dezember leitete der Generalsekretär mit Zustimmung des Sicherheitsrats die Entsendung einer Vorausgruppe, bestehend aus 35 unbewaffneten Beobachtern der VN für die Entwaffnung und 25 zivilen Wahlexperten, nach Nepal ein. Gleichzeitig entsandte er eine interdisziplinäre Bewertungsmission in das Land, die unter der Leitung der DPA ein Einsatzkonzept und Empfehlungen für die Konzeption einer vollwertigen politischen Mission der VN zur Unterstützung des Friedensprozesses ausarbeiten soll. Dank der entscheidenden operativen Unterstützung durch die DPKO trafen die ersten VN-Beobachter am 24. Dezember im Land ein. Damit waren die Vereinten Nationen der erfolgreichen Entsendung der Mission der Vereinten Nationen in Nepal (UNMIN) Anfang 2007 erheblich näher gerückt.

Ein weiterer, wenn auch noch ungesicherter Erfolg wurde am 26. August 2006 mit der Unterzeichnung eines Abkommens über die Einstellung der Feindseligkeiten zwischen der Regierung Ugandas und der Widerstandsarmee des Herrn (LRA) erzielt. Das Abkommen eröffnet die Aussicht auf ein Ende des brutalen, 20 Jahre währenden Konflikts in Norduganda, der mehr als 100.000 Menschenleben gefordert hat und dessen Opfer vielfach Kinder waren. Die Vereinten Nationen spielten hinter den Kulissen eine wichtige Rolle, indem sie bei den von der Regierung Südsudans vermittelten Gesprächen behilflich waren, die zu diesem Durchbruch führten und anschließend in der

Hoffnung auf ein endgültiges Friedensabkommen fortgesetzt wurden.

Während des gesamten Vermittlungsprozesses im Vorfeld des Abkommens über die Einstellung der Feindseligkeiten waren die Vereinten Nationen der einzige internationale Akteur, der den Friedensprozess unterstützte. Die DPA und das Amt für die Koordination humanitärer Angelegenheiten gewährten personelle Unterstützung und Beratung für die Vermittler und halfen bei der Mobilisierung von logistischer Unterstützung und Finanzierung für die Gespräche. Hochrangige DPA-Bedienstete mit Erfahrung in der Konfliktvermittlung in Afrika unterstützten und berieten das Vermittlerteam direkt vor Ort. Die Organisation half die knappen Ressourcen für einen komplexen Vermittlungsprozess aufzustocken, an dem nicht nur die unmittelbaren Konfliktparteien selbst, sondern auch führende Vertreter nordugandischer Gemeinwesen mit Einfluss auf die LRA beteiligt waren. Die Vereinten Nationen mobilisierten über das Projekt der Juba-Initiative Geberhilfe in Höhe von etwa 6 Millionen Dollar.

Im Dezember, als der Friedensprozess ins Stocken zu geraten schien und es den Parteien nicht gelungen war, über das Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten hinaus die Sachfragen anzugehen, die den Kern des Konflikts ausmachten, ernannte der Generalsekretär einen Sondergesandten für die von der LRA betroffenen Gebiete mit dem Mandat, zur Festigung des Friedensprozesses beizutragen und in der Region Unterstützung dafür zu gewinnen. Kurz vor Jahresende war der Friedensprozess brüchig. Obwohl die Gespräche in diesen und anderen Fragen weiter festgefahren waren, einigten sich die Parteien am 16. Dezember darauf, die Einstellung der Feindseligkeiten bis einschließlich Februar 2007 zu verlängern. Der VN-Sondergesandte bereitete sich mit Unterstützung der DPA auf seine erste Reise in die Region vor. Die Erwartungen waren hoch, dass es den Vereinten Nationen gelingen würde, den unter afrikanischer Führung stehenden Vermittlungsbemühungen Rückhalt zu geben und den Prozess wieder in Gang bringen zu helfen.

Jenseits der Westgrenze Ugandas konnte die Mission der Vereinten Nationen in der **Demokratischen Republik Kongo (MONUC)** 2006 weitere Fortschritte bei der Schaffung eines freien, fairen und transparenten Wahlsystems und der Herbeiführung langfristiger

Stabilität für das seit mehr als einem Jahrzehnt von einem regionalen Konflikt betroffene Land vermelden. Nach einem 2005 erfolgreich abgehaltenen Verfassungsreferendum, dem ersten demokratischen Votum in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) seit 40 Jahren, war die MONUC der Unabhängigen Wahlkommission des Landes bei der Organisation der für Juli 2006 angesetzten nationalen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen behilflich. Dieser Wahlprozess erwies sich als der umfangreichste und komplexeste und mit Gesamtkosten von nahezu 500 Millionen Dollar auch als der teuerste, der je von einer VN-Mission unterstützt wurde.

Mit mehr als 17.000 Uniformierten und etwa 100 Luftfahrzeugen gewährte die MONUC unverzichtbare logistische und technische Unterstützung für die Wahlen in einem Land von der Größe Westeuropas. Sie unterstützte die Rekrutierung und Ausbildung von mehr als 250.000 Wahlhelfern und beförderte in Luftfahrzeugen und sonstigen Fahrzeugen der VN mehr als 3.500 Tonnen Wahlmaterialien von vier Versorgungsbasen zu über 200 Orten im Land. Außerdem unterstützte die MONUC die Einsammlung der Wahlergebnisse aus mehr als 50.000 Wahllokalen und ihre Beförderung an die 62 Orte, an denen die Ergebnisse ausgewertet wurden. Die Mission veranstaltete und unterstützte Ausbildungskurse, in denen die Wahlhelfer im gesamten Land auf ihre Arbeit vorbereitet wurden. Insgesamt wurden 73.000 kongolesische Polizeibeamte für die Wahlen mobilisiert, von denen mehr als die Hälfte von der MONUC ausgebildet wurden.

Der Wahlprozess, für den insgesamt 25,7 Millionen Wähler eingetragen waren, leitete eine neue Ära mit einer konstitutionellen Regierung ein. Die Wahlhilfe der VN ist in der Regel ein Gemeinschaftswerk verschiedener Hauptabteilungen. Im Falle des historischen Votums in der DR Kongo führte die DPA-Abteilung Wahlhilfe zu Beginn des Prozesses eine erste Bedarfsermittlungsmission durch, konzipierte in Zusammenarbeit mit der DPKO die Wahlhilfekomponente innerhalb der MONUC und gewährte während der verschiedenen Wahlrunden weiter technische Beratung und Unterstützung.

Ende 2006 war die MONUC mit mehr als 16.000 Soldaten, 1.100 Polizisten, 3.800 Zivilbeschäftigten und einem Jahreshaushalt von über einer Milliarde Dollar der weltweit größte VN-Friedenssi-

cherungseinsatz. Bei ihrer Tätigkeit 2006 stützte sich die MONUC weiter erfolgreich auf das Konzept der integrierten Mission, dank dessen die Vereinten Nationen sowohl die Wirksamkeit als auch die Effizienz ihrer Tätigkeit auf Gebieten gesteigert haben, in denen sie miteinander verknüpfte politische, militärische, humanitäre und andere Bedürfnisse gleichzeitig angehen. In der DR Kongo umfasst dieses Konzept gemeinsame Planungsmechanismen und die Koordinierung der Aktivitäten mit allen maßgeblichen VN-Organisationen auf Gebieten wie Wahlen, Sicherheit, Geschlechterfragen und Kinderschutz.

Die Wahlen in der DR Kongo waren nur ein Beispiel für die allgemeinen Fortschritte, die im Hinblick auf die Stabilität in der **Region der Großen Seen Afrikas** erzielt wurden. In **Burundi** etwa wurde die letzte Gruppe bewaffneter Rebellen in den politischen Prozess integriert, nachdem in dem Land mehr als zehn Jahre lang ein ziviler und ethnischer Konflikt geherrscht hatte. Im Dezember 2006 schloss die Operation der Vereinten Nationen in Burundi (ONUB) ihr Mandat mit der Überwachung der ersten demokratischen Wahlen seit 12 Jahren, der Einsetzung einer nationalen Regierung und der Entwaffnung und Demobilisierung von fast 22.000 Kombattanten ab. Gleichzeitig sicherte die internationale Gemeinschaft ihre fortgesetzte Unterstützung und ihr unvermindertes Engagement für die Tragfähigkeit des Friedensprozesses in Burundi zu, indem sie am 1. Januar 2007 ein neues Integriertes Büro in dem Land einrichtete, das die neue Regierung bei ihren Bemühungen um die Friedenskonsolidierung unterstützen soll.

Alle diese Entwicklungen waren nicht nur Ausdruck des Fortschritts in der DR Kongo und in Burundi, sondern machten auch die breiteren Auswirkungen einer von den VN mitgetragenen Initiative deutlich, den Frieden in der gesamten Region durch stärkere regionale Zusammenarbeit zu konsolidieren. Diese Initiative, die Internationale Konferenz über Frieden, Sicherheit, Demokratie und Entwicklung in der Region der Großen Seen, erreichte am 16. Dezember 2006 einen wichtigen Meilenstein, als 11 Länder der Großregion in Nairobi den Pakt über Sicherheit, Stabilität und Entwicklung in der Region der Großen Seen unterzeichneten. Damit fand ein vierjähriger diplomatischer Prozess seinen krönenden Abschluss, und ein Gedanke wurde in die Tat umgesetzt, der erstmals nach dem ruandischen Völkermord von 1994 und den

dadurch ausgelösten Konflikten entstanden war, dass nämlich ein dauerhafter Frieden in der Region der Großen Seen nur mit einem regionalen Konzept herbeigeführt werden kann. Dieser Pakt bietet nun zum allerersten Mal einen Rahmen, in dem die Kernländer gemeinsam die zentralen Probleme in der Region ermitteln und Pläne für ihre Bewältigung formulieren können.

Wie in Burundi, so verlagerte sich auch in **Sierra Leone** 2006 der Schwerpunkt von der Friedenssicherung zur Friedenskonsolidierung, als nach dem Abzug der VN-Friedenssicherungsmission Ende 2005 im Januar 2006 ein Integriertes Büro der Vereinten Nationen eingerichtet wurde. In **Timor-Leste** hingegen wurde der Übergang von der Friedenssicherung zur Friedenskonsolidierung durch gewaltsame Zusammenstöße unterbrochen, die sich im April und Mai, kurz vor Ablauf des Mandats des 2005 eingerichteten Büros der Vereinten Nationen in Timor-Leste (UNOTIL), in der Hauptstadt Dili ereigneten. Nach dem Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung und der Auflösung der nationalen Polizei in Dili bat die politische Führung Timor-Lestes die Regierungen Australiens, Malaysias, Neuseelands und Portugals im Mai um polizeiliche und militärische Unterstützung für die Wiederherstellung der Sicherheit.

In einem Schreiben vom 11. Juni ersuchten der Präsident Timor-Lestes, der Präsident des Nationalen Parlaments und der Premierminister den Generalsekretär darum, auf die UNOTIL eine „robuste Polizei-, Militär- und Zivilmission der Vereinten Nationen“ folgen zu lassen. Daraufhin ernannte der Generalsekretär einen Sondergesandten und übertrug ihm die Leitung einer multidisziplinären Bewertungsmission nach Timor-Leste mit dem Auftrag, Empfehlungen für eine integrierte VN-Mission auszuarbeiten. Unter Berücksichtigung der tieferen Ursachen und Folgen der Krise ermittelte die Bewertungsmission den Umfang der Aufgaben, die eine UNOTIL-Folgemission am besten wahrnehmen könnte, und erarbeitete Empfehlungen zu einem umfassenden und integrierten Konzept für eine künftige VN-Präsenz.

Am 25. August verabschiedete der Sicherheitsrat die Resolution 1704 (2006), mit der die Integrierte Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste (UNMIT) eingerichtet wurde, der 1.608 Zivilpolizisten, 34 militärische Verbindungsoffiziere sowie internationale und nationale Zivilbedienstete angehören.



VN-Foto/131113

ren. Auf der Grundlage eines integrierten Konzepts koordiniert die UNMIT gemeinsam mit dem VN-Landesteam die Aktivitäten in den mandatsmäßigen Schwerpunktbereichen, wobei sie den von der Regierung geleiteten Rahmen für einen internationalen Pakt berücksichtigt, und arbeitet komplementär mit dem Team zusammen, um ihr umfassendes Mandat wirksamer durchzuführen.

Eine der unmittelbaren Aufgaben der UNMIT während der ersten Monate bestand darin, die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Timor-Leste durch vorläufige Rechtsdurchsetzung zu gewährleisten und gleichzeitig ein Vorauswahlverfahren für die Nationalpolizei durchzuführen. Außerdem begann die UNMIT mit einer umfassenden Bewertung der Nationalpolizei, auf deren Grundlage ein Plan für die Reform, die Umstrukturierung und den Wiederaufbau ausgearbeitet werden soll, der alle Aspekte des Kapazitätsaufbaus und der institutionellen Entwicklung der Polizei abdeckt.

Ein weiteres Beispiel für die komplexen, mehrdimensionalen VN-Friedenssicherungseinsätze, die die DPKO auch 2006 verwaltete, ist Haiti. Die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (MINUSTAH) baute weiter auf den 2005 erzielten Fortschritten bei der Integration auf und war den haitianischen Behörden bei der Organisation und Durchführung der Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen behilflich. Sie leistete Hilfe bei der Ausarbeitung eines Plans für die Polizeireform, beteiligte sich an gemeinsamen Verbrechensbekämpfungs-

maßnahmen und unterstützte die Ausweitung der staatlichen Autorität.

Im Kosovo brach 2006 nach der Ernennung eines Sondergesandten für den Prozess zur Bestimmung des künftigen Status des Kosovo durch den Generalsekretär eine wichtige neue Phase an. Seit 1999 nimmt die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) Verwaltungsaufgaben in dem Gebiet wahr. Dabei arbeitet sie mit der von der NATO geführten Kosovo-Truppe zusammen, die für die Aufrechterhaltung der Sicherheit zuständig ist. Der Sondergesandte und seine Mitarbeiter führten 2006 den Vorsitz bei einer Reihe von Gesprächen zwischen Belgrad und Pristina, doch war nach mehr als einem Jahr der Verhandlungen (die auch Anfang 2007 noch andauerten) keine substantielle Einigung erzielt worden, und es gab auch weiterhin keinerlei Annäherung zwischen den Positionen der Parteien in der entscheidenden Frage des Status des Kosovo. Der Sondergesandte kam zu dem Schluss, dass weitere Gespräche wohl keine Bewegung in die festgefahrene Lage bringen würden, und legte dem Sicherheitsrat 2007 einen Regelungsvorschlag vor, den dieser zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts noch behandelte.

2006 trat nicht nur die wachsende Belastung der Friedenssicherung der VN deutlich zutage, sondern auch die Wichtigkeit der **Konfliktprävention** als potenziell kostenwirksames Mittel, um zu vermeiden, dass Krisen zu gewaltsamen Konflikten eskalieren, die am Ende möglicherweise die Präsenz von Friedenssicherungskräften erfordern. Um die Aufmerksamkeit erneut auf dieses Thema zu lenken, legte der Generalsekretär der Generalversammlung im Juni einen umfangreichen „Fortschrittsbericht über die Verhütung bewaffneter Konflikte“ vor. Ausgehend von den Ergebnissen einer von der DPA durchgeführten systemweiten Kapazitätsüberprüfung wurden in dem Bericht die Fortschritte gemessen, die die VN in den vergangenen fünf Jahren beim Aufbau von Kapazitäten hinsichtlich eines breiten Spektrums von Tätigkeiten zur Abschreckung von Gewalt erzielt haben. Dazu gehören nicht nur die vorbeugende Diplomatie bei einer sich anbahnenden Krise, sondern auch Maßnahmen wie die Förderung einer partizipatorischen Demokratie, einer guten Regierungsführung, der Menschenrechte und einer ausgewogenen Entwicklung innerhalb der einzelnen Länder. Außerdem wurde in dem Bericht die Fähigkeit der Organisation analysiert, globale

grenzüberschreitende Risikofaktoren wie den Handel mit Kleinwaffen anzugehen.

Die Schlussfolgerungen des Berichts waren ernüchternd. Trotz der Feststellung, dass sich „bei den Vereinten Nationen langsam eine Kultur der Prävention durchsetzt“, bestanden dem Bericht zufolge nach wie vor systemweite Schwächen, und die rhetorische Bedeutung der Prävention stand in einem unannehmbaren Widerspruch zu dem Mangel an Ressourcen und politischem Willen, die für dieses Ziel tatsächlich aufgebracht wurden. Neben anderen Empfehlungen wurden die Mitgliedstaaten in dem Bericht aufgefordert, für die Konfliktprävention jedes Jahr einen zweckgebundenen Betrag bereitzustellen, der einem geringen Prozentsatz des jährlichen Friedenssicherungshaushalts entspricht. Wäre nur ein Bruchteil dieser Summe in die Prävention investiert worden, so der Generalsekretär, „hätten sicherlich Menschenleben gerettet und Gelder eingespart werden können“.

Rückhalt für die Prävention zu schaffen kann schwierig sein, da das einzige Maß des Erfolgs das Ausbleiben eines Konflikts ist. Dennoch lassen sich für 2006 mindestens drei Beispiele wirksamer Prävention anführen, die die Vorzüge wachsender Investitionen in diesen Bereich veranschaulichen:

- Ein wichtiger Schritt zur endgültigen Beilegung einer **Grenzstreitigkeit zwischen Nigeria und Kamerun** erfolgte im Juni mit dem Abschluss eines Abkommens, dem gemäß Nigeria den Abzug seiner Truppen aus der umstrittenen Halbinsel Bakassi abschloss. Das Abkommen von Greentree kam durch Verhandlungen zwischen den Präsidenten der beiden Länder unter Vermittlung des Generalsekretärs zustande, wobei die DPA und der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Westafrika Unterstützung gewährten und sich an der Weiterverfolgung beteiligten.
- Die Wahlen in Gambia im September verliefen trotz der in ihrem Vorfeld geführten angespannten und polarisierten politischen Debatte friedlich. Zahlreiche Akteure in dem Land schrieben den Erfolg zum Teil der Arbeit des auf Empfehlung der DPA entsandten VN-Sondergesandten für Gambia zu, der vor, während und nach den Wahlen als Vermittler und Moderator fungierte.
- Die **nationalen Wahlen in Guyana** im August waren weitaus weniger von Spannungen und Gewalt geprägt als in den Jahren zuvor, was dem Erfolg

der von dem Land ausgehenden und unter Einbeziehung der politischen Parteien, der Medien und verschiedener öffentlicher Einrichtungen erfolgenden Bemühungen um einen friedlicheren Umgang mit Konflikten zu verdanken war. Wichtige und koordinierte Unterstützung dafür gewährten vor, während und nach den Wahlen unter anderem die DPA, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten und das UNICEF.

Tätigkeitsanalyse

Die Bewertung der Leistung der **Hauptabteilung Politische Angelegenheiten** im Jahr 2006 kommt nicht ohne die einleitende Feststellung aus, dass die Hauptabteilung auch 2006 weiter unter chronischer Mittelknappheit litt. Obwohl bereits im Bericht der Hochrangigen Gruppe des Generalsekretärs für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel für 2005 dokumentiert, wurde dieser chronische Ressourcenmangel 2006 im Rahmen von Neubewertungen der VN-Kapazitäten erneut hervorgehoben, so in dem Abschnitt „Schlaglichter“ genannten fünfjährigen Fortschrittsbericht des Generalsekretärs über die Verhütung bewaffneter Konflikte und in dem im Mai veröffentlichten Bericht über die Ergebnisse einer Evaluierung der Regionalabteilungen der DPA durch das Amt für interne Aufsichtsdienste (AIAD). Den Regionalabteilungen obliegt die Hauptverantwortung für die Überwachung der globalen Entwicklungen und für die Beratung zu Maßnahmen, die auf die Verhütung und Beilegung von Konflikten gerichtet sind.

Mit Unterstützung der Mitgliedstaaten unternahm die DPA 2006 wichtige erste Schritte zum Abbau einiger dieser Hemmnisse, indem sie ihre Fähigkeit zur Unterstützung der Konfliktvermittlung stärkte. Die Einsetzung der DPA-Gruppe zur Unterstützung von Vermittlungsbemühungen und ihre ersten Aktivitäten in der zweiten Jahreshälfte 2006 wurden durch die Bewilligung eines kleinen Bestands an Kernpersonal ermöglicht, der aus dem ordentlichen VN-Haushalt und über umfangreiche freiwillige Beiträge finanziert wurde. Zum Jahresende waren einige neue, von der Gruppe getragene Initiativen entweder abgeschlossen oder noch im Gange. Dazu gehören a) Die Einrichtung der United-Nations-Peacemaker-

Website (<http://www.un.org/peacemaker>) im Oktober 2006, die eine Datenbank zu Friedensabkommen, gewonnenen Erfahrungen und anderen Instrumenten für Experten auf dem Gebiet der Friedenschaffung enthält, b) erste Schritte zu der für 2007 geplanten Einsetzung einer verfügbaren Gruppe von Vermittlungsexperten, die Friedensbotschaftern der VN und anderer Organisationen im Feld auf Abruf behilflich sind, und c) erste Arbeiten an der Entwicklung von Systemen zur Schulung von Vermittlern und zur Einführung von Mechanismen zur abschließenden Berichterstattung mit dem Ziel, ein institutionelles Gedächtnis aufzubauen und zu erhalten.

In einem anderen Prioritätsbereich der DPA, der Wahlhilfe, haben Ersuchen von Mitgliedstaaten um technische Hilfe in den letzten Jahren an Komplexität gewonnen. Dies gilt insbesondere für Afrika, wo sich die Hälfte der Länder befinden, die VN-Wahlhilfe erhalten. Viele Länder haben mehrere Wahlzyklen durchlaufen und ersuchen nun die Vereinten Nationen um Hilfe bei der Konsolidierung ihrer Wahlinstitutionen und der Gewährleistung ihrer Bestandsfähigkeit. Die für Wahlhilfe zuständigen Mitarbeiter der DPA arbeiten nach wie vor daran, ihre einschlägigen Kenntnisse auszubauen, ihre Liste sachverständiger Berater zu erweitern und zu diversifizieren und ihre Partnerschaften innerhalb und außerhalb des VN-Systems zu stärken.

Eine äußerst wichtige Aufgabe der DPA besteht darin, die Arbeit des Sicherheitsrats und seiner Nebenorgane zu unterstützen, wobei die DPA-Abteilung Angelegenheiten des Sicherheitsrats die Führungsrolle übernimmt. Der hohe Arbeitsanfall des Sicherheitsrats im Jahr 2006 hatte eine Belastung der personellen Ressourcen der Abteilung zur Folge. Um personelle Engpässe auszugleichen, setzte die Abteilung die Stärkung der internen Verfahren und Produkte sowie die Verbesserung der Koordinierung und des Informationsaustauschs innerhalb der Abteilung fort.

Mehrere von der DPA verwaltete politische Missionen operieren in einem außergewöhnlich schwierigen Sicherheits- und politischen Umfeld, das allein schon auf Grund seiner Beschaffenheit ein beträchtliches Erfolgshindernis darstellt. Dies gilt etwa für Irak, wo die Hilfsmision der Vereinten Nationen für Irak (UNAMI) trotz der ihre Personalstärke und Mobilität einschränkenden Sicherheitsprobleme weiter zu den Bemühungen Iraks und der internationalen Gemein-

VN-Foto/141459



schaft beiträgt, die Gewalt zu verringern, Menschen in Not zu helfen und einen auf Aussöhnung und Wiederaufbau gerichteten Kurs zu fördern. Im Juli 2006 nahmen die Vereinten Nationen und die Regierung Iraks gemeinsam den Vorbereitungsprozess auf, um Anfang 2007 den Internationalen Pakt mit Irak zu schließen, eine fünfjährige Initiative, die Irak und die internationale Gemeinschaft zu einer gemeinsamen Zukunftsvision führen soll.

Auch die laufenden Anstrengungen der VN in Somalia wurden 2006 durch Sicherheitsfaktoren und die sich rasch verändernde Lage am Boden beeinträchtigt, die die international anerkannte Übergangs-Bundesregierung und den Prozess der nationalen Aussöhnung, der zu ihrer Bildung führte, ernsthaft gefährdeten. Die Maßnahmen, die das VN-Sekretariat in Reaktion darauf ergriff, während die plötzliche Ausbreitung der Union islamischer Gerichte die Spannungen zwischen den Gerichten und der Übergangs-Bundesregierung verschärfte, standen unter der Federführung des Politischen Büros der Vereinten Nationen für Somalia (UNPOS), das von einem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs geleitet wird. Obwohl die in Somalia herrschende unsichere Lage den Sonderbeauftragten weiter zwang, von einer Basis in Nairobi aus zu arbeiten, beteiligte er sich aktiv an den Anstrengungen zur Vermittlung eines Kompromisses zwischen der Übergangs-Bundesregierung und der Union islamischer Gerichte. Nach der Verabschiedung der Resolution 1725 (2006) des Sicherheitsrats, mit der eine unter

afrikanischer Führung stehende Schutztruppe zur Verteidigung der neuen Regierung genehmigt wurde, bestärkte das UNPOS die Übergangs-Bundesregierung weiterhin aktiv darin, auf ihren Gegner zuzugehen und einen alle Seiten einschließenden Dialog als mögliche Grundlage für einen dauerhaften Frieden aufzunehmen.

Bei der Bewertung der Leistungen der **Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze** für 2006 galt die erste Überlegung der allein in diesem Jahr verzeichneten starken Zunahme der friedenssichernden Aktivitäten. Anfang 2006 unterstützte die DPKO 18 Friedenseinsätze sowie 13 weitere Feldmissionen und -büros mit insgesamt etwa 85.000 Mitarbeitern. Nach Ereignissen wie der erneuten Entsendung von Friedenssicherungskräften nach Südlibanon und Timor-Leste sowie gemeinsamen Erkundungsmissionen für mögliche Einsätze in Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik leitete die DPKO zum Jahresende unverändert 18 Friedenssicherungseinsätze, allerdings mit mittlerweile etwa 100.000 Militär-, Polizei- und Zivilkräften. Gleichzeitig gewährte die Hauptabteilung administrative und logistische Unterstützung für weitere 15 besondere politische Missionen und Büros der VN in der ganzen Welt sowie für die Mission der Afrikanischen Union in Darfur. Der aktuelle Jahreshaushalt für die Friedenssicherung der VN beträgt etwa 5,6 Milliarden Dollar, was 0,5 Prozent der weltweiten Militärausgaben entspricht.

Der Umfang der Friedenssicherungstätigkeiten kann jedoch nicht nur in Zahlen gemessen werden. Die Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen werden heute mit komplexen Mandaten entsandt, um nationale Behörden beim Wiederaufbau des Staates nach verheerenden und oft langwierigen Konflikten zu unterstützen. Sie sind nicht nur bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung behilflich, sondern müssen in der Regel auch die Wiederherstellung grundlegender Dienste unterstützen und dabei helfen, die tieferen Ursachen des Konflikts anzugehen. Diese weitreichenden Mandate müssen in einem häufig unbeständigen und unsicheren Umfeld wahrgenommen werden, in dem die Friedenssicherungskräfte auf den Widerstand von außerhalb des etablierten Friedensprozesses agierenden Faktionen und bewaffneten Gruppen stoßen. Selbst bei nichtmilitärischen Missionen – wie in Afghanistan, wo sich

die Hilfsmission der VN auf politische und soziale Ziele wie die Beilegung von Streitigkeiten, den Aufbau von Institutionen und die Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte beschränkt –, werden Fortschritte oft durch instabile Rahmenbedingungen und den allgemeinen Mangel an Sicherheit behindert.

Selbst dort, wo die politischen Bedingungen und die Sicherheitslage günstig sind, stehen die Friedenseinsätze der VN vor enormen operativen Herausforderungen. Die Friedenssicherung findet heute oft an abgelegenen Orten und in einem schwierigen Umfeld statt, wo es kaum Infrastruktur und Kommunikationsmittel gibt. Der größte laufende Einsatz, die Mission der VN in der Demokratischen Republik Kongo, besteht in einem Land der Größe Westeuropas mit gerade einmal 500 Kilometern befestigter Straßen. Die Feldmissionen der VN sind mit praktischen Problemen konfrontiert, etwa mit begrenzten oder stark geschwächten lokalen Güter- und Dienstleistungsmärkten und dem Mangel an Wohnraum, Trinkwasser oder ausreichender Versorgung mit frischen Nahrungsmitteln. Auf Grund der bei vielen Missionen bestehenden logistischen und versorgungstechnischen Probleme ist die Entsendung eine höchst komplexe Angelegenheit, bei der die Geschwindigkeit nur einer von mehreren zu berücksichtigenden Faktoren ist.

Die Zunahme der Zahl, der Aufgaben und der Größe der VN-Friedenseinsätze sowie der an sie gestellten operativen Herausforderungen wirken sich darauf aus, wie die Feldmissionen von den Mitgliedstaaten und vom Sekretariat verwaltet und unterstützt werden. Auf Grund des für die Planung, Einrichtung und Entsendung neuer Missionen erforderlichen Aufwands bleiben weniger Zeit und Energie für die Verwaltung laufender Missionen. Dies macht sich am häufigsten in den Bereichen bemerkbar, die für den erfolgreichen und raschen Abschluss eines Friedenssicherungseinsatzes am wichtigsten sind: die regelmäßige Erörterung und Überprüfung der Strategie, die Evaluierung und Anpassung von Politiken und Plänen an die Entwicklungen am Boden, die Überwachung und Beaufsichtigung der Tätigkeit der Mission und des Personals der VN sowie die Frühwarn- und Dringlichkeitsverfahren, die eine umgehende Reaktion auf neue Probleme und Herausforderungen gewährleisten.

Eine weitere erhebliche Herausforderung besteht darin, für die Einsätze der VN eine ausreichende Zahl hoch qualifizierter und erfahrener Mitarbeiter und eine ausreichende Menge an Gerät bereitzustellen. Der für die Entsendung, Unterstützung und turnusmäßige Ablösung der 100.000 derzeit im Feld tätigen Mitarbeiter erforderliche Arbeitsaufwand stellt ebenso hohe Anforderungen an die Kapazitäten der Länder, die dieses Personal rekrutieren und bereitstellen, wie an das Personal der Vereinten Nationen am Amtssitz und im Feld. In Verbindung mit dem schwierigen operativen Umfeld wirken sich die personellen Herausforderungen unweigerlich auf den Zeitplan für die Entsendung und die vollständige personelle Besetzung eines neuen Friedenseinsatzes aus. Werden mehrere solche Einsätze parallel geplant, macht sich dies noch stärker bemerkbar.

Die zunehmende Einrichtung „integrierter Missionen“ erfordert außerdem ein gewisses Maß an Koordination und Kooperation mit den Organisationen, Fonds und Programmen der VN sowie mit den Bretton-Woods-Institutionen, wofür die Strukturen, Pläne

und Prozesse erst seit kurzem ausgearbeitet werden. Die Stärkung strategischer Partnerschaften mit multilateralen und regionalen Organisationen ist zu einem wichtigen Aspekt der Lastenteilung bei der Friedenssicherung geworden. Bedienstete der Vereinten Nationen arbeiten bei den komplexen Einsätzen in Kosovo und Afghanistan weiterhin Seite an Seite mit den Truppen der Nordatlantikvertrags-Organisation und setzen die enge Zusammenarbeit mit der Organisation der amerikanischen Staaten in Haiti fort. Beträchtliche Fortschritte wurden 2006 auch bei der Stärkung der Partnerschaften auf dem Gebiet der Friedenssicherung mit der Europäischen Union und der Afrikanischen Union erzielt.

Auf organisatorischer Ebene war eine der Errungenschaften des Jahres 2006 die Schaffung einer vorläufigen Einsatzfähigkeit für die Ständige Polizeikapazität, die für eine kohärente, wirksame und flexible personelle Erstausrüstung der Rechtsdurchsetzungskomponente von Friedenssicherungseinsätzen sorgen und bei laufenden Einsätzen behilflich sein wird.





VN-Foto/132409

Wirtschaftswachstum und Entwicklung

Hintergrund

Die Vereinten Nationen dienen den Staaten der Welt als zentrales Forum für Gespräche, Vereinbarungen und konzertierte Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit globalen Anliegen. Im vorangegangenen Kapitel standen verschiedene Arten von Direktinterventionen im Mittelpunkt, welche die Organisation im Namen der Mitgliedstaaten dort unternimmt, wo Konflikte bestehen oder auszubrechen drohen. In anderen weltweiten Schwerpunktbereichen, beispielsweise der Förderung einer nachhaltigen sozialen, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Entwicklung, besteht die Tätigkeit der Organisation oft nicht so sehr in der Intervention wie in der Konsensbildung und in der Erleichterung von Maßnahmen auf mehreren Ebenen. Bei manchen Herausforderungen streben die Vereinten Nationen zuerst eine internationale Einigung über Normen, Ziele und Verantwortlichkeiten an und ermutigen und unterstützen sodann einzelne Staaten und multinationale Stellen bei ihrer Verwirklichung.

Bei der Förderung einer nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung für alle Menschen erfolgt die Festlegung von Zielen und Maß-

nahmen zuallererst im Rahmen eines **normativen** Prozesses, bei dem die Problemstellung und globale Reaktionsmöglichkeiten untersucht werden und an dessen Ende ein Paket international vereinbarter Entwicklungsziele steht, anhand deren die Staaten konkrete Verpflichtungen zur Zusammenarbeit eingehen. Motor dieses Prozesses waren in den vergangenen zehn Jahren eine Reihe wegweisender Konferenzen und Gipfeltreffen, darunter an vorderster Stelle der Millenniums-Gipfel 2000, auf dem die sogenannten Millenniums-Entwicklungsziele beschlossen sowie ein breites Spektrum von Verpflichtungen auf dem Gebiet der Menschenrechte, der guten Regierungsführung und der Demokratie vorgegeben wurden. Die Millenniums-Entwicklungsziele wurden bei späteren Zusammenkünften, namentlich dem Weltgipfel 2005, ausgebaut und verfeinert und stehen nach wie vor im Mittelpunkt der globalen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungsagenda.

Normative Beschlüsse und ihre Durchführung setzen parallele **Analyseanstrengungen** voraus, für die viele Teile des VN-Systems als Grundlage für die Beratungen und Maßnahmen der einzelnen Staaten ebenso wie für die Tätigkeit zwischenstaatlicher Organe und der Zivilgesellschaft Forschungs- und Analysearbeit beisteuern und Politiken entwickeln. Darüber

hinaus helfen die Vereinten Nationen durch ihre kritischen Analysen, die Fortschritte bei der Erreichung internationaler Ziele sowie die dabei angetroffenen Hindernisse zu überwachen und zu evaluieren. Zur Erleichterung dieser Fortschritte gewähren die Vereinten Nationen den Mitgliedstaaten und internationalen Organen außerdem **operative** Unterstützung bei der Umsetzung globaler Verpflichtungen in einzelstaatliche politische und sonstige Maßnahmen sowie beim Aufbau regionaler und nationaler Durchführungskapazitäten. Die Vereinten Nationen sind die einzige Organisation, die in der Lage ist, gleichzeitig auf globaler, regionaler und nationaler Ebene und auf allen drei Schienen – der normativen, der analytischen und der operativen – Unterstützung zu leisten.

Die **Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (DESA)** ist einer der Hauptakteure bei der Unterstützung der VN-Entwicklungsagenda. Sie arbeitet mit einer Vielzahl von Organisationen innerhalb und außerhalb des VN-Systems zusammen, um die Entwicklungsagenda und die darin enthaltene Vision einer gemeinsamen Zukunft voranzubringen. Zu den Kernaufgaben der DESA gehören a) die Förderung von Konsens und Selbstverpflichtungen auf zwischenstaatlicher Ebene, b) die Durchführung von Forschungs- und Analysearbeiten zu zentralen Ent-

wicklungsfragen, um grundsatzpolitische Handlungsoptionen zu erarbeiten und entsprechende Beratung zu erteilen, c) die Unterstützung des globalen Statistikk-systems, das für die Beobachtung und Evaluierung von Fortschritten unerlässlich ist, und d) die Bereitstellung technischer Hilfe, um Länder bei der Umsetzung vereinbarter Politiken zu unterstützen. Diese Aufgaben und die damit zusammenhängenden Tätigkeiten der Hauptabteilung decken den gesamten Entwicklungskreislauf ab, der in dem nachstehenden Diagramm veranschaulicht ist.

In Partnerschaft mit einer Vielzahl von Akteuren – so auch aus der Zivilgesellschaft und vielen Teilen des VN-Systems, beispielsweise dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und der Weltbank – ist die Hauptabteilung aktiv bestrebt, durch ihre Beiträge auf die Richtung der politischen Prozesse auf globaler, regionaler und nationaler Ebene einzuwirken. Sie befasst sich innerhalb eines Kooperationsrahmens mit beinahe allen Entwicklungsfragen, darunter unter anderem sozialen und wirtschaftlichen Fragen, Finanzen, Statistik, Bevölkerung, Geschlechterfragen, öffentlicher Verwaltung und Umwelt.

Die fünf **Regionalkommissionen** der Vereinten Nationen unterstützen internationale Maßnahmen,



Die Millenniums-Entwicklungsziele

- 1 Beseitigung der extremen Armut und des Hungers
- 2 Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung
- 3 Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen
- 4 Senkung der Kindersterblichkeit
- 5 Verbesserung der Gesundheit von Müttern
- 6 Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten
- 7 Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit
- 8 Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

indem sie die regionale Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen in ihrer jeweiligen Weltregion – Afrika, Asien und Pazifik, Europa, Westasien und Lateinamerika und die Karibik – fördern. Die Kommissionen verfügen über eine umfangreiche Analyse- und Normsetzungskapazität, die ihre operative Tätigkeit und die auf Regionalebene unternommenen Anstrengungen der Fonds und Programme der VN ergänzt. Sie überwachen und fördern darüber hinaus in ihrer jeweiligen Region die Fortschritte bei der Erreichung der vereinbarten Entwicklungsziele, namentlich der Millenniums-Entwicklungsziele.

Zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung für alle Menschen ist der Umweltschutz neben wirtschaftlichen und sozialen Zielen ein grundlegender Bestandteil der internationalen Agenda. Um sicherzustellen, dass der Umweltaspekt der nachhaltigen Entwicklung auf koordinierte und kohärente Weise berücksichtigt wird, vertritt das **Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)** Umweltbelange im VN-System. Das UNEP setzt sich als Interessenvertreter, Aufklärungsinstanz, Katalysator und Vermittler für die vernünftige Nutzung und die Erhaltung der Naturschätze der Erde zu Gunsten einer nachhaltigen Entwicklung ein. Das Programm sorgt dafür, dass Um-

weltverantwortung ein fester Bestandteil der nationalen und internationalen Maßnahmen zur Erreichung der vereinbarten Entwicklungsziele ist, insbesondere des Entwicklungsziels der Beseitigung der extremen Armut und des Hungers. Die Erreichung dieses und anderer Ziele hängt in starkem Maße von der Sicherung einer nachhaltigen natürlichen Ressourcenbasis ab, die Menschen, die sich aus der Armut befreien, eine Existenzgrundlage bietet.

Die beispiellos zunehmende Verstädterung in der ganzen Welt schafft enorme Herausforderungen für die nachhaltige Entwicklung – Herausforderungen, die den Kern des Mandats des **Programms der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-Habitat)** bilden. Das Programm fördert sozial- und umweltverträgliche Städte mit menschenwürdigem, erschwinglichem Wohnraum, grundlegenden Diensten und wirtschaftlichen Chancen für arme Bewohner. Es tritt für eine niemanden ausschließende städtische Verwaltung und für sichere Nutzungs- und Besitzrechte an Wohnraum ein. Sein strategisches Ziel der Städte ohne Elendsviertel ruht auf vier Säulen: Verfechtung globaler Normen, Informationsanalyse, Erprobung von Lösungsansätzen vor Ort und Finanzierung.

Auch der internationale Handel schafft kritische Chancen und Herausforderungen für ein nachhaltiges Wachstum, insbesondere in Entwicklungs- und Transformationsländern. Ihnen und insbesondere den am wenigsten entwickelten Ländern bei der erfolgreichen Integration in die Weltwirtschaft behilflich zu sein, ist das Hauptziel der **Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD)**. Seit ihrer Einrichtung 1964 fungiert die UNCTAD innerhalb des VN-Systems als Koordinierungsstelle für die integrierte Behandlung von Handels- und Entwicklungsfragen und damit verknüpften Fragen auf dem Gebiet der Finanzen, der Technologie, der Investitionen und der nachhaltigen Entwicklung. Eine Partnerschaft zwischen der Welthandelsorganisation und den Vereinten Nationen, wobei letztere über die UNCTAD tätig wurden, führte zur Schaffung des **Internationalen Handelszentrums (ITC)**. Als Organisation für die gemeinsame technische Zusammenarbeit der beiden Trägerorganisationen erarbeitet das ITC integrierte Handels- und Entwicklungsprogramme, die darauf abstellen, Unternehmen aus Entwicklungsländern erfolgreiche Exporte zu ermöglichen. Das ITC leistet technische Hilfe in den drei nachstehenden

Schwerpunktbereichen: Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, Ausbau der Fähigkeit von Handelsdienstleistern zur Unterstützung von Unternehmen und Unterstützung politischer Entscheidungsträger bei der Einbindung des jeweiligen Unternehmenssektors in die Weltwirtschaft.

Das Büro des Hohen Beaufragten der Vereinten Nationen für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer (OHRLLS) befasst sich speziell mit den Entwicklungs Herausforderungen, denen sich die drei schwächsten Ländergruppen gegenübersehen. Unter diese drei Gruppen fallen bis zu 90 Länder, 36 davon in Afrika, also fast die Hälfte aller Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. In seiner Tätigkeit verfolgt das Büro drei miteinander verknüpfte Ansätze: Es mobilisiert und koordiniert die Maßnahmen, die verschiedene Mitglieder des VN-Systems zu Gunsten dieser Ländergruppen unternehmen. Es vertritt in Partnerschaft mit den zuständigen Stellen des VN-Systems sowie mit der Zivilgesellschaft, den Medien, Wissenschaftskreisen und Stiftungen die Interessen dieser Länder. Schließlich ist es dabei behilflich, internationale Unterstützung und Ressourcen für die Durchführung der Aktionsprogramme zu Gunsten aller drei Ländergruppen zu mobilisieren.

Im Jahr 1959, zu Beginn des Weltraumzeitalters, setzte die Generalversammlung einen Ausschuss für die friedliche Nutzung des Weltraums ein, der durch die Förderung der internationalen Zusammenarbeit dafür sorgen sollte, dass Weltraumforschung und -technologie sowie das Völkerrecht auf diesem Gebiet zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beitragen. Das Büro für Weltraumfragen (OOSA) fungiert als Sekretariat des Ausschusses und führt das Programm der Vereinten Nationen für Raumfahrtanwendungen durch. Das Büro veranstaltet Ausbildungskurse, Workshops und Seminare und wird beratend tätig, um durch internationale Zusammenarbeit den Einsatz von Weltraumtechnologien und -daten zu Gunsten einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Entwicklungsländern weiter zu fördern. Sein Tätigkeitsfeld erstreckt sich auf eine Vielzahl von Gebieten, auf denen Weltraumwissenschaft und -technologie zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen können, darunter Katastrophenmanagement, Umweltschutz, Überwachung natürlicher

Ressourcen, Telemedizin und Tele-Unterricht sowie Verhütung von Infektionskrankheiten.

Schlaglichter

Fortschritte in der Entwicklungsagenda

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC), kraft der Charta eines der Hauptorgane der Vereinten Nationen, ist das zentrale Forum für die Erörterung und Formulierung grundsatzpolitischer Empfehlungen zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Auf dem Weltgipfel 2005 wurde die Rolle des Rates, die Entwicklungsagenda im 21. Jahrhundert vorzugeben und zu lenken, gestärkt. Aufbauend auf dem Ergebnis des Weltgipfels verabschiedete die Generalversammlung 2006 weitere **Resolutionen und Beschlüsse zur Stärkung des ECOSOC**. Während der Beratungen in der Generalversammlung erarbeitete die DESA Alternativen und erstellte Analysen als Erörterungsbeitrag und mögliche Handlungsgrundlage. All dies trug mit dazu bei, das Interesse der führenden Politiker der Welt daran zu wecken, den ECOSOC in den Mittelpunkt der Maßnahmen zur Überwachung und Förderung der einheitlichen und kohärenten Durchführung der Entwicklungsagenda zu stellen.

Der so gestärkte ECOSOC wird jährliche Überprüfungen auf Ministerebene zum Verwirklichungsstand der international vereinbarten Entwicklungsziele, einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele, veranstalten. Er wird alle zwei Jahre ein Forum für Entwicklungszusammenarbeit einberufen, das dieses Thema in seiner gesamten Bandbreite behandeln und seinen Beitrag zur Erreichung der Entwicklungsziele erhöhen soll. Außerdem wird der Rat Ad-hoc-Sitzungen zu konkreten humanitären Notlagen abhalten, um Bewusstseinsbildung zu betreiben und alle Interessenträger in internationale Hilfsmaßnahmen einzubinden. Darüber hinaus wird er mit der kürzlich eingesetzten Kommission für Friedenskonsolidierung hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Dimension der Wiederherstellung in der Konfliktfolgezeit, einer wesentlichen Voraussetzung für dauerhaften Frieden, zusammenwirken.

Im Jahr 2006 befasste sich der ECOSOC auf seinem Tagungsteil auf hoher Ebene damit, wie wichtig es ist, **Vollbeschäftigung und menschenwürdige Ar-**

beit für alle zu fördern. Der Rat verabschiedete eine Ministererklärung über Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit, in der einige konkrete Schritte zur Erfüllung der auf dem Weltgipfel 2005 eingegangenen Verpflichtung, das Ziel der produktiven Vollbeschäftigung zu einem zentralen Ziel der nationalen und internationalen Politiken zu machen, und zur systematischen Überwachung der diesbezüglichen Fortschritte aufgeführt werden. Die DESA trug über ihren Bereich Unterstützung des Wirtschafts- und Sozialrats und Koordinierung dazu bei, zahlreiche Minister und hochrangige Regierungsvertreter aus verschiedenen Ressorts wie etwa wirtschaftliche Zusammenarbeit, Planung und Arbeit für die Aussprache zu gewinnen und ihre Teilnahme daran zu unterstützen. Sie erhielt darüber hinaus ein außergewöhnliches Maß an Kooperation seitens vieler Teile des VN-Systems, deren Arbeit für verschiedene Aspekte der Aussprache unverzichtbar war, insbesondere der IAO. Dadurch wiederum wurde es möglich, in einer Reihe von Rundheitgesprächen unterschiedliche, miteinander verknüpfte Dimensionen des Problems der Schaffung von Arbeitsplätzen und menschenwürdiger Arbeit umfassend zu behandeln.

Ein weiteres wichtiges Ereignis des Jahres 2006 war der **Dialog auf hoher Ebene über internationale Migration und Entwicklung**, den die Generalversammlung am 14. und 15. September abhielt. Die Kommission für Bevölkerung und Entwicklung, die von der DESA betreut wird, konnte einen wesentlichen Beitrag zu dem Dialog leisten, in dessen Rahmen sondiert wurde, wie die positiven Auswirkungen der internationalen Migration auf die Entwicklung maximiert und ihre negativen Auswirkungen möglichst gering gehalten werden können. Bei dem Dialog standen auch Grundsatzfragen im Mittelpunkt, namentlich die Herausforderung, die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen. Die von der DESA veranstalteten und betreuten Gespräche bewiesen, dass die internationale Migration im Rahmen der Vereinten Nationen konstruktiv erörtert werden kann. Im Laufe des Dialogs wurden mehrere Aussagen bekräftigt, die in dem von der DESA-Abteilung Bevölkerungsfragen erstellten Bericht des Generalsekretärs enthalten waren, nämlich a) dass internationale Migration ein wachsendes Phänomen und ein wesentlicher Entwicklungsfaktor ist, b) dass sie sowohl für die Herkunfts- als auch für die Aufnah-

VN-Foto/86372



meländer entwicklungsfördernd sein kann, wenn sie durch die richtige Politik unterstützt wird, darunter die Achtung der Grundrechte und Grundfreiheiten aller Migranten, und c) dass es wichtig ist, die internationale Zusammenarbeit betreffend die internationale Migration zu stärken.

Im Oktober 2006 veröffentlichte der Generalsekretär eine Tiefenstudie über **Gewalt gegen Frauen**, in deren Rahmen die Allgegenwart, die Breite und die Tiefe dieses drängenden Problems sowie die Defizite und Herausforderungen bei der Reaktion der Öffentlichkeit umfassend untersucht wurden. Zwei Monate später verabschiedete die Generalversammlung im Konsens eine Resolution, die Leitlinien zu Folgemaßnahmen zu der Studie durch verschiedene Interessenträger, darunter die Mitgliedstaaten auf innerstaatlicher Ebene, die Stellen des VN-Systems und zwischenstaatliche Organe, enthielt. Die in großer Zahl eingegangenen analytischen Beiträge wurden von der DESA-Abteilung Frauenförderung zusammengestellt und waren entscheidend für den Erfolg der Studie verantwortlich. Mit der Erstellung der Studie war ein umfangreicher Konsultationsprozess verbunden, und es flossen Beiträge von Mitgliedstaaten, nichtstaatlichen Organisationen, VN-Stellen, Sachverständigen und anderen Interessenträgern in sie ein, die auf nationaler, regionaler und globaler Ebene vorhandene Forschungsarbeiten, Kenntnisse und Erfahrungen verarbeiteten.

Die analytische Kompetenz der DESA kam auch bei einer weiteren Veröffentlichung des vergangenen Jahres, dem *World Economic and Social Survey 2006*

(Welt-Wirtschafts- und Sozialüberblick 2006) maßgeblich zum Tragen. In dieser Ausgabe wurden die zunehmend auseinanderstrebenden Tendenzen bei Wachstum und Entwicklung weltweit beleuchtet und die Hauptursachen dafür ermittelt. Es wurde festgestellt, dass in den vergangenen Jahrzehnten nur einige wenige Entwicklungsländer ein anhaltendes Wachstum verzeichnen konnten, während es den übrigen nicht gelang, über niedrige Wachstumsraten hinauszukommen. Diese Länder sind daher weiterhin anfällig für globale Schocks, konfliktgefährdet und können keine Fortschritte bei der Armutsbekämpfung erzielen. Die in der Veröffentlichung enthaltenen Analysen stammten von der DESA-Abteilung Entwicklungspolitische Analysen und trugen zur zwischenstaatlichen Aussprache in Foren wie dem ECOSOC, so auch seinem Tagungsteil auf hoher Ebene, und dem Zweiten Ausschuss der Generalversammlung bei.

Die DESA unterstützt seit mehr als vier Jahren die Arbeit eines Ad-hoc-Ausschusses der Generalversammlung mit der Aufgabe, ein internationales **Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen** zu erarbeiten. Der Ausschuss legte im Dezember einen abschließenden Entwurf vor, den die Generalversammlung zusammen mit einem Fakultativprotokoll verabschiedete. Das neue Übereinkommen bietet den Staaten, die es ratifizieren, ein wirksames Instrument zur Förderung und zum Schutz der Rechte aller Menschen mit Behinderungen und stellt insbesondere auf die Herausforderungen für die Entwicklung ab, die sich aus der konsequenten Einbeziehung von 650 Millionen Menschen mit Behinderungen in die Entwicklung im Zuge der Erreichung international vereinbarter Entwicklungsziele ergeben.

Das Übereinkommen, der erste im 21. Jahrhundert geschlossene Menschenrechtsvertrag, ist einer der am raschesten ausgehandelten Verträge in der Geschichte des Völkerrechts. Der Fortgang der Verhandlungen wurde durch die ausgedehnte Nutzung des Internet, so auch zur Weitergabe von Beiträgen und Verbreitung von Änderungen, Stellungnahmen und Vorschlägen in Echtzeit, sowie durch die Herausgabe von Dokumenten in alternativen Formaten (z.B. Braille), alles ermöglicht durch die DESA-Abteilung Sozialpolitik und Entwicklung, erheblich beschleunigt. Zwischen 2004 und 2006 mobilisierte die DESA umfangreiche Mittel, um die volle Teilhabe behinderter Vertreter

VN-Foto/122129



der Zivilgesellschaft aus Entwicklungsländern zu gewährleisten.

Das ebenfalls von der DESA betreute VN-Waldforum einigte sich 2006 auf **die künftige Richtung der internationalen Waldpolitik**. Nach zweiwöchigen intensiven Verhandlungen vereinbarte das Forum auf seiner sechsten Tagung vier gemeinsame globale Ziele: den Rückgang der Waldbedeckung weltweit durch nachhaltige Waldbewirtschaftung umzukehren, den aus Wäldern erwachsenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Nutzen zu erhöhen, die geschützten und nachhaltig bewirtschafteten Waldflächen erheblich auszuweiten und erheblich mehr öffentliche Entwicklungshilfemittel für die nachhaltige Waldbewirtschaftung zu mobilisieren. Auf seiner Tagung 2006 wurde das Mandat des Forums für weitere neun Jahre, also bis 2015, verlängert. Das VN-Waldforum stellte das feste politische Bekenntnis der Mitgliedstaaten zu einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung unter Beweis und vereinbarte für seine im nächsten Jahr stattfindende siebente Tagung den Abschluss und die Verabschiedung eines nicht rechtsverbindlichen Dokuments über alle Arten von Wäldern.

Die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele hängt zum Teil von der Kapazität der Staaten und internationalen Organisationen ab, Fortschritte anhand verlässlicher Daten zu verfolgen. Bei der **technischen Zusammenarbeit der DESA mit nationalen Statistiksystemen** im Hinblick auf den Ausbau statistischer Kapazitäten kam es durchweg zu positiven Rückmeldungen, woraus sich eine messbare Wirkung

auf einzelstaatliche und subregionale Statistikprogramme ablesen lässt. Die besondere Stärke der Tätigkeit der DESA auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit liegt darin, dass sie vollständig mit der normativen Arbeit an statistischen Standards und Normen integriert ist, für die die von der DESA betreute Statistische Kommission der VN zuständig ist. Zu den Ergebnissen der Kapazitätsaufbaumaßnahmen der DESA in Staaten und Subregionen zählten Änderungen in der Statistikgesetzgebung, die Einführung von Nutzerausschüssen, Änderungen der funktionalen Regelungen von Statistikämtern, Änderungen bei der Durchführung von Volkszählungen sowie bei den abgefragten Informationen, wesentliche Fortschritte in der Wirtschafts- und Umweltstatistik sowie Verbesserungen bei den Beziehungen zwischen den Ämtern, den Nutzern und den Lieferanten von Daten.

Entwicklung auf regionaler Ebene

Die mit der Entwicklung verbundenen Herausforderungen und die Mittel zu ihrer Bewältigung sind von Region zu Region verschieden und erfordern die gezielte Aufmerksamkeit regionaler Handlungsträger. Die Tätigkeit der fünf VN-Regionalkommissionen ist daher ebenso vielfältig wie die Gegebenheiten und die Bedürfnisse der einzelnen Regionen.

Ein wichtiges Ereignis des Jahres 2006 für die **Wirtschaftskommission für Afrika** (ECA) war das fünfte Afrikanische Entwicklungsforum im November, in dessen Mittelpunkt die Rolle der Jugendlichen in der Regionalentwicklung stand. Zu den Resultaten des Forums gehörten die Herausgabe der Jugendcharta der Afrikanischen Union und die Einholung von Beiträgen der Mitgliedstaaten zu einem Gemeinsamen Aktionsplan für Jugend und Entwicklung in Afrika. Im Februar 2006 veranstaltete die ECA das erste Treffen des Afrikanischen Symposiums für Statistikentwicklung, bei dem unter anderem allen afrikanischen Ländern nahe gelegt wurde, sich an den Bevölkerungszählungen und Wohnungszählungen 2010 zu beteiligen. In enger Zusammenarbeit mit der VN-Statistikabteilung richtete das Symposium außerdem eine Gruppe der „Freunde der ECA“ mit der Aufgabe ein, die statistischen Herausforderungen und Bedürfnisse der Region an die Kommission heranzutragen. Bei ihrer laufenden Unterstützung der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) gewährte die ECA fachliche Hilfe für ein für Juni anberaumtes Gipfeltreffen

über Düngemittel in Afrika und koordinierte darüber hinaus die Veröffentlichung des ersten umfassenden Wasser-Entwicklungsberichts für Afrika. Beide Tätigkeiten entsprechen konkreten Entwicklungsprioritäten der NEPAD. (Weitere Informationen zur NEPAD und zu den im Rahmen der VN unternommenen Maßnahmen zu ihrer Unterstützung finden sich im Kapitel „Entwicklung Afrikas“.)

Die zwischen der **Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik** (ESCAP), der Asiatischen Entwicklungsbank und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) bestehende Dreier-Partnerschaft hat sich im Jahr 2006 zu einem umfangreichen regionalen Gemeinschaftsprojekt zur Unterstützung der Millenniums-Entwicklungsziele entwickelt. Dabei wurden mit technischer und finanzieller Hilfe seitens der drei Partner gemeinsame Anliegen der Länder der Region, beispielsweise die Harmonisierung von Rechtsordnungen und Regelungsrahmen, schwerpunktmäßig behandelt, und den Ländern wurde Gelegenheit gegeben, Erfahrungen auszutauschen, bewährte Praktiken weiterzugeben, sich gegenseitig technisch zu unterstützen und sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen. Im November 2006 einigte sich eine von der ESCAP veranstaltete Ministerkonferenz über Verkehrswesen über eine Erklärung und ein regionales Aktionsprogramm für Verkehrsentwicklung, hielt eine Unterzeichnungszeremonie für das Zwischenstaatliche Übereinkommen über das transasiatische Schienennetz ab und gab eine Ministererklärung über Straßenverkehrssicherheit ab. Die 62. Tagung der Kommission im April umfasste erstmals eine Sondertagung für die Führer von Pazifikinseln, bei der für Inselstaaten besonders wichtige Themen im Mittelpunkt standen.

Die **Wirtschaftskommission für Europa** (ECE) veröffentlichte 2006 den Schlussbericht über ein mit 2 Millionen Dollar ausgestattetes Projekt „Investitionen in die Energieeffizienz zur Abmilderung der Klimaänderung“, durch das Investitionen in einer Gesamthöhe von über 60 Millionen Dollar identifiziert und erschlossen werden konnten, die zur Minderung des jährlichen Kohlendioxid-Ausstoßes um etwa 136.000 Tonnen führen. Im Juni verabschiedeten die ECE-Mitgliedstaaten die Empfehlungen für den Bevölkerungszensus und Wohnungszensus 2010, eine wichtige statistische Norm, in der einzelne Zensusthemen mit regionaler Bedeutung beschrieben und analysiert

werden, und die für den Zensus 2010 in allen europäischen Ländern richtungsweisend sein werden. Die Kommission verabschiedete 2006 außerdem eine Reihe von Empfehlungen zur Senkung der Zahl der Straßenverkehrstote, um der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, Probleme der Straßenverkehrssicherheit weltweit zu bekämpfen. Diese Empfehlungen beruhen auf den von allen Interessenträgern eingebrachten bewährten Vorgehensweisen und sollen weltweit verbreitet werden.

Die 31. zweijährliche Tagung der **Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC)** fand im März 2006 in Montevideo statt und behandelte das Schwerpunktthema soziale Schutzsysteme einschließlich Gesundheits-, sozialer Wohlfahrts- und Armutsbekämpfungsprogramme in der gesamten Region. In der Hauptresolution dieser Tagung wurden die Regierungen aufgefordert, diese Systeme auf alle ihre Bürger auszuweiten. Eine separate Resolution, die als Beitrag der Region zu dem VN-Dialog auf hoher Ebene über internationale Migration und Entwicklung gedacht war, forderte die Regierungen außerdem auf, sich gezielt mit den Vorteilen der Migration für die Entwicklung und mit der Vulnerabilität von Migranten und ihren Familien zu befassen. Auf dem Dialog auf hoher Ebene wurde außerdem ein ECLAC-Bericht mit dem Titel „Internationale Migration, Menschenrechte und Entwicklung“ vorgelegt. Die von der Kommission kurzzeitig erbrachten Beratungsdienste nahmen 2006 entsprechend den Bedürfnissen ihrer Mitglieder an Umfang und Breite erheblich zu.

Die **Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA)** ist seit mehr als sechs Jahren federführend an den Arbeiten an einem Integrierten Verkehrssystem im arabischen Maschrik beteiligt, das Vereinbarungen über den Straßen-, Schienen- und Seeverkehr umfasst. Der Prozess erreichte im September 2006 mit dem Inkrafttreten einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit beim Seeverkehr einen wichtigen Meilenstein. Daran schloss sich die Tagung einer Sachverständigengruppe an, die dazu bestimmt war, den Mitgliedstaaten bei der Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen behilflich zu sein. Mit dieser dritten und letzten Vereinbarung ist das Integrierte Transportsystem nunmehr vollständig. Getrennt davon erbrachten zwei Arbeitstagungen der ESCWA 2006 den Entwurf eines Politikrahmens für gemeinsame Grundwasserleiter sowie weitere Maßnahmen

zur Verbesserung der Wasserwirtschaft in der Region. Im April berief die ESCWA eine nationale Konferenz in Bahrain ein, bei der Regierungsvertreter, Sachverständige aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor und wichtige Interessenträger zusammenkamen. Ziel dieser Konferenz war die Herbeiführung eines Konsenses über Bedürfnisse und die Festlegung der erforderlichen landesspezifischen Mechanismen zur Einbindung der Sozialpolitik in den nationalen Entwicklungsrahmen. Die Konferenz war erfolgreich und führte zur Einsetzung einer Gruppe Sozialpolitik im Ministerium für Sozialentwicklung in Bahrain, die inzwischen ihre Arbeit voll aufgenommen hat. Im November 2006 veranstaltete die ESCWA eine ebenso erfolgreiche Konferenz in Ägypten. Jordanien, Oman, Saudi-Arabien und die Palästinensische Behörde haben um die Veranstaltung ähnlicher Konferenzen nachgesucht.

Die ökologischen Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung

Umweltverantwortung und ihre Einbindung in die nachhaltige Entwicklung erfordern die Fähigkeit, Umwelttrends auf Dauer lückenlos und zuverlässig zu überwachen, zu analysieren und zu steuern. Dies wiederum erfordert Kapazitäten in den Bereichen Datenverarbeitung, -modellierung und -analyse. Nach der Stärkung dieser Kapazitäten mit technischer Hilfe seitens des UNEP konnten 2006 mehrere Länder der asiatisch-pazifischen Region – Bangladesch, Bhutan, die Demokratische Volksrepublik Korea, Indien, die Laotische Volksdemokratische Republik, die Malediven, Nepal, Sri Lanka und Vietnam – **Nationalberichte über den Zustand der Umwelt** erstellen. Auf regionaler Ebene stellte das UNEP im Mai 2006 seinen zweiten Bericht mit Umweltprognosen für Afrika vor, in dem festgestellt wurde, dass die Region nur einen Bruchteil des aus ihren Naturschätzen erwachsenden Wirtschaftspotenzials ausschöpft, das bei wirksamer, fairer und nachhaltiger Nutzung für die meisten der 800 Millionen Menschen in Afrika einen Weg aus der Armut eröffnen könnte.

Im April 2006 wurde ein **wichtiger Schritt zum Schutz der Ozonschicht** unternommen: die Ankündigung, dass mehr als 5.000 Bauern, Bauernverbände, große Supermarktketten und andere Organisationen aus 30 Ländern mit dem UNEP eine neue Internationale Partnerschaft für den Methylbromid-Ausstieg



VN-Foto/74848

eingegangen sind. Methylbromid wird eingesetzt, um vor dem Anbau von Kulturpflanzen wie Tomaten, Erdbeeren, Melonen und Schnittblumen Schädlinge im Boden zu vernichten. Seit 1992 ist es wegen seiner ozonabbauenden Wirkung ein geregelter Stoff, dessen Verwendung nach dem Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, eingestellt werden soll. Das UNEP arbeitet gemeinsam mit Wissenschaft und Industrie daran, Informationen über kostengünstige beziehungsweise bewährte Alternativen zu Methylbromid weithin verfügbar zu machen. Daneben berichteten das UNEP und die Weltorganisation für Meteorologie im August, dass sich die erwartete vollständige Erholung der Ozonschicht voraussichtlich um 5 bis 15 Jahre verzögern wird.

Eine weitere neue Initiative zur Information der Weltöffentlichkeit über die Ergebnisse der vom UNEP durchgeführten Bewertungen wurde im September gestartet, als die bekannte Internetseite **Google Earth** in der englischen Sprachfassung unter der Rubrik „featured content“ mehr als 100 Satellitenbilder aus den verkaufstarken UNEP-Umweltatlanten *One Planet, Many People* (Ein Planet, viele Menschen) und *Africa's Lakes* (Afrikas Seen) einstellte. Diese Bilder gestatten es den Nutzern, rund um die Erde zu „fliegen“ und sich ökologische Problemorte ganz nah heranzuholen, um die Veränderungen an der Umwelt durch menschliche Aktivitäten in Augenschein zu nehmen. Die Inhalte werden bei Verfügbarkeit neuer Informationen regelmäßig aktualisiert.

Wenn humanitäre Organisationen nach Katastrophen oder Konflikten tätig werden, so ist auch die rasche Entsendung von Umweltsachverständigen dringend notwendig, da zu den Folgewirkungen von Katastrophen und Konflikten oft auch Schäden an Industrieanlagen und umwelttechnischer Infrastruktur gehören, die zur Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden führen oder zusätzliche Risiken schaffen. Im Jahr 2006 konnte das UNEP durch seine **raschen Umweltbewertungen** dazu beitragen, solche direkten Bedrohungen zu ermitteln und auf Umweltprobleme aufmerksam zu machen, denen in der Frühphase des Wiederaufbaus und in den Folgephasen Rechnung zu tragen ist. So gelangten beispielsweise im Juli, als während der Feindseligkeiten in Libanon der Öllagertank eines Kraftwerks getroffen wurde, schätzungsweise 10.000 bis 15.000 Tonnen Schweröl ins Mittelmeer und verschmutzten die libanesische und die syrische Küste. Die Gemeinsame Umweltgruppe, eine Partnerschaft des UNEP und des VN-Amtes für die Koordination humanitärer Angelegenheiten, koordinierten in Zusammenarbeit mit dem libanesischen Umweltministerium, der Europäischen Union, der Weltnaturschutzunion und dem VN-Landesteam die umfangreichen Säuberungsarbeiten.

Die Klimaänderung war 2006 eines der Hauptthemen des **UNEP-Programms Sport und Umwelt**. Vertreter des Programms arbeiteten eng mit den Organisationskomitees der XX. Olympischen Winterspiele in Turin (Italien) und der FIFA Fussball-Weltmeisterschaft im Sommer in Deutschland zusammen, um den Aspekt der Umweltverträglichkeit in die Planung der Veranstaltungen einzubeziehen. Die beiden Veranstaltungen waren die bisher umweltfreundlichsten ihrer Art mit wesentlich geringerem Kohlenstoffausstoß, Müllaufkommen und Trinkwasserverbrauch.

Das UNEP knüpft darüber hinaus **stärkere Verbindungen zu Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften**. Im Januar 2006 richtete das Programm die erste Gewerkschaftsversammlung über Arbeit und Umwelt aus. Mehr als 150 Vertreter von Arbeitnehmerorganisationen, Gewerkschaften, Regierungen, dem Privatsektor und VN-Organen erörterten die ineinandergreifenden Interessen von Arbeitnehmerrechten und Umweltschutz sowie Wege zur Schaffung von Partnerschaften zur gemeinsamen Gestaltung und Durchführung der Umweltpolitik.

Schaffung zukunftsfähiger menschlicher Siedlungen

Seit 2002 veranstaltet das UN-Habitat alle zwei Jahre eine internationale Zusammenkunft, das **Welt-Städteforum**, bei dem führende Politiker und Entscheidungsträger, Führer aus der Zivilgesellschaft, Slumbewohner und Menschen aller Lebenssituationen zusammenkommen, um zu erörtern, wie die rasch wachsenden Städte der Welt für alle Menschen besser und sicherer gemacht sowie zukunftsfähig und umweltfreundlich werden können. Im Jahr 2006, dem 30. Jahr des Bestehens des UN-Habitat, nahmen etwa 10.000 Menschen aus mehr als 100 Ländern an dem Forum teil und verpflichteten sich darauf, der Zukunftsfähigkeit der Städte auf der nationalen wie der lokalen Agenda überall auf der Welt auch weiterhin hohen Stellenwert einzuräumen. Eine der Besonderheiten des Forums bestand darin, dass es Regierungen und Stadtgemeinden wesentlich mehr Chancen zur Interaktion mit Frauen-Basisorganisationen, Jugendgruppen, Vertretern von Slumbewohnern und anderen nichtstaatlichen Organisationen bot, worin zum Ausdruck kommt, welche Priorität das UN-Habitat inklusiveren internationalen Treffen beimisst.

Der *State of the World's Cities Report* (Bericht über den Zustand der Städte der Welt), den das UN-Habitat 2006 herausgab, zeigt, welche sozioökonomischen, ökologischen und politischen Auswirkungen Ungleichheiten beim Zugang zu Dienstleistungen, Wohnraum, Grund und Boden, Bildung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigungschancen in Städten haben. Zu diesen Auswirkungen gehören zunehmende Gewalt, Unruhen in den Städten, Umweltzerstörung und Unterbeschäftigung, wodurch jede Einkommenssteigerung und Armutsminderung aufgezehrt zu werden droht. Der Bericht zeigt, dass die Vertreibung der Armen aus den Städten – durch Zwangsräumung oder diskriminierende Praktiken – nicht die Antwort ist. Die einzige langfristig tragfähige Lösung für die zunehmende städtische Armut besteht vielmehr darin, die Armen bei der stärkeren Integration in das städtische Gesellschaftsgefüge zu unterstützen.

Am Ende des Jahres 2006 stand ein angemessener Höhepunkt: Die erste **Asiatisch-Pazifische Ministerkonferenz über Wohnungswesen und Stadtentwicklung**, die im Dezember unter gemeinsamer Trägerschaft des UN-Habitat und der Regierung Indiens stattfand, beschloss einstimmig einen neuen Mechanismus zur Einsetzung eines ständigen Sekretariats in der bevöl-

kerungsreichsten Weltregion. Mehr als 35 Minister einigten sich auf einen Gestärkten Rahmenplan für bessere Städte, der auf vier Säulen ruht: armenfreundliche Stadtverwaltung und -planung, Slumsanierung, Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele für Wasser- und Sanitärversorgung und Finanzierung einer zukunftsfähigen Verstädterung. Im April fand eine ähnliche Veranstaltung für Afrika statt, bei der Minister aus über 30 afrikanischen Ländern am Amtssitz des UN-Habitat in Nairobi zu einer Sondertagung der **Afrikanischen Ministerkonferenz über Wohnungswesen und Stadtentwicklung** zusammenkamen, um Strategien für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele in den städtischen Slums in Afrika zu erörtern. Zu den Ergebnissen dieser Tagung gehörte die Zusage, alles zu tun, um die Armut in den Städten zu reduzieren und zu gewährleisten, dass afrikanische Städte nachhaltig verwaltet werden.

Entwicklungsförderung durch Handel

Um den Entwicklungsländern bei der Bewältigung der gemischten Auswirkungen der globalen wirtschaftlichen Interdependenz zu helfen, brachte die UNCTAD durch ihre **Forschungsarbeiten und Publikationen** im Jahr 2006 die Diskussionen mehrerer aktueller Themen voran. Im *Least-Developed Countries Report 2006* (Bericht über die am wenigsten entwickelten Länder 2006) wurde hervorgehoben, dass sich politische Maßnahmen auf nationaler wie auf internationaler Ebene darauf konzentrieren müssen, in den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt Produktionskapazitäten aufzubauen, um die Armut zu mindern. Der *World Investment Report 2006* (Weltinvestitionsbericht 2006) der UNCTAD, der oft als die weltweit maßgebliche Informationsquelle für ausländische Direktinvestitionen angesehen wird, enthält Vorschläge, wie Entwicklungsländer sich abzeichnende Muster in den internationalen Investitionsströmen zu ihrem Vorteil nutzen können. Die Hauptpublikation der UNCTAD, der *Trade and Development Report 2006* (Handels- und Entwicklungsbericht 2006), befasste sich mit dem Konzept des politischen Handlungsspielraums für Entwicklungsländer und der Notwendigkeit von Flexibilität bei der Politikkonzeption im Hinblick auf den Entwicklungsbereich. Dieser Bericht stieß lebhaftere internationale Diskussionen über die grundlegenden Ursachen globaler Handelsungleichgewichte an, und viele Delegationen schlossen sich daraufhin dem Aufruf



VN-Foto/84614

nach einem auf internationaler Ebene koordinierten makroökonomischen Ansatz zu ihrer Überwindung an.

Um in Entwicklungsländern stärkere Aufmerksamkeit auf den internationalen Handel und die Handelsliberalisierung zu lenken, veranstaltete die UNCTAD 2006 knapp 100 **Seminare, Workshops und Trainingsprogramme** zu Themen wie Schnittstellen zwischen der Welthandelsorganisation und anderen Handelsverhandlungen, nichttarifären Maßnahmen mit Auswirkungen auf den Handel, Sicherung des Marktzugangs unter Beachtung unterschiedlicher Umweltauflagen in Exportmärkten sowie Gelegenheiten für afrikanische Länder zu Rohstoffgewinnung und -handel. Bei einer 2006 abgehaltenen Sachverständigentagung über den Energiesektor standen drei Themen im Mittelpunkt: die Anpassung an eine im Wandel begriffene Energiewirtschaft, Biokraftstoffe sowie Erdöl und Erdgas in Afrika und den am wenigsten entwickelten Ländern.

Die UNCTAD und Royal Philips Electronics Corp. vereinten ihre Kräfte in einer innovativen öffentlich-privaten Partnerschaft, um Möglichkeiten und Voraussetzungen für den Aufbau einer Energiesparlampen-Industrie in der Region der **Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika** zu erkunden. Bei einer von der UNCTAD, von Philips und vom UNDP gemeinsam veranstalteten Konferenz im Juli in Pretoria wurden Möglichkeiten erörtert, wie Investitionen in Energiesparlampen sowie deren Herstellung und

der Handel damit in der Region angekurbelt werden können.

Um Ländern dabei zu helfen, ausländische Direktinvestitionen zur Förderung ihrer Entwicklung anzuziehen und zu nutzen, führt die UNCTAD im Rahmen ihrer **Überprüfungen der Investitionspolitik** Evaluierungen der politischen, regulatorischen, institutionellen und operativen Rahmenbedingungen für Investitionen in einzelnen Ländern durch. Die Zahl der abgeschlossenen Überprüfungen ist 2006 mit der Veröffentlichung der Überprüfungen für Kolumbien und Ruanda auf insgesamt 22 gestiegen. Die Überprüfungen für Marokko und Sambia wurden fertiggestellt, die für Brasilien und Nigeria waren zum Jahresende noch im Gange, und die für Mauretanien, Vietnam und die Dominikanische Republik befanden sich in Vorbereitung. Auf die Überprüfungen folgt oft technische Hilfe zu Fragen wie der Rechts- und der Wirtschaftsordnung, institutionellen Reformen und Förderstrategien für den Zufluss ausländischer Direktinvestitionen. Im Jahr 2006 erhielten beispielsweise Ägypten, Algerien, Botsuana, Mauritius und Peru solche Hilfen zur Herbeiführung von Reformen, die eine Verbesserung des Investitionsklimas, die Zunahme ausländischer Direktinvestitionen, die Diversifizierung dieser Investitionen in neue Sektoren und die Herstellung stärkerer Verbindungen zwischen in- und ausländischen Firmen zur Folge hatten.

Das **Automatische Zolldatensystem** der UNCTAD (ASYCUDA) hilft Regierungen bei der Reform des Zollabfertigungsprozesses. Einzelnen Behörden war es unter anderem bei der Computerisierung und Vereinfachung der Zollverfahren behilflich, wodurch die Abfertigung beschleunigt und die für die Unternehmen und die Volkswirtschaft anfallenden Kosten auf ein Mindestmaß beschränkt wurden. Mehr als 90 Länder nutzen derzeit verschiedene Versionen des Systems. Im Jahr 2006 wurden in Eritrea, auf den Komoren, den Seychellen und in Swasiland neue ASYCUDA-Projekte eingeleitet. In Guinea, Nigeria und der Zentralafrikanischen Republik wurde das System in Betrieb genommen.

Im Rahmen vielfältiger Anstrengungen zur Unterstützung der **Entwicklung Afrikas** und insbesondere zur Unterstützung der NEPAD stellt die UNCTAD fortlaufend Analysen der Herausforderungen für die Entwicklung Afrikas sowie grundsatzpolitische Empfehlungen, Beratende Dienste und technische Hilfe be-

reit und vertritt die Interessen dieser Länder. In Anbetracht der Selbstverpflichtung der internationalen Gemeinschaft, die Hilfe für Afrika zu verdoppeln, wurde in der Ausgabe 2006 der Berichtsreihe der UNCTAD *Economic Development in Africa* (Wirtschaftliche Entwicklung in Afrika) untersucht, wie der Kontinent die höheren Hilfsleistungen zu Gunsten dauerhaften Wachstums und nachhaltiger Entwicklung einsetzen könnte.

Das Internationale Handelszentrum (ITC) richtete 2006 einige **Käufer-Verkäufer-Treffen und Geschäftsvermittlungsbörsen** aus, um Klein- und Mittelbetrieben Gelegenheit zu geben, im Rahmen bestehender regionaler Handelsvereinbarungen ihre Güter und Dienstleistungen vorzustellen. Dies trägt wiederum zur Schaffung regionaler Wertschöpfungsketten und somit zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt bei. Bei 14 solcher Treffen im Laufe des Jahres sondierten 750 Unternehmen und 416 wirtschaftliche Interessenverbände aus der ganzen Welt die Möglichkeit von Geschäftspartnerschaften, wobei Neuaufträge mit einem Schätzwert von 32,5 Millionen Dollar für Hilfsgüter, Baumwolle, Nahrungsmittelherzeugnisse, Leder, Pharmazeutika und Dienstleistungen erteilt wurden.

Darüber hinaus veranstaltet das ITC für **Klein- und Mittelbetriebe Schulungsmaßnahmen** zu Beschaffungsverfahren, Handelsinformationen und Qualitätsmanagement, um ihnen beim Wettbewerb auf bestimmten regionalen und internationalen Märkten zu helfen. So arbeitete das ITC beispielsweise angesichts der wachsenden Nachfrage der asiatischen Textilindustrie nach Baumwolle mit den Regierungen Chinas und Indiens zusammen, um 48 ausgewählte afrikanische Baumwolllieferanten darüber zu informieren, wie sie auf asiatischen Märkten Fuß fassen können. Bei diesen Treffen wurden den afrikanischen Teilnehmern aus erster Hand die Qualitätsanforderungen der asiatischen Textilindustrie vermittelt, und die chinesischen und indischen Textilhersteller konnten sich ein klareres Bild von den Möglichkeiten machen, afrikanische Baumwolle zu importieren. Ebenso erhielten ausgewählte Unternehmen des indonesischen Fischereisektors Hilfe dabei, die Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit im Markt der Europäischen Union zu verstehen und zu erfüllen, während in Malaysia der Schulungsbedarf in den Fischereiunternehmen bewertet wurde. In Bangladesch erhielten zehn ausgewählte

Gerbereien integrierte Hilfe im Bereich Fertigung und Marketing.

Im Jahr 2006 entstand die **ethische Mode** als ein Nischenmarkt, bei dem die Verbraucher Produkte nachfragen, die bestimmten sozialen Wertansprüchen genügen, beispielsweise faire Arbeitsbedingungen, Gewinnbeteiligung und Erhöhung der Familieneinkommen. Im Rahmen einer Kooperation zwischen dem ITC, der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) und 12 kleinen Lederwarenherstellern wurde in Äthiopien unter dem Namen „Taytu“ eine Luxusmarke für Modeaccessoires geschaffen. Die UNIDO war bei der Auflage der ersten Kollektion behilflich, und das ITC unterstützte Taytu bei der Werbung und der Markteinführung der Kollektion durch den Aufbau eines Markenimages, die Kontaktierung der Hauptkunden in diesem Segment und die Präsentation der Kollektion im Herbst 2006 in Paris auf den exklusivsten Messen für Modeaccessoires.

Entwicklung in Bedingungen größter Not

Die Halbzeitüberprüfung des in Brüssel erarbeiteten **Aktionsprogramms für die am wenigsten entwickelten Länder**, das sich die Generalversammlung 2001 zu eigen machte, fand im September 2006 auf der 61. Tagung der Generalversammlung statt. Diese Überprüfung bot der internationalen Gemeinschaft Gelegenheit, eine Bilanz der Zwänge zu ziehen, welche die vollständige Umsetzung des Programms bis zu seinem vorgesehenen Abschlusszeitpunkt 2010 gefährden könnten – darunter die Knappheit an Mitteln für die öffentliche Entwicklungshilfe und an Entwicklungsressourcen. Im Rahmen dieses Prozesses konnten die am wenigsten entwickelten Länder und andere globale Interessenträger darüber hinaus prüfen, wie Faktoren wie Technologietransfer und gute Regierungsführung zu einem größeren Umsetzungserfolg beitragen könnten. In Vorbereitung der Überprüfung veranstaltete das Büro des Hohen Beauftragten für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer (OHRLLS) jeweils ein Regionaltreffen in Afrika und in Asien, auf denen Vertreter der am wenigsten entwickelten Länder zusammenkamen, um regionale Auffassungen und Standpunkte für eine volle Ministertagung im Juni zu formulieren. Auch diese Tagung, auf der die Standpunkte aller 50 am wenigsten entwickelten Länder

ausgearbeitet und zusammengetragen wurden, wurde vom OHRLLS organisiert und betreut.

Außerdem traf das Büro Vorkehrungen für interinstitutionelle Treffen und Sonderveranstaltungen innerhalb des VN-Systems im Vorfeld der Überprüfung sowie für eine von der Präsidentin der Generalversammlung einberufene informelle Anhörungsreihe mit nichtstaatlichen Organisationen, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor, wofür es die entsprechende Unterstützung gewährte. Schließlich unterstützte das Büro ein Vorbereitungstreffen für alle Mitgliedsstaaten unmittelbar vor dem Treffen auf hoher Ebene im September. Darüber hinaus erstellte es als Hintergrundmaterial für die Tagung vier größere Publikationen, eine davon in Zusammenarbeit mit der Weltbank und eine in Zusammenarbeit mit dem UNDP.

Um kleinen Inselentwicklungsländern bei der schnelleren Wiederherstellung nach Katastrophen oder Notlagen behilflich zu sein, initiierte das OHRLLS im Oktober eine Veranstaltung unter dem Motto „**Ressourcen für Notsituationen: Die Rolle des CERF bei der Umsetzung des Geistes der Strategie von Mauritius**“. Der CERF, der Zentrale Fonds für die Reaktion auf Notsituationen, eine wichtige neue Ressource im Falle von Naturkatastrophen, für die kleine Inselstaaten besonders anfällig sind, ist seit seiner Einrichtung Anfang März 2006 lediglich von drei solchen Staaten genutzt worden (mehr über den CERF findet sich im Kapitel „Humanitäre Hilfe“). In der 2005 beschlossenen Strategie von Mauritius wurde die Selbstverpflichtung der internationalen Gemeinschaft zur Durchführung des 1994 in Barbados beschlossenen Aktionsprogramms für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern bekräftigt und gestärkt. In der Strategie ging es konkret um die Anfälligkeit der kleinen Inselentwicklungsländer für Naturkatastrophen sowie um die Notwendigkeit, dass die internationale Gemeinschaft eine wirksamere Katastrophenprävention und -nachsorge unterstützt. Bis Jahresende waren für diese Zwecke Mittelzusagen von insgesamt 261,2 Millionen Dollar für 331 Projekte in 35 Ländern eingegangen. Es wird erwartet, dass sich infolge der Veranstaltung der Mittelzufluss an die kleinen Inselentwicklungsländer bei künftigen Notsituationen noch erhöht.

Was die 31 Binnenentwicklungsländer und die angrenzenden Transitländer angeht, sind ausgehend von einem 2003 in Almaty (Kasachstan) vereinbarten Ak-

VN-Foto/121632



tionsprogramm ehrgeizige Anstrengungen zur Schaffung effizienter Transitverkehrssysteme im Gange, die diesen Ländern bei der vollen Integration in das internationale Handelssystem helfen sollen. Zur Förderung der Agenda von Almaty und zur weiteren Stärkung der Verhandlungsposition der Binnenentwicklungsländer in multilateralen Handels- und Entwicklungsforen wurde im September mit Unterstützung des OHRLLS ein Treffen von Staats- und Regierungschefs abgehalten. Aus diesem Treffen ging eine politische Erklärung zur Beschleunigung der Umsetzung des Programms von Almaty hervor.

Nutzung ferner Ressourcen für die Entwicklung

Seit mehr als dreißig Jahren bezieht das Programm der Vereinten Nationen für Raumfahrtanwendungen seine Tagesordnung aus einer Reihe von Konferenzen der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums (UNISPACE). Zuletzt wurde durch die 1999 abgehaltene UNISPACE III ein langfristiger Aktionsplan in die Wege geleitet, mit dem Ziel, die Mitgliedsstaaten, insbesondere die Entwicklungsländer, besser zur Anwendung der Weltraumwissenschaft zu Gunsten der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung zu befähigen. Zu den auf der UNISPACE III festgelegten Prioritäten gehörte die Nutzung von Weltraumtechnologien und -anwendungen beim Katastrophenmanagement durch die rasche Bereitstellung genauer Daten und von Kommunikationsunterstützung im Katastrophenfall. Diese Prioritätensetzung in Verbindung mit den aktiven Arbeitsbeziehungen, die das Büro für Weltraumfragen

(OOSA) zu Mitgliedstaaten, vielen Teilen des VN-Systems und mit Weltraumfragen befassten internationalen Organisationen unterhält, führte mit der im Dezember von der Generalversammlung vorgenommenen Einrichtung des **Weltrauminformationsportals der Vereinten Nationen für Katastrophenmanagement und Notfallmaßnahmen (SPIDER)** als Programm des OOSA zur Erreichung eines wichtigen Meilensteins.

Das SPIDER, ein offenes Netzwerk für diejenigen, die Hilfe beim Katastrophenmanagement bereitstellen, soll gewährleisten, dass alle Länder zur Unterstützung des gesamten Katastrophenmanagement-Zyklus Zugang zu Weltrauminformationen aller Art haben und die Kapazitäten zu ihrer Nutzung entwickeln. Das SPIDER wird zu universellem Zugang zu weltraumgestützten Technologielösungen beitragen, deren Vorteile der ganzen Welt zugute kommen, und die Entwicklung von Normen für die Bereitstellung von weltraumgestützten Daten, Technologielösungen und Dienstleistungen unterstützen. Zu den wichtigsten Vorteilen, die aus der Umsetzung des SPIDER erwartet werden, gehört die Schließung der Lücken zwischen den Anbietern von Weltraumdiensten und den Akteuren auf dem Gebiet des Katastrophenmanagements.

Auf Grund der gemeinsamen Arbeiten des OOSA, der Mitgliedstaaten und der zuständigen internationalen Organisationen konnte der **Internationale Ausschuss für globale Satellitennavigationssysteme (ICG)** im November 2006 in Wien seine erste Tagung abhalten. Der ICG ist ein Forum, in dem hochrangige Vertreter der Betreiber und Entwickler von weltraumgestützten Navigations- und Positionsbestimmungssystemen erörtern können, wie der universelle Zugang zu diesen Systemen, ihre Kompatibilität und Interoperabilität gefördert und sie in nationale Infrastrukturen, insbesondere in den Entwicklungsländern, eingegliedert werden können. Zu den Teilnehmern am ICG gehören Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika und der Russischen Föderation, der Betreiber des GPS und des Glonass (der beiden bestehenden globalen Navigations- und Ortungssysteme), der Europäischen Weltraumorganisation und der Europäischen Kommission, der Entwickler von Galileo (eines dritten globalen Systems), sowie Chinas, Indiens, Japans und Nigerias, der Entwickler regionaler Navigations- und Ortungssysteme. Darüber hinaus gehören dem ICG nichtstaatliche Spezialorganisationen sowie interessierte Sonderorganisationen des VN-Systems an.

Tätigkeitsanalyse

Zu den Hauptaufgaben der DESA gehört die Erstellung von Analysen und Berichten, die nicht nur fachlich und technisch solide, sondern auch einem breiten Spektrum von politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit zugänglich sind. Hier das richtige Gleichgewicht zu finden, ist nicht immer ganz einfach. Der *World Economic and Social Survey* (Welt-Wirtschafts- und Sozialüberblick) verlangt beispielsweise, dass komplexe und technische Fragen verständlich formuliert und veranschaulicht werden, ohne dass dadurch Genauigkeit oder Tiefe verloren gehen. Daher galt in den letzten Jahren der Zugänglichkeit und der Gesamtaufmachung des Berichts zunehmende Aufmerksamkeit.

Bei den Arbeiten der DESA an dem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2006 machten die mangelnde Barrierefreiheit der VN-Räumlichkeiten sowie die nicht behindertengerechten Konferenzdienste und Webseiten die Teilnahme an den Verhandlungen schwierig und frustrierend für die vielen Delegierten mit Behinderungen. Nach dreijähriger Erfahrung mit der Ausrichtung solcher Treffen ist innerhalb der Vereinten Nationen das Bewusstsein dafür gewachsen, dass sie die von ihnen erbrachten Dienstleistungen so anpassen müssen, dass die volle und wirksame Teilhabe von Delegierten mit Behinderungen entsprechend dem Geist und dem Wortlaut des Übereinkommens gesichert ist.

Ein dritter Bereich, dem im vergangenen Jahr die Aufmerksamkeit der DESA galt, war die Verfügbarkeit und Qualität amtlicher statistischer Daten zur Überwachung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele und anderer international vereinbarter Entwicklungsprioritäten. Obwohl dank der technischen Zusammenarbeit der DESA gewisse Fortschritte bei der Stärkung der einzelstaatlichen statistischen Kapazitäten erzielt werden konnten, kommt das Problem nach wie vor unter anderem dadurch zustande, dass bestimmte Länder nur begrenzt in der Lage sind, international vereinbarte Definitionen anzuwenden – ein Problem, dessen Beseitigung die Hauptabteilung besonderes Augenmerk widmet. Außerdem stammen Daten häufig aus unterschiedlichen Quellen und wurden von dem jeweiligen Statistikamt nicht validiert, sind die nationalen Statistiksysteme oftmals allgemein nicht ausreichend koordiniert und

existieren keine klaren Instanzen zur Überwachung und Verifikation der Daten aus unterschiedlichen Datenangeboten. In vielen Entwicklungsländern sind die bestehenden Datenerhebungsprogramme nicht dauerhaft leistungsfähig, und einige nationale Statistikämter sind allzu abhängig von Daten aus von Gebern veranlassten Erhebungen, an denen sie selbst kaum Anteil hatten. Davon abgesehen verfügen einige Länder nicht über eine Koordinierungsstelle, bei der die Anfragen seitens internationaler Organisationen zusammenlaufen und die dem internationalen Statistiksistem Bericht erstattet.

Es ist notwendig, dass die multilateralen und bilateralen Partner weiter ihre Koordinierungsmechanismen verbessern und mehr Gelegenheiten für eine umfassende Zusammenarbeit im Rahmen gemeinsam entwickelter Programme schaffen. Initiativen von internationalen Organisationen und Gebern sollten auf den vorhandenen nationalen statistischen Strategien und Rahmenplänen aufbauen und von den Plänen nicht abweichen. Damit die Nachhaltigkeit der Kapazitätsaufbaumaßnahmen sichergestellt ist, sollten die meisten nationalen statistischen Initiativen außerdem im Staatshaushalt angesetzt sein und durch starkes politisches Engagement unterstützt werden. Die landesinterne Koordinierung zwischen den Stellen, die Statistiken erstellen, und dem nationalen Statistikamt muss ebenfalls verbessert werden, wobei letzteres eine professionelle, unabhängige Institution mit einem klaren Mandat für die Erhebung, Auswertung und Verteilung amtlicher Statistiken sein muss. Dadurch wiederum würde die Koordinierung mit den internationalen Partnern erleichtert, die gewöhnlich mit unterschiedlichen Ansprechpartnern – von den nationalen Statistikämtern zu den verschiedenen Fachministerien – arbeiten. Schließlich muss die Gebergemeinschaft erkennen, dass Statistiken zwar immer häufiger als unerlässliches Instrument der Entwicklungsförderung angesehen werden, dass die dafür bereitgestellten Mittel im Vergleich zu anderen Entwicklungsinitiativen aber relativ knapp bemessen sind.

Einige **Regionalkommissionen** führten 2006 Programm- und Verwaltungsreformen durch und waren auch anderweitig um eine bessere Ressourcennutzung bemüht. Um mit der Arbeit der ECA mehr Interessenträger in Afrika zu erreichen als nur die Sachverständigen und Beamten, die regelmäßig an ihren Aktivitäten mitwirken, unternahm das Exekutivsekretariat der

Kommission 2006 verschiedene Schritte zur Straffung seines Programms, zur Stärkung seiner subregionalen Büros und zur Verbesserung seiner Management- und Verwaltungsabläufe. Zu den laufenden Verwaltungsänderungen gehören ein gestärkter Qualitätssicherungsprozess und ein besseres Management der Personalressourcen. In Asien und im Pazifik unternahm die ESCAP mehrere Schritte zur Verbesserung der systemweiten Kohärenz in der Region, darunter eine Gesamtevaluierung der Kommission, die 2006 begann. Im Rahmen der Evaluierung wurden die komparativen Vorteile der ESCAP, ihre strategische Rolle in der Region und die prioritären Bedürfnisse ihrer Mitgliedstaaten ermittelt. Zur Förderung der systemweiten Kohärenz auf Regionalebene veranstaltete die Kommission zwei regionale Koordinierungstagen unter Beteiligung von 30 Institutionen.

Die ECE-Staaten beschlossen 2005 einen Reformplan für die Kommission, dessen wichtigste Maßnahmen alle 2006 durchgeführt wurden, darunter ein gestrafftes Arbeitsprogramm, eine neue Lenkungsstruktur sowie eine gestärkte Programmplanung und Evaluierung. Im Zuge der Straffung des Programms wurden rund 15 Prozent des Personals der ECE verlegt, eine große Herausforderung, die mit Hilfe eines klaren und transparenten internen Stellenbesetzungsprozesses bewältigt wurde. In einem Jahr, in dem 52 Beitritte zu ECE-Verkehrsübereinkommen und 28 neue Ratifikationen von Umweltübereinkommen der ECE zu verzeichnen waren, besteht die Herausforderung darin, die wirksame Durchführung dieser Rechtsinstrumente in Ländern sicherzustellen, die zuweilen über einen schwachen rechtlichen und institutionellen Rahmen verfügen. Technische Zusammenarbeit und Kapazitätsaufbau erwiesen sich daher im Verlauf des Jahres als wichtig und werden ein Vorrangbereich bleiben. Im Jahr 2006 arbeiteten die ECE und die ESCAP darüber hinaus gemeinsam an einer Reform des Sonderprogramms für die Volkswirtschaften Zentralasiens, eines gemeinsamen Programms für Beratung und technische Hilfe zur Unterstützung der subregionalen Zusammenarbeit. Die Reform trägt erste Früchte, so ein höheres Interesse seitens der Mitgliedstaaten, eine bessere Koordinierung zwischen den Partnerinstitutionen und eine bessere Finanzierung.

In Lateinamerika, wo das Wirtschaftswachstum stark von der Beseitigung von Handelsbarrieren abhängig ist, brachte die Aussetzung der Handelsver-

handlungen der Doha-Runde (mehr dazu im Abschnitt über die UNCTAD) verschiedene Probleme für die ECLAC und ihre Mitglieder mit sich. So wurden auf Grund der Aussetzung verstärkt bilaterale Abkommen mit den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union, China und anderen asiatischen Ländern ausgehandelt. Dies führte nicht zuletzt zu einer starken Beanspruchung der Ressourcen der ECLAC, die dem wachsenden Bedarf an unterschiedlichen Formen von technischer Hilfe entsprechen musste, um dieser neuen Entwicklung gerecht zu werden. Bei ihren Bemühungen, die Kapazität der Mitgliedstaaten zur Produktions- und Innovationsförderung innerhalb ihrer Volkswirtschaften zu stärken, muss die ECLAC ständig mit dem immer schneller vorstatten gehenden technologischen, sozialen und institutionellen Wandel Schritt halten. Die Größenordnung und die Geschwindigkeit dieses Wandels kann zu einer Fragmentierung von Fachwissen und Erfahrung führen, was die Einbindung dieses Wissens in eine wirksame Politik behindern kann.

Die wichtigste Herausforderung, der sich die ESCWA 2006 gegenüber sah, waren der Konflikt und die politische Instabilität, die aus dem Krieg in Libanon im Juli und August resultierten. Während des Krieges wurden internationale Bedienstete evakuiert; sie setzten ihre Arbeit in einem Übergangsbüro in Wien sowie an verschiedenen Standorten, darunter Jordanien und Kairo, fort. Der Krieg wirkte sich auch direkt auf mehrere ESCWA-Projekte aus, darunter E-Caravan, ein mobiles Computerlabor, das ländliche Gemeinwesen

in Südlibanon versorgte und das bei einem israelischen Raketenangriff zerstört wurde. Ein gemeinsam mit der Internationalen Arbeitsorganisation durchgeführtes Pilotprojekt zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Südlibanon erlitt einen schweren Rückschlag, als von dem Programm unterstützte Anbauflächen in dem Konflikt zerstört wurden. Auch nach dem Krieg halten die Sicherheitsprobleme an; Konferenzen und Workshops der ESCWA mussten aus Libanon verlegt werden, wodurch bei der Organisation, Planung und Durchführung dieser Veranstaltungen zusätzliche Belastungen entstanden. Die ESCWA-Gruppe für neu entstehende und konfliktbezogene Probleme (ECRI), die im Januar 2006 eingesetzt wurde, um einen konzeptionellen und operativen Rahmen für die Durchführung von Entwicklungshilfemaßnahmen unter Krisenbedingungen zu erarbeiten, dokumentierte die Auswirkungen des im Juli und August 2006 geführten Krieges auf Libanon. Die ECRI organisierte eine Konsultationsreihe mit libanesischen Interessenträgern, aus der einige an die libanesisische Regierung gerichtete Grundsatzempfehlungen für die Wiederherstellung und Vorschläge für Wiederaufbauprojekte hervorgingen.

Im Umweltbereich besteht eine der grundlegenden Herausforderungen für das UNEP darin, mit der zunehmenden Komplexität der Umweltzerstörung Schritt zu halten, was höhere Kapazitäten für die wissenschaftliche Bewertung und Überwachung erfordert. Im Anschluss an Konsultationen mit Regierungen und anderen Interessenträgern schlug das UNEP 2006 den Aufbau eines Netzwerksystems vor, das vorhandene Organe, darunter akademische Institutionen und Kompetenzzentren, sowie Sonderorganisationen und die wissenschaftlichen Organe der maßgeblichen multilateralen Umweltübereinkommen nutzt. Unter Zugrundelegung dieses Ansatzes wurde in dem Dokument „Environment Watch Strategy: Vision 2020“ (Strategie für die Umweltbeobachtung: Vision 2020) ein besser gegliedertes und umfassenderes System für die Umweltbeobachtung umrissen, das dem Verwaltungsrat des UNEP Anfang 2007 vorgelegt werden soll.

Eine weitere Herausforderung für das UNEP bestand 2006 in der Umsetzung des Strategieplans von Bali für technologische Unterstützung und Kapazitätsaufbau, in dem das Programm aufgefordert wurde, eine tragendere Rolle bei der Unterstützung des Kapazitätsaufbaus und der Schulungsmaßnahmen auf Lan-



VN-Foto/122753

desebene und bei der Koordinierung der Umweltkomponente der nachhaltigen Entwicklung auf nationaler Ebene zu übernehmen. In dem 2005 verabschiedeten Strategieplan wurde das UNEP aufgefordert, die Unterstützung intern sowie innerhalb des VN-Systems auf besser koordinierte Weise und in erheblich erweitertem Maßstab zu erbringen, wobei es sich auf die Gebiete konzentriert, in denen es komparative Vorteile besitzt, seine wichtigsten Botschaften wirksamer verbreitet, seine Dienstleistungen bekanntmacht und Partnerschaften eingeht, die die Leistungserbringung vor Ort erleichtern. Daraufhin wurde als Ergebnis eines extern und intern geführten Konsultationsprozesses ein Paket kurz-, mittel- und langfristig ausgelegter Empfehlungen aufgestellt, denen zufolge das UNEP seine Tätigkeiten straffen soll, um den Strategieplan besser umsetzen zu können.

Im September 2006 richtete das UNEP eine Süd-Süd-Koordinierungsgruppe ein, um in den Empfängerländern wirksamer technologische Unterstützung gewähren und Kapazitätsaufbau betreiben zu können. Das Programm stärkte 2006 auch seine Partnerschaft mit dem UNDP bei der Durchführung einer Vielzahl gemeinsamer Kapazitätsaufbaumaßnahmen auf Landesebene, was den Weg für ähnliche Kooperationsregelungen mit anderen VN-Organen bei der Umsetzung des Strategieplans von Bali ebnen könnte.

Da die Ministerien für Planung und Finanzen in der Regel die staatlichen Kontaktstellen für die Zusammenarbeit mit VN-Landesteams sind, wird das UNEP künftig neben seinen Partnerschaften mit Umweltministerien zunehmend Partnerschaften mit diesen Ministerien fördern sowie die Wechselbeziehungen zwischen den Ministerien innerhalb der einzelnen Länder besser verstehen müssen. In diesem Zusammenhang wird das UNEP in den einzelnen Ländern den konkreten Nachweis dafür erbringen müssen, welche wirtschaftlichen Vorteile die Einbeziehung von Umwelterwägungen in die einzelstaatliche Entwicklung hat, um die teils skeptischen politischen Entscheidungsträger und Planer davon zu überzeugen, dass sich Investitionen in die Umwelt lohnen.

In den letzten Jahren bestand die größte Herausforderung für das UN-Habitat darin, dass trotz der Härten, die eine chaotische Verstädterung in den meisten Entwicklungsländern mit sich bringt, die Frage zukunftsfähiger Städte nach wie vor nicht genügend gewürdigt wird und weder bei der einzelstaatlichen

VN-Foto/138803



Entwicklungspolitik noch innerhalb des Entwicklungshilfe-Programmrahmens der Vereinten Nationen der meisten Länder eine Vorrangstellung einnimmt. In Reaktion darauf hat das UN-Habitat seine Präsenz in bestimmten Ländern durch die Rekrutierung von mehr Habitat-Programmleitern in Zusammenarbeit mit dem UNDP verstärkt.

Eine weitere große Herausforderung besteht darin, dass das UN-Habitat nicht über ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen für die Durchführung seines Mandats verfügt. Das Programm setzt sich zwar hinsichtlich der Prioritätensetzung auf dem Gebiet der menschlichen Siedlungen im Rahmen seines zweijährlichen Programmhaushalts mit den Gebern ins Benehmen, doch ist es weiterhin problematisch, die erforderlichen Mittel zur Verfolgung der vereinbarten Prioritäten zu beschaffen. Das UN-Habitat verfügt nur über begrenzte Finanzmittel zur Unterstützung seiner Mandatswahrnehmung und ist auf außerplanmäßige und meist zweckgebundene Mittel angewiesen, die weder berechenbar noch dauerhaft sind. Zwar sind auch zweckgebundene Beiträge hochwillkommen, doch schränkt ihr Anstieg gegenüber den nicht zweckgebundenen Beiträgen das Programm in seiner Fähigkeit ein, sein Arbeitsprogramm auf strategische und berechenbare Weise zu planen und durchzuführen.

Das UN-Habitat gewann im Jahr 2006 unter anderem die Einsicht, dass der durch Zuschüsse unterstützte Projektansatz die Bildung von Slums nicht aufhalten und erst recht nicht zu ihrer Reduzierung beitragen kann. Es hat sich erwiesen, dass die Auf-

stockung der entsprechenden Mittel im Staatshaushalt durch Inlandskapital aus dem Privatsektor sowie durch internationale Finanzmittel als Startkapital erhebliche Wirkung für die Wasser- und die Sanitärversorgung zeigen kann. Die gemeinsam mit der Afrikanischen Entwicklungsbank und der Asiatischen Entwicklungsbank durchgeführten Programme „Wasser für afrikanische Städte“ und „Wasser für asiatische Städte“ unterstützen die Regierungen wirksam bei der Bereitstellung und Steuerung von Wasser- und Sanitärversorgungsprogrammen, die den Armen zugute kommen und den Faktoren Geschlecht und Alter Rechnung tragen.

Im Jahr 2006 arbeiteten die Regierung Kenias, das UN-Habitat, der Privatsektor, die Zivilgesellschaft und Vertreter verschiedener Gemeinwesenorganisationen an einer Strategie zur Erhöhung des Anteils an erschwinglichem und menschenwürdigem Wohnraum für städtische Haushalte mit niedrigem Einkommen. Bei den dabei gewonnenen Erfahrungen zeigte sich vor allem, dass auf lokaler Ebene beträchtliche Ressourcen vorhanden sind, die für eine großflächige Ausweitung der Slumsanierung und anderer Stadtentwicklungsmaßnahmen verwendet werden könnten, vorausgesetzt dass geeignete Anreize geschaffen werden, um das Unterfangen für den Privatsektor lohnend zu machen.

Für die UNCTAD bedeutete die Aussetzung der in der Welthandelsorganisation geführten Handelsverhandlungen der Doha-Runde Ende Juli 2006 einen schweren Rückschlag. Die UNCTAD war maßgeblich an den internationalen Anstrengungen beteiligt, das multilaterale Handelssystem offener, fairer und stärker entwicklungsorientiert zu gestalten, eines der international vereinbarten Ziele der Millenniums-Erklärung. Mit der Aussetzung der Doha-Runde war die UNCTAD gefordert, die Entwicklungs- und Transformationsländer bei ihrer Suche nach anderen Mitteln zur Nutzung der Vorteile aus dem internationalen Handel, beispielsweise durch regionalen Handel oder Süd-Süd-Handel, stärker zu unterstützen.

Eine weitere Herausforderung für die UNCTAD bestand darin, die aus ihren Forschungsarbeiten sowie aus zwischenstaatlichen Erörterungen und Expertengesprächen gewonnenen Erkenntnisse auf operativer Ebene umzusetzen. So tritt die Organisation schon lange für eine größere Kohärenz der internationalen Geld-, Finanz- und Handelssysteme ein, um es den Entwicklungsländern zu ermöglichen, vollen Nut-

zen aus der Globalisierung der Wirtschaft zu ziehen. Dahinter steht die Erwägung, dass die verschiedenen Systeme einander beeinflussen, was sich über komplexe Bezüge tiefgreifend auf die gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse auswirken kann. So können Zollsenkungen zur Importsteigerung beispielsweise ihre Wirkung verfehlen, wenn gegenläufige Wechselkursbewegungen eintreten oder wenn ein Zinsanstieg die Importnachfrage senkt. Jedes der separaten Systeme verfügt über Mechanismen für internationale Grundsatzerrörungen, doch finden diese Erörterungen in der Regel isoliert voneinander statt. Zwar konnte die UNCTAD 2006 gewisse Erfolge dabei erzielen, die entsprechende Debatte zwischen verschiedenen Interessenträgern, so auch den Bretton-Woods-Institutionen, anzukurbeln, doch kam es im Hinblick auf größere Kohärenz kaum zu greifbaren Fortschritten.

Auf nationaler Ebene bestand die größte Herausforderung darin, sicherzustellen, dass die Politikanalysen und -empfehlungen der UNCTAD die richtige Zielgruppe erreichen und dass ihre technische Hilfe dauerhafte Wirkung zeitigt. Ohne eigene Feldpräsenzen fand es die UNCTAD zeitweise schwierig, einen engen Dialog mit den Zielgruppen ihrer Politikempfehlungen zu unterhalten bzw. ihrer technischen Hilfe rasch ausreichende Anschlussmaßnahmen folgen zu lassen, um die Umsetzung der auf Grund dieser Hilfe eingeführten Politiken zu unterstützen. Damit die wissensbasierten Produkte und Dienstleistungen der UNCTAD möglichst große Wirkung entfalten, wäre daher eine stärkere systematische Zusammenarbeit mit Institutionen wünschenswert, die über eine extensive Feldpräsenz verfügen. Der Reformprozess, der auf eine einheitliche Präsenz der Vereinten Nationen abzielt, könnte diese Anstrengungen erleichtern.

Zu den größten Hindernissen, die sich dem ITC 2006 entgegenstellten, gehörte sein geringer Bekanntheitsgrad auf Feldebene, der hinter dem anderer nichtresidenter Organisationen des VN-Systems zurückbleibt. Das ITC fand es darüber hinaus schwierig, die volle Wirkung seiner Dienste auf die Klein- und Mittelbetriebe zu messen, denen seine Hilfe hauptsächlich zugute kommen soll. Bei der Durchführung von Projekten und Programmen in einzelnen Ländern stößt das Zentrum auf Grund politischer Zwänge beziehungsweise der begrenzten Absorptionsfähigkeit seiner Partner vor Ort ebenfalls häufig auf Schwierigkeiten. Das ITC hat einige Schwächen bei der internen

Koordinierung bestimmter Programme festgestellt und wurde durch den unberechenbaren und verspäteten Eingang einiger Gebermittel behindert.

Das ITC hat auf der Grundlage einer 2004/2005 durchgeführten externen Evaluierung zwei strategische Entscheidungen getroffen, die seine Arbeit in den kommenden Jahren bestimmen werden: Erstens erstreckt sich der Bedarf an handelsbezogener Hilfe angesichts der zunehmenden Komplexität und Integration der Wirtschaft nicht nur auf immer breiter gefasste Gebiete, er ist darüber hinaus auch stark differenziert. Daher beabsichtigt das ITC, sich innerhalb dieses erweiterten Kontexts eine geeignete Stellung zu schaffen und sich auf seine spezifischen Nischen und seine Wettbewerbsvorteile zu konzentrieren. Es wird seine Hilfe daher in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, die handelsbezogene technische Hilfe leisten, so erbringen, dass die Kohärenz aller Maßnahmen und größtmögliche Synergien gewährleistet sind. Die zweite strategische Entscheidung besagt, dass die Klienten des ITC definitionsgemäß Kleinbetriebe sind, auf deren Absorptionsfähigkeit die Projekte zugeschnitten sein müssen. Dies wirkt sich darauf aus, wie das Zentrum die Mittel aus seinem ordentlichen Haushalt verwendet, da seine Bediensteten bei den Dienstleistungen für die Klienten in erheblichem Umfang Managementbeiträge benötigen. Das Zentrum wird bei der Erbringung technischer Hilfe neue Wege gehen müssen, indem es enger und differenzierter mit seinen Partnern im Feld zusammenarbeitet. Mit der neuen Schwerpunktsetzung auf Landesprogramme wird es notwendig sein, dezentralisierte Systeme für die Erbringung technischer Hilfe zu entwickeln und sich stärker auf die Fähigkeit des ITC-Netzwerks im Feld zur Projektdurchführung zu stützen.

Die Teilnahme der Vertreter armer Staaten an internationalen Begegnungen ist nach wie vor eine kritische Herausforderung für das OHRLLS, da sein ordentlicher Haushalt keine Ausgaben dieser Art vorsieht und freiwillige Beiträge von Gebern, dem UNDP oder anderen interessierten Organisationen erbeten werden müssen. Diese Beiträge reichen oftmals nicht zur Deckung des Gesamtbedarfs aus und lassen den Empfängern häufig nur wenig Zeit für ihre Reisevorbereitungen. Ein weiterer Problembereich für das Büro

ist die Notwendigkeit umfangreicherer interinstitutioneller Konsultationen sowohl innerhalb des VN-Systems als auch mit Mitgliedstaaten und externen Organisationen. Die Umsetzung des Brüsseler Aktionsprogramms erfordert die Mitwirkung mehrerer Organisationen und Fonds des VN-Systems, doch waren diese Organisationen bis zur Halbzeitüberprüfung im September nie als Gruppe zusammengetreten, um die Umsetzung des Programms zu erörtern und Strategien dafür zu entwickeln. Als das Treffen schließlich stattfand, waren viele Vertreter nicht umfassend über das Mandat und die Aufgaben ihrer jeweiligen Organisation im Hinblick auf das Programm informiert. Schließlich konnten sich bei den Verhandlungen zwischen den am wenigsten entwickelten Ländern und dem Rest der internationalen Gemeinschaft viele der wichtigsten Geberländer den von den am wenigsten entwickelten Ländern auf ihrem Ministertreffen in Benin vorgelegten Vorschlägen, der Strategie von Cotonou, nicht voll anschließen. Angesichts dessen akzeptierte die Generalversammlung die Strategie als eine Initiative der am wenigsten entwickelten Länder, verabschiedete sie jedoch nicht zur Umsetzung durch die internationale Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit.

Die wichtigsten Herausforderungen für das OOSA im Jahr 2006 bestanden wie schon in den Vorjahren in seiner geringen Personalausstattung (20) für die Vorbereitung und Betreuung von insgesamt sechs Wochen wirksamer zwischenstaatlicher und interinstitutioneller Begegnungen sowie in seinen begrenzten Haushaltsmitteln für Stipendien für Workshops zum Kapazitätsaufbau und Pilotprojekte. Zur Überwindung dieser Herausforderungen hat das Büro seine Koordinierung mit Sonderorganisationen des VN-Systems und seine Zusammenarbeit mit den Regierungen von Mitgliedstaaten verstärkt. 2006 erweiterte das Büro sein Team von Spezialisten, um eine neue Strategie zur Einwerbung von Mitteln zu formulieren und durchzuführen. Dabei wird der wachsenden Nachfrage aus Entwicklungsländern nach Unterstützung durch das OOSA beim weltraumbezogenen Kapazitätsaufbau sowie der zunehmenden Privatisierung von Weltraumaktivitäten Rechnung getragen, die sowohl Chancen als auch Herausforderungen für die Einwerbung zusätzlicher Mittel mit sich bringt.





Entwicklung Afrikas

Hintergrund

Die Förderung der Entwicklung und der Sicherheit in Afrika hat in den letzten Jahren weltweit immer mehr an Bedeutung gewonnen, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Systems der Vereinten Nationen. Derzeit geht es bei mehr als 60 Prozent der Erörterungen im Sicherheitsrat um Afrika, und bei den G8-Gipfeln der letzten Jahre war der Kontinent stets ein vorrangiges Thema. Afrika steht im Mittelpunkt der internationalen Anstrengungen zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, und im Ergebnisdokument des Weltgipfels 2005 wurde der Kapazitätsaufbau zu Gunsten der Afrikanischen Union besonders hervorgehoben. Afrika gilt als zunehmend wichtiger Schauplatz im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität sowie bei der Bekämpfung von Pandemien wie Vogelgrippe und HIV/Aids. Es gibt heute einen klaren internationalen Konsens darüber, dass das System der Vereinten Nationen den Bedürfnissen Afrikas besondere Aufmerksamkeit widmen muss, und was dies im Einzelnen bedeutet, wird in diesem ganzen Bericht deutlich gemacht.

Das Büro des Sonderberaters für Afrika (OSAA) wurde im Mai 2003 geschaffen, um die Unterstützung der Vereinten Nationen für die Entwicklungsanstrengungen Afrikas zu verstärken. Im Besonderen hat das

Büro den Auftrag, durch Themenanwaltschaft und Analysearbeit größere internationale Unterstützung für die Entwicklung und die Sicherheit Afrikas zu gewinnen und dem Generalsekretär dabei behilflich zu sein, die Unterstützung des Systems der Vereinten Nationen für Afrika kohärenter zu gestalten und besser zu koordinieren. Das OSAA fördert auch die zwischenstaatlichen Beratungen über Afrika auf globaler Ebene und fungiert als Koordinierungsstelle der Vereinten Nationen für die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD). Diese ist ein von den afrikanischen Ländern selbst getragenes und gelenktes Konzept für die wirtschaftliche und soziale Gesundung des Kontinents, das von der internationalen Gemeinschaft unterstützt wird und die Grundlage für einen großen Teil der afrikabezogenen Tätigkeiten des Systems der Vereinten Nationen bildet. Das OSAA verfolgt sämtliche von den Vereinten Nationen geleisteten Beiträge zu der Neuen Partnerschaft und hilft mit, internationale Unterstützung für die NEPAD-Agenda zu mobilisieren, in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskommission für Afrika und der Sekretariats-Hauptabteilung Presse und Information.

Schlaglichter

Der Beirat des Generalsekretärs für die internationale Unterstützung der Neuen Partnerschaft für die

Entwicklung Afrikas, der aus mehreren namhaften internationalen Persönlichkeiten besteht, wurde eingesetzt, um weltweit um Unterstützung für die Neue Partnerschaft zu werben. Der Beirat hielt 2006 zwei Tagungen ab und veröffentlichte seinen zweiten Bericht mit dem Titel „From Commitments to Results: Moving Forward on NEPAD Implementation“ (Von Verpflichtungen zu Ergebnissen: Fortschritte bei der Durchführung der NEPAD). Der Bericht enthält eine Vielzahl von Empfehlungen und fordert unter anderem die Unterstützung verschiedener afrikanischer Bemühungen um den Aufbau von Kapazitäten im Rahmen der NEPAD. Ferner weist er auf wichtige Bereiche hin, in denen die Vereinten Nationen die Neue Partnerschaft stärker unterstützen müssen.

Im Juni 2006 trat in Kairo eine auf breiter Grundlage aufbauende Sachverständigengruppe zusammen, um den **Zusammenhang zwischen natürlichen Ressourcen und Konflikten** in Afrika zu analysieren. Bei ihren Beratungen und in ihrem Abschlussbericht unterstrich die Gruppe den Bedarf an weiteren Informationen, politischer Beratung und internationaler Unterstützung für Wege zur Bewirtschaftung und Nutzung der natürlichen Ressourcen, die die nachhaltige Entwicklung fördern. Unter anderem stellte die Gruppe fest, dass Länder, die gerade einen Konflikt überwunden haben, besondere Unterstützung benötigen, um Politiken und Mechanismen für die Bewirtschaftung der Ressourcen und ihren Einsatz zu Gunsten des Wiederaufbaus und der Entwicklung in der Konfliktfolgezeit einzuführen.

Im Oktober veranstaltete das OSAA parallel zu der gemeinsamen Aussprache der Generalversammlung über afrikanische Fragen eine Diskussion einer Sachverständigengruppe über die **institutionellen Herausforderungen bei der Durchführung der NEPAD-Agenda**. Die Gruppe befasste sich vor allem mit dem Aufbau von Kapazitäten und der Integration der Tätigkeit verschiedener Organisationen und Institutionen in Afrika, denen eine Schlüsselrolle in Bezug auf die NEPAD-Agenda zukommt, wie etwa der Kommission der Afrikanischen Union, der Wirtschaftskommission für Afrika, der regionalen Wirtschaftsgemeinschaften und des NEPAD-Sekretariats.

Eine weitere Sachverständigengruppe tagte Mitte November, um die **Rolle der Jugend** bei der Förderung dauerhaften Friedens in Afrika zu untersuchen. Die Tagung der Sachverständigengruppe über Jugend

VN-Foto/120807



und Konflikte kam zu dem Schluss, dass die Zukunft des Kontinents in hohem Maß davon abhängt, ob es gelingt, die jungen Menschen – insbesondere die Exkombattanten – voll in das politische, soziale und wirtschaftliche Leben ihrer Gesellschaften zu integrieren.

China, Indien, Brasilien, Malaysia und die Republik Korea sind zu wichtigen neuen Entwicklungspartnern Afrikas geworden. Seit 2006 verfolgt das OSAA diesen Trend mit großer Aufmerksamkeit. Der Sonderberater für Afrika vertrat den Generalsekretär auf dem Afrika-China-Gipfel, der im November 2006 in Beijing stattfand. Das OSAA beobachtet die Folgemaßnahmen zu diesem Gipfel.

Tätigkeitsanalyse

Die wesentlichen Voraussetzungen für die Entwicklung Afrikas sind auch Gegenstand nahezu aller strategischen Prioritäten des gesamten Systems der Vereinten Nationen. Dazu gehören nicht nur wirtschaftliche Entwicklung und Handel, sondern auch Frieden und Sicherheit, die Kontrolle von unerlaubten Waffen, Kriminalität, Drogen und Terrorismus, die Förderung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit sowie humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und für Opfer von Konflikten und Naturkatastrophen. Tätigkeiten der Vereinten Nationen zur Unterstützung Afrikas werden daher in allen Teilen dieses Berichts angesprochen, und es wurde kein Versuch unternommen, sie alle hier darzustellen.

Stattdessen geht es in diesem Kapitel überwiegend um die dringende Notwendigkeit, in diesem immer umfangreicheren Tätigkeitsfeld für wirksame Koordination und Integration und entsprechenden Informationsaustausch zu sorgen. In einem der Koordinierungsbereiche – zwischen den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union – wurde im November 2006 mit der Unterzeichnung der Erklärung „Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union: Rahmen für das Zehnjahresprogramm zum Kapazitätsaufbau für die Afrikanische Union“ ein wichtiger Fortschritt erzielt.

Die Frage der organisatorischen Kapazität – nicht nur der Afrikanischen Union, sondern auch des NEPAD-Sekretariats und verschiedener Regionaleinrichtungen, die für die Entwicklung Afrikas von höchster Bedeutung sind – nimmt unter den Schlüsselfaktoren, die über die Fortschritte in den kommenden Jahren entscheiden werden, einen wichtigen Platz ein. Der Aufbau eines gut geführten, personell voll ausgestatteten, über den erforderlichen Sachverstand verfügenden und stabilen Netzwerks von Organisationen, die sich mit Entwicklungsfragen befassen, ist eines der Ziele der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten

Nationen und der Afrikanischen Union, besitzt aber auch für andere Bereiche des Wachstums in Afrika hohen Stellenwert.

Die Fähigkeit des Büros des Sonderberaters für Afrika, Informationen zu beschaffen, Tätigkeiten zu koordinieren und rechtzeitig nützliche Informationen für seine vielen Partner und Bedarfsträger bereitzustellen, hängt in hohem Maß von den verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen ab. Seit der Einrichtung des Büros im Jahr 2003 hat es nie seine volle Personalstärke erreicht. Die Reisekosten für die Teilnahme an internationalen und regionalen Tagungen in Afrika und der ganzen Welt – einer der wichtigsten Wege, um die Aktivitäten in diesem Bereich zu verfolgen und Möglichkeiten für eine bessere Koordination zu erschließen – werden nicht in vollem Umfang aus dem ordentlichen Haushalt gedeckt. Stattdessen muss sich das OSAA um extrabudgetäre Beiträge von Geberländern bemühen, ein zeitraubendes Vorgehen, dessen Erfolg nur schwer abschätzbar ist. Mit einer immer umfangreicheren Agenda von afrikabezogenen Tagungen, Themen und Aktivitäten sowohl innerhalb als auch außerhalb des Systems der Vereinten Nationen Schritt zu halten, war für das OSAA 2006 die größte Herausforderung.





VN-Foto/123373

Förderung der Menschenrechte

Hintergrund

Auf Grund ihrer Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen und ihrer Zustimmung zu verschiedenen Menschenrechtsverträgen sind die Mitgliedstaaten, wie es in Artikel 1 der Charta heißt, verpflichtet, zusammenzuarbeiten, „um die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen“. Die Vereinten Nationen haben seit ihrer Gründung eine Vielzahl von Instrumenten eingesetzt, wie etwa Information, Verhandlungen, Beratung und Fördermaßnahmen, um die Staaten bei der Erfüllung dieser Verpflichtungen zu unterstützen und sie in ihrem Willen zu bestärken, das gesamte Spektrum der Menschenrechte weltweit zu fördern und zu schützen.

Dieses Willensbekenntnis erfuhr auf dem Weltgipfel 2005 eine deutliche Stärkung, als die Generalversammlung einen neuen Aktionsplan unterstützte. Ein noch größerer Schritt war der Beschluss, den ordentlichen Haushalt für das Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte (OHCHR) ab 2006 über fünf Jahre hinweg stufenweise zu verdoppeln. Demzufolge wurden im Zweijahreszeitraum 2006-2007 91 zusätzliche Stellen für Menschenrechtsreferenten geschaffen

und die ordentlichen Haushaltsmittel des Amtes um fast 28 Prozent erhöht.

Das OHCHR hat den Auftrag, sich für den Schutz und die Förderung aller Menschenrechte für alle Menschen einzusetzen, die Menschen stärker zur Wahrnehmung ihrer Rechte zu befähigen und die für die Gewährleistung dieser Rechte Verantwortlichen bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Das Amt befasst sich vorrangig mit den drängendsten akuten oder chronischen Menschenrechtsverletzungen, insbesondere solchen, die Menschenleben unmittelbar gefährden. Es konzentriert seine Aufmerksamkeit auf Menschen, die vielfältigen Risiken und Gefährdungen ausgesetzt sind, wie etwa Minderheiten oder Frauen und Kinder in Konfliktgebieten. Das OHCHR widmet der Verwirklichung der bürgerlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte, einschließlich des Rechts auf Entwicklung, jeweils die gleiche Aufmerksamkeit. Darüber hinaus misst es die Auswirkungen seiner Arbeit anhand einer Reihe objektiver Indikatoren, die von ihm und seinen Partnern genau verfolgt werden.

Das OHCHR unterstützt die Tätigkeit der Menschenrechtsorgane der Vereinten Nationen, wie etwa des Menschenrechtsrats und der Mechanismen zur Überwachung der Einhaltung der internationalen Menschenrechtsverträge. Es ist außerdem bestrebt,



VN-Foto/133418

die Menschenrechte umfassender in alle Programme des Systems der Vereinten Nationen zu integrieren. 2006 beteiligte sich das Amt an der Erstellung einer Reihe von Leitfäden, durch die erreicht werden soll, dass die Menschenrechtsperspektive in einem breiten Spektrum von Politiken und Leitlinien der Vereinten Nationen berücksichtigt wird.

Schlaglichter

In dem neuen Fünfjahres-Aktionsplan sind eine Reihe von Prioritäten für das OHCHR beschrieben, die zum Teil unmittelbar darauf abzielen, dass die Vereinten Nationen Überzeugungskraft, Engagement, Kooperations- und Führungsbereitschaft beweisen müssen, um das Gesamtspektrum der Menschenrechte zu fördern und zu schützen.

Eine der Prioritäten des Aktionsplans ist die Stärkung der Fähigkeit des OHCHR, die Menschenrechtssituation vor Ort zu beobachten und bei der Bekämpfung

von Missbräuchen stärker mit nationalen Regierungen und regionalen Organen zusammenzuarbeiten. Zu diesem Zweck wurden mehrere bestehende Landes- und Regionalbüros des OHCHR durch zusätzliches Personal gestärkt. 2006 wurden in Togo ein neues Landesbüro eröffnet und die Vorbereitungen für ein neues Büro in Bolivien eingeleitet. Außerdem laufen Konsultationen mit potenziellen Gastregierungen und andere Vorbereitungen für die Eröffnung von fünf neuen Regionalbüros in Panama-Stadt, Bishkek, Dakar, Kairo und einem fünften, bis Ende 2006 noch unbestimmten Ort.

Die Ergebnisse der verstärkten Entsendung von OHCHR-Mitarbeitern ins Feld werden bereits sichtbar, so auch dort, wo derzeit Konflikte bestehen. In Uganda hat beispielsweise eine vor kurzem eingerichtete Feldpräsenz in der nordöstlichen Subregion Karamoja erheblich dazu beigetragen, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die schweren Menschenrechtsverletzungen zu richten, die das Militär unter dem Vorwand einer Entwaffnungskampagne an der örtlichen Bevölkerung begeht – einschließlich summarischer Hinrichtungen, der Plünderung von Eigentum und der Tötung von Nutztieren. Die hartnäckige Überzeugungsarbeit des OHCHR, einschließlich eines Besuchs der Hohen Kommissarin Anfang 2006, sowie die gemeinsam mit Partnern in der ugandischen Regierung, anderen VN-Programmen, der Zivilgesellschaft und mit Opfern durchgeführten Maßnahmen haben zu Verbesserungen bei den Militäreinsätzen der Regierung in der Region geführt.

In Nepal waren Großdemonstrationen im April 2006 Ziel von Militäraktionen, bei denen laut OHCHR von allen Teilen der Streitkräfte übermäßige Gewalt angewandt wurde. Die Überwachungsteams der Vereinten Nationen, die landesweit eng mit lokalen Menschenrechtsverteidigern zusammenarbeiteten, legten jeden Tag viele Kilometer zu Fuß zurück, um die Ereignisse zu dokumentieren, Gewalt abwenden zu helfen, die Polizei daran zu hindern, auf Demonstranten einzuschlagen oder zu schießen, und um den Verletzten, darunter auch Kindern, den Zugang zu medizinischer Behandlung zu erleichtern. Menschenrechtspersonal der VN besuchte wiederholt mehr als tausend während der Proteste verhaftete Personen. Als am 21. April eine beispiellose Zahl von Demonstranten in Katmandu zusammenströmte, versicherten OHCHR-Überwachungsteams hochrangigen Polizei- oder Ar-

meeoffizieren an den Sicherheitsblockaden entlang der Demonstrationsroute, dass die Vereinten Nationen das Geschehen beobachten würden, und forderten sie eindringlich zur Zurückhaltung und zur Achtung des Völkerrechts auf.

Unter dem Druck der Demonstrationen setzte der König von Nepal drei Tage später das Repräsentantenhaus wieder ein. Die neuen Staatsminister, die vielfach erst kurz zuvor aus der Haft entlassen worden waren, wo OHCHR-Vertreter sie besucht hatten, erkannten ebenso wie die Zivilgesellschaft die wichtige Rolle an, die die Vereinten Nationen und ihr Menschenrechtsbüro bei der Wiederherstellung demokratischer Rechte gespielt hatten.

Anderswo führte die wirksame Interaktion mit den Gastregierungen auch zu Fortschritten bei seit langem bestehenden Feldeinsätzen. So war beispielsweise in **Kambodscha** die auf Vertragsbestimmungen beruhende Beratung durch das OHCHR ausschlaggebend dafür, einen Konsens zwischen dem Innenministerium und nichtstaatlichen Organisationen über einen Kerngrundsatz zu erzielen, der die Grundlage eines Gesetzentwurfs über friedliche Demonstrationen bildet. Dieser Konsens würde im Falle seines Einfließens in den endgültigen Gesetzentwurf gewährleisten, dass das Gesetz die Ausübung des Rechtes auf friedliche Versammlung erleichtert und nicht etwa einschränkt. In **Angola** trug die systematische Unterstützung des Parlaments und des gewählten Ombudsmanns durch das OHCHR zur Schaffung einer neuen nationalen Menschenrechtsinstitution bei. Außerdem erreichte das Amt durch sein Eintreten für den Zugang zur Justiz, dass die Mediation in das angolanische Rechtssystem aufgenommen wurde.

Um die Reaktion des Amtes auf Menschenrechtskrisen zu stärken und zu koordinieren, wurde 2006 eine Soforteinsatzgruppe eingerichtet. Diese Gruppe trug maßgeblich dazu bei, dass das OHCHR die ihm immer häufiger übertragenen Aufgaben im Zusammenhang mit Untersuchungskommissionen und anderen Ermittlungsmissionen im Menschenrechtsbereich erfüllen konnte. Die Soforteinsatzgruppe erwies sich in der zweiten Jahreshälfte 2006 als besonders nützlich, als sie auf Ersuchen des Generalsekretärs, des Menschenrechtsrats beziehungsweise von Friedenssicherungsmissionen eine Reihe von Initiativen unterstützte. Dazu gehörte die Durchführung einer vorläufigen forensischen Bewertungsmission in **Liberia** – eine

technische Erkundung eines vermuteten Massengrabs, die zu Empfehlungen in technischen Fragen sowie zu Verbesserungen des Prozesses der Unrechtsaufarbeitung in Liberia führte.

Zu den Schwerpunktbereichen des Aktionsplans für Menschenrechte gehört neben der Zusammenarbeit mit Regierungen auch die Forderung nach der **Erweiterung und Vertiefung der Partnerschaften** mit Entwicklungs- und humanitären Organisationen, internationalen Denkfabriken und der Zivilgesellschaft. In diesem Zusammenhang steht das Amt unter anderem an der Spitze der interinstitutionellen Maßnahmen, die VN-intern unternommen werden, um in den Landesteams der Vereinten Nationen den Sachverstand auf dem Gebiet der Menschenrechte durch Spezialausbildung und zusätzliche Menschenrechtsberater im Feld zu erhöhen. Das Amt spielte auch eine zentrale Rolle bei der Erarbeitung neuer Lehrinhalte für die Menschenrechtsausbildung in anderen Teilen des VN-Systems. Die besondere Aufmerksamkeit des Amtes galt der stärkeren Beratung und Schulung für das Personal humanitärer Missionen und von Friedenssicherungseinsätzen. Dies bewirkte unter anderem, dass verschiedene Friedenssicherungsmissionen jetzt regelmäßig Berichte über die Menschenrechtslage und Menschenrechtsprobleme in ihren Einsatzländern herausgeben.

Am 15. März 2006 verabschiedete die Generalversammlung eine Resolution, mit der anstelle der früheren Menschenrechtskommission der neue **Menschenrechtsrat** geschaffen und zu einem Nebenorgan der Generalversammlung gemacht wurde. Die Einrichtung des Rates ist praktischer Ausdruck dessen, dass in der VN-Charta neben der Sicherheit und der Entwicklung die Menschenrechte als gleichwertiger Aspekt der Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Organisation anerkannt werden. Die Übergangszeit ist allerdings mit besonderen Herausforderungen verbunden, da es zu gewährleisten gilt, dass die in der Vergangenheit erzielten Erfolge erhalten bleiben und gestärkt werden – insbesondere das allseits geachtete System der besonderen Verfahren, so etwa die hochrangigen Berichtersteller und Beauftragten des Generalsekretärs. Die Mängel der Vergangenheit dürfen auf keinen Fall die neue aufgewertete Architektur für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte schwächen.

Im Jahr 2006 wurde die Menschenrechtsagenda weltweit durch mehrere wichtige **internationale Über-**



VN-Foto/120395

einkünfte vorangebracht. Am 22. Juni trat das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe in Kraft. Das OHCHR berät die Staaten seit der Verabschiedung des Übereinkommens im Jahr 2002 in Ratifikations- und Beitrittsfragen. Am 13. Dezember verabschiedete die Generalversammlung das Internationale Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und das dazugehörige Fakultativprotokoll. Das Übereinkommen bildet den Schlusspunkt fünfjähriger Arbeiten, die 2001 begannen und zu denen das OHCHR in enger Zusammenarbeit mit der Sekretariats-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten mit fachlicher Beratung und Sachverstand systematisch beitrug. Schließlich verabschiedete die Generalversammlung am 20. Dezember das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen. Dieses Übereinkommen, das die noch verbleibenden Lücken im völkerrechtlichen Rahmen betreffend das Verschwindenlassen von Personen schließt, ist das Ergebnis eines dreijährigen Prozesses, den das OHCHR mit Beratung und Logistik unterstützt hat.

Tätigkeitsanalyse

Die Ausweitung der Aktivitäten des OHCHR, die durch den Aktionsplan und den darauf folgenden zweijährlichen strategischen Managementplan für 2006-2007 in Gang gesetzt wurde, hat für das Amt im

vergangenen Jahr sowohl Herausforderungen als auch Chancen mit sich gebracht. Zur **Bewältigung eines Wachstums** dieser Größenordnung müssen verschiedene Probleme gleichzeitig angegangen werden: Die Rechenschaftspflichten für neue Aufgaben müssen klargestellt werden, es müssen nicht nur neue Mechanismen, Prozesse und Verfahren geschaffen, sondern auch die bestehenden überarbeitet werden, und es muss ein gemeinsames Verständnis des Aktionsplans und des Mandats der Hohen Kommissarin sichergestellt werden. Der Zeitaufwand für Rekrutierung, Personalrotation und Veränderung der Managementstruktur ist zwar notwendig und auf lange Sicht vorteilhaft, kurzfristig jedoch wurde die optimale Aufgabenwahrnehmung des Amtes dadurch beeinträchtigt.

Durch die **Ausweitung der Partnerschaften des OHCHR** – unter Einbeziehung von Partnern aus den Vereinten Nationen, der Weltbank und der Zivilgesellschaft – ist es für das Amt noch wichtiger geworden, seinen Maßnahmen Prioritäten und Strategien zugrunde zu legen, da seine Aufmerksamkeit jetzt zunehmend der Einflussnahme auf andere Einrichtungen und Organisationen sowie ihrer Unterstützung und dem Ausbau ihrer Kapazitäten gilt. Eine zusätzliche Herausforderung ist sein Standort in Genf, abseits vom Zentrum der politischen Entscheidungsprozesse in New York. Dadurch wurde unter anderem deutlich, dass das OHCHR sein New Yorker Büro erheblich stärken und gleichzeitig dessen Rechenschaftspflichten und Koordinierungsmechanismen gegenüber der Zentrale des Amtes in Genf klären muss.

Die Arbeit zur **Unterstützung der VN-Menschenrechtsorgane** war 2006 – dem ersten Jahr des Bestehens des Menschenrechtsrats – besonders komplex. Diese Phase des Aufbaus einer neuen Institution erforderte eine umfangreiche fachliche Unterstützung seitens des Sekretariats. In den kommenden Jahren werden die Kapazitäten des Sekretariats zur wirksamen Betreuung des Rates, der im Wesentlichen als ständiges Organ fungiert, ausgebaut werden müssen. Der Vorschlag der Hohen Kommissarin, ein einheitliches ständiges Vertragsorgan zu schaffen, hat nicht die erforderliche politische Unterstützung seitens aller Beteiligten erhalten. Daher wurde die zwischenstaatliche Tagung der Vertragsstaaten zur Prüfung der im Aktionsplan vorgesehenen Optionen aufgeschoben. Das Amt konzentriert seine Anstrengungen jetzt auf die Harmonisierung der Arbeitsmethoden der Vertragsorgane.

Zwei Vertragsorgane – der Menschenrechtsausschuss und der Ausschuss gegen Folter – haben ihre Arbeitsmethoden auf Grund von Vorschlägen des OHCHR bereits revidiert und gestrafft, um ihren Rückstand bei den Entscheidungen über anhängige Beschwerden aufzuarbeiten. Beide Organe konnten so 2006 diesen Rückstand verringern. Durch die neuen Arbeitsmethoden konnten die beiden Organe außerdem auf jeder Tagung über eine größere Zahl von Beschwerden befinden, sodass durchschnittlich weniger Zeit zwischen dem Eingang einer Beschwerde und der endgültigen Entscheidung darüber verging.

Das Konzept der **Interaktion mit den Ländern** hat dazu beigetragen, dass das Amt in allen Tätigkeitsbereichen gemeinsame Ziele geschlossen verfolgt. Dies stellt einen grundlegenden Wandel seiner Arbeitskultur dar. Es folgt nun nicht mehr einem traditionellen System, in dem bestimmte Teile des

Amtes auf Grund separater Mandate auf sich gestellt tätig waren, sondern arbeitet jetzt über organisatorische Strukturen hinweg zusammen, um gemeinsame Ziele und Prioritäten zu erreichen. Die Verwirklichung dieser integrierten organisatorischen Ziele wird in den kommenden Jahren eine ständige Überwachung erfordern.

Um die von Genf aus bereitgestellte Unterstützung für die Interaktion mit den Ländern zu verstärken, wurde 2006 mit einer erheblichen Personalaufstockung begonnen. Leitlinien für menschenrechtsbezogene Landesbewertungen wurden entworfen, um durch eine stärkere Abstimmung mit der Arbeit der Vertragsorgane und der besonderen Verfahren die Interaktion mit den Ländern wirksamer zu machen und sicherzustellen, dass den bürgerlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechten jeweils die gleiche Aufmerksamkeit zuteil wird.





VN Foto/100030

Humanitäre Hilfe

Hintergrund

In Zeiten von Naturkatastrophen oder gewaltsamen Umwälzungen erfordert die rasche und unparteiische Bereitstellung humanitärer Hilfe großzügige Beiträge seitens öffentlicher und privater Stellen aus aller Welt. Dies allein reicht jedoch nicht aus. Wirksame Nothilfe erfordert eine umsichtig organisierte Mobilisierung von Ressourcen, die Koordinierung aller Anstrengungen, eine anhaltende offene und wirksame Kommunikation und die Fähigkeit, die von einem weltweiten Netz von Partnern zur Verfügung gestellten vielfältigen Fachkenntnisse und Güter geordnet einzusetzen. In dieser wichtigen Sphäre der Kommunikation und Koordinierung spielen die Vereinten Nationen eine einzigartige und zentrale Rolle.

Innerhalb des VN-Systems werden unverzichtbare Nothilfe- und Wiederaufbaudienste von einer Vielzahl von Hauptabteilungen und Programmen geleistet, deren Arbeit nur dann ihre volle Wirkung entfalten kann, wenn ihre jeweiligen Maßnahmen sorgfältig integriert und zeitlich abgestimmt sind. Zu diesen Organisationen gehören neben vielen anderen das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars, das Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und das Welternährungsprogramm. Zahlreiche Regierungen und nichtstaatliche Organi-

sationen sind ebenfalls stark auf dem Gebiet der Nothilfe engagiert. Die Herausforderungen im Bereich der Planung und Integration beziehen sich auch auf diesen Kreis externer Partner, die zwar von den Vereinten Nationen unabhängig sind, die jedoch zum Teil die Dienste des Sekretariats für die Finanzierung und Koordinierung der verschiedenen Beiträge in Anspruch nehmen.

Die Gewährleistung einer raschen Reaktion und fortlaufender Koordinierung fällt innerhalb der Vereinten Nationen hauptsächlich unter die Zuständigkeit des Sekretariats-Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA). Das Amt unterstützt Soforthilfemaßnahmen in Notsituationen in enger Abstimmung mit seinen nationalen, internationalen und nichtstaatlichen Partnern und setzt sich daneben für die Rechte Not leidender Menschen ein, fördert Vorsorge und Prävention und erleichtert nachhaltige Lösungen, die auch lange nach einer akuten Krise noch Bestand haben.

Zu dem Auftrag des OCHA gehört die Unterstützung internationaler humanitärer Maßnahmen in sechs großen Bereichen. Es mobilisiert und verwaltet Finanzmittel im Rahmen konsolidierter Hilfsappelle und humanitärer Finanzierungsmechanismen. Es entwickelt unterschiedliche, auf den jeweiligen Bedarf und die Art der Krise zugeschnittene Instrumente und Dienstleistungen für Notsituationen. Es erarbeitet und fördert politische Strategien zu humanitären Fragen, einschließlich zu Themen wie etwa Landminen



VN-Foto/123786

und geschlechtsbezogene Gewalt. Das OCHA wirkt auch als globaler Sachwalter humanitärer Grundsätze und Anliegen, wie etwa die humane und neutrale Bereitstellung von Hilfe, wobei es im Namen der humanitären Organisationen weltweit tätig wird. Außerdem leistet es humanitären Organisationen und Programmen weltweit Unterstützung auf dem Gebiet des Informationsmanagements. Ferner hilft das Amt bei der Rekrutierung, Schulung und Unterstützung der Humanitären Koordinatoren, die in besonders gravierenden Notsituationen die Leitung der Maßnahmen der Vereinten Nationen auf Landesebene übernehmen.

Schlaglichter

Eine der heikelsten und schwierigsten humanitären Krisen des Jahres 2006 wurde durch die militärische Konfrontation zwischen Israel und der Hisbollah in Libanon ausgelöst. Das Tempo der Entwicklungen und Veränderungen der Umstände, das Ausmaß des menschlichen Leids und die politische Bedeutung des Konflikts erwiesen sich allesamt als enorme Hindernisse für die internationalen Hilfsanstrengungen. Nur wenige Tage nach Ausbruch der Feindseligkeiten am 12. Juli hatten bereits knapp eine Million Menschen das Konfliktgebiet als Flüchtlinge und Binnenvertriebene verlassen und kehrten zu 90 Prozent erst zurück, als die Einstellung der Feindseligkeiten bekannt gegeben wurde. In Anbetracht der hohen Zahl und der Mobilität der Betroffenen war es sehr schwierig, sie ausfindig zu machen und zu erreichen.

Die von Israel verhängte 57-tägige Wirtschaftsblockade, die Verweigerung des Zugangs für Handelsschiffe und Flugzeuge, die Zerstörung anderer Transportinfrastrukturen sowie Treibstoffmangel führten zusammengenommen zu erheblichen Behinderungen bei der Auslieferung humanitärer Hilfsgüter und bei der Entsendung von Personal. Trotz dieser schwierigen Umstände reagierten die Vereinten Nationen und ihre Partner in der Region jedoch rasch und in einer weithin als unparteiisch anerkannten Weise.

Am Ende der ersten Woche der Feindseligkeiten hatte das OCHA ein aus drei Personen bestehendes Team entsandt, das den Residierenden Koordinator, den Leiter des Landesteam der Vereinten Nationen in Libanon, bei seinen humanitären Maßnahmen unterstützen sollte; zehn Tage später wurde ein Humanitärer Koordinator ernannt. In den folgenden Wochen wurde das OCHA-Team auf 22 Personen aufgestockt. Zusammen mit einem Netz von VN-Organisationen und nichtstaatlichen Organisationen richtete das Team rasch Koordinierungs- und Logistikzentren in Sur und Sidon ein, wo die Hilfsorganisationen die Möglichkeit hatten, sich zu beraten, Sitzungen abzuhalten, Kommunikationseinrichtungen zu nutzen und über das Humanitäre Informationszentrum auf das gesamte Spektrum der Online-Ressourcen zuzugreifen.

Der kürzlich eingeführte Schwerpunktgruppen-Ansatz für die humanitäre Koordinierung erwies sich in Libanon als besonders wirkungsvoll. Vertreter von Partnerorganisationen und VN-Organisationen bildeten in prioritäre Sektoren wie etwa Gesundheit, Wasser- und Sanitärversorgung oder Schutz eingeteilte Arbeitsgruppen zur Ermittlung von Bedürfnissen und zur Schließung von Lücken bei den bereitgestellten Diensten und vermieden auf diese Weise Doppelarbeit. Während der ersten Konfliktwoche koordinierte das OCHA die Beiträge einer Vielzahl von Partnerorganisationen zu dem Blitzappell zur Mobilisierung internationaler Finanzmittel in Höhe von 155 Millionen Dollar. Als Folgemaßnahme zu dem Appell wurden für den zu deckenden Bedarf, insbesondere an Nahrungsmitteln, Wasser und Unterkünften, strenge Prioritäten gesetzt, was viele Geber als hilfreich erachteten. Sieben Wochen nach dem ursprünglichen Appell wurde ein humanitärer Zwischenbericht über seinen Fortgang vorgelegt, der die Gastregierung versicherte, dass alle Auszahlungen sorgfältig überwacht wurden, und den Gebern das

Vorhandensein eines umfassenden Überwachungssystems anzeigte.

In den ersten Monaten des Jahres 2006 brach in **Timor-Leste**, dem zweitjüngsten Staat der Welt, ein bewaffneter Konflikt zwischen der Polizei und den Streitkräften aus. Bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen gab es nicht nur viele Tote und Verletzte, sondern es wurden zwischen April und Mai über 3.000 Häuser ganz oder teilweise zerstört und über 150.000 Menschen – oder 15 Prozent der Bevölkerung des Landes – vertrieben. Dadurch entstand ein dringender Bedarf an koordinierter Nothilfe, gemeinsamer Planung und Mitteleinwerbung, Kampagnenarbeit und Informationsmanagement. Außerdem musste eine neue Friedenssicherungsmission der Vereinten Nationen für Timor-Leste eingerichtet werden – die fünfte seit 1999 –, bei der die humanitären und die friedenssichernden Tätigkeiten sorgfältig zu koordinieren waren.

Das OCHA verlegte sofort Ressourcen an den Ort des Geschehens und zog dafür Kapazitätsreserven seines Regionalbüros in Bangkok und des Regionalen Katastrophenschutzberaters für den Pazifik heran. Ende Mai ordnete das OCHA vier internationale Bedienstete nach Timor-Leste ab, und bereits im Juni hatte es den Erlass eines Blitzappells zur Mobilisierung von Finanzmitteln organisiert. Es hielt regelmäßige Unterrichtungen der Geber ab, veranstaltete Koordinierungs- und Planungssitzungen sowie Arbeitstagungen und richtete eine Klausurtagung auf hoher Ebene für Staatsminister und Vertreter von VN-Organisationen und nichtstaatlichen Organisationen aus, um dauerhafte Lösungen für das Problem der Binnenvertreibung zu planen.

Bei der Krise in Timor-Leste wurde auch ein neuer Mechanismus für rasche humanitäre Hilfe, der **Zentrale Fonds für die Reaktion auf Notsituationen (CERF)**, der erst einen Monat zuvor eingerichtet worden war, erstmals auf die Probe gestellt. Zehn Tage nach Ausbruch der Krise ermöglichte ein für eine rasche Reaktion bereitgestellter Zuschuss des Fonds das Anlaufen der Nothilfemaßnahmen in Timor-Leste. Der neue Fonds umfasst bereits vorhandene Mittel in Höhe von 50 Millionen Dollar für Nothilfekredite und wurde durch eine weitaus höhere Zuschusskomponente von 450 Millionen Dollar aufgestockt. In der Vergangenheit dauerte es in der Regel Wochen und manchmal sogar Monate, bis auf einen Nothilfeappell

hin Beiträge eingingen. 2006 hingegen waren nach einem Appell 37 Prozent der erforderlichen Mittel üblicherweise innerhalb der ersten 30 Tage verfügbar, also mehr als doppelt so schnell wie vor der Schaffung des Fonds.

Tätigkeitsanalyse

Die Einrichtung des CERF erfolgte im Rahmen eines umfassenderen **Prozesses zur Reform des humanitären Systems**, der das Ziel verfolgt, wirksamere Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen und externen Akteuren zu bilden. Neben der Gewährleistung einer angemesseneren und rascheren Finanzierung humanitärer Maßnahmen – ein Hauptziel des CERF – stützt sich der Reformprozess auf zwei weitere Säulen: die Stärkung des Systems der Humanitären Koordinatoren und die Anwendung des Schwerpunktgruppen-Ansatzes auf den Kapazitätsaufbau in defizitären Bereichen, um sicherzustellen, dass in allen Sektoren eine angemessene Reaktionskapazität, eine berechenbare Führung und starke Partnerschaften bestehen.

Die Humanitären Koordinatoren sind die hochrangigsten mit humanitären Fragen befassten VN-Bediensteten, die bei Krisen vor Ort im Einsatz sind. Sie werden in der Regel ernannt, wenn Notsituationen die Vollzeitpräsenz eines hochrangigen Amtsträgers vor Ort über einen längeren Zeitraum hinweg erfordern. Die Qualität der kurz- und langfristigen Notfallmaßnahmen hängt weitgehend davon ab, dass rechtzeitig ein gut vorbereiteter, erfahrener Amtsträger entsandt wird, der das betroffene Gebiet kennt. Zu den Verbesserungen, die am System der Humanitären Koordinatoren vorgenommen wurden, gehören neue Wege zur Ermittlung, Rekrutierung und Schulung potenzieller Koordinatoren lange vor dem Eintreten eines Notfalls. Zum ersten Mal umfasst die Liste potenzieller Kandidaten neben VN-Mitarbeitern jetzt auch Personen, die von außerhalb des Systems der Vereinten Nationen kommen. Das Schulungsprogramm für die Humanitären Koordinatoren begann im November mit dem Pilotprojekt einer einführenden Unterrichtung für Humanitäre Koordinatoren.

Um in den Bereichen, in denen derzeit Defizite und Schwächen bestehen, die Reaktionskapazität zu stärken und um klarere sektorbezogene Führungsstrukturen zu schaffen, erließ das OCHA im März 2006

im Namen des internationalen humanitären Systems einen Beitragsappell in Höhe von 38 Millionen Dollar zu Gunsten von Schwerpunktgruppen. Diese Gelder werden eingesetzt, um rasch verlegbares Nothilfepersonal zu schulen, die gemeinsamen Bestände an Nothilfgütern aufzustocken und einvernehmlich festgelegte Normen, Leitlinien, Rahmenpläne, Systeme und Instrumente für die Reaktion auf Notsituationen zu erarbeiten. Bis zum Jahresende hatten die Beiträge eine Gesamthöhe von 25 Millionen Dollar erreicht. Der größte Teil davon ging jedoch erst längere Zeit nach Erlass des Appells ein, sodass die Fortschritte während des Jahres 2006 geringer waren als erwartet.

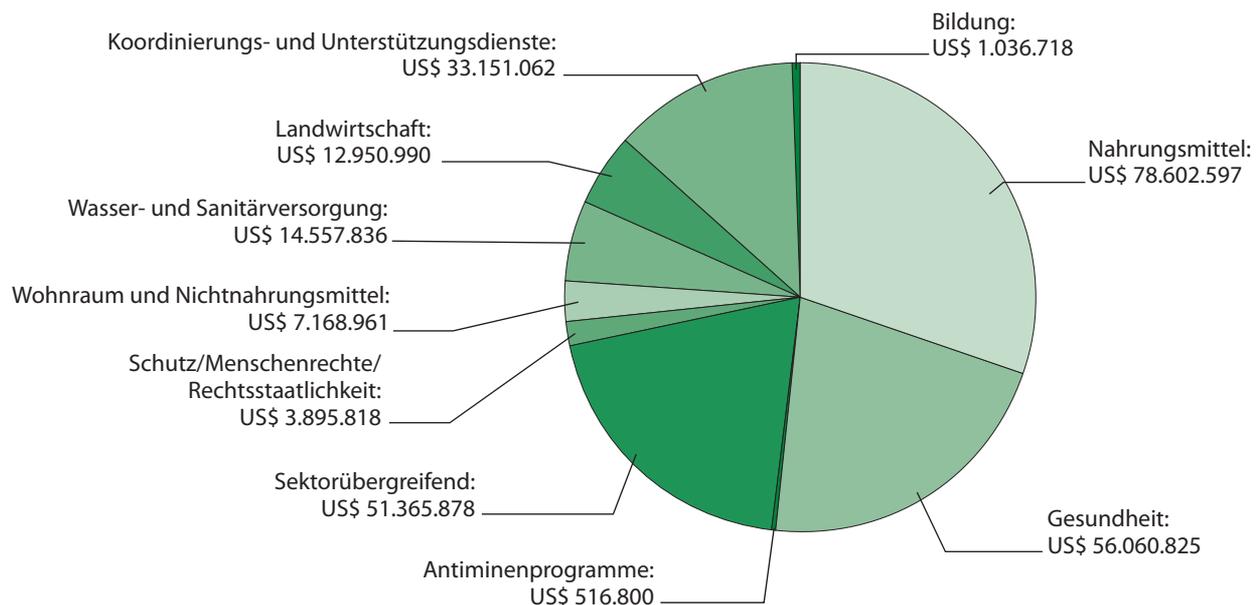
Der Schwerpunktgruppen-Ansatz wurde 2006 in vier neuen großen Notsituationen erfolgreich angewendet: in Pakistan, Indonesien (Jogyakarta), Libanon und den Philippinen. Darüber hinaus wurde er in den fünf folgenden Ländern mit bereits laufenden humanitären Missionen eingeführt: Demokratische Republik Kongo, Liberia, Somalia, Uganda und Kolumbien. Die meisten Schwerpunktgruppen vermeldeten einen stärkeren Austausch von Wissen und bewährten Praktiken, eine bessere Eventualplanung und eine wirksamere Nutzung der vorhandenen Ressourcen. Behörden in den einzelnen Ländern haben darüber hinaus bestätigt,

dass das Schwerpunktgruppen-System die Struktur und die Professionalität der Notfallmaßnahmen und die Rechenschaftslegung darüber verbessert hat. Allerdings lautet eine der Lehren, die aus den bisherigen Bemühungen um Kapazitätsaufbau zu ziehen sind, dass der Prozess der Reform des humanitären Systems nur dann Fuß fassen und erfolgreich sein wird, wenn er allen Interessenträgern klar und deutlich vermittelt wird.

Eine weitere wichtige Erkenntnis des Jahres 2006 besagt, dass nichtstaatliche Partner zum Teil durch Mittelknappheit an einer aktiven Beteiligung an den globalen Schwerpunktgruppen gehindert wurden. Wenn die Relevanz der Bemühungen um Kapazitätsaufbau und Reaktionsbereitschaft auf globaler Ebene dauerhaft sichergestellt werden soll, wird es entscheidend darauf ankommen, dass kreative Wege gefunden werden, um ein dauerhaftes und wirksames Engagement solcher Organisationen, namentlicher lokaler nichtstaatlicher Organisationen, zu gewährleisten.

Ein weiterer Bereich intensiver Tätigkeit im Jahr 2006 war die **Verbesserung der Notfallmaßnahmen**. Hierfür war die im vergangenen Jahr abgeschlossene Erfahrungsauswertung von Nutzen, bei der die internationalen Antwortmaßnahmen auf den Tsunami

Nach Sektor aufgeschlüsselte zweckgebundene Mittel im CERF (2006)





VN-Foto/113734

im Indischen Ozean 2004 und auf das Erdbeben in Pakistan 2005 evaluiert wurden. Diese Analysen und sonstigen Erfahrungen der jüngsten Zeit ergaben, dass unzureichende Kapazitätsreserven die Reaktion auf plötzlich auftretende Notsituationen verlangsamt und einen raschen großflächigen Einsatz humanitärer Helfer verhindert haben.

Auf die Notsituationen in Pakistan und Libanon wurde sehr rasch reagiert. Acht bis zehn Stunden nach dem Erdbeben in Pakistan hatten das OCHA und das Katastrophenabschätzungs- und Koordinierungsteam der Vereinten Nationen Personal in das Land entsandt. Dennoch dauerte die Personalrekrutierung aus der Kapazitätsreserve und die Verlegung nach Pakistan zu lange, und die Ablösung des Reservepersonals durch reguläres Personal verzögerte sich, sodass die Katastrophenbewertungs- und Koordinierungsteams länger im Einsatz bleiben mussten. In Libanon war das OCHA zwar rasch an Ort und Stelle, hatte jedoch Probleme mit der Einsatzstärke. Das Team erreichte nie seine kritische Masse, war nicht ausgewogen ge-

nug und verfügte nicht über entsprechende Kenntnisse der Region. Das OCHA betreibt die Aufstockung seiner Kapazitätsreserven und die Steigerung ihrer Wirksamkeit mit hohem Vorrang. Die Reservelisten müssen ein breiter gefächertes Feld von Mitarbeitern enthalten, die über die entsprechenden Sprachkenntnisse verfügen und die Dynamik ihrer Einsatzländer verstehen.

Wirksame humanitäre Maßnahmen erfordern außerdem eine wirksame Abstimmung mit den nationalen und internationalen Streitkräften. Während der Notsituation in Libanon verfolgten die Vereinten Nationen ein ungewöhnliches, aber erfolgreiches Zustimmungsverfahren mit den Israelischen Verteidigungskräften, bei dem zum ersten Mal humanitäres Personal der Vereinten Nationen in den Büros einer Konfliktpartei stationiert war. Dadurch erhielten die humanitären Bediensteten einen besseren Zugang zu den betroffenen Bevölkerungsgruppen, und gleichzeitig wurde die Sicherheit für humanitäre Konvois und humanitäres Personal verstärkt. Parallel dazu nahm auch das Verständnis der Israelischen Verteidigungskräfte für die Tätigkeit der VN-Organisationen zu.

Zu einer raschen Reaktion gehört auch eine zügige strategische Finanzierung humanitärer Maßnahmen sofort nach Eintreten einer Notsituation. Die Prozesse der Blitzappelle und konsolidierten Appelle haben die Leistungen auf diesem Gebiet verbessert. Bei künftigen Blitzappellen wird die Laufzeit von Appellen – ob für kurzfristige Hilfsmaßnahmen oder für die Deckung eines längerfristigen Bedarfs in der Übergangszeit – unter Zugrundelegung realistischer Bewertungen der operativen Kapazitäten vor Ort klarer definiert werden. Die Maßnahmen zur Finanzüberwachung und -berichterstattung werden ausgeweitet werden, um die Gastregierungen und die Geber besser über die Ausgaben und die erbrachten Leistungen zu unterrichten.





VN-Foto/110330

Völkerrecht und Justiz

Hintergrund

Die „Bereinigung oder Beilegung internationaler Streitigkeiten“ nach den „Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts“ ist eines der Gründungsziele der Vereinten Nationen und als solches in Artikel 1 ihrer Charta verankert. Zu den ersten und wichtigsten Institutionen, die diese Ziele verkörpern, zählt der **Internationale Gerichtshof**, das Hauptrechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen, das auf Grund der Charta geschaffen wurde, um in Streitsachen zwischen Staaten zu verhandeln. Der Gerichtshof gibt außerdem Gutachten zu Rechtsfragen ab, die ihm von ordnungsgemäß befugten internationalen Organen und Organisationen vorgelegt werden, und trägt damit zur vorbeugenden Diplomatie und zur Weiterentwicklung des Völkerrechts bei. Zum Jahresende 2006 waren bei dem in Den Haag (Niederlande) ansässigen, aus 15 Mitgliedern bestehenden Gerichtshof 13 Fälle anhängig.

Unter dem Dach der Vereinten Nationen wurden außerdem weitere Gerichtshöfe eingesetzt, um in Sachen zu verhandeln, die sich aus konkreten Problemen oder Konflikten ergeben. Ein Beispiel dafür ist der erste vom Sicherheitsrat der VN errichtete Strafgerichtshof, nämlich der **Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien**, der seine Tätigkeit 1993 aufnahm. Der Gerichtshof wurde als „Justiz-Säule“ der

Friedenssicherungsaktivitäten der Vereinten Nationen auf dem Balkan geschaffen und verhandelt in Sachen, in denen es um Verbrechen gegen die Menschlichkeit (einschließlich Völkermords) und/oder Kriegsverbrechen geht, die während der jugoslawischen Konflikte zwischen 1991 und 2001 in Kroatien, Bosnien, im Kosovo und in Mazedonien begangen wurden. Seine in Den Haag ansässigen Kammern bestehen aus 16 ständigen Richtern und bis zu 12 *Ad-litem*-Richtern. Im Jahr 2006 befanden sich bis zu 85 Personen im Gewahrsam des Gerichtshofs.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgte der Sicherheitsrat bei der Schaffung des **Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda**, der den Auftrag hat, die Hauptverantwortlichen für die 1994 in Ruanda und seinen Nachbarstaaten begangenen Verbrechen wie Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen strafrechtlich zu verfolgen und zu bestrafen. Der Gerichtshof hat seinen Sitz in Arusha (Vereinigte Republik Tansania). Seine 18 erstinstanzlichen Richter (neun ständige Richter und neun *Ad-litem*-Richter) führten im Jahr 2006 Verhandlungen gegen 32 Angeklagte.

Neben der unmittelbaren Rechtspflege in den Gerichtshöfen wirkt das Sekretariat auch darauf hin, das Völkerrecht zu fördern und die wirksame Anwendung des Rechtsstaatsprinzips zu verbessern. Der zum Sekretariat gehörende **Bereich Rechtsangelegenheiten** fungiert daher nicht nur als zentraler juristischer

Dienst für die Vereinten Nationen, dem es obliegt, die Organe der VN auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts und des Privatrechts zu beraten und die Rechte und Vorrechte der Organisation zu schützen, sondern arbeitet darüber hinaus mit den Mitgliedstaaten an der schrittweisen Weiterentwicklung und Kodifizierung des Völkerrechts. Er gewährt zwischenstaatlichen Organisationen und Staaten Hilfe auf dem Gebiet des Seerechts, des internationalen Handelsrechts und des Völkervertragsrechts. Außerdem registriert und veröffentlicht er völkerrechtliche Verträge und ist den Mitgliedstaaten dabei behilflich, Vertragsparteien internationaler Übereinkünfte zu werden und den darin enthaltenen Verpflichtungen nachzukommen.

Schlaglichter

Die beim Internationalen Gerichtshof im Jahr 2006 anhängigen Rechtssachen betrafen fast alle Weltregionen: vier Streitigkeiten zwischen europäischen Staaten, zwei zwischen afrikanischen Staaten, vier zwischen lateinamerikanischen Staaten, eine zwischen asiatischen Staaten und zwei zwischen Staaten verschiedener Kontinente. 2006 schloss der Gerichtshof einen Fall ab und ordnete in einer anderen Sache vorsorgliche Maßnahmen an. Im selben Zeitraum führte der Gerichtshof vier Verhandlungsreihen in drei verschiedenen Sachen mit einer Sitzungsdauer von nahezu drei Monaten. Zum Ende des Kalenderjahres waren Beratungen in drei Sachen gleichzeitig im Gange.

Einer der vor dem Gerichtshof verhandelten Fälle, die das stärkste öffentliche Interesse seit vielen Jahren hervorriefen, war die *Anwendung der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Bosnien und Herzegowina gegen Serbien und Montenegro)*. Obwohl die Entscheidung im Jahr 2007 erging, beruhte sie auf neunwöchigen Verhandlungen, die zwischen dem 27. Februar und dem 9. Mai 2006 durchgeführt wurden. (Der Gerichtshof entschied letztlich, dass Serbien zwar „keinen Völkermord begangen hat“, jedoch „gegen die Verpflichtung verstoßen hat, Völkermord zu verhindern“.) In einer langwierigen Streitigkeit zwischen **Argentinien** und **Uruguay** über Zellstoffwerke am Uruguay-Fluss entschied der Gerichtshof im Juli 2006, dass sich aus den dargelegten Umständen keine Notwendigkeit ergab, seine Befugnis zum Erlass vorsorglicher Maßnahmen auszuüben. Zu einem späteren

VN-Foto/139419



Antrag Uruguays, mit dem sich der Gerichtshof im Dezember befasste, erging Anfang 2007 eine ähnliche Entscheidung. In einem anderen bedeutenden Streitfall zwischen der **Demokratischen Republik Kongo** und **Ruanda** befand der Gerichtshof im Februar, nicht über Zuständigkeit in der Sache selbst zu verfügen.

Der **Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien** eröffnete zwischen April und Juli 2006 drei Hauptverfahren gegen fünf, sechs beziehungsweise sieben Angeklagte. Zusammen mit den bereits laufenden Verfahren wurden vor den Kammern des Gerichtshofs gleichzeitig sechs Prozesse gegen 25 Angeklagte geführt, die höchste Zahl in seiner 14-jährigen Geschichte. Der Gerichtshof war 2006 jedoch Gegenstand kritischer Prüfung, als Milan Babić, der ehemalige Präsident einer selbsternannten serbischen politischen Gebietskörperschaft im östlichen Kroatien, am 5. März Selbstmord beging, während er seine dreizehnjährige Haftstrafe verbüßte, und Slobodan Milosević, der ehemalige Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien, am 11. März, nur wenige Wochen vor Abschluss seines historischen Prozesses, eines natürlichen Todes starb.

Der verfrühte Tod von Slobodan Milosević war ein schwerer Rückschlag für die Justiz, da er zur Einstellung des Verfahrens ohne ein wie auch immer geartetes Urteil führte. Dennoch stellen die Verhandlungsprotokolle und das während des vierjährigen Prozesses vorgelegte Beweismaterial ein unschätzbares geschichtliches und juristisches Erbe dar, das durchaus in anderen Fällen Verwendung finden kann. Einer davon ist der

Prozess gegen Vojislav Šešelj, einen weiteren wichtigen politischen Führer, der vor den Gerichtshof gestellt wurde. Der Prozess verzögerte sich allerdings, als der Angeklagte in einen sechswöchigen Hungerstreik trat, was die Berufungskammer veranlasste, in Anbetracht einer nicht hinnehmbaren lebensbedrohlichen Lage der eingelegten Beschwerde stattzugeben. Das Verfahren wurde Anfang 2007 wieder aufgenommen.

Während der Gerichtshof sich weiterhin auf die Verfahren gegen die ranghöchsten Beschuldigten konzentrierte, beschleunigte er die Übertragung von Fällen, die weniger hochrangige Verdächtige betrafen. Zum Jahresende 2006 waren sieben ursprünglich vom Gerichtshof angeklagte Personen zur Durchführung eines Strafverfahrens nach Bosnien und Herzegowina überstellt worden; die Überstellung einer achten Person nach Serbien war Gegenstand einer Prüfung durch die Berufungskammer.

Der **Strafgerichtshof für Ruanda** schloss 2006 die Verfahren gegen fünf Angeklagte ab und erließ in vier Fällen ein Urteil. Das Urteil im fünften Fall ist für 2007 zu erwarten. In zwei Fällen wurden 2006 nach Schuldgeständnissen Verhandlungen zur Strafzumessung abgeschlossen und Urteile gefällt. Im selben Zeitraum waren neun weitere Fälle anhängig, die insgesamt 25 weitere Angeklagte betrafen. Der Gerichtshof wird daher die Prozesse gegen 65 bis 70 Angeklagte voraussichtlich bis Jahresende 2008 zu Ende bringen.

Die hohe Zahl der beim Strafgerichtshof für Ruanda anhängigen Fälle stellte beträchtliche Anforderungen an die vier vorhandenen Gerichtssäle, sodass 2006 verstärkte Maßnahmen erforderlich waren, um die verfügbaren Räumlichkeiten umfassend und effizient zu nutzen. Auch die Anklagebehörde hat im Laufe des Jahres verschiedene Rationalisierungsmaßnahmen mit dem Ziel ergriffen, die Arbeitsabläufe zu verbessern und bewährte Verfahren anzuwenden.

Dem Bereich Rechtsangelegenheiten obliegt die Errichtung und Unterstützung internationaler und mit internationaler Hilfe tätiger Strafgerichtshöfe, mit denen der Strafflosigkeit der Urheber schwerer Verbrechen ein Ende gesetzt werden soll. Im Jahr 2006 erzielte er erhebliche Fortschritte bei der Schaffung eines **Sondergerichtshofs für Libanon** mit dem Mandat, die Verantwortlichen für die Bombenanschläge, bei denen der ehemalige libanesischer Ministerpräsident Rafik Hariri und weitere Personen getötet wurden, vor Gericht zu bringen. Im Namen der Vereinten Nationen

handelte der Bereich Rechtsangelegenheiten mit Libanon ein vom Sicherheitsrat gebilligtes Abkommen über die Errichtung des Gerichtshofs und über das Statut, nach dem er tätig sein wird, aus.

Der Bereich Rechtsangelegenheiten unterstützte ferner die Mitgliedstaaten und die internationalen Vertragsorgane verstärkt beim Kapazitätsaufbau auf dem Gebiet **Seerecht und Meeresangelegenheiten**. Tätigkeiten wie Beratungsdienste, Unterrichtungen, Schulungsprogramme, Veröffentlichungen und die Bereitstellung von Datenbanken hatten alle das Ziel, die juristischen Aspekte von Fragen der internationalen Schifffahrt stärker ins Bewusstsein zu bringen und verständlicher zu machen.

Eine bedeutende Zeremonie der Verträge fand im September unter dem Motto „**Crossing Borders**“ statt, bei der 46 Staaten insgesamt 86 Maßnahmen im Zusammenhang mit 40 Verträgen vornahmen. Dabei ging es speziell um multilaterale Verträge auf folgenden Gebieten: Flüchtlinge und Staatenlose; Wanderarbeitnehmer; menschliche Sicherheit, Menschenhandel und Handel mit Feuerwaffen; nachhaltige Entwicklung, Ernährungssicherung und Umweltmigration; Abrüstung und Sicherheit der Staaten. Der Bereich Rechtsangelegenheiten richtet jährlich derartige Veranstaltungen aus, um mehr Staaten für den Beitritt zu internationalen Übereinkünften zu gewinnen.

Tätigkeitsanalyse

Auf Grund der in seinem Statut begründeten Verpflichtungen hat der **Internationale Gerichtshof** wenig Kontrolle über seinen jährlichen Arbeitsanfall. Die Zahl der anhängigen Fälle und die zeitlichen Abstände sind abhängig von den Klagen, die die Staaten beim Gerichtshof einreichen, und den Gutachten, die die Organe der Vereinten Nationen und Sonderorganisationen anfordern. Zu solchen Klagen und Anforderungen kann es jederzeit ohne Vorankündigung kommen. Die Gesamtzahl der anhängigen Rechtssachen allein bietet außerdem kein vollständiges Bild der Aufgaben, die der Gerichtshof während des Jahres zu bewältigen hat. Werden in einer Sache vorgängige Einreden erhoben, können sich daraus mitunter zwei aufeinander folgende Verfahren ergeben, in denen jeweils Schriftsätze eingereicht und mündliche Verhandlungen organisiert werden und getrennte Urteile erforderlich sind. Die

Staaten sind bisweilen berechtigt, einem Verfahren beizutreten, und die beklagten Parteien reichen mitunter Widerklagen ein, wodurch sich jeweils die Zahl der Schriftsätze, der mündlichen Verhandlungen und der Entscheidungen vervielfachen kann. Ferner muss der Gerichtshof immer bereit sein, auf Ersuchen um den Erlass vorsorglicher Maßnahmen oder dringende Anträge auf Gutachten rasch zu reagieren.

Dennoch hat der Gerichtshof in den letzten Jahren mehrere Maßnahmen ergriffen, um seine Verfahren schneller und effizienter zu gestalten, indem er engere Fristen setzte und damit begann, an mehreren Fällen parallel zu arbeiten. Alle diese Maßnahmen haben natürlich die Produktivität der Institution erheblich gesteigert, können jedoch allein nicht ausreichend gewährleisten, dass der Gerichtshof in naher Zukunft in der Lage sein wird, seine Aufgaben wahrzunehmen. Dafür bedarf es zusätzlicher Ressourcen, die seiner richterlichen Kerntätigkeit gewidmet sind.

Die **internationalen Ad-hoc-Strafgerichtshöfe** sind in ihrer Rechtsprechung zwar völlig unabhängig, operativ jedoch auf die internationale Zusammenarbeit angewiesen, damit sie ihr jeweiliges Mandat erfolgreich durchführen können. Die Sammlung möglicher Beweise, die Festnahme und anschließende Überstellung von Angeklagten und die Vollstreckung der Strafen sind nur einige der Bereiche, in denen die Gerichte mit den VN-Mitgliedstaaten, insbesondere den Ländern des ehemaligen Jugoslawien beziehungsweise Ruanda, zusammenarbeiten müssen, um ihren Auftrag zu erfüllen. Beide Gerichtshöfe hatten Schwierigkeiten, sich bei der Festnahme flüchtiger Personen der Kooperation der Mitgliedstaaten zu versichern.

Die beiden Gerichtshöfe verstärkten gemeinsam ihre Anstrengungen, die Hinterlassenschaft dieser Ad-hoc-Institutionen zu regeln, sobald sie ihre derzeitigen Hauptverfahren und Berufungsverfahren abgeschlossen haben. Sie untersuchten, welche Aufgaben als wesentlich anzusehen sind, wie der Zeugenschutz, die Vollstreckung der Strafen und die Nutzung ihrer Archive.

Beim Strafgerichtshof für das **ehemalige Jugoslawien** kam es 2006 zu keiner einzigen Festnahme, so dass sechs Personen, darunter Radovan Karadžić und Ratko Mladić (die sich bekanntlich in Serbien aufhalten) weiterhin flüchtig sind, obwohl 12 Jahre vergangen sind, seitdem Anklage gegen sie erhoben wurde. Dies stellt nicht nur eine Beleidigung gegenüber den Opfern der mutmaßlich von den Flüchtigen begangenen

Verbrechen dar, sondern gefährdet auch ernsthaft den Termin für den Abschluss der Verfahren bis 2010. Der Präsident und der Ankläger haben 2006 wiederholt darauf hingewiesen, dass der Gerichtshof seine Tätigkeit erst dann beenden wird, wenn alle Angeklagten nach Den Haag überstellt worden sind.

Dank der Kooperation einiger Staaten konnte der Gerichtshof vier rechtskräftig verurteilte Personen an Österreich (zwei Personen), Italien (eine Person) und Dänemark (eine Person) überstellen. Damit erhöhte sich die Zahl der Verurteilten, die ihre Strafe abbüßen, bis Ende 2006 auf 23. Acht weitere Verurteilte warten auf ihre Überstellung. Außerdem unterzeichnete der Gerichtshof mit der Tschechischen Republik ein Abkommen über den Verleih von Strafvollzugsbediensteten, und Schweden gab dem Ersuchen des Gerichtshofs statt, seine Haftanstalt einer Prüfung zu unterziehen. Angesichts der laufenden und zu erwartenden Verfahren forderte der Kanzler die internationale Gemeinschaft allerdings im Juni auf, mindestens zehn weitere Abkommen über die Vollstreckung von Strafen und mindestens fünf weitere Abkommen über die Umsiedlung gefährdeter Zeugen zu schließen.

Der Internationale Strafgerichtshof für **Ruanda** wird alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um seine erstinstanzlichen Verfahren entsprechend der Arbeitsabschlusstrategie bis Ende 2008 zu Ende zu bringen. In Anbetracht dieses bevorstehenden Abschlussdatums und der kurzen verbleibenden Beschäftigungsdauer fiel es dem Gerichtshof zunehmend schwer, Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten. Gleichzeitig sorgte das gestiegene Tempo der Verfahren dafür, dass sich der Umfang der innerhalb der Abschlussfristen zu bewältigenden Arbeit weiter erhöhte, was es umso notwendiger macht, Kontinuität zu gewährleisten und kompetente Mitarbeiter an den Gerichtshof zu binden. Die Kanzlei des Gerichtshofs hat konkrete Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung ausgearbeitet, die zum Teil noch der Genehmigung bedürfen.

Neben der bereits erwähnten Schwierigkeit, Unterstützung bei der Festnahme flüchtiger Personen zu erlangen, traf der Gerichtshof auch auf andere Hindernisse bei der Erfüllung seines Mandats. Der Schutz von Zeugen durch die Gaststaaten war mitunter begrenzt, was zum Tod oder Verschwinden von Zeugen und zum Verlust von Beweisen führte. Einige Mit-

gliedstaaten zeigten sich außerdem nur wenig bereit, freigesprochene Personen oder auch Verurteilte, zum Zweck des Strafvollzugs, aufzunehmen. Ferner hatte der Gerichtshof Schwierigkeiten, Fälle an nationale Gerichtsbarkeiten zu übertragen; erstmals gelang ihm dies im April 2007.

Die Mittel für den Aufbau der Gerichtskapazität in Ruanda, ein wesentlicher Teil der längerfristigen Hinterlassenschaft des Gerichtshofs, waren knapp. Allgemein zahlten die Mitgliedstaaten ihre Pflichtbeiträge häufig verspätet, und die Mittel wurden unregelmäßig zugewiesen, was die reibungslose und geordnete Durchführung von Tätigkeiten außerhalb der Kernaufgaben des Gerichtshofs erschwerte.

Der **Bereich Rechtsangelegenheiten** war 2006 insbesondere vor die Herausforderung gestellt, Ersuchen um rechtliche Beratung weiterhin mit der gewohnten Berechenbarkeit und Zeitnähe nachzukommen und sich an der Ausarbeitung von Dokumenten mit rechtlichen Auswirkungen zu beteiligen. In einigen Berei-

chen, insbesondere in der Friedenssicherung, steigt der Arbeitsanfall so rasant, dass er die Fähigkeit des Bereichs Rechtsangelegenheiten beeinträchtigt, Beratung zeitnah und auf eine Weise zu gewähren, die dem Bedarf der seine Dienste anfordernden Stellen voll gerecht wird. Erschwerend kommt hinzu, dass ihm nur eine begrenzte Zahl von Juristen zur Verfügung steht, doch werden derzeit Pläne zur Gewinnung zusätzlicher Mitarbeiter umgesetzt, um insbesondere den steigenden Arbeitsanfall auf dem Gebiet der Friedenssicherung abzudecken.

Auch bei der allgemeinen Leitung und Verwaltung des Bereichs standen dem Rechtsberater nur eine begrenzte Zahl von Mitarbeitern zur Seite. Um hier Abhilfe zu schaffen, begann der Bereich Rechtsangelegenheiten 2006 damit, ein Büro des Untergeneralsekretärs für Rechtsangelegenheiten einzurichten, das mit umgesetzten Mitarbeitern aus anderen Teilen des Bereichs Rechtsangelegenheiten und einigen neuen Stellen ausgestattet werden wird.





VN-Foto/85970

Abrüstung

Hintergrund

In dem Bemühen um Abrüstung und Nichtverbreitung gilt es nicht nur, wirksame politische Konzepte zu formulieren, auf die sich die Nationen der Welt einigen können, sondern gleichermaßen, die bei der Umsetzung dieser Konzepte auftretenden praktischen Schwierigkeiten zu überwinden. Auf beiden Gebieten geben die Vereinten Nationen den Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen wesentliche Orientierungshilfen, gewähren technischen Rat und betreiben fundierte Lobbyarbeit, mit dem Ziel, das weltweite Waffenangebot zu begrenzen und die internationale Sicherheit zu fördern.

Das Büro für Abrüstungsfragen als wichtigster Akteur des Sekretariats auf diesem Gebiet überwacht und analysiert globale Entwicklungen im Zusammenhang mit Abrüstung und Nichtverbreitung und ist den Mitgliedstaaten bei der Überprüfung und Anwendung multilateraler Übereinkünfte, Rechtsinstrumente und Rahmenstrukturen auf dem Gebiet der Abrüstung behilflich. (Von 2006 bis April 2007 trug das Büro für Abrüstungsfragen die Bezeichnung „Hauptabteilung Abrüstungsfragen“.) Das Büro unterstützt multilaterale Verhandlungen und Beratungen zu Fragen der Abrüstung und Nichtverbreitung. Es fördert Transparenz, Informationsaustausch und vertrauensbildende Maßnahmen auf dem Gebiet der

Abrüstung und ist dabei behilflich, regionale Ansätze für die Abrüstung und Nichtverbreitung voranzubringen. Mit nachhaltiger Diplomatie und Interessenartikulation trägt das Büro für Abrüstungsfragen dazu bei, dass die Anstrengungen der Vereinten Nationen in diesem Bereich besser wahrgenommen, verstanden und unterstützt werden.

Zur Abrüstungsarbeit gehören jedoch auch die gemeinsamen Anstrengungen zahlreicher anderer Organisationen und Partnerschaften, sowohl im System der Vereinten Nationen als auch darüber hinaus. Eine der Aufgaben des Büros für Abrüstungsfragen besteht daher in der Abstimmung und Zusammenarbeit mit einer Reihe von Einrichtungen, die sich schwerpunktmäßig mit Abrüstung und Nichtverbreitung befassen – wie die Internationale Atomenergie-Organisation, die Organisation für das Verbot chemischer Waffen, die Vorbereitungscommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen, das Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung und das Forschungsprojekt „Small Arms Survey“ (Bestandsaufnahme für Kleinwaffen). Das Büro arbeitet jedoch auch eng mit Organisationen zusammen, deren weitaus breiteres Mandat ein Interesse an Abrüstungsfragen umfasst, wie die Weltgesundheitsorganisation, das Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und die der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung gewidmeten Programme der Vereinten Nationen sowie eine breite Palette

unabhängiger multilateraler Organe und Organisationen der Zivilgesellschaft.

Schlaglichter

Im vergangenen Jahr fanden im Abrüstungsbereich vier bedeutende Ereignisse statt, die positive Ergebnisse zeitigten, aber auch eine gewisse Enttäuschung verursachten. Diese Ereignisse sind vor dem Hintergrund zweier wichtiger Ziele für 2006 zu betrachten: zu gewährleisten, dass multilaterale Abrüstungsverhandlungen in allgemein annehmbare Übereinkünfte münden, und Anstrengungen zur Eindämmung von Massenvernichtungswaffen, insbesondere Kernwaffen, zu fördern. Das zweite Ziel beinhaltet auch, dass Mitgliedstaaten auf Antrag Hilfe bei der Durchführung bestehender Verträge über diese Waffen gewährt wird.

Das erste bedeutende Ereignis 2006 war eine internationale Konferenz, die Ende Juni und Anfang Juli mit dem Ziel abgehalten wurde, die Fortschritte bei der **Kontrolle unerlaubter Kleinwaffen und leichter Waffen** auf der Grundlage eines fünf Jahre zuvor verabschiedeten Aktionsplans zu überprüfen. Leider wurde auf der Konferenz zur Überprüfung der Fortschritte bei der Durchführung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten keine Einigung über ein Ergebnisdokument und einen Folgeprozess erzielt. Die Mitgliedstaaten konnten sich nicht darauf verständigen, ob die Konferenz sich nur auf den Umsetzungsstand des Aktionsplans konzentrieren sollte oder sich zudem erneut mit Fragen befassen sollte, für die sie im Jahr 2001 keinen Konsens gefunden hatte. Trotz des enttäuschenden Ergebnisses war die Konferenz insofern erfolgreich, als der Frage der Kleinwaffen ein hoher Stellenwert in der Abrüstungsagenda verschafft werden konnte, was durch die Zahl und die Vielfalt der ranghohen Teilnehmer belegt wird, die auf der Konferenz das Wort ergriffen und zu denen sowohl hohe Regierungsbeamte als auch Vertreter wichtiger internationaler, regionaler und nichtstaatlicher Organisationen gehörten.

Das Büro für Abrüstungsfragen trug zu diesen Fortschritten sowohl im Vorfeld der Konferenz als auch während der Beratungen bei. So veranstaltete das

Büro in den Monaten vor Beginn der Konferenz eine Reihe informeller Konsultationen, bei denen die Mitgliedstaaten Fragen von besonderem Interesse erörtern konnten, und beriet außerdem die Mitgliedstaaten in logistischen und inhaltlichen Angelegenheiten, die den Konferenzablauf betrafen. Zusätzlich führte das Büro in Zusammenarbeit mit der Sekretariats-Hauptabteilung Presse und Information eine schlagkräftige Medien- und Kommunikationskampagne zur Förderung der Zwecke und Ziele der Überprüfungskonferenz durch.

Als zweite wichtige Entwicklung war 2006 eine Seminarreihe auf regionaler Ebene zur **Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen** zu verzeichnen, die vom Büro für Abrüstungsfragen über seine Regionalzentren organisiert und von mehreren Geberstaaten finanziert wurde. Ziel der Seminare in China, Ghana und Peru war es, die Teilnehmer besser mit den in zwei Resolutionen des Sicherheitsrats, 1540 (2004) und 1673 (2006), enthaltenen Verpflichtungen und Forderungen vertraut zu machen. Diesen Resolutionen zufolge müssen alle Staaten innerstaatliche Kontrollen zur Verhütung der Verbreitung von nuklearen, chemischen und biologischen Waffen und ihren Trägersystemen einrichten, angemessene Kontrollen über verwandtes Material schaffen und Rechtsvorschriften zu diesen Auflagen erlassen. Etwa 200 Vertreter von Regierungen sowie von regionalen, subregionalen und internationalen Organisationen nahmen an mindestens einem der Regionalseminare teil.

Das dritte wichtige Ereignis war die sechste Konferenz zur Überprüfung des **Übereinkommens über biologische Waffen**, die im November und Dezember 2006 in Genf stattfand und an der der Generalsekretär teilnahm. Es gelang der Konferenz, das Biowaffenregime in mehrfacher praktischer Hinsicht zu stärken, so auch durch die Schaffung einer Gruppe für die Unterstützung der Durchführung in der Genfer Zweigstelle des Büros für Abrüstungsfragen. Die Gruppe wird von der Konferenz vereinbarte Treffen und Aktivitäten im Zusammenhang mit der einzelstaatlichen Durchführung und der Universalisierung des Übereinkommens sowie gegenseitige vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Vertragsstaaten unterstützen.

Das vierte wichtige Ereignis, das ebenfalls im November stattfand, war die dritte Konferenz zur Überprüfung des **Übereinkommens über bestimmte konventionelle Waffen**. Auf der Konferenz wurde das

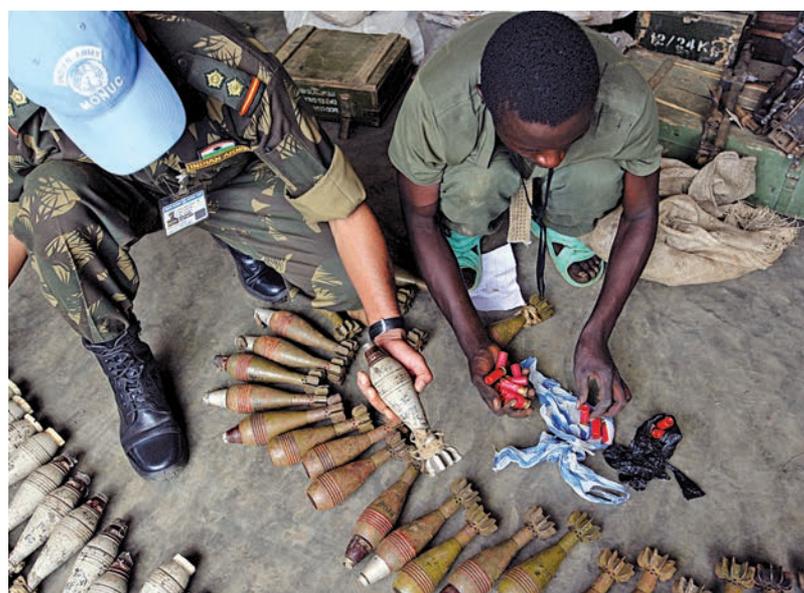
Inkrafttreten eines neuen Protokolls gewürdigt, das das humanitäre Völkerrecht zu explosiven Kampfmittelrückständen verschärft, die bei einem Konflikt nicht zum Einsatz gelangt sind und in seinem Gefolge tödliches Unheil unter arglosen Zivilpersonen anrichten. Außerdem wurde ein Förderprogramm eingerichtet, das den am wenigsten entwickelten Ländern bei der Durchführung des Übereinkommens und bei der Teilnahme an damit zusammenhängenden Aktivitäten behilflich sein soll. Ferner wurde Einigung über einen Aktionsplan erzielt, mit dem erreicht werden soll, dass sich alle Staaten dem Übereinkommen anschließen.

Die im November abgehaltenen Überprüfungs-konferenzen zu biologischen beziehungsweise konventionellen Waffen stellten einen wichtigen Fortschritt im Hinblick auf zwei zentrale Verträge dar. Da diese Konferenzen nur fünfjährlich stattfinden, ist ihr relativer Erfolg umso bedeutsamer, als die Umstände, unter denen sie verliefen, wenig Anlass zur Hoffnung boten. Die Tatsache, dass der Weltgipfel 2005 keine sinnvollen Ergebnisse im Bereich Abrüstung und Nichtverbreitung erbracht hatte, ließ für 2006 düstere Aussichten für die Abrüstungsdiplomatie entstehen, da zudem auf der ebenfalls 2005 abgehaltenen Konferenz zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen keine sachbezogenen Ergebnisse erzielt worden waren. Die Mitgliedstaaten und das Büro für Abrüstungsfragen setzten sich nach Kräften dafür ein, die Vorzeichen im folgenden Jahr umzukehren, und sorgten dafür, dass diese beiden Überprüfungs-konferenzen eine positive Bilanz aufwiesen.

Tätigkeitsanalyse

Trotz der im Abschnitt „Schlaglichter“ beschriebenen Fortschritte stand das Abrüstungsprogramm der Vereinten Nationen auch im Jahr 2006 vor gewaltigen Hindernissen politischer wie finanzieller Art. Die Arbeit der Abrüstungskonferenz wurde politisch nach wie vor dadurch behindert, dass die Auffassungen der Mitgliedstaaten auseinandergingen, sodass im Hinblick auf die seit neun Jahren festgefahrene Lage keine Veränderung eintrat. Auf Grund der Meinungsverschiedenheiten der Mitgliedstaaten konnten manche positiven Entwicklungen, zu denen es bei den Beratungen der Konferenz gekommen war, nicht in den Schlussbericht einfließen. Unterschiedliche Auffassungen

VN-Foto/132362



beeinträchtigten auch die Beratungen und Ergebnisse anderer Abrüstungsforen. So blieb die Überprüfungs-konferenz zu Kleinwaffen und leichten Waffen, wie oben beschrieben, ohne Ergebnisdokument.

Finanziell hatte das Büro für Abrüstungsfragen trotz energischer Bemühungen, Mittel einzuwerben, große Schwierigkeiten, Gelder für regionale Aktivitäten aufzubringen. Angesichts einer ständig wachsenden Zahl von Hilfsersuchen von Seiten der Staaten waren die Regionalzentren für Frieden und Abrüstung erheblichen finanziellen Zwängen unterworfen, insbesondere in Afrika. Auch wenn diese Lücke kurzfristig zum Teil durch wirksamere Mitteleinwerbung geschlossen werden kann, sollten die Mitgliedstaaten vielleicht die Möglichkeit prüfen, den Regionalzentren Basismittel aus dem ordentlichen Haushalt zur Verfügung zu stellen. Schwierigkeiten bei der Beschaffung außerplanmäßiger Mittel für die Kontaktarbeit waren auch der Grund dafür, dass das Büro für Abrüstungsfragen der steigenden Nachfrage nach Workshops und Seminaren zu verschiedenen Abrüstungsthemen nur begrenzt gerecht werden konnte.

Aus den jüngsten Erfahrungen mit Regionalseminaren über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen lässt sich die Erkenntnis ableiten, dass diese Aktivitäten genauer auf die konkreten Bedürfnisse der Staaten und ihrer jeweiligen Regionen und Subregionen zugeschnitten werden müssen, damit sie die gewünschten Ergebnisse erbringen. Der Erfolg dieser Seminare trägt unmittelbar dazu bei, die Wirk-

samkeit des Büros zu erhöhen, indem die Mitgliedstaaten veranlasst werden, häufiger um Hilfe bei der Durchführung der Resolutionen des Sicherheitsrats über Massenvernichtungswaffen zu ersuchen.

In seinem Bemühen um die Verbreitung unparteiischer Informationen an die Mitgliedstaaten und die Öffentlichkeit steht das Büro weiterhin vor der Herausforderung, Informationstechnologien häufiger und besser einzusetzen, darunter auf seinen verschiedenen Webseiten. Ferner zog das Büro vor kurzem daraus,

dass es im Vorfeld der Überprüfungskonferenz zu Kleinwaffen und leichten Waffen einen höchst erfolgreichen Ansatz verfolgt hatte, die Lehre, dass die rechtzeitige Ausarbeitung einer Informationsstrategie vor wichtigen Tagungen und Veranstaltungen auf dem Gebiet der Abrüstung in Zusammenarbeit mit anderen Programmen der Vereinten Nationen dazu beiträgt, der Öffentlichkeit ein besseres Verständnis dieser Veranstaltungen und der dabei angesprochenen Fragen zu vermitteln.



Drogen, Kriminalität und Terrorismus

Hintergrund

Alle wesentlichen Ziele der Vereinten Nationen – unter anderem Frieden und Sicherheit, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Menschenrechte, humanitäre Hilfe und Rechtsstaatlichkeit – werden von der zersetzenden Kraft der grenzüberschreitenden Kriminalität, des Terrorismus, der Korruption und des internationalen Drogenhandels unterminiert. Seit 1997 steht das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) mit an der Spitze des weltweiten Kampfes gegen diese zerstörerischen Kräfte.

Der Auftrag des Büros umfasst drei Säulen. Ziel der Säule **Forschung und Analyse** ist es, das internationale Verständnis in Drogen- und Verbrechensfragen zu vertiefen und die sachliche Basis für grundsatzpolitische und operative Entscheidungen zu erweitern. In Veröffentlichungen wie dem *World Drug Report* (Weltdrogenbericht) und regionalen Studien zu den Auswirkungen von Kriminalität und Gewalt auf die Entwicklung stellt das UNODC genaue Daten über Drogenproduktion und Drogenhandel bereit.

Eine weitere Säule ist die **Unterstützung der Staaten** bei der Ratifikation und Durchführung internationaler Verträge über Drogen, Kriminalität und Terrorismus und der Ausarbeitung innerstaatlicher Rechts-

vorschriften, die mit diesen Verträgen im Einklang stehen und den aussichtsreichsten Weg zur Bewältigung dieser drei Probleme folgen. Neben der Hilfe bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften bietet das UNODC im Rahmen seines Rechtsberatungsprogramms Schulungen für Justizbeamte an. Außerdem stellt es fachliche und Sekretariatsdienste für verschiedene Vertragsorgane und Leitungsgremien bereit. Das Büro wacht über einen umfangreichen Katalog international anerkannter Grundsätze der Verbrechensverhütung und der Strafrechtspflege, der Fragen wie die Jugendstrafrechtspflege, die Behandlung Straffälliger, die internationale Zusammenarbeit, die gute Regierungsführung, den Opferschutz und die Gewalt gegen Frauen umfasst.

Die dritte Säule ist die **technische Zusammenarbeit im Feld** mit den Mitgliedstaaten und anderen Organisationen, die dem Ausbau der Kapazitäten für die Bekämpfung unerlaubter Drogen, der Kriminalität, der Korruption und des Terrorismus dient. Zu den 279 aktiven Projekten des Büros im Jahr 2006 gehörten Projekte zur Suchtstoffbekämpfung (26 Prozent der Gesamtzahl), Präventions-, Therapie- und Rehabilitationsprogramme (24 Prozent) und Projekte zur Sicherung dauerhafter Existenzgrundlagen, die dazu beitragen, rechtmäßige Alternativen zum Anbau unerlaubter Kulturen zu schaffen.

Schlaglichter

Ein Lichtblick für die internationale **Drogenkontrolle** 2006 war der bemerkenswerte Erfolg der Länder des Goldenen Dreiecks – Myanmar, Thailand und die Laotische Volksdemokratische Republik –, denen es gelang, die unerlaubte Herstellung von Opium radikal auf ein nahezu unerhebliches Maß zu reduzieren. Diese positiven Entwicklungen wurden allerdings von den schlechten Nachrichten aus Afghanistan überschattet, der Hauptmeldung des vergangenen Jahres. Wie aus der *Annual Opium Survey* (Jährliche Opiumstudie) des UNODC hervorgeht, stieg die Opiumproduktion Afghanistans, die mehr als neun Zehntel des weltweiten Angebots ausmacht, im vergangenen Jahr um 49 Prozent auf einen neuen Höchststand von 6.100 Tonnen.

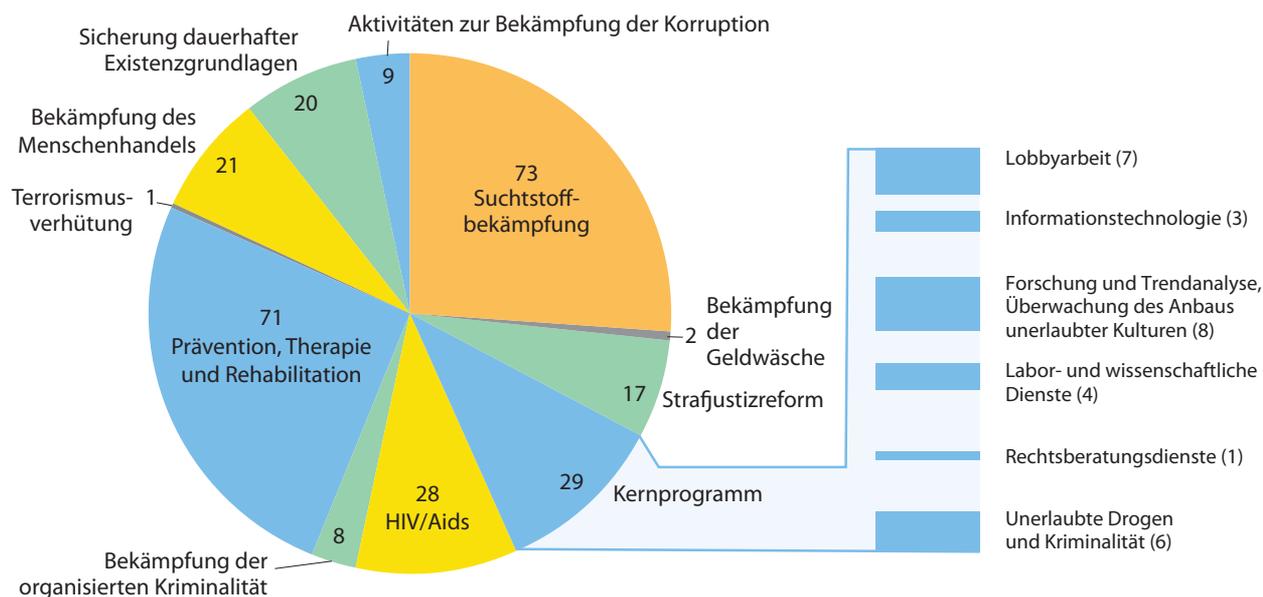
Der stärkste Zuwachs wurde in den Unruheprovinzen im Süden des Landes verzeichnet. Die auf einer Anbaufläche von 165.000 Hektar erzielte Rekordernste im Jahr 2006 überstieg den weltweiten Verbrauch um 30 Prozent. Allein in der Provinz Helmand nahm der Mohnanbau gegenüber 2005 um 162 Prozent zu. Lediglich in sechs der 34 Provinzen des Landes wurde kein Opiumanbau betrieben.

Dieser Rückschlag in Afghanistan war einer der drei Bereiche, die das Büro in seinem *World Drug Re-*

port 2006 (Weltdrogenbericht 2006) als besonders besorgniserregend hervorhob. Der zweite Bereich war die wachsende Kokainnachfrage in Europa, die umso besorgniserregender ist, als die weltweite Nachfrage nach der Droge ansonsten gleich blieb. Ein drittes Warnsignal laut dem Bericht war der weltweite Anstieg der Nachfrage nach Cannabis, einer Droge, deren Wirkkraft in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat und deren schädliche Eigenschaften sich heute kaum von denen anderer pflanzenbasierter Drogen wie Kokain und Heroin unterscheiden. Aus dem Kapitel zu Cannabis ging hervor, dass die Droge von schätzungsweise 162 Millionen Menschen konsumiert wurde, was 4 Prozent der Weltbevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren entspricht. Während die von Cannabis ausgehenden Gefahren weiterhin zunahmen, herrscht nach wie vor Ungewissheit über viele Fakten im Zusammenhang mit dem Angebot an Cannabis und der Nachfrage danach. Das UNODC führt derzeit weitere Untersuchungen zu dieser und anderen Fragen durch, deren Ergebnisse 2007 veröffentlicht werden sollen.

Nach dem starken Rückgang des Koka-Anbaus in Kolumbien in der ersten Hälfte des Jahrzehnts wuchs die Anbaufläche im Jahr 2005, dem letzten Jahr, zu dem 2006 Daten vorlagen, um 8 Prozent. Auf Grund des gleichzeitigen Rückgangs der Anbauflächen in Bolivien und Peru blieb die Koka-Anbaufläche 2005

Aufschlüsselung der 2006 bestehenden Projekte nach Themen



gegenüber dem Vorjahr insgesamt jedoch nahezu unverändert. Ein Kapitel des UNODC-Berichts *Coca Cultivation in the Andean Region* (Koka-Anbau in der Andenregion) beleuchtete die ökologischen Folgen des Anbaus und der Gewinnung unerlaubter Drogen. Dabei wurden Entwaldung sowie Wasser- und Bodenverschmutzung als problematisch ermittelt, doch trat im Rahmen der Untersuchung zutage, dass nur sehr wenige zuverlässige Daten zur genauen Ermittlung des Problemumfangs vorlagen.

Im Rahmen seiner technischen Hilfe im Feld leitete das UNODC 2006 mehrere wichtige Initiativen zur Unterstützung der grenzüberschreitenden Suchtstoffbekämpfung und der Bekämpfung der organisierten Kriminalität ein. Im Februar einigten sich fünf zentralasiatische Länder (Kirgisistan, Kasachstan, Turkmenistan, Tadschikistan und Usbekistan) gemeinsam mit der Russischen Föderation und Aserbaidschan darauf, in Almaty (Kasachstan) ein regionales Zentrum für Strafverfolgungsdaten zur Bekämpfung des unerlaubten Drogenhandels einzurichten. Vorrangiges Ziel dieser Initiative, des Zentralasiatischen regionalen Informations- und Koordinierungszentrums (CARICC), ist die Informationsgewinnung zur Beschlagnahme von Drogen und zur Festnahme von Drogenhändlern. Die Initiative ist nicht nur insofern bedeutsam, als sie einen wesentlichen Schritt in der

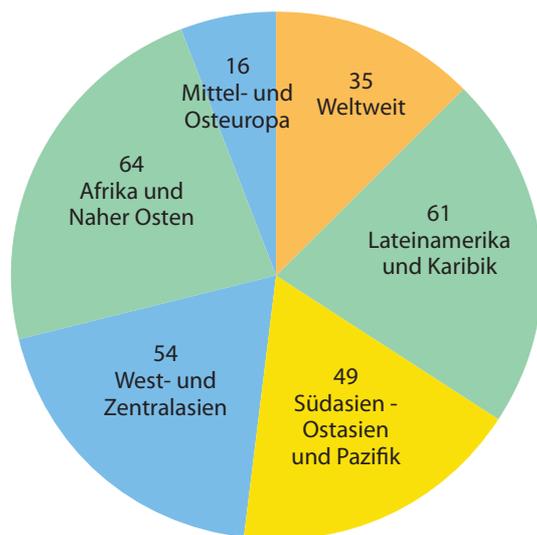
internationalen Zusammenarbeit darstellt, sondern auch auf Grund der strategischen Bedeutung dieser Region für die Kontrolle der Ströme illegaler Drogen auf dem Weltmarkt. Durch die fünf an dem Zentrum beteiligten zentralasiatischen Länder wurde ungefähr ein Fünftel des 2006 in Afghanistan geernteten Opiums geschmuggelt. Bis Ende 2006 hatten fünf der sieben Länder das Abkommen zur Einrichtung des Zentrums unterzeichnet, kein Land hatte es jedoch ratifiziert.

Das UNODC hat zahlreiche Aspekte der Initiative unterstützt, darunter die Renovierung und Ausstattung des Gebäudes, in dem das Zentrum seinen Sitz hat. Außerdem wird es sich später an der Rekrutierung und Schulung von Mitarbeitern verschiedener Strafverfolgungsbehörden der gesamten Region, darunter der Polizei, des Zolls, der Einwanderungs- und anderer Behörden, beteiligen, die in einem interinstitutionellen, regionalen Umfeld tätig sein werden.

Das Projektportfolio des UNODC zur regionalen Drogenkontrolle und Verbrechenverhütung in Zentralasien ist schon jetzt mit jährlich insgesamt etwa 40 Millionen Dollar eines seiner umfangreichsten, und es wächst weiter an. Im April vereinbarten das Büro und die Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit, der Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, die Russische Föderation und Tadschikistan angehören, bei der Bekämpfung des Drogenhandels, des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität eng zusammenzuarbeiten. Die Sechs-Staaten-Organisation und das Büro werden gemeinsame Projekte zur Bekämpfung von Drogen und Kriminalität ausarbeiten und Informationen über ihre jeweiligen Aktivitäten austauschen. Das Büro wird Mitarbeitern der Strafverfolgungsbehörden aus den Mitgliedstaaten bei der Informationsgewinnung und -analyse, dem Austausch von Informationen und gegebenenfalls der Koordinierung der Einsätze behilflich sein. Im Rahmen weiterer Projekte während des Berichtsjahrs unterstützte das Büro die regionale Zusammenarbeit mit dem NATO-Russland-Rat und der Regierung Katars bei der Suchtstoffbekämpfung und der Strafverfolgung.

Die Arbeit des Büros auf dem Gebiet der **Kriminalitätsbekämpfung** umfasste 2006 neben diesen gegen die Drogenkriminalität gerichteten multilateralen Anstrengungen auch ein breites Spektrum technischer Hilfsmittel für Polizisten, Strafverfolgungsbeamte

**Aufschlüsselung der 2006 bestehenden
Projekte nach Regionen**



und Kriminalitätsexperten. So wurden in dem mit Hilfe der Regierung Kolumbiens und von Experten aus 16 Ländern erstellten *Counter-Kidnap Manual* (Handbuch für die Bekämpfung des Menschenraubs) konkrete Leitlinien für Polizisten und politische Entscheidungsträger über wirksame Reaktionsmöglichkeiten auf Menschenraub vorgegeben, ein Verbrechen, dessen Opfer jährlich weltweit mehr als 10.000 Menschen werden. In einem *Toolkit to Combat Trafficking in Persons* (Instrumentarium zur Bekämpfung des Menschenhandels) wurden eine Kontrollliste zur Unterstützung von Strafverfolgungsbeamten bei der Identifizierung der Opfer von Menschenhandel sowie andere Handlungsanleitungen für die Befragung von Opfern und den Opferschutz bereitgestellt. Das Instrumentarium trug der Notwendigkeit Rechnung, innerstaatliche Rechtsvorschriften mit internationalen Normen in Einklang zu bringen und die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafrechtspflege zu stärken, darunter bei der Auslieferung von Straftätern und der Beschlagnahme der Erträge aus Straftaten.

Ein Meilenstein bei der Stärkung des internationalen Widerstands gegen den **Terrorismus** wurde am 8. September 2006 erreicht, als die Generalversammlung die Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus einstimmig verabschiedete, mit der sich erstmals alle 192 Mitgliedstaaten auf einen gemeinsamen Ansatz für dieses Problem einigen konnten. In der Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus wird auf die in diesem Bereich geleistete Arbeit des UNODC umfassend Bezug genommen und den Staaten eindringlich nahe gelegt, vom Sachverstand des Büros Gebrauch zu machen.

Das UNODC gewährte 2006 54 Ländern Direkthilfe bei der Ratifikation und Durchführung von internationalen Übereinkünften und Protokollen betreffend den Terrorismus. Es veranstaltete 11 regionale Arbeitstagungen, auf denen mehr als 82 Länder vertreten waren und etwa 1.700 Strafjustizbeamte fortgebildet wurden. Bis Ende Dezember 2006 hatten 85 Länder die ersten 12 internationalen Übereinkünfte und Protokolle betreffend die Verhütung und die Bekämpfung des Terrorismus ratifiziert. 2005 und 2003 waren es 75 bzw. 26 Länder gewesen. Dies ist zweifelsohne ein Wachstumsbereich für das Büro, das sich bemühen wird, die Anstrengungen zur Terrorismusbekämpfung in andere Themenbereiche seiner Tätigkeit, darunter Geldwäsche, grenzüberschreitende organisierte Kri-

minalität, Korruption und Strafjustizreform, zu integrieren.

Ein Sektor, der weltweit sowohl durch Kriminalität als auch durch Terrorismus gefährdet ist, ist der Seetransport, insbesondere die 220 Millionen Container, in denen jährlich etwa 90 Prozent des weltweiten Frachtaufkommens praktisch unkontrolliert befördert werden. Um das Risiko zu senken, dass organisierte Verbrechersyndikate und Terroristen Container für kriminelle Zwecke nutzen, entwarf das Büro ein Containerkontrollprogramm, das den Regierungen bei der Kontrolle der Seefrachtströme behilflich sein soll. Das Programm wurde 2005 in Ecuador und Senegal eingeleitet; 2006 kamen neue Pilotprojekte in Ghana und Pakistan hinzu. Im März 2006 erzielte das Projekt für die gemeinsame Hafenkontrolle einen überwältigenden Erfolg, als der Zoll und die Polizei in Guayaquil (Ecuador) mehr als 5,5 Tonnen Kokain beschlagnahmten, dessen Verkaufswert in Nordamerika oder Europa mehr als 550 Millionen Dollar betragen hätte. Die Sendung war im Dezember 2005 aus dem kolumbianischen Hafen Buenaventura in einem Container eingetroffen, der offiziell Bettwäsche enthielt.

Tätigkeitsanalyse

Um Ergebnisse erbringen zu können, muss sich das UNODC über seine Ziele und die Mittel zu ihrer Erreichung im Klaren sein. Zu diesem Zweck erarbeitete es 2006 mit Hilfe einer breiten Palette von Interessenträgern eine mittelfristige Strategie (2008-2011), die drei Arbeitsschwerpunkte des Büros erfasst. Mit dem ersten, der **Rechtsstaatlichkeit**, verfolgt das Büro vor allem das Ziel, auf Ersuchen von Mitgliedstaaten wirksame Maßnahmen gegen Kriminalität, Drogen und Terrorismus sowie wirksame, faire und humane Strafjustizsysteme zu fördern. Das zweite Hauptziel besteht darin, hochwertige **Politik- und Trendanalysen** bereitzustellen, die dazu dienen, die Kenntnisse über thematische und sektorübergreifende Trends im Zusammenhang mit Drogen und Kriminalität zu verbessern und so eine wirksame Politikformulierung, operative Antwortmaßnahmen und Folgenabschätzungen zu ermöglichen.

Der dritte Arbeitsschwerpunkt des Büros liegt auf den ineinander greifenden Themen **Prävention, Therapie und Wiedereingliederung sowie Alternative**



Eddy Isango/IRIN

Entwicklung. Hierbei geht es hauptsächlich darum, die Gelegenheiten und Anreize für unerlaubte Aktivitäten und illegale Erträge abzubauen und den Drogenmissbrauch, die HIV/Aids-Prävalenz, kriminelle Aktivitäten und die Viktimisierung mit besonderem Augenmerk auf Frauen und Kinder zu verringern. Dies schließt auch die Verbreitung von Informationen und erfolgreichen Praktiken in allen diesen Bereichen ein. Eng damit verbundene Ziele sind die Verstärkung wirksamer Präventionskampagnen, der Betreuung von Drogenkonsumenten und Drogenkriminellen und ihrer Wiedereingliederung in die Gesellschaft sowie der Hilfe für Verbrechenopfer. Durch die Förderung der nachhaltigen Entwicklung soll die internationale Zusammenarbeit auf der Grundlage des Prinzips der geteilten Verantwortung gefördert und gestärkt werden. Dazu gehört gegebenenfalls auch die Unterstützung präventiver Alternativer Entwicklung.

Ein Großteil des Jahres 2006 galt umfassenden Konsultationen innerhalb des Büros sowie zwischen dem Büro und Mitgliedstaaten, externen Experten und Organisationen der Zivilgesellschaft über den Inhalt und die Struktur der mittelfristigen Strategie, die 2007 von den zwischenstaatlichen Organen des Büros gebilligt wurde. Die Strategie stellt einen Eckpfeiler für die Institutionalisierung eines ergebnisorientierten Ansatzes in allen Teilen des Büros dar. Die Strategie sieht erstmals einen umfassenden Vierjahresplan mit

konkreten Ergebnissen vor, die nicht nach Organisationseinheiten, sondern thematisch geordnet sind, was einem fruchtbaren Austausch von Ideen, Erfahrungen und Erkenntnissen zuträglich sein dürfte.

Die Strategie dient nicht nur für die Planung, sondern auch für die Überwachung und die Berichterstattung als logisches Modell. Sie trug außerdem maßgeblich zur Förderung einer einheitlichen Organisationsidentität und zur Nutzung der Synergien zwischen den verschiedenen Teilen des Büros bei, so auch dem VN-Programm für internationale Drogenkontrolle und dem Zentrum für internationale Verbrechenverhütung, aus deren Zusammenschluss das Büro entstanden war. 2006 wurden die Bausteine für die Umsetzung der Strategie ermittelt und erste Schulungen zum Management und zur Evaluierung von Projektzyklen durchgeführt.

Ferner wurde 2006 eine Arbeitsgruppe „Freunde der Vorsitzenden“ für die beiden von dem Büro unterstützten Kommissionen, die Suchtstoffkommission und die Kommission für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege, mit dem Zweck eingesetzt, eingehende Konsultationen mit den Leitern der beiden Kommissionen über die Strategie des Büros zu führen. Dies war das erste Mal, dass die beiden Leitungsgremien gemeinsame, wenn auch informelle, Sitzungen abhielten.

In den letzten Jahren haben die Mitgliedstaaten unterstrichen, dass das UNODC in seiner Fähigkeit gestärkt werden muss, ihnen bei der Bewältigung der mit Drogen, Kriminalität und Terrorismus verbundenen Herausforderungen zu helfen. Die Ressourcen müssen allerdings mit den steigenden Erwartungen und Anforderungen Schritt halten. Bislang resultierten die zwischenstaatlichen Verpflichtungen nicht in einer höheren materiellen Unterstützung für den ordentlichen Haushalt des Büros. Es besteht eine zunehmende Diskrepanz zwischen den Mandaten und Aufgaben einerseits und den Ressourcen andererseits.

Die Aufgaben des Büros haben in den letzten fünf Jahren erheblich zugenommen, insbesondere mit der Verabschiedung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption und des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und seiner drei Zusatzprotokolle. Trotzdem sank der Anteil der aus dem ordentlichen Haushalt stammenden Mittel an dem



UNODC

Gesamthaushalt des UNODC absolut um 16 Prozent. Während er im Zweijahreszeitraum 2002-2003 noch 13,5 Prozent des Gesamtbetrags ausmachte, waren es im Zweijahreszeitraum 2006-2007 lediglich 11,3 Prozent. Dies reicht für die Unterstützung neuer Mandate und Projekte nicht aus. Das Büro benötigt für seine mandatsmäßige Kerntätigkeit eine stabile, berechenbare und ausreichende Finanzierungsgrundlage.

Im laufenden Zweijahreshaushalt wird das Büro zu etwa 89 Prozent aus freiwilligen Beiträgen finanziert; die restlichen Mittel stammen aus dem ordentlichen Haushalt. Seit 2002 sind die freiwilligen Beiträge um 70 Prozent gestiegen – ein eindrucksvoller Beleg für die Unterstützung durch individuelle Geber. Dabei handelt es sich jedoch hauptsächlich um zweckgebundene Beiträge, die nicht zwangsläufig den von den zwischenstaatlichen Organen vereinbarten Prioritäten entsprechen. Die Beiträge werden von den Staaten für konkrete Projekte entrichtet und können nicht zur Schließung der Lücken im ordentlichen Haushalt verwendet werden.

Die Bemühungen des Büros um **Alternative Entwicklung**, ein zentrales Element seines Drogenkontrollprogramms, erfordern ebenfalls beträchtliche Investitionen. 2006 erhielten höchstens 10 Prozent der hilfebedürftigen Bauern die nötige Unterstützung, um alternative Möglichkeiten für die Ernährung ihrer Familien zu finden. Dauerhafte Fortschritte bei der Eindämmung der Opium- und Kokainherstellung erfordern eine umfassende Entwicklungsstrategie, die eine Verbesserung des Verkehrswesens und der Infrastruktur, der Sicherheit, der Gesundheitsversorgung, der ländlichen Entwicklung, der Strafjustiz und der Bildung sowie eine gute Regierungsführung beinhaltet.

Das UNODC ist bestrebt, gegen Kriminalität und Terrorismus ebenso erfolgreich wie bei der Drogenkontrolle vorzugehen. Ein erhebliches Hindernis ist dabei jedoch der **Mangel an zuverlässigen Daten zu Kriminalitätstrends**. Die Drogenberichte, die das Büro auf der Grundlage von Anbaudaten und Daten zur Drogenabhängigkeit sowie Trendanalysen herausgibt, sind die maßgebliche Quelle für Regierungen, Experten, Medien und sogar Nachrichtendienste. Diese hochwertigen Fachkenntnisse fließen in kompetente wissenschaftliche Politikanalysen ein. Die relative Schwäche der Säule Kriminalität ist jedoch nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass nicht alle Mitgliedstaaten die notwendigen Daten vorlegen und die Ressourcen für die Verbrechenverhütung begrenzt sind.

Auf das Fehlen zuverlässiger Daten wies das Büro in seinem 2006 erschienenen ersten Bericht dieser Art *Trafficking in Persons: Global Patterns* (Menschenhandel: Weltweite Muster) hin. Auch für die Auseinandersetzung mit wichtigen Fragen wie der Korruption und der organisierten Kriminalität, wo nicht einmal klar ist, was gemessen werden soll und wie, sind weit aus bessere Daten erforderlich. Ein weiteres Problem ist das mangelhafte Meldeverhalten: Viele Länder überwachen diese Verbrechen nicht und liefern nicht die für wirksame multilaterale Maßnahmen erforderlichen Informationen. Dies hat zur Folge, dass die auf diesen Gebieten tätigen Einrichtungen in einem „Informationsnebel“ arbeiten und sich keine genaue Vorstellung von der Kriminalitätssituation auf der Welt verschaffen können.



Flüchtlinge

Hintergrund

Seit den Anfängen der Vereinten Nationen haben die Mitgliedstaaten die Organisation mit der Aufgabe beauftragt, die Rechte der schutzbedürftigsten Menschen der Welt – namentlich der Millionen und Abermillionen von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen auf jedem Kontinent der Erde – zu wahren und ihr Wohlergehen zu gewährleisten.

1950 schuf die Generalversammlung das **Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR)**, um bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe weltweit die Führung zu übernehmen. Im Jahr 2006 waren der Hohe Flüchtlingskommissar und seine 6.300 Mitarbeiter in 116 Ländern damit beauftragt, mehr als 20 Millionen Vertriebenen weltweit Schutz und materielle Hilfe zu gewähren und sich um dauerhafte Lösungen für sie zu bemühen. Diese Zahl spiegelt das wachsende Engagement des UNHCR in mit Konflikten zusammenhängenden Situationen der Binnenvertreibung wider.

Nach der rechtlichen Definition sind Flüchtlinge Personen, die sich aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung außerhalb ihres Landes befinden und die nicht in ihre Heimat zurückkehren können oder wollen. Als nichtpolitische

humanitäre Organisation verfolgt das UNHCR zwei grundlegende und eng miteinander verknüpfte Ziele: Flüchtlinge zu schützen und nach dauerhaften Lösungen zu suchen, die ihnen einen Neuanfang in einem normalen Lebensumfeld ermöglichen. In manchen Situationen, in denen eine Heimkehr für Flüchtlinge unmöglich ist, hilft ihnen das UNHCR dabei, sich entweder in dem Land zu integrieren, in dem sie zuerst um Asyl ersucht haben, oder sich in einem der etwa 15 Länder, die regelmäßig Flüchtlinge aufnehmen, auf Dauer neu anzusiedeln.

Der internationale Flüchtlingsschutz ist das Kernelement der Tätigkeit des Amtes. Konkret bedeutet dies den Versuch, die grundlegenden Menschenrechte der Flüchtlinge zu gewährleisten und sicherzustellen, dass niemand unfreiwillig in ein Land zurückgeschickt wird, in dem er Grund zu der Befürchtung haben muss, verfolgt zu werden. Ein solches Abschiebungsverfahren wird als „Refoulement“ bezeichnet. In diesem Zusammenhang fördert das UNHCR internationale Übereinkommen betreffend Flüchtlinge und überwacht die Einhaltung des Flüchtlingsvölkerrechts durch die Staaten. Das Amt arbeitet mit öffentlichen Behörden, der Zivilgesellschaft und den Flüchtlingsgemeinschaften selbst zusammen, um Schutz zu gewähren und die Gefahr von Gewalt, einschließlich sexueller Nötigung, so gering wie möglich zu halten.

Rechtsschutz bedeutet wenig, wenn nicht auch die grundlegenden materiellen Bedürfnisse eines



Menschen – namentlich Unterkunft, Nahrungsmittel, Wasser- und Sanitärversorgung sowie medizinische Betreuung – erfüllt sind. Das Amt koordiniert daher die Bereitstellung der entsprechenden Güter und Dienstleistungen und hat spezifische Projekte für Frauen, Kinder und ältere Menschen entworfen, die gewöhnlich 80 Prozent einer Flüchtlingsbevölkerung ausmachen. So bemühen sich beispielsweise das UNHCR und Partner wie das Welternährungsprogramm darum, die Beteiligung weiblicher Flüchtlinge am Management und an der Verteilung von Nahrungsmitteln und Versorgungsgütern sicherzustellen. Andere Projekte, die konkreten Schutzrisiken für bestimmte Gruppen Rechnung tragen, umfassen unter anderem die Bereitstellung von Rechtsberatung und -beistand, Berufsausbildung, einkommenschaffende Tätigkeiten und die Gewährleistung eines sicheren Zugangs zu Brennholz.

Das UNHCR arbeitet auf allen Ebenen seiner Tätigkeit in Partnerschaft mit Regierungen, regionalen, internationalen und nichtstaatlichen Organisationen sowie anderen VN-Organisationen. Im Geiste der „Einheit in der Aktion“ hat sich das UNHCR im vergangenen Jahr an den laufenden Erörterungen über die VN-Reforminitiativen in vielen Bereichen beteiligt

und dazu beigetragen sowie im Rahmen des interinstitutionellen „Schwerpunktgruppen-Ansatzes“ aktiv als zuverlässiger und stark engagierter Durchführungspartner mit weitreichender und eingehender Erfahrung im Feld mitgewirkt.

Vor der Einrichtung des UNHCR existierte bereits das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), dessen Mission darin besteht, die menschliche Entwicklung, die Eigenständigkeit und das Wohl derjenigen zu fördern, die während des Konflikts von 1948 und danach aus ihrer Heimat in dem unter britischem Mandat stehenden Palästina flohen und dadurch ihre Häuser und Wohnungen wie auch ihre Existenzgrundlage verloren. Mehr als 4,3 Millionen Palästinaflüchtlinge waren 2006 beim Hilfswerk gemeldet und somit berechtigt, seine Gesundheits-, Bildungs- und sonstigen Dienste, einschließlich Sozial- und humanitärer Nothilfe, in Anspruch zu nehmen. Das Hilfswerk ist im Gazastreifen, in Jordanien, Libanon, Syrien und im Westjordanland einschließlich Ost-Jeruselems tätig.

Das UNRWA beschäftigt rund 27.000 Mitarbeiter, zumeist Palästinaflüchtlinge, und leistet seine Dienste – im Gegensatz zu den meisten VN-Organisationen – zum unmittelbaren Nutzen der Empfänger. 2006 waren 500.000 Kinder in seinen 663 Schulen eingeschrieben, etwa 9 Millionen Patienten suchten seine 127 Ambulanzstationen auf, und 105 Gemeinschaftszentren für Frauen wurden von ihm betrieben oder unterstützt. Mit seinen Diensten hat es im Laufe der Jahrzehnte dazu beigetragen, dass sowohl der Bildungsstand als auch der Gesundheitszustand der Flüchtlinge zu den besten im Nahen Osten gehören.

Im Gegensatz zum UNHCR, dessen Mandat auf den Schutz von Flüchtlingen und die Suche nach Lösungen zur Überwindung ihrer Not gerichtet ist, hat das UNRWA primär die Aufgabe, die Palästinaflüchtlinge so lange mit grundlegenden Diensten zu versorgen, bis ihr Problem im Rahmen einer endgültigen politischen Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts gelöst wird. Mit seinen Kernprogrammen und regelmäßigen Interventionen bei staatlichen Behörden bietet das UNRWA den Palästinaflüchtlingen ebenfalls ein gewisses Maß an Schutz.

Schlaglichter

UNHCR

2006 war das UNHCR vielen Flüchtlingen dabei behilflich, Lösungen zur Überwindung ihrer Notlage zu finden. Das Ende der Bürgerkriege in **Angola** und **Liberia** in den letzten Jahren ermöglichte die Durchführung groß angelegter Repatriierungsmaßnahmen in beiden Ländern. Im Rahmen der inzwischen beendeten Repatriierungsmaßnahmen für Angola kehrten etwa 400.000 Flüchtlinge über einen Zeitraum von fünf Jahren hinweg in ihr Land zurück. Die Maßnahmen in Liberia haben die geordnete Rückkehr von 90.000 Flüchtlingen seit Oktober 2004 bewirkt und außerdem die spontane Rückkehr von weiteren 200.000 Flüchtlingen unterstützt. Im Rahmen der größten Repatriierungsoperation, die das UNHCR bislang organisiert hat, sind seit 2002 über 4,8 Millionen **Afghanen** zumeist aus **Pakistan** und der **Islami-schen Republik Iran** in ihre Heimat zurückgekehrt.

Andere Situationen sind jedoch nach wie vor politisch komplex, was den Repatriierungsprozess verlangsamt. Beispielsweise war das UNHCR 2006 fast 26.000 Flüchtlingen bei der Rückkehr nach **Südsudan** behilflich, aber der Einsatz wurde durch die instabile Sicherheitslage und den Mangel an Infrastruktur und grundlegenden Einrichtungen wie Schulen und Krankenstationen vor eine schwere Herausforderung gestellt.

Zu den Zielen des UNHCR im Bereich des Flüchtlingsschutzes gehören die Herbeiführung einer ausgewogeneren Lasten- und Aufgabenteilung zwischen allen von Bevölkerungsvertreibungen betroffenen Parteien und der Aufbau der Kapazitäten der Regierungen und der Zivilgesellschaft zur Aufnahme und zum Schutz von Flüchtlingen. Ein Beispiel für Fortschritte auf diesem Gebiet im Jahr 2006 war die Registrierung von Asylsuchenden aus **Irak**. Das UNHCR setzte sich für eine faire Verteilung der Bemühungen ein, und zwar nicht nur zwischen den Regierungsbehörden in den Nachbarländern Iraks, sondern auch zwischen anderen Ländern, die Finanzmittel, Fachkenntnisse und Orte für die Neuansiedlung bereitstellen. Diese vereinten Bemühungen umfassen die Registrierung irakischer Asylsuchender, die Bereitstellung von Dokumenten, die in Asylländern für die Gewährung ei-

ner legalen Aufenthaltserlaubnis anerkannt werden, die Erweiterung des Zugangs zu Rechten und Dienstleistungen wie medizinische Versorgung, Bildung und humanitäre Hilfe sowie die Neuansiedlung der am meisten gefährdeten Personen.

Zu den komplexesten Herausforderungen auf dem Gebiet des Flüchtlingsschutzes zählen Situationen, in denen sich bewaffnete Elemente unter die eintreffenden Flüchtlinge mischen, um in Asylländer einzudringen. Dies ist zum Beispiel im östlichen **Tschad** ein schwerwiegendes Problem, wo ethnische Gewalt aus dem benachbarten Sudan übergegriffen und die Fähigkeit der staatlichen Sicherheitskräfte, mehrere Hunderttausend tschadischer Binnenvertriebenen und sudanesischer Flüchtlinge zu schützen, in erheblichem Maße strapaziert hat. Durch die Kämpfe wurde der Zugang der humanitären Organisationen zu den Lagern und den vielen Binnenvertriebenen, die über die umliegenden Dörfer verstreut sind, eingeschränkt. Der zivile Charakter einiger Lager wurde untergraben, als sich herausstellte, dass Rebellen Flüchtlinge als Kämpfer für ihre Sache rekrutierten. Im September 2006 gab das UNHCR die Operativen Leitlinien zur Wahrung des zivilen und humanitären Charakters des Asyls heraus, die eine praktische Anleitung für die Ermittlung, Aussonderung und Internierung bewaffneter Elemente in derartigen Situationen geben.

Sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt stellt für viele Flüchtlinge und Binnenvertriebene ebenfalls eine Bedrohung dar, vor allem in Anbetracht dessen, dass sich Lager oft an abgelegenen Orten befinden, wo die staatlichen Mechanismen und die Rechtsstaatlichkeit schwach sind. In **Kenia**, wo im Jahr 2006 der Verhütung und Bekämpfung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt besondere Aufmerksamkeit galt, ist die Zahl der Angriffe auf Frauen und Kinder, die Holz sammeln gehen, auf Grund einer besseren Polizeiarbeit und der Verteilung von Brennholz zurückgegangen. Das UNHCR hat alle seine Landesbüros angewiesen, Standardverfahren zur Verhütung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt und zum Umgang damit festzulegen. Eine 2006 vom Exekutivausschuss verabschiedete Schlussfolgerung betreffend gefährdete Frauen und Mädchen bot ebenfalls einen Rahmen für das UNHCR, Regierungen und andere Akteure, gemeinschaftlich die besonderen Risiken der Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Situationen der Vertreibung aufzuzeigen und wirksamer dagegen vorzugehen.

UNRWA

In dem energischen Bestreben, das Bildungswesen für nahezu 200.000 **jugendliche Palästinaflüchtlinge** zu sanieren, leitete das UNRWA im September 2006 die Initiative „Schools of Excellence“ ein. Angesichts der Verschärfung des Konflikts im Jahr 2006 und der Verschlimmerung der humanitären Krise sind die beträchtlichen Bildungserfolge der vergangenen Jahre in Gefahr geraten, und die akademischen Maßstäbe sind sowohl in den UNRWA-Schulen als auch in den Schulen der Palästinensischen Behörde gesunken. Mit der Initiative des UNRWA soll die Vermittlung von Lehrstoff gestärkt werden, indem Förderlehrkräfte eingesetzt werden, Lese- und Schreibunfähigkeit ermittelt und der Unterricht besser geplant wird sowie indem leistungsschwache Schüler Schuljahre wiederholen. Ende 2006 war das UNRWA bereit, die Initiative in 31 Schulen als Pilotprojekt einzuleiten. Die Durchführung war für Anfang 2007 geplant.

Die Krise in **Libanon** (auf die in den Kapiteln „Weltfrieden und internationale Sicherheit“ und „Humanitäre Hilfe“ ausführlicher eingegangen wird) stellte das UNRWA vor enorme und unerwartete Herausforderungen. Dennoch konnte das Hilfswerk seine normalen Dienstleistungen ohne größere Unterbrechung weiter erbringen und Tausenden von Bedürftigen Nothilfe und Unterkünfte zur Verfügung stellen. Im besetzten palästinensischen Gebiet leistete es Nahrungsmittel-Nothilfe für mehr als eine Million Palästinenser und beschaffte für 50.000 arbeitslose Flüchtlinge mehr als drei Millionen Arbeitstage und unterstützte so weitere 300.000 bis 400.000 Menschen. Des Weiteren leistete das UNRWA Barunterstützung für verarmte Flüchtlingsfamilien, finanzierte den Wiederaufbau von Wohnungen, die von den Israelischen Verteidigungskräften zerstört worden waren, und brachte den durch die Barriere im Westjordanland abgeschnittenen Gemeinschaften über mobile Krankenstationen medizinische Versorgung. Im Gazastreifen trug die Unterstützung der dortigen Stadtverwaltungen dazu bei, grundlegende öffentliche Dienste aufrechtzuerhalten.

Tätigkeitsanalyse

UNHCR

Eine der größten Herausforderungen für das UNHCR im Jahr 2006 bestand darin, zu einem zuverlässigen und voll engagierten Partner im Rahmen des neuen interinstitutionellen Ansatzes zur Bewältigung von Situationen der Binnenvertreibung zu werden. Die Vereinten Nationen haben die Koordinierung der entsprechenden Tätigkeiten zunehmend verbessert, indem sie „Schwerpunktgruppen“ organisiert haben, die aus VN- und Partnerorganisationen bestehen, in der Regel unter der Federführung einer Organisation stehen und sich auf bestimmte Bereiche konzentrieren, in denen ein akuter Bedarf oder gravierende Defizite festgestellt wurden, beispielsweise im Bereich der Notfall-Telekommunikation oder der Wasser- und Sanitärversorgung. (Mehr Informationen über den „Schwerpunktgruppen-Ansatz“ finden sich im Kapitel „Humanitäre Hilfe“.) Das UNHCR hat die Verantwortung für die Führung von Schwerpunktgruppen in Fragen des Schutzes, der Versorgung mit Notunterkünften und der Koordinierung und Verwaltung der Lager in konfliktbedingten Situationen der Binnenvertreibung übernommen.

Im Laufe des Jahres 2006 wurde deutlich, dass das operative Umfeld bei der Arbeit mit Binnenvertriebenen völlig anders ist als bei den meisten Flüchtlingseinsätzen. Sicherheit ist ein vorrangiges Anliegen, denn Binnenvertriebene sind häufig in den Randzonen eines Konflikts gefangen oder fliehen dorthin. Dies stellt ein erhebliches operatives Problem dar und erfordert ein erhöhtes Maß an Wachsamkeit sowie klar definierte Sicherheitskontrollen. In Tschad zum Beispiel, wo die Zahl der Binnenvertriebenen von 30.000 auf 120.000 gestiegen ist, hemmen der eingeschränkte Zugang humanitärer Organisationen und die Sicherheitsmängel nach wie vor in beträchtlichem Maße die Bemühungen des UNHCR, Schutz und Hilfe zu gewähren.

Das UNHCR trägt zur verstärkten Durchführung der Flüchtlingskonvention von 1951 und des Protokolls



VN-Foto/129576

von 1967 unter anderem dadurch, dass es den Staaten technische Unterstützung bei der Feststellung des Flüchtlingsstatus gewährt. 2006 wurden Experten zu UNHCR-Feldbüros und Regierungen in 12 Ländern entsandt, um bei der Bearbeitung von Asylanträgen in Notsituationen behilflich zu sein und Unterstützung und sachverständigen Rat bei der Ausarbeitung und Anwendung von Verfahren zur Feststellung des Flüchtlingsstatus zu leisten.

Im Laufe des Jahres 2006 breitete sich das Phänomen der „gemischten Ströme“ von Migranten und Flüchtlingen weiter aus. Dabei setzen sich die Menschenströme zum größten Teil aus Migranten zusammen, umfassen aber auch einige Menschen, die internationalen Schutzes bedürfen, wie Flüchtlinge, Opfer von Menschenhandel und unbegleitete Minderjährige. In Anerkennung der Probleme, vor die sich viele Regierungen durch diese Ströme gestellt sehen, brachte das UNHCR 2006 einen Zehn-Punkte-Aktionsplan auf den Weg, mit dem sichergestellt werden soll, dass Maßnahmen zur Eindämmung irregulärer Migration Flüchtlinge nicht daran hindern, den internationalen Schutz zu erhalten, den sie benötigen und auf den sie Anspruch haben. Der Plan ist eine Empfehlung zu einem umfassenden und gemeinschaftlichen Vorgehen der Herkunfts-, Transit- und Zielländer sowie der internationalen und der nichtstaatlichen Organisationen.

Bei der Tätigkeit des UNHCR kommt es darauf an, Experten und Hilfsgüter **rasch, flexibel und effizient** an jeden Ort der Welt zu entsenden, an dem eine Notsituation herrscht. Das Amt hat sich zwar

zum Ziel gesetzt, jederzeit für einen Exodus von 500.000 Menschen gerüstet zu sein, doch konnten im Jahr 2006 auf Grund finanzieller Engpässe nicht genügend Hilfsgüter an günstigen Standorten gelagert werden. 98 Prozent des Jahreshaushalts des UNHCR werden aus freiwilligen Beiträgen finanziert. Angesichts der fortdauernden Unterfinanzierung der vom Exekutivausschuss gebilligten Programmhäushalte legen die Mitgliedstaaten dem UNHCR nahe, seinen Geberkreis auszuweiten.

Anfang 2006 leitete der Hohe Flüchtlingskommissar einen Struktur- und Managementwandel ein, um einigen Trends gerecht zu werden, namentlich dem Anstieg der Fixkosten und dem Rückgang des Anteils der Ressourcen, die unmittelbar an Flüchtlinge und andere Personen unter der Obhut des Amtes gehen. Zu den erwarteten Ergebnissen gehören eine größere Anpassungsfähigkeit und Kalkulierbarkeit in einem sich wandelnden operativen und institutionellen Umfeld, eine höhere operative Effizienz, eine schlankere Zentrale mit potenzieller Auslagerung einiger Verwaltungs- und Unterstützungsdienste an einen kostengünstigeren Standort und eine Umschichtung von Ressourcen zur Maximierung der grundlegenden zu erbringenden Schutz- und Hilfeleistungen. Die Mitgliedstaaten des Exekutivausschusses haben ihre Unterstützung für den Prozess des Struktur- und Managementwandels signalisiert, und das Amt durchläuft derzeit eine schwierige organisatorische Reform mit dem Ziel, für die Millionen schutzbedürftiger Menschen, die heute auf das UNHCR angewiesen sind, qualitativ und quantitativ bessere Dienste zu erbringen.

UNRWA

Der Krieg in Libanon im Juli und August gehörte zu den schwersten Herausforderungen des UNRWA. Auf Grund der Kämpfe musste seine Initiative zur Verbesserung der schlechten Lebensqualität in den 12 Lagergebieten, in denen etwa 215.000 Flüchtlinge leben, vorübergehend eingestellt werden. Zwar konnte das Hilfswerk im späteren Verlauf des Jahres verschiedene Projekte wieder aufnehmen, aber die festgefahrene innenpolitische Lage, der sich die Regierung Libanons, deren Unterstützung unerlässlich war, gegenüber sah, verdeutlichte das schwierige Umfeld dieser Initiative. Die von der Regierung seit langem verhängten Einschränkungen der Beschäftigung von Palästinaflüchtlingen in Libanon trugen zum hohen Stand

der Arbeitslosigkeit und der Armut bei und erhöhten folglich den Druck auf das UNRWA, den Bedürfnissen dieser Menschen zu entsprechen. Das UNRWA begrüßte zwar den Beschluss der Regierung, 2006 die meisten Einschränkungen aufzuheben, sah aber keine Anzeichen dafür, dass sich daraus konkrete und baldige Verbesserungen des niedrigen Lebensstandards der Flüchtlinge ergeben würden.

Im Laufe des Jahres 2006 wurde die reguläre Tätigkeit des Hilfswerks durch die Verschärfung des Konflikts im besetzten palästinensischen Gebiet behindert. Ein von der Regierung Israels über die Palästinenser verhängtes, nahezu vollständiges Ein- und Ausreiseverbot für Gaza hatte gravierende negative Folgen. Zuweilen saßen Ortskräfte wochenlang außerhalb des Gebiets fest und konnten weder nach Hause noch zur Arbeit gehen. Internationale VN-Bedienstete, die in Gaza arbeiten und Inhaber eines israelischen Dienstvisums sind, hatten ebenfalls große Schwierigkeiten, nach Israel einzureisen. Im Westjordanland hatte eine beträchtliche Anzahl von Ortskräften auf Grund ähnlicher Einschränkungen der Bewegungsfreiheit durch Israel Schwierigkeiten, zum Hauptfeldbüro des UNRWA in Jerusalem zu gelangen. Infolge der verschiedenen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit entstanden dem UNRWA 2006 Mehrkosten von annähernd 1,75 Millionen Dollar.

Unzureichende Mittel untergruben 2006 auch die Fähigkeit des UNRWA, den Bedürfnissen der Flüchtlinge zu entsprechen. Die Geberbeiträge zum Kernhaushalt des UNRWA in Höhe von 470,9 Millionen Dollar gingen im Vergleich zum Vorjahr zurück. Im Verhält-

nis dazu fiel die Reaktion auf den Nothilfeappell für das besetzte palästinensische Gebiet zwar besser aus, aber zur Deckung des Mittelbedarfs des Hilfswerks fehlten dennoch mehr als 25 Millionen Dollar.

2006 leitete das UNRWA eine umfassende Managementreform-Initiative ein, um seine Fähigkeit, Dienste zu erbringen, zu stärken. Zu den Schwerpunktbereichen gehören Humanressourcen und Programmmanagement, organisatorische Abläufe und verstärkte Konsultationen mit den Interessenträgern bei der Ausarbeitung strategischer Prioritäten. Außerdem prüft das Hilfswerk derzeit, wie sich am besten ein kohärenter Ansatz bei der Programmierung, insbesondere in sektorübergreifenden Bereichen wie der psychosozialen Unterstützung der Flüchtlinge, und der Sanierung von Wohnraum und Infrastruktur in den offiziellen Lagergebieten erzielen lässt.

Im Zuge des Reformprozesses des Hilfswerks ist die Notwendigkeit deutlich geworden, die Zahl der Ortskräfte und der internationalen Bediensteten beträchtlich zu erhöhen – eine Voraussetzung für Effizienzsteigerungen und eine höhere Qualität der geleisteten Dienste. Wegen jahrzehntelanger Unterfinanzierung und damit einhergehender Sparmaßnahmen ist das Hilfswerk außerstande, neue Aufgaben zu übernehmen. Im Rahmen seiner Anstrengungen zur Mobilisierung der für die umfassenden Reformen benötigten Gelder erarbeitet das UNRWA derzeit Mittel und Wege, um die Bedürfnisse der Flüchtlinge, die Auswirkungen, die die Unterfinanzierung auf sie hat, und die Mängel bei seinen Programmtätigkeiten überzeugender zu artikulieren.



Organisatorische Unterstützung

In den vorangegangenen Kapiteln, die die neun strategischen Programmprioritäten des Sekretariats widerspiegeln, wird beschrieben, inwieweit die jeweiligen Mandate erfüllt wurden. Dieses Kapitel hingegen behandelt die Arbeit, die verschiedene Hauptabteilungen zur Unterstützung der im restlichen Teil des Tätigkeitsberichts ausführlich dargestellten Sachaktivitäten leisten. Dazu gehören Konferenzdienste, Öffentlichkeitsarbeit und Personalmanagement, Gebäudemanagement, Unterstützung im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Sicherheit und Finanzkontrolle. Alle diese Bereiche tragen dazu bei, dass das Sekretariat seine täglichen Aufgaben effizient und wirksam wahrnehmen kann.

Generalversammlung und Konferenzmanagement

Die Hauptabteilung Generalversammlung und Konferenzmanagement (DGACM) liefert das Instrumentarium für alle Sitzungen, die für die zwischenstaatlichen Prozesse zwischen den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen unerlässlich sind, betreut diese Sitzungen und erstellt die notwendige Dokumentation in den sechs Amtssprachen der Vereinten Nationen. Die Hauptabteilung erbringt außerdem die von den zwischenstaatli-

chen Organen benötigten technischen Sekretariatsdienste und das gesamte Spektrum von Konferenzdiensten. Ihr obliegt die Aufstellung des Entwurfs des zweijährlichen Konferenz- und Sitzungskalenders der Vereinten Nationen und seine Vorlage an den Konferenzausschuss, der ihn überprüft und der Generalversammlung eine entsprechende Empfehlung unterbreitet.

Schlaglichter

2006 war für die Hauptabteilung Generalversammlung und Konferenzmanagement ein äußerst wichtiges Jahr. Bei dem Projekt zum **integrierten globalen Management** der Konferenzdienste wurden solide Fortschritte erzielt. Nach den Berichten der im Rahmen dieses Projekts eingesetzten Arbeitsgruppen wurden in Gemeinschaftsarbeit zwischen vier Dienstorten (New York, Genf, Wien, Nairobi) übergreifende Konzepte für Verwaltungsvorschriften, -praktiken und -verfahren festgelegt und standardisiert, wodurch sich die Beziehungen zwischen den Dienstorten enger denn je gestalteten. Die Hauptabteilung übernahm diesen kooperativen Ansatz und erzielte damit greifbare Ergebnisse.

Auf ihrer jährlichen Koordinierungstagung der Konferenzmanager im Juni 2006 traf die Hauptab-

teilung Vereinbarungen in zentralen Bereichen ihrer Arbeit – insbesondere **proaktive Dokumentenverwaltung, Kapazitätsberechnungen, eine gemeinsame Terminologiedatenbank für die Sprachendienste und computergestützte Übersetzung**. Die Harmonisierung und Standardisierung der wichtigsten Konferenzbetreuungsaktivitäten an den vier Dienstorten wird der Einheitlichkeit der Berichterstattung an die Mitgliedstaaten förderlich sein und den Vergleich aller Aktivitäten vereinfachen. Sie wird auch zur Straffung der Konferenzbetreuungsaktivitäten beitragen, was seinerseits zu einer besseren Aufteilung der Ressourcen und des Arbeitsanfalls führen wird.

Darüber hinaus rief die Hauptabteilung 2006 eine **globale Initiative für Informationstechnologie** ins Leben. Externe Berater wurden mit einer umfassenden Überprüfung der Geschäftsabläufe und der IT-Anwendungen beauftragt. Ziel des Projekts war die Straffung der Abläufe und die bessere Integration aller vier Dienstorte. An dem Projekt wirkten Bedienstete aller vier Dienstorte über einen Zeitraum von mehreren Monaten hinweg aktiv mit. Während zuvor jeder Dienstort eigene IT-Anwendungen entwickelt hatte, wurde im Rahmen der Initiative nun vereinbart, bei größeren Anwendungen Entscheidungen über das beste weitere Vorgehen von nun an gemeinsam zu treffen.

Nach Abschluss der Studie und umfassenden Konsultationen, die auch ein zweitägiges Arbeitsseminar beinhalteten, einigten sich die vier Dienstorte auf die Umsetzung der vier Hauptempfehlungen. Die Hauptabteilung setzte einen IT-Beirat ein, an dem Koordinierungsbeauftragte für IT und für Programmaktivitäten aller vier Dienstorte mitwirken.

Die Hauptabteilung setzte die Überprüfung ihrer derzeitigen Verfahren im Bereich **Sitzungsmanagement** fort, um die für die Sitzungen der Regionalgruppen bereitgestellten Dienste möglichst weitgehend zu verbessern. Die Nachfrage von Mitgliedstaaten nach derartigen Sitzungen war gestiegen, und dank einer sorgfältigen und koordinierten Planung konnte die Hauptabteilung die Sitzungen in den meisten Fällen betreuen.

Auch bei der besseren Auslastung der Konferenzbetreuungsressourcen machte die Hauptabteilung Fortschritte. An allen vier Dienstorten wurde das elektronische Sitzungsmanagementsystem (e-Meets) eingeführt, das die Beantragung von Sitzungsbetreu-

ung, die Genehmigung der Anträge und die Verbreitung von Informationen erheblich erleichtert.

Der Beigeordnete Generalsekretär stattete dem Büro der Vereinten Nationen in Nairobi und der Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) einen Besuch ab, um die beunruhigend niedrige Auslastungsquote beider Tagungsorte zu erörtern. Das Büro und die ECA verstärkten ihre Zusammenarbeit, um Konferenzdienstleistern den Austausch bewährter Praktiken zu ermöglichen. Ein konkretes Beispiel für diese Zusammenarbeit ist die Einführung von e-Meets bei der ECA, womit der Einsatz eines bestehenden Systems kostenwirksam ausgeweitet werden konnte.

Die Effizienz der Dokumentenverwaltung stieg durch eine genaue Vorausplanung mittels eines Terminsystems für die Vorlage von Dokumenten und durch die Verbesserung der Kapazitätsplanung mittels eines Systems zur Steuerung von Ausnahme genehmigungen für die Höchstseitenzahl. In Bezug auf das anhaltende Problem der verspäteten Herausgabe von Dokumenten verfolgte die Hauptabteilung einen proaktiven Ansatz. Daneben trug auch die Einführung elektronischer Ablaufplanungssysteme und der Technologie für Drucken bei Bedarf in der Sektion Veröffentlichungen zur fristgerechteren Herausgabe von Dokumenten bei.

Tätigkeitsanalyse

Im Hinblick auf die fristgerechte Vorlage von Dokumenten wurden stetige Verbesserungen erzielt. Zuweilen ist die Hauptabteilung jedoch mit Faktoren konfrontiert, die sich der Kontrolle des Sekretariats entziehen und die zur verspäteten Vorlage von Dokumenten führen können. So werden einige Mandate, mit denen eine Berichterstattung verbunden ist, zu knapp vor der Sitzung erteilt, auf der der Bericht vorzulegen ist. Um dem entgegenzuwirken, unterzog sich die Hauptabteilung mit Unterstützung durch das AIAD und unter Beteiligung der Urheberabteilungen einer Selbstevaluierung und integrierte die Mehrzahl der Empfehlungen in ihre Verfahren und internen Analysen für die Erreichung ihrer Ziele.

Die Hauptabteilung setzte ihre Initiativen zur Unterstützung der Urheberabteilungen bei der Abfassung von Dokumenten fort. Sie gab überarbeitete Redaktionsrichtlinien heraus, in denen die Urheber angelei-



Issek/Frédéric Fath

tet werden, Dokumente in einer für die Bearbeitung mit dem elektronischen Dokumentenmanagementsystem optimalen Form zu erstellen. Sie sorgte dafür, dass das Redaktionshandbuch der Vereinten Nationen online breiteren Kreisen zugänglich und bekannt gemacht wurde.

Die Bemühungen um ein effizienteres Arbeiten trugen Früchte. So werden die Kurzprotokolle der Generalversammlung nun innerhalb von drei Monaten nach Abschluss der Sitzungen herausgegeben, und die Hauptabteilung konnte 2006 Rückstände abbauen, die bis 2003 zurückreichten. Es werden jährliche Erhebungen durchgeführt, und die Delegationen nehmen an zweimal jährlich stattfindenden Informationssitzungen über die Qualität der erbrachten Sprachdienste teil.

Die bevorstehenden Pensionierungen von Bediensteten stellen eine große Herausforderung für die Hauptabteilung dar, wobei die Lage in den Sprachdiensten besonders akut ist. Die Hauptabteilung hielt Sitzungen mit Kollegen des Bereichs Personalmanagement ab, um die Strategie für die Planung und Terminierung von Sprachprüfungen zur Auffüllung der jeweiligen Reservelisten zu erörtern, und leitete ein Programm zur Kontaktarbeit mit Universitäten ein.

In Bezug auf die Fristeinhaltung und die Kostenwirksamkeit wurden Verbesserungen erzielt, wofür der stetige Anstieg der Zahl der fristgerecht herausgegebenen Dokumente im Jahresverlauf 2006 und die

Wahrung einer soliden Haushaltslage in der Hauptabteilung ein Ausdruck sind. Die Steigerung der Produktivität aus gesamtsystemischer Perspektive bleibt ein kontinuierlicher Prozess. Die Verbesserung der Qualität hat für die Hauptabteilung nach wie vor einen hohen Stellenwert.

Die Hauptabteilung vollzog erfolgreich den Wandel vom reaktiven zum proaktiven Konferenzmanagement. Der Vorausplanung kam im Hinblick auf die fristgerechte Vorlage und Herausgabe von Dokumenten eine immer wichtigere Rolle zu. Es wurden gemeinsame Konzepte für Verwaltungsvorschriften, -praktiken und -verfahren festgelegt und standardisiert.

Sicherheit

Die unverzichtbare Aufgabe, in einem zunehmend brisanten Umfeld für die Sicherheit der Bediensteten der Vereinten Nationen zu sorgen, obliegt der **Hauptabteilung Sicherheit** (DSS). Den Schwerpunkt der täglichen Arbeit der DSS bilden die Durchführung wirksamer Sicherheitsmaßnahmen an 150 Diensten weltweit und die Integration des gesamten zivilen Sicherheitspersonals, einschließlich des Sicherheitspersonals der Friedenssicherungsmissionen, im System für das Sicherheitsmanagement der Vereinten Nationen (UNSMS).

Bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortlichkeiten arbeitet die DSS Seite an Seite mit allen in Betracht kommenden Hauptabteilungen des Sekretariats, insbesondere mit der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze (DPKO), mit der sie die zivilen Sicherheitskomponenten der Feldeinsätze koordiniert. Die DSS bildet auch einen festen Bestandteil des Interinstitutionellen Netzwerks für Sicherheitsmanagement, das vom Koordinierungsrat der Leiter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen geschaffen wurde, um die Ausarbeitung der Politiken, Verfahren und Praktiken des Systems für das Sicherheitsmanagement der Vereinten Nationen zu beaufsichtigen. Das Interinstitutionelle Netzwerk gibt Empfehlungen an den Hochrangigen Ausschuss für Managementfragen des Rates der Leiter ab, der diese Empfehlungen prüft und entweder einen Beschluss darüber fasst oder dem Rat empfiehlt, wie sie umgesetzt werden sollen.

Schlaglichter

2006 wurde der **Rechenschaftsrahmen im System für das Sicherheitsmanagement der Vereinten Nationen** der Generalversammlung zur Genehmigung empfohlen. Er integriert alle im System für das Sicherheitsmanagement erfassten Personen ungeachtet ihrer Funktion oder ihres Dienstortes in einem einzigen Netzwerk, das das gesamte Personal einschließlich des Generalsekretärs erfasst. Damit wird der Botschaft Nachdruck verliehen, dass Sicherheit jeden Einzelnen im VN-System angeht.

Ferner erhöhte die Hauptabteilung 2006 ihre Kapazitäten für die Bewältigung von Notsituationen, indem sie eine Bestandsaufnahme der gewonnenen Erkenntnisse sowie bauliche und technologische Investitionen durchführte, um ihrem Personal den Umgang mit komplexen Sicherheitssituationen über längere Zeiträume hinweg zu ermöglichen. Außerdem richtete die Hauptabteilung verstärkt Sicherheitsmitteilungen an alle Bediensteten des VN-Systems, entwickelte einen einvernehmlichen Rechenschaftsrahmen und intensivierte die Ausbildung des Sicherheitspersonals. Die **Hauptabteilungs-Gruppe Posttraumatische Stressbewältigung** wurde allseits gelobt.

2006 war die DSS durchweg bestrebt, unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer und geografischer Gesichtspunkte qualifizierte Mitarbeiter zu rekrutieren. Zum Jahresende erreichte die Stellenbe-

setzungsquote 86 Prozent, wobei am Amtssitz 90 Prozent, an den Feld-Dienstorten 78 Prozent der Stellen besetzt waren.

Tätigkeitsanalyse

Auch wenn die DSS 2006 gute Fortschritte erzielte, bestand das Haupthindernis für die Verwirklichung eines kohärenteren und zuverlässigeren Krisenmanagementsystems in dem Mangel an ausreichenden Ressourcen. Die Rekrutierungszahlen lassen erhebliche Schwierigkeiten bei der Ermittlung und Gewinnung entsprechend qualifizierter Bewerber aus nicht repräsentierten und unterrepräsentierten Ländern erkennen. Daher werden die Mitgliedstaaten ermutigt, Initiativen wie die Kontaktaufnahme zu Verbänden ehemaliger Militär- und Polizeiangehöriger zu unterstützen.

Konkret hat die DSS ihre Ziele in Bezug auf die durchgängige Integration der Planungs- und Haushaltsprozesse, die stärkere Bekanntmachung von Vorschriften und Verfahren durch Veröffentlichungen und umfassende Schulungen sowie die Verbesserung der Erfüllung der Mindestnormen der operationellen Sicherheit verwirklicht. Die für die Erfüllung dieser Mindestnormen zuständige Gruppe ist seit 2006 voll einsatzfähig.

Auf strategischer Ebene verändert die DSS das Sicherheitskonzept der VN von einem weitgehend präventiv orientierten zu einem, das **Einsätze im Feld fördert**, indem Führungskräfte und Sicherheitsberater ermutigt werden, gemeinsam innovative Maßnahmen für das **Risikomanagement** auszuarbeiten und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass der Sicherheit und dem Wohl der Bediensteten hohe Priorität beigemessen wird.

Presse und Information

Die Hauptabteilung Presse und Information (DPI) trägt zur Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen bei, indem sie auf strategische Weise über die Tätigkeiten und Anliegen der Vereinten Nationen informiert, um eine möglichst große Öffentlichkeitswirkung zu erzielen. Zu diesem Zweck verfolgt die DPI eine stärkere Kundenorientierung, indem sie die Arbeitsbeziehungen zu den Fachabteilungen des Sekreta-



Hauptabteilung Sicherheit

riats und des Systems der Vereinten Nationen ausbaut. Unter Einsatz der modernsten Informations- und Kommunikationstechnologien erarbeitet die Hauptabteilung Kommunikationskampagnen zur raschen und direkten weltweiten Verbreitung von Informationen. Sie wendet sich an globale Zielgruppen, insbesondere an Meinungsbildner und junge Menschen, und arbeitet kontinuierlich an der Ausweitung ihrer Partnerschaften mit den Organisationen der Zivilgesellschaft.

Schlaglichter

Im September 2006 führte die Hauptabteilung eine erfolgreiche Kommunikationskampagne für den **Dialog der Generalversammlung auf hoher Ebene über Migration** durch. In Zusammenarbeit mit dem Büro des Präsidenten der Generalversammlung, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Migration und Entwicklung und der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten erstellte sie eine zehnteilige Pressemappe mit neuen Statistiken und Politikanalysen des Sekretariats zum Thema internationale Migration. Eine Analyse der Medienberichterstattung ergab, dass die von der DPI formulierten Kernaussagen zur Rolle der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Migration in 90 Prozent der analysierten Artikel aufgegriffen wurden.

Auf Ersuchen des Büros für die Millenniumskampagne des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen war die DPI bei der Planung und Koordinierung einer globalen Kampagne zur Förderung der Millenniums-Entwicklungsziele behilflich. Eine im Rahmen der Kampagne durchgeführte Aktion konnte am 15. und 16. Oktober über 24 Stunden hinweg weltweit über 23 Millionen Menschen zum „**Aufstehen gegen Armut**“ mobilisieren. Diese Veranstaltung ging als die größte ihrer Art ins Guinness-Buch der Rekorde ein. Dem Informationszentrum der Vereinten Nationen kam eine zentrale Rolle dabei zu, in Schulen, bei Fußball- und Kricketspielen, bei Kundgebungen und in anderen öffentlichen Foren Teilnehmer zu mobilisieren, die während der Aktion ein Bekenntnis gegen die Armut abgaben.

Die Nutzung des **Internets als einer erweiterten Plattform** für die Verbreitung von Informationen erbrachte dynamische Ergebnisse sowohl hinsichtlich der erreichten Zielgruppen als auch der abgedeckten

Inhalte. Die Zahl der potenziellen wöchentlichen Hörer von Radio Vereinte Nationen verdoppelte sich innerhalb von zwei Jahren auf schätzungsweise 300 Millionen. In Zusammenarbeit mit den VN-Organisationen und den Friedenssicherungseinsätzen auf der ganzen Welt konnte die DPI ihr Angebot an Videonachrichten ausbauen und übertrug per Satellit an sechs Tagen in der Woche Videomaterial an weltweit etwa 600 Rundfunkanstalten.

Zu den Innovationen des Jahres 2006 gehörte die **Einrichtung einer Website für Pressemitteilungen**, auf der Nutzer direkt und bequem auf zeitnah erstellte Zusammenfassungen von zwischenstaatlichen Sitzungen, Pressekonferenzen und anderen Aktivitäten am Amtssitz der VN zugreifen können. Ferner wurde 2006 ein monatliches, 26-minütiges Fernsehmagazin mit dem Titel *21st Century* (21. Jahrhundert) eingeführt, das von Partnern in verschiedenen Teilen der Welt ausgestrahlt wird und eine umfassende Perspektive für VN-Themen bietet.

Die Hauptabteilung baute ihr **Portal „United Nations News Centre“** (Nachrichtenzentrum der VN) mit Schwerpunktseiten, einschlägigen Links und aktuellen Meldungen zu den Aktivitäten im System der Vereinten Nationen weiter aus. Als eine der am häufigsten genutzten Nachrichtenquellen der Vereinten Nationen wurde das Zentrum auf der Website „*Best-2006.com*“ als eine der führenden Websites in der Kategorie „Nachrichten“ genannt.

Anlässlich des **ersten jährlichen Internationalen Tags des Gedenkens an die Opfer des Holocaust** veranstaltete die DPI am 27. Januar 2006 im Generalversammlungssaal eine bewegende Feierstunde unter dem Motto „Gedenken für die Zukunft“.

Die Hauptabteilung arbeitete weiter am Aufbau medien- und bildungsorientierter Partnerschaften mit Sendeanstalten, nichtstaatlichen Organisationen, VN-Organisationen, Regierungen, akademischen Einrichtungen, Prominenten und dem Privatsektor. Ein bemerkenswerter Erfolg war 2006 die Kampagne „**Wasser – Quelle des Lebens**“ mit MTV und dem Rapper Jay-Z zur Wasser- und Sanitärversorgungskrise in der Welt. Die Kampagne umfasste eine Pressevorführung in Anwesenheit des Generalsekretärs, eine in 179 Ländern ausgestrahlte, als Streaming-Angebot auf ThinkMTV.com abrufbare und mittlerweile kostenlos verfügbare Dokumentation, eine Website, die in der Kategorie Aktivismus

für den Webby Award 2007 nominiert wurde, und kostenlose, umfassende Bildungsressourcen. Inspiriert von dieser Dokumentation sammelten Hunderte von Schülern mehrerer New Yorker Schulen Mittel zur Finanzierung einer Wasserpumpe in einer Dorfschule in Südafrika.

Tätigkeitsanalyse

Eine der größten Herausforderungen für den Erfolg der Presse- und Informationstätigkeit bestand 2006 darin, dass einige Mitgliedstaaten ihre negative Wahrnehmung der Wirksamkeit und Redlichkeit der VN, die infolge der Spaltungen im Sicherheitsrat in der Irak-Frage und der Ergebnisse der Untersuchungen zum Programm „Öl für Lebensmittel“ entstanden war, nicht ganz abgelegt hatten. 2006 war ein Jahr des Wiederaufbaus, in dem die Organisation sich bemühte, das Vertrauen in die VN wiederherzustellen, und dabei einige wirkliche Erfolge erzielte.

Das integrierte Kommunikationskonzept der DPI, dessen Schwerpunkt auf Konsultation und Koordination liegt, hat Erfolge vorzuweisen, war jedoch auch mit Problemen behaftet. Erfahrungsgemäß ist der Koordinierungsprozess umso wirksamer, je eher er beginnt. Dank der regelmäßigen Konsultation mit anderen Hauptdienststellen und deren Rückmeldungen konnte die DPI ihre Produkte und Dienstleistungen enger an den Bedürfnissen der Organisation ausrichten.

Dieses integrierte Konzept hatte positive Auswirkungen auf die Berichterstattung der VN. So wurde auf einem im April 2006 von der DPI in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze organisierten Ausbildungsseminar über Presse- und Informationsarbeit für Friedenssicherungsmissionen die Notwendigkeit betont, für die Berichterstattung die visuellen Medien zu nutzen. Nachdem TV Vereinigte Nationen und die Friedenssicherungsmissionen ihre elektronische Kommunikation miteinander abgestimmt haben, wird das von den Friedenssicherungsmissionen stammende Videomaterial nun am Amtssitz zu längeren Beiträgen verarbeitet und über UNifeed, den satellitengestützten Übertragungsdienst der DPI, der gegenwärtig jede Woche mindestens zwei längere Beiträge über die Friedenssicherung anbietet, an Sendeanstalten weltweit verteilt.

VN-Foto/123130



Die Hauptabteilung bemüht sich stets um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Entwicklung neuer Produkte und Informationsträger einerseits und der Stärkung traditioneller Methoden der Informationsübermittlung andererseits. Dafür sind sowohl personelle als auch finanzielle Ressourcen erforderlich, was angesichts eines Haushalts mit Nullwachstum in beiden Fällen eine Herausforderung darstellt.

Um neuen Tätigkeitsfeldern und Schwerpunktverlagerungen in einigen bestehenden Programmbereichen Rechnung zu tragen, nahm die Hauptabteilung eine Reihe organisatorischer Veränderungen vor. Im Hinblick auf das Mandat, Lobbyarbeit für von der Generalversammlung neu geschaffene Programme für Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, wurde eine Gruppe Lobbyarbeit eingesetzt, die den jeweiligen Zielgruppen Kernbotschaften vermitteln soll, etwa in Verbindung mit dem Gedenken an den Holocaust. Ein weiterer neuer Schwerpunkt liegt auf akademischen Initiativen. Dies ergibt sich aus der Notwendigkeit, die Öffentlichkeitsarbeit in Bereichen zu festigen, in denen die Organisation Impulse von Akteuren der Zivilgesellschaft erhält, deren Ideen und Aktivitäten zur Entwicklung von VN-Politiken und -Programmen beitragen könnten.

Partnerschaften

Als Portal zum System der Vereinten Nationen schafft das **Büro der Vereinten Nationen für Partnerschaften** Möglichkeiten für die Vertretung der Ziele und Themen der VN gegenüber dem öffentlichen und dem privaten Sektor und stellt einen Mechanismus zur Unterstützung der Finanzierung der operativen Tätigkeit der Vereinten Nationen bereit. Das Büro gewährt den Hauptabteilungen, Fonds, Programmen und Sonderorganisationen der VN technische Hilfe bei der Anbahnung, Entwicklung und Verwaltung globaler Partnerschaften zu Gunsten der Ziele der VN, führt dienststellenübergreifende und interinstitutionelle Sitzungen zur Förderung des Dialogs mit maßgeblichen Akteuren des Privatsektors über Partnerschaftsstrategien und Politikfragen durch und überwacht den Vollzug der mit externen Zuschüssen finanzierten Projekte und Programme. Das Büro besteht aus dem Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften (UNFIP) und dem 2006 eingerichteten Demokratiefonds der Vereinten Nationen. Das Büro und der Globale Pakt arbeiten eng zusammen, um ihre Mandate gegenseitig zu stärken.

Schlaglichter

2006 verwaltete der UNFIP Arbeitsvereinbarungen zwischen VN-Institutionen und der Stiftung für die Vereinten Nationen, in deren Rahmen die Stiftung und ihre Finanzierungspartner, darunter das amerikanische Rote Kreuz, die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung sowie Vodafone, Investitionen in Höhe von 191 Millionen Dollar tätigten, die insbesondere der Kindergesundheit zugute kamen. Der Demokratiefonds bewilligte Zuschüsse in Höhe von 35 Millionen Dollar für demokratiebildende Projekte, deren Schwerpunkt auf bürgerlichen und politischen Rechten, der Wählerschulung, dem Kapazitätsaufbau für politische Parteien, Maßnahmen zu Gunsten der Integrität im öffentlichen Leben und der Stärkung der Teilhabe von Frauen an politischen Prozessen und Foren lag. Im Rahmen der **Masern-Partnerschaft** weitete der UNFIP in enger Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation, dem UNICEF und der Stiftung für die Vereinten Nationen den Zugang von Kindern zur Behandlung von Malaria und zu über-

lebensnotwendigen Gütern aus. Auf dem Gebiet des Schutzes von Kulturgütern und des Umweltschutzes schloss der UNFIP in Zusammenarbeit mit der Stiftung für die Vereinten Nationen und der UNESCO eine richtungsweisende Vereinbarung mit der weltweit führenden Online-Reiseagentur, Expedia, Inc., über den Erhalt der Stätten des Welterbes ab. Ziel dieser Vereinbarung ist es, einen nachhaltigen Tourismus und den Aufbau einer tourismusorientierten Wirtschaft in den Gemeinden im Umkreis der Stätten zu fördern.

Tätigkeitsanalyse

2006 verstärkte das Büro die Zusammenarbeit der Institutionen der VN mit Akteuren des Privatsektors in den Bereichen Bildung, Energie, Gesundheit, Telekommunikation, Wasser- und Sanitärversorgung sowie Welterbe. Außerdem stellte es für die Zwecke der von den VN durchgeführten Lobbyarbeit in den Bereichen menschliche Sicherheit einschließlich des Menschenhandels, Armut in den Städten, geschlechtsspezifische Gewalt und Menschenrechte Kontakte her. Im Zuge des Ausbaus seiner Kontakte zu nichttraditionellen Partnern der VN wie der Citigroup, dem Committee Encouraging Corporate Philanthropy (Ausschuss zur Förderung unternehmerischer Philanthropie), dem Commonwealth Business Council (Unternehmerrrat des Commonwealth), Google.org, der LTB Foundation, Microsoft, dem Synergos Institute, der Standard Chartered Bank, der Handelskammer der Vereinigten Staaten und Wal-Mart wies das Büro darauf hin, dass im VN-System ein Mechanismus für den Meinungs- und Erfahrungsaustausch in Bezug auf die Arbeit mit unternehmerischer und privater Philanthropie geschaffen werden muss, wozu auch Konsultationen über Maßnahmen der Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gehören. Ferner unterstrich es die Notwendigkeit, die Politiken und Verfahren der VN für den Geschäftsverkehr mit dem Privatsektor weiterzuentwickeln, zu verfeinern und zu harmonisieren, die Zusammenarbeit der Partnerschaftsfunktionen innerhalb des VN-Systems zu verbessern, um eine reibungslose Kommunikation zwischen den VN und nichttraditionellen Partnern zu gewährleisten, und die Verwaltungs- und Haushaltsprozesse zu aktualisieren, um das Finanzmanagement und die Berichterstattungspflichten nichtstaatlicher

Investoren zu vereinfachen. Darüber hinaus arbeitet es weiter am Aufbau einer umfassenden Datenbank (einer Art „Google für Entwicklung“) für bewährte Verfahren und gewonnene Erkenntnisse auf dem Gebiet der Partnerschaften, die unter anderem die Aushandlung von Vereinbarungen, eine solide Finanzpraxis, die Risikobewertung und die Lobbyarbeit betreffen.

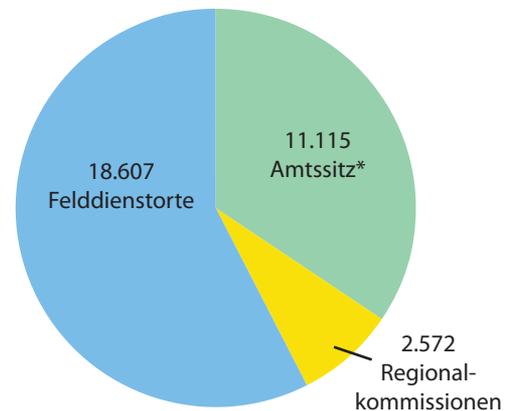
Management

Die **Hauptabteilung Management (DM)** erbringt die zentralen Dienste für den alltäglichen Betrieb des Sekretariats. Ihre Verantwortlichkeiten reichen von der Rekrutierung, Schulung und Vergütung der Bediensteten bis zur Beschaffung von Waren und Dienstleistungen. Allgemein hat die Hauptabteilung den Auftrag, Politiken und Verfahren zu formulieren und strategische Anleitung, Orientierung und Unterstützung für alle Einrichtungen des Sekretariats in drei großen Managementbereichen – Personal, Finanzen und Haushalt sowie Unterstützungstätigkeiten und -dienste – zu gewähren. Diese Unterstützung umfasst so vielfältige Dienste wie Informations- und Kommunikationssysteme, Gebäudemanagement, Dienstreisen und Transport, Archiv- und Aktenverwaltung und Postaktivitäten. Darüber hinaus obliegt es der Hauptabteilung, die Durchführung des Sanierungsgesamtplans zu beaufsichtigen, eines umfangreichen Projekts zur Sanierung des Amtssitzkomplexes der Vereinten Nationen, im Zuge dessen das Gebäude auf den Stand der Bau- und Sicherheitsvorschriften gebracht und den Technologie- und Sicherheitserfordernissen angepasst werden soll. Seit 2006 ist die Hauptabteilung außerdem dafür zuständig, die Vorsorgeaktivitäten aller in New York angesiedelten Einrichtungen des VN-Systems im Hinblick auf eine Grippe-Pandemie zu koordinieren.

Schlaglichter

2006 war für die Hauptabteilung Management ein äußerst wichtiges Jahr. Nach monatelanger Forschungs- und Planungsarbeit von Mitarbeitern der DM erstellte der frühere Generalsekretär Kofi Annan ein umfassendes Managementreformpaket mit dem Titel „In die Vereinten Nationen investieren – die Organisation weltweit stärken“. In dem von den Mitgliedstaaten auf

Personalverteilung nach Standortkategorie



Fakten auf einen Blick

Insgesamt: 32.294 Bedienstete
(Stand: 31. Dezember 2006)

International rekrutierte Bedienstete und Ortskräfte, ungeachtet der Dauer des Arbeitsvertrags.

Nicht enthalten: von anderen Organisationen verwaltetes VN-Personal.

* einschließlich der ständigen Dienststellen in Genf, Wien und Nairobi

dem Weltgipfel im September 2005 in Auftrag gegebenen und der Generalversammlung im März 2006 vorgelegten Bericht wurden radikale Änderungen der Arbeitsabläufe der DM vorgeschlagen, die von der Vereinfachung des Systems der Anstellungsverträge bis zur Konsolidierung der Friedenssicherungs-Sonderhaushalte reichten. Zwar billigte die Generalversammlung nicht alle Reformvorschläge und bat in vielen Fällen um zusätzliche Informationen, doch stimmte sie mehreren wichtigen Vorschlägen zu, die nachstehend beschrieben sind.

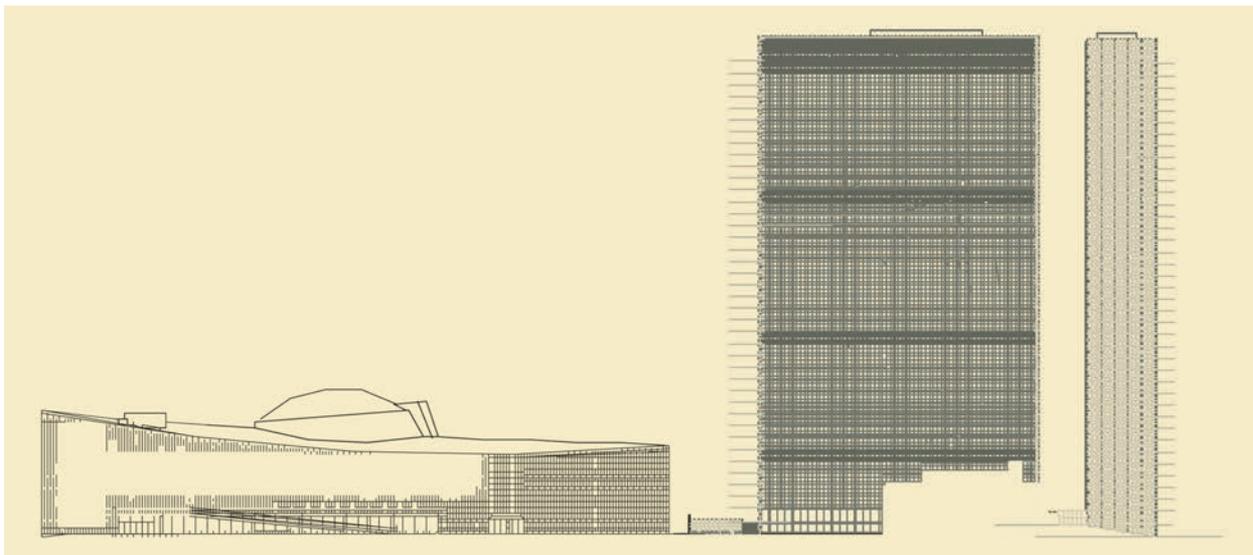
Im Juli 2006 nahm die Generalversammlung zwei wesentliche Vorschläge zur Informations- und Kommunikationstechnologie (IuK-Technologie) an und ebnete damit den Weg für eine **Reform der IuK-Dienste** innerhalb des Sekretariats. Konkret erteilten die Mitgliedstaaten ihre Zustimmung für die Schaffung der Stelle eines Leiters der Informationstechnologie auf der Ebene eines Beigeordneten Generalsekretärs und die Beschaffung einer integrierten Unternehmenssoftware (ERP-System), das die Vielzahl der derzeit sekretariatsweit und bei Friedenssicherungseinsätzen verwendeten autonomen und veralteten IuK-Systeme ersetzen soll.

Im Herbst 2006 richtete die Hauptabteilung Management ein Arbeitsseminar über die Einführung von ERP-Systemen im Kontext einer internationalen Organisation aus. Ziel des Seminars war der Austausch über gewonnene Erfahrungen und die mit der Einführung von ERP-Systemen verbundenen Herausforderungen. An dem Seminar nahmen etwa 25 ERP-Projektmanager, Experten und Kundenmanager aus acht internationalen Organisationen, darunter der NATO und der Weltbank, sowie 60 VN-Bedienstete verschiedener Hierarchieebenen aus Verwaltung, Management und Fachabteilungen, darunter 20 Mitarbeiter der DPKO, teil. Die Veranstaltungen waren für die VN bei ihren Vorbereitungen für die Einführung eines ERP-Systems von großem Nutzen. Die Einrichtungen der VN und die internationalen Organisationen gaben äußerst positive Rückmeldungen ab, und die Teilnehmer regten an, dieses Konzept für den Wissensaustausch beizubehalten.

Das neue ERP-System muss bis Ende 2009 voll einsatzbereit sein, damit eine weitere, von der Generalversammlung im Juli 2006 gebilligte Managementreform unterstützt werden kann – die **Einführung der Internationalen Rechnungslegungsstandards für den öffentlichen Sektor (IPSASs)** im System der Vereinten Nationen. Diese Standards werden dazu beitragen, die Qualität und Glaubwürdigkeit der Finanzberichte der Organisation zu erhöhen. Seit dem Beschluss der Generalversammlung hat die Hauptabteilung Management einen Lenkungsausschuss für die Einführung der

IPSASs gebildet und einen Leiter für das IPSASs-Projektteam benannt, das sie derzeit zusammenstellt. Das Team wird sich eng mit dem an der Einführung des ERP-Systems arbeitenden Team abstimmen, um die Integration der Zeitpläne und wichtigsten Zwischenziele zu gewährleisten. Die Einführung der IPSASs ist eine gemeinsame Initiative aller Organisationen des VN-Systems, die ihre Einführung bis 2010 planen, sowie von drei Organisationen (die Weltgesundheitsorganisation, das Welternährungsprogramm und die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation), die dies zu einem früheren Zeitpunkt anstreben. Um die systemweite Einführung der IPSASs zu unterstützen, wurde ein interinstitutionell finanzierter Prozess in Gang gesetzt, der die Ausarbeitung harmonisierter, IPSASs-konformer Rechnungslegungsgrundsätze und -leitlinien, Unterstützung für systemweite Kommunikation und Schulung sowie die Überwachung der im gesamten System erzielten Fortschritte umfasst.

Mit der Unterzeichnung eines **Rahmenabkommens über Finanzmanagement** mit der Weltbank im März 2006 verbuchte die Hauptabteilung einen Erfolg in einem weiteren Bereich des Finanzmanagements. Mit diesem Abkommen wurde ein zwischen den beiden Institutionen seit geraumer Zeit bestehendes Problem ausgeräumt, bei dem es um die Behandlung der Erfordernisse einer externen Rechnungsprüfung ging. Es wurde vereinbart, dem Rat der Rechnungsprüfer der VN im Einklang mit dem Grundsatz einer einzigen Prüfung (single audit) die alleinige Zuständigkeit



für die Durchführung der externen Prüfung aller VN-Aktivitäten zu übertragen.

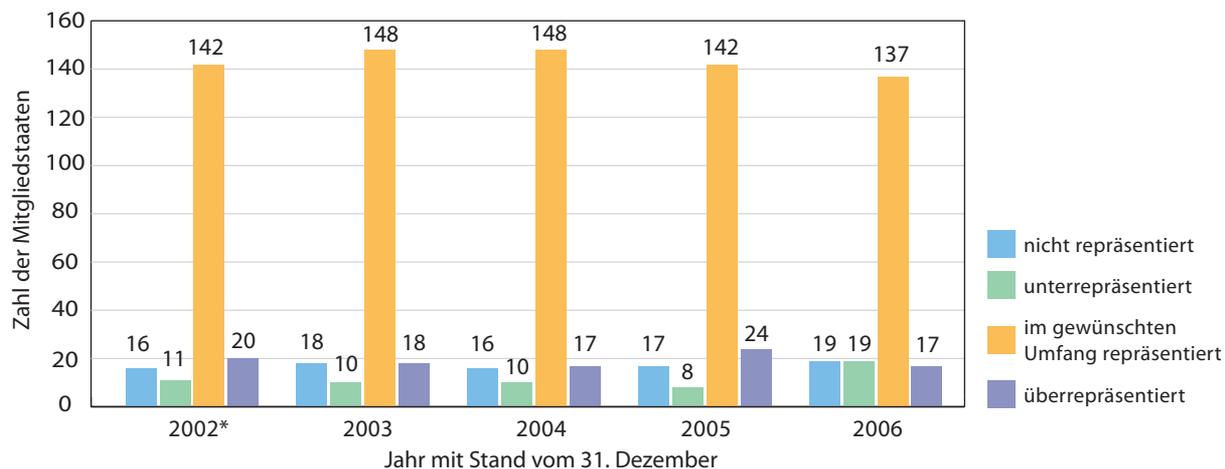
Neben der Schaffung der Voraussetzungen für die Erneuerung seiner IuK- und Rechnungslegungsinfrastruktur erzielte das Sekretariat auch Fortschritte bei der physischen Überholung seines Amtssitzkomplexes in New York. Am 22. Dezember billigte die Generalversammlung einen Projektumfang für den **Sanierungsgesamtplan** sowie einen Haushalt in Höhe von 1,88 Milliarden Dollar und einen Zeitplan für den Abschluss des Projekts bis 2014. Diese Vereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten waren das Ergebnis nahezu siebenjähriger Planung, Analyse und detaillierter konzeptioneller Arbeiten des Sekretariats.

Fortschritte erzielte die Hauptabteilung auch in einem anderen Reformbereich, an dem sie seit vielen Jahren arbeitet – der globalen Politik für die **Mobilität der Bediensteten**. Unter der Prämisse, dass mobilere und vielseitig qualifizierte Bedienstete der Organisation im Zuge der zunehmenden Globalisierung ihrer Aktivitäten besser dienen werden, sieht die Maßnahme vor, dass Bedienstete höchstens fünf Jahre auf derselben Stelle tätig sein können. Mit einem planmäßigen Versetzungsprogramm soll den Bediensteten die Möglichkeit gegeben werden, den Aufgabenbereich oder den Dienort alle fünf Jahre zu wechseln. In Abstimmung mit allen Hauptdienststellen und zur Vorbereitung des Programms für gesteuerte Mobilität räumte die DM Bediensteten verschiedener Besoldungsgruppen

die Möglichkeit ein, sich freiwillig versetzen zu lassen. Außerdem präzisierte sie die Mobilitätspolitik, baute eine informationstechnologische Infrastruktur zu ihrer Unterstützung auf, bot Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Bedienstete an und sensibilisierte die Bediensteten im Rahmen einer kontinuierlichen Kommunikationskampagne. Im Ergebnis dieser 2006 durchgeführten Arbeiten konnte im Mai 2007 die erste Phase des planmäßigen Versetzungsprogramms eingeleitet werden.

Um die Schwächen in den **Beschaffungspolitiken und -systemen** des Sekretariats zu beheben, die bei der Untersuchung zum Programm „Öl für Lebensmittel“ und anderen 2005 durchgeführten Untersuchungen aufgedeckt wurden, setzte die Hauptabteilung im Oktober 2006 das Team für die Durchführung der Reform des Beschaffungswesens ein. Dieses Team soll die Durchführung einer Vielzahl von Initiativen zur Reform des Beschaffungswesens gewährleisten, die auf die Stärkung der internen Kontrollen, die Senkung der Beschaffungskosten durch die Optimierung des Einkaufs- und Beschaffungsmanagements der VN und das strategische Management des Beschaffungswesens der VN ausgerichtet sind. Dem Team obliegt außerdem die Überprüfung der bestehenden Prozesse und Verfahren sowie die Ausarbeitung neuer Politiken, Leitlinien, Methoden und Instrumente. So führte das Team von ihm selbst entwickelte Schulungen zum Konzept des optimalen Preis-Leistungs-Verhältnisses

Personalverteilung: Vertretung der Mitgliedstaaten



*Stand der Daten von 2002: 30. Juni.

für das Beschaffungspersonal durch. Darüber hinaus stellt die Beschaffungsabteilung der DM derzeit ein Team für Lieferantenregistrierung und -management zusammen, um mehr Möglichkeiten für die Vergabe von Beschaffungsaufträgen an Lieferanten aus Entwicklungs- und Transformationsländern zu schaffen und so einer Priorität der Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen. Die Abteilung arbeitet ferner an einem umfassenden Rahmen zur Förderung der Ethik und zur Verhütung von Interessenkonflikten für alle Bedienstete, die mit dem Beschaffungswesen zu tun haben.

Im Rahmen der umfassenderen Bemühungen, die Organisation transparenter zu gestalten, legte die DM-Abteilung Gebäudemanagement und kommerzielle Dienste 2006 besonderes Gewicht auf die **Ausweitung des öffentlichen Zugangs zu Archivmaterial der VN**. Sie richtete die Website der Sektion Archiv- und Aktenverwaltung ein, die der allgemeinen Öffentlichkeit erstmals direkten Online-Zugriff auf die Archive der VN bietet. Eine weitere Erfolgsmeldung für den Bereich Informationsmanagement ist die Verleihung der angesehenen **Zertifizierung für Informationssicherheit durch die Internationale Organisation für Normung (ISO)** an das Sekretariat im April 2006. Nach einem zweijährigen Umsetzungsprojekt wurde dem Sekretariat auf der Grundlage einer unabhängigen Überprüfung seiner Managementprozesse und technischen Systeme offiziell bescheinigt, der Industrienorm voll zu entsprechen.

Ferner schuf die Hauptabteilung Management 2006 die interne Funktion eines **Koordinators der Vorsorge für eine Grippe-Pandemie in New York**. Das im Mai eingerichtete, von einem Beigeordneten Generalsekretär geleitete Büro hat den Auftrag, die Planungs- und Vorsorgeaktivitäten der in New York ansässigen Einrichtungen des VN-Systems zu koordinieren und die Aufstellung eines kohärenten, durchkalkulierten, harmonisierten und realistischen Pandemie-Reaktionsplans zu überwachen, der im Falle einer Pandemie die Sicherheit des Personals und der Einrichtungen gewährleisten und die Kontinuität kritischer Abläufe wahren soll. Das Büro stellte eine Liste der wichtigsten Funktionen zusammen, die nach verschiedenen Notfallszenarios aufrechterhalten werden müssen, und bestimmte das dafür zuständige Personal. Außerdem kam es bei der Ausarbeitung eines detaillierten Plans für ein systemweites Vorgehen im Falle einer Pandemie in New York erheblich voran.

Tätigkeitsanalyse

Es ist unerlässlich, dass die Hauptabteilung Management gute Leistungen erbringt, da diese sich auf die des gesamten Sekretariats auswirken. Leider wird die Fähigkeit der Organisation, den sich wandelnden Anforderungen gerecht zu werden, durch komplexe, überholte und fragmentierte Managementsysteme und -prozesse beeinträchtigt. Ein Beispiel dafür findet sich im Bereich Personalmanagement. Zwar sind alle Sekretariatsbediensteten internationale Beamte, doch gelten für sie **unterschiedliche Regelungen in Bezug auf die Anstellungsverträge, die mit unterschiedlichen Leistungen und Beschäftigungsbedingungen verbunden sind**. Diese Regelungen haben sich im Laufe der Zeit entwickelt, um bestimmten Situationen Rechnung zu tragen, entsprechen aber nicht mehr den Bedürfnissen einer immer stärker im Feld tätigen Organisation. Sie sind umständlich und schwierig zu verwalten und haben die Ungleichbehandlung der Bediensteten zur Folge. Darüber hinaus werden den Sekretariatsbediensteten, die an den problematischsten Dienstorten tätig sind, weniger günstige Beschäftigungsbedingungen geboten als dem zunehmend Seite an Seite mit ihnen arbeitenden Personal der Fonds und Programme der VN. Diese Unterschiede sind unfair und hindern die Organisation daran, qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu binden.

Um diese Hindernisse zu überwinden, erarbeitete die Hauptabteilung 2006 auf der Grundlage einer in dieser Form nie zuvor durchgeführten Kontakt- und Informationskampagne bei Bediensteten und Führungskräften in der gesamten Organisation einen Katalog integrierter Vorschläge mit dem Ziel, den derzeitigen Rahmen für das Personalmanagement umzugestalten und die Organisation dadurch produktiver, flexibler und stärker ergebnisorientiert zu machen. Diese in dem Bericht des früheren Generalsekretärs Kofi Annan „In die Mitarbeiter investieren“ beschriebenen Vorschläge betrafen unter anderem ein proaktiveres, gezielteres und schnelleres Rekrutierungssystem, ein integriertes Konzept für die Mobilität der Bediensteten, eine verbesserte Laufbahntwicklung und -förderung, gestraffte Regelungen in Bezug auf die Anstellungsverträge und angeglichenere Beschäftigungsbedingungen sowie gestärkte Führungs- und Managementkapazitäten. Während die Mitgliedstaaten Vorschläge wie

die gesteuerte Mobilität und die Überholung des Rekrutierungssystems positiv aufnehmen, steht ihre Zustimmung zu anderen Vorschlägen wie der Straffung der Regelungen in Bezug auf die Anstellungsverträge und der Angleichung der Beschäftigungsbedingungen bislang noch aus. Wenn der Organisation diese Verbesserungen nicht genehmigt werden, wird es schwierig für sie sein, ein wirksames Personalmanagement zu betreiben.

Eine weitere Erschwernis für die Tätigkeit der Hauptabteilung sind die zahlreichen arbeitsintensiven und papiergestützten Geschäftsprozesse. Das Fehlen eines integrierten Informationstechnologiesystems hat zur Verbreitung autonomer Personalsysteme beigetragen, die oftmals ähnliche Funktionen unterstützen und die gleichen Informationen verarbeiten. Auch die Vielfalt paralleler Systeme steht dem Ziel eines integrierten globalen Sekretariats entgegen. Moderne Informationstechnologiesysteme sind entscheidend für die Erstellung von Echtzeitstatistiken über die demografische Struktur des Personals und unerlässlich für die Planung, Verabschiedung und Umsetzung von Normen für globale vorbildliche Praktiken im Personalmanagement. Erfreulicherweise billigte die Generalversammlung den Vorschlag des Generalsekretärs, **neue IuK-Instrumente für das Personalmanagement** einzuführen, die Kompatibilität mit einem künftigen ERP-System aufweisen und die Transparenz erhöhen, die Einheitlichkeit des Personalmanagements organisationsweit fördern und den Zugang zu Informationen und zu Berichten erleichtern werden.

Neben diesen laufenden Reformaktivitäten auf dem Gebiet der IuK verbesserte das Sekretariat die IuK-Nutzung weiter, indem es international bewährte Praktiken übernahm. Das Konzept „zu jeder Zeit/ an jedem Ort“ wurde in die Praxis umgesetzt: Alle Bediensteten der VN verfügen nun über praktisch garantierten Zugang zu E-Mail, Intranet/Internet, Informationsquellen wie dem Elektronischen Dokumentenarchiv (ODS), Telekommunikation und Videokonferenzen.

Die **Verbesserung der wichtigsten IuK-Systeme** dient zwei wesentlichen Zielen: Organisationsweite Ressourcenplanung und Informationsmanagement. Mit dieser doppelten Schwerpunktsetzung wird die Verpflichtung untermauert, Führungskräften bessere Entscheidungsunterstützungssysteme zur Verfügung zu stellen, die Finanzkontrolle, das Personalmanage-

ment und die Steuerung der Lieferkette zu verbessern und das Berichtswesen detaillierter, genauer und zeitnäher zu gestalten.

In Zukunft wird das Sekretariat seine Prozesse, seinen Arbeitsablauf und sein Wissensmanagement viel stärker integrieren müssen, damit die Führungskräfte die Programmziele, die Wissensressourcen und die Haushalts- und Finanzdaten in einem integrierten technologiegestützten Prozess vereinen können. Diese Integration ist unerlässlich, wenn das Sekretariat die Transparenz und Effizienz seines Personal- und Ressourcenmanagements erhöhen will, und sie ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Einführung der Internationalen Rechnungslegungsstandards für den öffentlichen Sektor bis zum Jahr 2010.

Mit dem Ziel, sich auf diese Veränderungen einzustellen und die aktuellen Herausforderungen anzugehen, **unternahm der Hauptabteilungs-Bereich Programmplanung, Haushalt und Rechnungswesen (OPPBA) eine externe Überprüfung** seiner Organisationsstruktur, seiner personellen Ausstattung, seines Managementrahmens und seiner Managementaktivitäten, um zu bewerten, inwieweit diese ihm die Erfüllung seiner Ziele und die Bereitstellung solider Finanz-, Management- und Verwaltungskontrollsysteme ermöglichen und inwieweit sie im Hinblick auf Struktur und operative Methodik an den derzeitigen etablierten bewährten Praktiken ausgerichtet und mit angemessenen Ressourcen ausgestattet sind. Außerdem wurde eine **externe Überprüfung der globalen Finanzdienste** durchgeführt, um die Prozesse, Verfahren, Systeme und Ressourcen zur Unterstützung der globalen Finanzdienste im Sekretariat und in verschiedenen Dienststellen außerhalb des Amtssitzes zu überprüfen und Möglichkeiten zur Verbesserung der Leistungsparameter der Organisation auf dem Gebiet des Finanzmanagements aufzuzeigen.

Ausgehend von den mit diesen Überprüfungen gewonnenen, allgemein akzeptierten Erkenntnissen wurde eine Umstrukturierung der Funktionen und Ressourcen vorgenommen, um die Fähigkeit des OPPBA zu stärken, die größere Bandbreite und den gewachsenen Umfang der Aktivitäten des ordentlichen Haushalts, einschließlich der internationalen Ad-hoc-Strafgerichtshöfe, sowie den präzedenzlosen Umfang der besonderen politischen Missionen zu unterstützen. Die Umstrukturierung soll bis Ende 2007 abgeschlossen sein.

Ein ständiges Leistungsziel der Hauptabteilung besteht in der Verbesserung der **geografischen Vertretung und der ausgewogenen Vertretung von Männern und Frauen** unter den Sekretariatsbediensteten. Trotz besonderer Anstrengungen, in deren Rahmen die Führungskräfte beispielsweise für die in ihren Personal-Aktionsplänen aufgestellten Ziele rechenschaftspflichtig gemacht wurden, stellt die Verwirklichung dieses Ziels auch weiterhin eine beträchtliche Herausforderung dar. Infolge der Schwankungen der Haushaltsbeiträge, der Personalstärke, der Stellenzahl und der Gesamtzahl der Mitgliedstaaten sind diese Ziele veränderlich, was ihre Erfüllung erschwert.

Ein weiterer Bereich, in dem Herausforderungen bestehen, ist die Personalentwicklung. Die Investitionen in **Talententwicklung und Talentmanagement** auf allen Ebenen der Organisation sind unzureichend. Die Mittel für die Aus- und Weiterbildung betragen nur ein Prozent der Personalkosten und liegen damit deutlich unter dem Wert anderer internationaler Organisationen.

Auch die physische Instandhaltung der Einrichtungen des Sekretariats stellt eine ständige erhebliche Herausforderung dar. 2006 **verhinderte die Hauptabteilung größere Zwischenfälle und Betriebsstörungen** zum Teil durch besseres Risikomanagement und die Durchführung proaktiver Maßnahmen, darunter die Verbesserung der Brandmeldesysteme und der Notstromversorgung, häufigere Tests der elektrischen Systeme und die gezieltere Durchführung vorbeugender Instandhaltungsmaßnahmen auf der Basis einer statistischen Analyse der Häufigkeit und der Art der auftretenden Probleme.

Erfreuliches leistete die DM 2006 im Bereich **Reisedienste**. Durch kontinuierliche Verhandlungen mit großen Fluggesellschaften erzielte die Hauptabteilung trotz der Kürzung von Rabatten in der Reisebranche Einsparungen in Höhe von 25 Prozent der vollen Reisekosten. Darüber hinaus wurde ein Online-Reisebuchungssystem für Dienstreisen eingeführt, das Reisenden direkten Internetzugang zu Flug-, Zug- und Hotelinformationen bietet.



The background features a large, faint watermark of the United Nations logo, which consists of a world map surrounded by a laurel wreath. The logo is centered and occupies the lower half of the page.

Aufteilung der Ressourcen nach strategischer Programmtätigkeit

Aufteilung der Ressourcen nach strategischer Programmtätigkeit								
Strategische Programmtätigkeit	Ausgaben 2006 (in US-Dollar)			Stellen 2006				
	Ordentlicher Haushalt	Andere Pflichtbeiträge ^{a,b}	Außerplanmäßige Mittel	Zwischensumme	Ordentlicher Haushalt	Andere Pflichtbeiträge ^{a,c}	Außerplanmäßige Mittel	Zwischensumme
Weltoffenheit und internationale Sicherheit								
Politische Angelegenheiten								
Richtliniengabende Organe	56.298	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtleitung und Management	3.885.737	-	-	-	31	-	-	-
Verhütung, Eindämmung und Beilegung von Konflikten	10.672.872	-	1.898.900	-	87	-	-	-
Wahlhilfe	2.032.088	-	131.700	-	16	-	-	-
Angelegenheiten des Sicherheitsrats	5.801.296	-	139.200	-	52	-	-	-
Entkolonialisierung	725.856	-	-	-	5	-	-	-
Palästina-Frage	2.734.299	-	-	-	16	-	-	-
Sonderkoordinator für den Nahost-Friedensprozess	6.013.885	-	94.200	-	56	-	-	-
Besondere politische Missionen	250.220.163	-	11.760.500	-	-	-	-	-
Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung	492.181	-	-	-	-	-	-	-
Programmunterstützung	2.443.520	-	6.700	-	13	-	-	-
Zwischensumme	285.078.195	-	14.031.200	299.109.395	276	-	-	276
Friedenssicherungseinsätze								
Gesamtleitung und Management	816.688	-	2.289.504	-	-	-	-	4
Operationen	2.642.871	-	-	-	6	-	-	-
Unterstützung von Missionen	3.296.744	-	-	-	19	-	-	-
Militärische und zivile Beratung und Planung	489.859	-	-	-	32	-	-	-
Koordinierung von Antiminenprogrammen	-	-	42.152.829	-	4	-	21	-
Organisation der Vereinten Nationen zur Überwachung des Waffenstillstands	28.342.821	-	-	-	-	-	-	-
Militärbeobachtergruppe der Vereinten Nationen in Indien und Pakistan	6.511.941	-	-	-	248	-	-	-
Programmunterstützung	571.176	-	253.491	-	71	-	2	-
MINURSO	-	42.348.400	3.761.300	-	1	229	-	-

Aufteilung der Ressourcen nach strategischer Programmtätigkeit								
Strategische Programmtätigkeit	Ausgaben 2006 (in US-Dollar)			Stellen 2006				
	Ordentlicher Haushalt	Andere Pflichtbeiträge ^{a,b}	Außerplanmäßige Mittel	Zwischensumme	Ordentlicher Haushalt	Andere Pflichtbeiträge ^{a,c}	Außerplanmäßige Mittel	Zwischensumme
Wirtschaftswachstum und Entwicklung								
Wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten								
Richtliniengebende Organe	1.777.323	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtleitung und Management	2.768.198	-	-	-	15	-	-	-
Unterstützung des Wirtschafts- und Sozialrats und Koordination	5.794.464	-	190.935	-	46	-	-	-
Gleichstellungsfragen und Förderung der Frau	4.948.259	-	930.337	-	42	-	4	-
Sozialpolitik und soziale Entwicklung	7.494.830	-	1.286.053	-	60	-	-	-
Nachhaltige Entwicklung	7.999.603	-	5.952.507	-	60	-	5	-
Statistik	15.480.126	-	1.248.890	-	123	-	-	-
Bevölkerung	6.001.093	-	267.937	-	45	-	-	-
Globale Entwicklungstrends, -fragen und -politik	5.602.712	-	-	-	46	-	-	-
Öffentliche Verwaltung, Finanzen und Entwicklung	6.082.716	-	13.569.626	-	50	-	3	-
Nachhaltige Waldbewirtschaftung	1.166.320	-	1.261.230	-	6	-	6	-
Entwicklungsfinanzierung	2.851.079	-	283.906	-	21	-	-	-
Programmunterstützung	5.368.386	-	33.194.764	-	28	-	17	-
Vorschuss an das INSTRAW	1.042.200	-	-	-	-	-	-	-
Zwischensumme	74.377.309	-	58.186.185	132.563.494	542	-	35	577
Am wenigsten entwickelte Länder, Binnenentwicklungsländer und kleine Inseleentwicklungsländer								
Arbeitsprogramm	2.129.643	-	750.900	-	15	-	-	-
Zwischensumme	2.129.643	-	750.900	2.880.543	15	-	-	15
Handel und Entwicklung								
Richtliniengebende Organe	147.260	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtleitung und Management	3.185.058	-	186.185	-	24	-	1	-
Globalisierung, Interdependenz und Entwicklung	8.440.396	-	4.089.064	-	58	-	1	-
Investitionen, Unternehmen und Technologie	11.219.137	-	4.415.694	-	82	-	3	-

Internationaler Handel	11.547.838	-	8.847.571	84	-	4
Dienstleistungsinfrastruktur für Entwicklung, Handelseffizienz und Erschließung der Humanressourcen	6.806.567	-	13.114.324	50	-	7
Besondere Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder, der kleinen Inselentwicklungsländer und Binnenentwicklungsländer und die damit verbundenen speziellen Probleme und Herausforderungen für die Transitentwicklungsländer	2.480.756	-	1.101.903	19	-	2
Programmunterstützung	10.993.088	-	53.049	73	-	18
Zwischensumme	54.820.100	-	31.807.790	390	-	36
			86.627.890			426

Internationales Handelszentrum UNCTAD/WTO						
Arbeitsprogramm	13.675.217	-	-	-	-	-
Zwischensumme	13.675.217	-	-	-	-	-
			13.675.217			-

Umwelt						
Richtliniengebende Organe	29.000	-	-	-	-	-
Gesamtleitung und Management	2.828.123	-	12.235.000	20	-	56
Umweltbewertung und Frühwarnung	680.485	-	17.704.000	3	-	66
Umweltrecht und Umweltübereinkünfte	1.042.746	-	17.002.000	8	-	51
Umsetzung politischer Leitlinien	221.647	-	25.032.000	2	-	71
Technologie, Industrie und Wirtschaft	-	-	32.578.000	-	-	104
Regionale Zusammenarbeit und Vertretung	816.452	-	14.254.000	7	-	133
Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit	626.681	-	4.128.000	7	-	34
Zwischensumme	6.245.134	-	122.933.000	47	-	515
			129.178.134			562

Aufteilung der Ressourcen nach strategischer Programmtätigkeit								
Strategische Programmtätigkeit	Ausgaben 2006 (in US-Dollar)			Stellen 2006				
	Ordentlicher Haushalt	Andere Pflichtbeiträge ^{a,b}	Außerplanmäßige Mittel	Zwischensumme	Ordentlicher Haushalt	Andere Pflichtbeiträge ^{a,c}	Außerplanmäßige Mittel	Zwischensumme
Wirtschaftswachstum und Entwicklung (Fortsetzung)								
Menschliche Siedlungen								
Richtliniengabende Organe	3.500	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtleitung und Management	1.699.986	-	4.973.351	-	12	-	8	-
Wohnraum und nachhaltige Siedlungsentwicklung	3.209.229	-	28.831.448	-	28	-	37	-
Überwachung der Habitat-Agenda	2.861.870	-	5.072.088	-	28	-	36	-
Regionale und technische Zusammenarbeit	842.578	-	90.427.317	-	5	-	34	-
Finanzierung menschlicher Siedlungen	182.827	-	9.508.972	-	1	-	12	-
Programmunterstützung	-	-	4.368.823	-	-	-	42	-
Zwischensumme	8.799.990	-	143.182.000	151.981.990	74	-	169	243
Wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Afrika								
Richtliniengabende Organe	153.151	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtleitung und Management	2.086.547	-	1.798.124	-	23	-	19	-
Handel, Finanzen und wirtschaftliche Entwicklung	3.887.265	-	731.175	-	43	-	3	-
Ernährungssicherheit und nachhaltige Entwicklung	3.069.195	-	612.278	-	27	-	-	-
Regierungsführung und öffentliche Verwaltung	2.786.872	-	1.015.886	-	27	-	-	-
Information, Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung	1.804.626	-	2.734.181	-	25	-	8	-
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Regionalentwicklung	3.629.900	-	1.335.816	-	35	-	4	-
Gleichstellung und Frauen im Entwicklungsprozess	1.913.533	-	451.281	-	20	-	3	-
Subregionale entwicklungsfördernde Maßnahmen	10.341.894	-	348.297	-	83	-	-	-
Entwicklungsplanung und -verwaltung	469.486	-	-	-	-	-	-	-
Soziale Entwicklung	147.520	-	-	-	-	-	-	-
Programmunterstützung	16.123.274	-	2.703.899	-	237	-	55	-
New Yorker Büro der Regionalkommissionen	690.972	-	-	-	6	-	-	-
Zwischensumme	47.104.235	-	11.730.937	58.835.172	526	-	92	618

Wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Asien und im Pazifik										
Richtliniengabende Organe	285.484	-	-	-	-	-	-	-	-	514
Gesamtleitung und Management	2.484.634	-	-	31.866	-	-	24	-	-	-
Armut und Entwicklung	3.147.873	-	-	1.160.243	-	-	37	-	13	-
Statistik	1.834.758	-	-	2.981.278	-	-	21	-	10	-
Entwicklung der Pazifikinsel-Länder und -Hoheitsgebiete	704.765	-	-	131.696	-	-	7	-	-	-
Handel und Investitionen	2.479.563	-	-	1.105.199	-	-	27	-	8	-
Verkehr und Tourismus	2.548.975	-	-	492.550	-	-	28	-	2	-
Umwelt und nachhaltige Entwicklung	2.702.834	-	-	1.005.024	-	-	30	-	1	-
Informations-, Kommunikations- und Weltraum-technologie	2.324.131	-	-	1.307.824	-	-	22	-	15	-
Soziale Entwicklung, einschließlich fortbestehender und neuer Fragen	2.720.320	-	-	1.131.730	-	-	32	-	7	-
Programmunterstützung	16.218.521	-	-	1.424.919	-	-	201	-	29	-
Zwischensumme	37.451.858	-	-	10.772.331	-	-	429	-	85	514
										48.224.189

Wirtschaftliche Entwicklung in Europa										
Gesamtleitung und Management	2.848.403	-	-	198.268	-	-	17	-	-	-
Umwelt	4.221.120	-	-	4.758.588	-	-	32	-	6	-
Verkehr	5.027.075	-	-	1.167.339	-	-	37	-	6	-
Statistik	3.823.510	-	-	102.772	-	-	29	-	-	-
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration	1.831.182	-	-	187.041	-	-	13	-	1	-
Nachhaltige Energie	1.733.277	-	-	1.049.349	-	-	11	-	4	-
Handel	3.248.147	-	-	66.790	-	-	24	-	-	-
Holz- und Forstwirtschaft	922.854	-	-	30.706	-	-	7	-	-	-
Wohnungswesen, Bodenbewirtschaftung und Bevölkerung	785.162	-	-	146.785	-	-	6	-	-	-
Programmunterstützung	3.259.296	-	-	450.530	-	-	19	-	1	-
Zwischensumme	27.700.026	-	-	8.158.168	-	-	195	-	18	213
										35.858.194

Aufteilung der Ressourcen nach strategischer Programmtätigkeit								
Strategische Programmtätigkeit	Ausgaben 2006 (in US-Dollar)			Stellen 2006				
	Ordentlicher Haushalt	Andere Pflichtbeiträge ^{a,b}	Außerplanmäßige Mittel	Zwischensumme	Ordentlicher Haushalt	Andere Pflichtbeiträge ^{a,c}	Außerplanmäßige Mittel	Zwischensumme
Wirtschaftswachstum und Entwicklung (Fortsetzung)								
Wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Lateinamerika und der Karibik								
Richtliniengebende Organe	535.801	–	–	–	–	–	–	–
Gesamtleitung und Management	3.452.650	–	182.341	–	30	–	2	–
Verbindungen zur Weltwirtschaft, regionale Integration und Zusammenarbeit	2.576.674	–	335.629	–	26	–	1	–
Produktion und Innovation	2.614.818	–	1.666.483	–	20	–	5	–
Makroökonomische Politik und Wachstum	2.753.489	–	2.035.066	–	34	–	3	–
Soziale Entwicklung und Gerechtigkeit	1.786.834	–	800.416	–	15	–	–	–
Integration der Geschlechterperspektive in die Regionalentwicklung	644.132	–	162.341	–	5	–	–	–
Bevölkerung und Entwicklung	1.386.789	–	872.057	–	15	–	1	–
Planung der öffentlichen Verwaltung	1.121.990	–	1.566.125	–	11	–	12	–
Nachhaltige Entwicklung und menschliche Siedlungen	1.588.589	–	231.814	–	13	–	1	–
Natürliche Ressourcen und Infrastruktur	1.394.126	–	294.836	–	14	–	1	–
Statistik und Wirtschaftsprognosen	2.291.693	–	375.440	–	25	–	–	–
Subregionale Aktivitäten in Mexiko und Zentralamerika	3.461.821	–	1.039.471	–	41	–	1	–
Subregionale Aktivitäten in der Karibik	2.334.549	–	39.328	–	34	–	–	–
Programmunterstützung	17.467.298	–	964.640	–	193	–	10	–
Zwischensumme	45.411.253	–	10.565.986	–	476	–	37	513
Wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Westasien								
Richtliniengebende Organe	37.541	–	–	–	–	–	–	–
Gesamtleitung und Management	1.445.296	–	58.936	–	16	–	–	–
Integrierte Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen zu Gunsten einer nachhaltigen Entwicklung	2.690.867	–	167.190	–	25	–	–	–
Integrierte Sozialpolitik	2.270.598	–	2.606.161	–	20	–	–	–
Wirtschaftliche Entwicklung und Integration	4.309.924	–	246.101	–	40	–	–	–

Informations- und Kommunikationstechnologien zu Gunsten der regionalen Integration	1.531.520	-	1.779.514	13	-	-
Statistik zur Förderung einer auf Fakten gestützten Politiksetzung	1.314.845	-	224.268	13	-	-
Förderung der Frau	893.129	-	-	9	-	-
Konfliktmilderung und Entwicklung	-	-	-	-	-	-
Programmunterstützung	14.314.436	-	255.429	119	-	-
Zwischensumme	28.808.156	-	5.337.599	255	-	255
34.145.755						

Friedliche Nutzung des Weltraums						
Arbeitsprogramm	2.874.047	-	299.517	20	-	-
Zwischensumme	2.874.047	-	299.517	20	-	20
3.173.564						

Reguläres Programm der Technischen Zusammenarbeit						
Reguläres Programm der Technischen Zusammenarbeit	18.910.554	-	-	-	-	-
Zwischensumme	18.910.554	-	-	-	-	-
18.910.554						

Entwicklungskonto						
Entwicklungskonto	1.660.000	-	-	-	-	-
Zwischensumme	1.660.000	-	-	-	-	-
1.660.000						
Gesamt	369.967.522	-	403.724.413	2.969	-	987
773.691.935						
3.956						

Aufteilung der Ressourcen nach strategischer Programmtätigkeit								
Strategische Programmtätigkeit	Ausgaben 2006 (in US-Dollar)			Stellen 2006				
	Ordentlicher Haushalt	Andere Pflichtbeiträge ^{a,b}	Außerplanmäßige Mittel	Zwischensumme	Ordentlicher Haushalt	Andere Pflichtbeiträge ^{a,c}	Außerplanmäßige Mittel	Zwischensumme
Entwicklung Afrikas								
Unterstützung der Vereinten Nationen für die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas								
Koordinierung der weltweiten Förderung und Unterstützung der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas	2.729.689	-	212.000		21	-	-	
Regionale Koordinierung und Unterstützung der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas	426.056	-	-		4	-	-	
Öffentlichkeitsarbeit und bewussteinbildende Maßnahmen zur Unterstützung der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas	900.070	-	74.200		7	-	-	
Gesamt	4.055.815	-	286.200	4.342.015	32	-	-	32
Förderung der Menschenrechte								
Menschenrechte								
Richtliniengabende Organe	2.950.539	-	-		-	-	-	
Gesamtleitung und Management	4.422.312	-	3.224.833		37	-	16	
Recht auf Entwicklung, Forschung und Analyse	5.357.634	-	8.768.720		47	-	29	
Unterstützung der Menschenrechtsorgane	5.394.392	-	10.908.867		51	-	18	
Beratende Dienste, Ermittlungs- und Feldaktivitäten	7.870.267	-	47.018.389		82	-	430	
Unterstützung themenbezogener Ermittlungsverfahren auf dem Gebiet der Menschenrechte	3.644.290	-	3.260.667		24	-	20	
Programmunterstützung	3.612.170	-	5.623.022		29	-	27	
Ausschuss für Vermisste in Zypern	290.899	-	-		-	-	-	
Gesamt	33.542.503	-	78.804.498	112.347.001	270	-	540	810
Humanitäre Hilfe								
Humanitäre Hilfe								
Gesamtleitung und Management	2.164.892	-	3.797.674		11	-	29	
Politik und Analyse	798.073	-	3.336.829		4	-	14	
Koordinierung humanitärer Maßnahmen und der Reaktion auf Notsituationen	3.088.326	-	108.905.854		24	-	696	

Katastrophenvorsorge	-	-	8.906.631	-	-	61
Nothilfemaßnahmen	1.897.748	-	4.467.228	-	10	19
Informationen über humanitäre Notlagen sowie Kampagnenarbeit	1.408.668	-	18.813.354	-	10	88
Programmunterstützung	2.076.922	-	2.647.121	-	7	75
Gesamt	11.434.629	-	150.874.691	162.309.320	66	982
						1.048

Völkerrecht und Justiz

Internationaler Gerichtshof						
Internationaler Gerichtshof	18.059.188	-	-	-	100	-
Zwischensumme	18.059.188	-	-	18.059.188	100	-
						100

Rechtsangelegenheiten

Richtliniengabende Organe	1.294.051	-	-	-	-	-
Gesamtleitung, Management und Koordinierung der Rechtsberatung und der entsprechenden Dienste für die gesamte Organisation	2.265.441	-	329.246	-	15	3
Allgemeine Rechtsdienste für Organe und Programme der Vereinten Nationen	2.770.685	-	942.911	-	21	7
Fortschreitende Entwicklung und Kodifizierung des Völkerrechts	2.859.130	-	-	-	21	-
Seerecht und Meeresangelegenheiten	3.645.104	-	253.484	-	28	-
Fortschreitende Harmonisierung und Vereinheitlichung des internationalen Handelsrechts	2.730.765	-	137.268	-	21	-
Verwahrung, Registrierung und Veröffentlichung von Verträgen	3.431.306	-	-	-	29	-
Programmunterstützung	942.640	-	-	-	7	-
Zwischensumme	19.939.122	-	1.662.909	21.602.031	142	10
						152

Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

Kammern	-	6.172.498	-	-	-	-
Anklagebehörde	-	40.231.031	183.387	-	325	1
Kanzlei	-	97.419.388	1.808.854	-	665	28
Zwischensumme	-	143.822.917	1.992.241	145.815.158	990	29
						1.019

Aufteilung der Ressourcen nach strategischer Programmtätigkeit								
Strategische Programmtätigkeit	Ausgaben 2006 (in US-Dollar)			Stellen 2006				
	Ordentlicher Haushalt	Andere Pflichtbeiträge ^{a,b}	Außerplanmäßige Mittel	Zwischensumme	Ordentlicher Haushalt	Andere Pflichtbeiträge ^{a,c}	Außerplanmäßige Mittel	Zwischensumme
Völkerrecht und Justiz (Fortsetzung)								
Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda								
Kammern	-	4.355.014	-	-	-	-	-	-
Anklagebehörde	-	29.740.939	109.036	-	-	225	-	-
Kanzlei	-	89.148.814	835.418	-	-	817	-	-
Zwischensumme	-	123.244.767	944.454	124.189.221	-	1.042	-	1.042
Gesamt	37.998.310	267.067.684	4.599.604	309.665.598	242	2.032	39	2.313

Abrüstung								
Abrüstung								
Richtliniengebende Organe	14.500	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtleitung und Management	1.478.008	-	-	-	9	-	-	-
Multilaterale Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsverhandlungen	2.126.263	-	427.500	-	8	-	-	-
Massenvernichtungswaffen	1.252.169	-	-	-	8	-	-	-
Konventionelle Waffen	1.482.225	-	753.900	-	10	-	-	-
Überwachung, Datenbank und Information	1.268.123	-	75.900	-	8	-	-	-
Regionale Abrüstung	1.314.051	-	1.807.600	-	9	-	-	-
Programmunterstützung	553.338	-	-	-	3	-	-	-
Gesamt	9.488.677	3.064.900	12.553.577	55	55	-	-	55

Drogen, Kriminalität und Terrorismus								
Internationale Drogenkontrolle, Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege								
Richtliniengebende Organe	552.453	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtleitung und Management	284.845	-	546.479	-	1	-	5	-
Forschung, Analyse und Lobbyarbeit	2.959.327	-	9.409.606	-	22	-	54	-
Dienstleistungen auf dem Gebiet der Politiksetzung und der Vertragseinholung	7.659.627	-	7.795.572	-	64	-	44	-

Technische Hilfe und Beratung	3.017.730	-	86.598.400		22	-	257
Programmunterstützung	456.999	-	3.755.863		-	-	28
Gesamt	14.930.981	-	108.105.920	123.036.901	109	-	388
							497

Flüchtlinge

Flüchtlingsschutz und Flüchtlingshilfe							
Flüchtlingsschutz und Flüchtlingshilfe	30.720.504	-	1.069.268.413		2	-	5.465
Zwischensumme	30.720.504	-	1.069.268.413	1.099.988.917	2	-	5.465
							5.467

Palästinaflüchtlinge

Arbeitsprogramm	19.834.764	-	584.952.649		113	-	46
Zwischensumme	19.834.764	-	584.952.649	604.787.413	113	-	46
Gesamt	50.555.268	-	1.654.221.062	1.704.776.330	115	-	5.511
							5.626

Organisatorische Unterstützung

Allgemeine Politik, Gesamtleitung und Koordinierung

Richtliniengabende Organe	14.707.557	-	9.603.400		21	-	1
Generalsekretär	1.286.589	-	-		-	-	-
Gesamtleitung und Management	19.939.442	-	5.281.500		131	-	3
Büro der Ombudsperson	743.620	-	-		7	-	-
Ethikbüro	832.644	-	-		6	-	-
Zwischensumme	37.509.852	-	14.884.900	52.394.752	165	-	4
							169

Angelegenheiten der Generalversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrats sowie Konferenzmanagement

Angelegenheiten der Generalversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrats sowie Konferenzmanagement	278.670.725	-	11.239.523		1.899	-	103
Zwischensumme	278.670.725	-	11.239.523	289.910.248	1.899	-	103
							2.002

Aufteilung der Ressourcen nach strategischer Programmtätigkeit

Aufteilung der Ressourcen nach strategischer Programmtätigkeit								
Strategische Programmtätigkeit	Ausgaben 2006 (in US-Dollar)			Stellen 2006				
	Ordentlicher Haushalt	Andere Pflichtbeiträge ^{a,b}	Außerplanmäßige Mittel	Zwischensumme	Ordentlicher Haushalt	Andere Pflichtbeiträge ^{a,c}	Außerplanmäßige Mittel	Zwischensumme
Organisatorische Unterstützung (Fortsetzung)								
Presse und Information								
Gesamtleitung und Management	1.443.236	–	–	–	12	–	–	–
Strategische Kommunikationsdienste	29.250.749	–	834.600	–	354	–	–	–
Informationsdienste	30.773.212	–	67.000	–	199	–	–	–
Bibliotheksdienste	11.723.949	–	16.700	–	109	–	–	–
Publikumsarbeit	5.729.362	–	1.834.000	–	52	–	10	–
Sonderkonferenzen	232.471	–	–	–	–	–	–	–
Programmunterstützung	3.388.305	–	–	–	22	–	–	–
Zwischensumme	82.541.284	–	2.752.300	–	748	–	10	758
Management und Unterstützungsdienste								
Büro des Untergeneralsekretärs für Management	9.442.536	–	336.751	–	50	–	3	–
Bereich Programmplanung, Haushalt und Rechnungswesen	15.276.242	–	8.359.003	–	132	–	122	–
Bereich Personalmanagement	32.110.437	–	5.887.629	–	169	–	44	–
Bereich Zentrale Unterstützungsdienste	109.976.199	–	40.973	–	452	–	37	–
Büro der Vereinten Nationen in Genf	49.044.699	–	11.853.400	–	301	–	94	–
Büro der Vereinten Nationen in Wien	16.842.268	–	4.363.117	–	91	–	29	–
Büro der Vereinten Nationen in Nairobi	10.559.014	–	7.509.863	–	98	–	206	–
Zwischensumme	243.251.395	–	38.350.736	–	1.293	–	535	1.828
Interne Aufsicht								
Gesamtleitung und Management	820.257	–	–	–	6	–	–	–
Innenrevision	5.037.353	–	6.471.615	–	41	–	37	–
Überwachung, Evaluierung und Managementberatung	2.603.491	–	–	–	18	–	–	–
Disziplinaruntersuchungen	3.499.342	–	603.200	–	20	–	3	–
Programmunterstützung	716.766	–	–	–	6	–	–	–
Zwischensumme	12.677.209	–	7.074.815	–	91	–	40	131

Gemeinsam finanzierte Verwaltungstätigkeiten									
Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst	3.016.536	-	-	-	-	-	-	-	-
Gemeinsame Inspektionsgruppe	1.663.394	-	-	-	-	-	-	-	-
Koordinierungsrat der Leiter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen	869.868	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischensumme	5.549.798	-	-	-	-	5.549.798	-	-	-
Sonderausgaben									
Sonderausgaben	48.975.131	-	-	-	2.970.999	-	-	-	-
Zwischensumme	48.975.131	-	-	-	2.970.999	51.946.130	-	-	-
Bau-, Umbau- und Verbesserungsarbeiten sowie größere Instandhaltungsarbeiten									
Bau-, Umbau- und Verbesserungsarbeiten sowie größere Instandhaltungsarbeiten	29.903.949	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischensumme	29.903.949	-	-	-	-	29.903.949	-	-	-
Sanierungsgesamtplan									
Sanierungsgesamtplan	-	-	36.526.184	-	-	-	-	-	-
Zwischensumme	-	-	36.526.184	-	-	36.526.184	-	-	-
Personalabgabe									
Personalabgabe	207.618.632	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischensumme	207.618.632	-	-	-	-	207.618.632	-	-	-
Sicherheit									
Sicherheit	85.158.567	-	-	4.567.330	-	936	-	40	-
Zwischensumme	85.158.567	-	-	4.567.330	-	936	-	40	976
Gesamt	1.031.856.542	36.526.184	81.840.603	1.150.223.329	5.132	732	5.864	9.206	34.407
Endsumme	1.891.580.542	4.857.448.568	2.554.823.314	9.303.852.424	9.647	15.554	9.206	9.206	34.407

^a Umfasst Mittel für Friedenssicherung, den Sanierungsgesamtplan und die internationalen Ad-hoc-Strafgerichtshöfe.
^b Ausgaben mit der Friedenssicherung zusammenhängender Treuhandfonds, einschließlich Programmunterstützungskosten und im Haushalt angesetzter freiwilliger Sachbeiträge für Friedenssicherungsmissionen.
^c Für Stellen im Zusammenhang mit der Friedenssicherung beziehen sich die Zahlen in dieser Spalte auf die mit internationalen Bediensteten, Ortskräften und Zeitpersonal im Durchschnitt tatsächlich besetzten Stellen. Nicht inbegriffen sind Freiwillige der Vereinten Nationen, Beobachter, Kontingente, Polizeikräfte der Vereinten Nationen und von Regierungen bereitgestelltes Personal.



Finanzbericht

- **Vorbemerkung von Warren Sach,
Beigeordneter Generalsekretär, Controller**
- **Finanzanalyse**
- **Rechnungsabschlüsse**
- **Rat der Rechnungsprüfer: Zusammenfassung des
Berichts über die Friedenssicherung**



Vorbemerkung von Warren Sach, Beigeordneter Generalsekretär, Controller

Im ersten Jahr des Zweijahreshaushalts 2006-2007 setzte sich der Trend der Zunahme der Tätigkeiten der Organisation fort. Im Vergleich zum ersten Jahr des Zweijahreszeitraums 2004-2005 stiegen die Gesamtausgaben aus dem ordentlichen Haushalt für das Jahr 2006 um 11,1 Prozent, die Ausgaben für Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit um 6,4 Prozent und die Ausgaben für allgemeine Treuhandfonds um 69,8 Prozent.

2006 legte die Organisation ein umfassendes Reformpaket zur Stärkung der Vereinten Nationen vor. Auch wenn im Jahresverlauf viele Verbesserungen erzielt wurden, sieht sich die Organisation im Bereich Haushalt und Finanzen nach wie vor zahlreichen Herausforderungen gegenüber. Ende 2006 beliefen sich die ausstehenden Beiträge zum ordentlichen Haushalt auf 373 Millionen US-Dollar, für Friedenssicherungseinsätze auf 1,8 Milliarden Dollar und für die beiden internationalen Ad-hoc-Strafgerichtshöfe auf 51 Millionen Dollar. Zum Jahresende reichten die vorhandenen Barmittel für Tätigkeiten im Rahmen des ordentlichen Haushalts nur noch zur Deckung der Ausgaben für einen Zeitraum von fünf Wochen aus. Während beim ordentlichen Haushalt 139 Mitgliedstaaten ihre Beiträge vollständig entrichtet hatten, taten dies beim Friedenssicherungshaushalt nur 18 Mitgliedstaaten. Ende 2006 lagen die Verbindlichkeiten gegenüber den truppenstellenden Ländern bei einer Milliarde Dollar. Für eine gesunde Finanzlage ist die Organisation darauf angewiesen, dass die Mitgliedstaaten ihren finanziellen Verpflichtungen vollständig und pünktlich nachkommen.

Im Dezember 2006 billigte die Generalversammlung Haushaltsmittel in Höhe von 1,877 Milliarden Dollar für den Sanierungsgesamtplan. Dieses Projekt soll durch Beiträge der Mitgliedstaaten finanziert werden. Zusätzlich zu den Projektkosten billigte die Generalversammlung die Bildung einer Betriebsmittelrücklage in Höhe von 45 Millionen Dollar.

Die Tätigkeiten auf dem Gebiet der Friedenssicherung nahmen 2006 weiter zu. Für den Zeitraum vom 1. Juli 2006 bis 30. Juni 2007 billigte die Generalversammlung die Haushaltspläne für 13 Einsätze, den Friedenssicherungs-Sonderhaushalt und den Haushaltsplan für die Versorgungsbasis der Vereinten Nationen in Brindisi. Insgesamt wurden Mittel in Höhe von 5,4 Milliarden Dollar bewilligt, was einem Anstieg von 8 Prozent gegenüber dem Vorjahresbeitrag von 5 Milliarden Dollar entspricht.



Warren Sach
Beigeordneter Generalsekretär
Controller

Wichtige Komponenten zum 31. Dezember (effektiv) (in Millionen US-Dollar)			
		2005	2006
Beiträge	Ordentlicher Haushalt	1.828	1.755
	Ad-hoc-Strafgerichtshöfe	295	269
	Friedenssicherung	4.738	3.450
	Sanierungsgesamtplan	18	109
Nicht entrichtete Beiträge	Ordentlicher Haushalt	333	361
	Ad-hoc-Strafgerichtshöfe	25	51
	Friedenssicherung	2.919	1.890
	Sanierungsgesamtplan	10	33
Kassenbestand*	Ordentlicher Haushalt*	123	150
	Ad-hoc-Strafgerichtshöfe	55	32
	Friedenssicherung*	1.506	1.760
	Sanierungsgesamtplan	18	97
Verbindlichkeiten gegenüber Mitgliedstaaten	Friedenssicherung	695	1.010

* Ohne Rücklagenkonten.

Finanzanalyse

Einleitung

Dieser Abschnitt enthält eine knappe Analyse der in den beigefügten Rechnungsabschlüssen ausgewiesenen Ergebnisse, nämlich der Anstiege und Rückgänge der Zahlen von 2006 (dem ersten Jahr des laufenden Zweijahreshaushalts 2006-2007) im Vergleich zu denen von 2004 (dem ersten Jahr des vorangegangenen Zweijahreshaushalts 2004-2005), mit Ausnahme der Friedenssicherungseinsätze und des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, die einem 12-Monate-Zyklus unterliegen. Die Reihenfolge der Kommentare entspricht der Reihenfolge der Rechnungsabschlüsse.

Vereinte Nationen

Die Übersichten I und II sind lediglich zusammenfassende Darstellungen, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Mittel in den zugrunde liegenden Fonds nicht vermischt werden können.

Übersicht IV zeigt die 2006 getätigten Ausgaben aus dem ordentlichen Haushalt nach Einzelplan und Kapitel, verglichen mit den Mittelbewilligungen für den Zweijahreshaushalt 2006-2007. Die Gesamtausgaben im Jahr 2006 in Höhe von 1,904 Milliarden US-Dollar entsprachen 45,6 Prozent der für 2006-2007 bewilligten Gesamtmittel in Höhe von 4,174 Milliarden Dollar. Ausführliche Erläuterungen zu Abweichungen finden sich in den der Generalversammlung vorgelegten Haushaltsvollzugsberichten.

Aus Übersicht V für den ordentlichen Haushalt geht hervor, dass die aufgelaufenen, aber ungedeckten Verbindlichkeiten der Vereinten Nationen bei 2,308 Milliarden Dollar lagen; dieser Betrag entspricht den Rückstellungen für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses in Höhe von 2,073 Milliarden Dollar, für nicht in Anspruch genommene Urlaubstage in Höhe von 123 Millionen Dollar und für Heimkehrbeihilfen in Höhe von 101 Millionen Dollar. Infolge dieser Verbindlichkeiten, die sich auf alle Fonds einschließlich Friedenssicherungseinsätzen erstrecken, wiesen der Allgemeine Fonds der Vereinten Nationen und die damit zusammenhängenden Fonds Ende 2006 per saldo insgesamt einen Fehlbetrag von 1,996 Milliarden Dollar aus.

Übersicht VI für Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit weist für 2006 einen Einnahmestieg von 10 Prozent und einen Ausgabenanstieg von 6 Prozent gegenüber 2004 aus, was in höheren Abschlussalden der Fonds resultiert. Diese Differenz hat hauptsächlich mit dem Zeitpunkt des Abschlusses zu tun, da die Einnahmen voraussichtlich für Projekte im Zweijahreshaushalt 2006-2007 eingesetzt werden.

Übersicht VII für allgemeine Treuhandfonds zeigt, dass die Geberbeiträge 2006 im Vergleich zu 2004 um mehr als das Doppelte auf 814 Millionen Dollar anstiegen. Die Geber erhöhten ihre Unterstützung quer über das Tätigkeitsspektrum der Organisation. In absoluten Zahlen gingen die größten Beiträge nach wie vor an die Menschenrechts- und humanitären Fonds, die Nothilfeinsätze und den Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften.

In Übersicht VIII wird über den Steuerausgleichsfonds Rechnung abgelegt. Dieser Fonds wurde von der Generalversammlung eingerichtet, um zu gewährleisten, dass die Bediensteten unabhängig von ihren jeweiligen nationalen Steuerpflichten gleiche Nettogehälter beziehen. In Anwendung dieses Grundsatzes werden den Mitgliedstaaten Beträge gutgeschrieben und die Vereinigten Staaten mit einem Betrag in Höhe der Steuern belastet, die sie auf die Gehälter von VN-Bediensteten erheben. Ende 2005 lag der Fondssaldo zu Gunsten der Vereinigten Staaten bei einem Betrag von 97 Millionen Dollar, der in den Abschlüssen für 2006 als Verbindlichkeit ausgewiesen ist.

Übersicht IX weist für 2006 Ausgaben in Höhe von 44 Millionen Dollar aus, verglichen mit 51 Millionen Dollar im Jahr 2004. Der größte Teil der Ausgaben (37 Millionen Dollar) entfiel auf den Sanierungsgesamtplan.

In Übersicht X sind die Aktivitäten für alle anderen Sonderfonds zusammengefasst, einschließlich der treuhänderisch verwalteten Fonds für Krankenversicherungspläne der Bediensteten und für Entschädigungszahlungen und der Sonderkonten für Programmunterstützungskosten. Diese Treuhandfonds werden konservativ verwaltet, um über Rücklagen zu verfügen; Ende 2006 beliefen sich diese auf insgesamt 362 Mil-

lionen Dollar. Die Konten für Programmunterstützung werden für außerplanmäßige Tätigkeiten in Anspruch genommen, und die damit zusammenhängenden Rücklagen waren bis Ende 2006 auf 166 Millionen Dollar angestiegen.

Friedenssicherungseinsätze

Die Friedenssicherungseinsätze folgen einem 12-Monate-Zyklus, der vom 1. Juli bis 30. Juni des folgenden Jahres dauert.

Übersicht I zeigt die zusammengefassten Einnahmen und Ausgaben für alle Friedenssicherungseinsätze. Die Gesamtausgaben stiegen um 12 Prozent von 4,074 Milliarden Dollar 2005 auf 4,583 Milliarden Dollar 2006. Der Nettoanstieg von 509 Millionen Dollar war hauptsächlich auf die Erfassung der vollen Jahresausgaben für die UNMIS (Sudan) und die Erweiterung der MINUSTAH (Haiti), der MONUC (Demokratische Republik Kongo) und der UNOCI (Côte d'Ivoire) zurückzuführen; diesen standen der Abschluss der UNAMSIL (Sierra Leone) und der UNMISSET (Timor-Leste) und die Verkleinerung der ONUB (Burundi), der UNMEE (Äthiopien/Eritrea), der UNMIK (Kosovo) und der UNMIL (Liberia) gegenüber. Die hauptsächlichsten Änderungen bei den Ausgaben für die Missionen sowie die Gesamtausgaben für 2006 sind in der nebenstehenden Tabelle enthalten.

Aufstellung 1.1 der Rechnungsabschlüsse enthält eine detaillierte, nach Missionen unterteilte Darstellung der Ausgaben für das Finanzjahr 2006, verglichen mit den jeweils bewilligten Mitteln.

Übersicht II zeigt den zusammengefassten Vermögens- und Schuldenstand aller Friedenssicherungseinsätze. Bei den aktiven Missionen reichte der Kassenbestand nach wie vor für die Deckung des operativen Bedarfs und die zügige Kostenrückerstattung an die Länder, die Truppen oder Polizeieinheiten gestellt hatten, ausgenommen bei der UNMIK (Kosovo), der MINURSO (Westsahara) und der UNOMIG (Georgien). Darüber hinaus war für mehrere abgeschlossene Missionen nach wie vor ein Kassendefizit verzeichnet, darunter für die UNOSOM (Somalia), die UNTAC (Kambodscha) und die MINURCA (Zentralafrikanische Republik) sowie für die beiden ersten Friedenssicherungsmissionen – die UNEF (Ägypten) und die ONUC (Kongo).

Ausgaben der Missionen (in Millionen US-Dollar)

	Anstieg (Rückgang) 2006	Gesamt 2006
MONUC ^a	137	1.078
UNMIS ^b	582	801
UNMIL ^c	(39)	745
MINUSTAH ^a	127	504
UNOCI ^a	55	402
ONUB ^c	(50)	254
UNMIK ^c	(62)	246
UNMEE ^c	(26)	165
UNAMSIL ^d	(183)	92
UNMISSET ^d	(80)	2
Zwischensumme	461	4.289
Alle anderen Missionen, netto	48	294
Insgesamt	509	4.583

^a Erweiterung.

^b Der Einsatz der UNMIS begann im Finanzjahr 2005; die Ausgaben für das Finanzjahr 2006 entsprechen einem vollen Jahr ihres Einsatzes.

^c Verkleinerung.

^d Abschluss.

Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda

Aus Übersicht I geht hervor, dass die Ausgaben um 13 Prozent höher lagen als 2004, hauptsächlich infolge höherer Personalkosten

Übersicht II zeigt, dass die Kassenbestände Ende 2006 kaum zur Deckung des täglichen Geschäftsbedarfs ausreichten. Ferner wies der Gerichtshof ungedeckte Rückstellungen in Höhe von 44 Millionen Dollar für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses, Jahresurlaubsansprüche und Heimkehrbeihilfen aus. Daraus resultierte Ende 2006 ein negativer Fondssaldo von 20 Millionen Dollar.

Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

Aus Übersicht I geht hervor, dass die Ausgaben 2006 um 9 Prozent über dem Stand von 2004 lagen, haupt-

sächlich infolge höherer Kosten für Personal und Vertragsdienstleistungen.

Übersicht II zeigt eine verbesserte Kassenlage. Allerdings wies der Gerichtshof Ende 2006 ungedeckte Rückstellungen in Höhe von 27 Millionen Dollar für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses, Jahresurlaubsansprüche und Heimkehrbeihilfen aus.

Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung

Zusätzlich zu den Ausgaben, die beim Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung ausgewiesen sind, wird das Programm auch aus Mitteln des ordentlichen Haushalts der Vereinten Nationen unterstützt; die entsprechenden Ausgaben beliefen sich 2006 wie auch 2004 auf 15 Millionen Dollar.

Aus Übersicht I ist zu ersehen, dass sich die freiwilligen Beiträge insgesamt um 6 Prozent von 101 Millionen Dollar 2004 auf 107 Millionen Dollar 2006 erhöhten, wobei es deutliche Unterschiede bei den Beiträgen für zweckgebundene und nicht zweckgebundene Fonds gab. Bei den zweckgebundenen Fonds setzte sich der Anstieg fort, während die Programmausgaben ebenfalls anstiegen, was auf eine verstärkte Programmdurchführung zurückzuführen war. Demgegenüber blieben die Beiträge für nicht zweckgebundene Fonds weiter relativ niedrig, was eine Reihe von Maßnahmen erforderte, um die Kosten zu dämpfen und die Verschlechterung der Liquiditätsposition zum Stillstand zu bringen. Bis Ende 2006 stiegen die Rücklagen für alle Fonds gegenüber Ende 2004 von 119 Millionen Dollar auf einen Endbestand von 163 Millionen Dollar an, nach Berücksichtigung einer Anpassung von 18 Millionen Dollar für ungedeckte Rückstellungen für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses, Jahresurlaubsansprüche und Heimkehrbeihilfen. Ende 2006 betragen die Kassenbestände insgesamt 150 Millionen Dollar.

Umweltprogramm der Vereinten Nationen

Zusätzlich zu den Ausgaben, die beim Umweltprogramm der Vereinten Nationen ausgewiesen sind, wird das Programm auch aus Mitteln des ordentlichen Haushalts der Vereinten Nationen unterstützt; die entsprechenden Ausgaben betragen 2006 6 Millionen Dollar, verglichen mit 5 Millionen Dollar 2004.

Aus Übersicht I geht hervor, dass die gesamten Einnahmen um 6 Prozent von 237 Millionen Dollar 2004 auf 251 Millionen Dollar 2006 stiegen. Andererseits nahmen die Ausgaben um 14 Prozent zu und stiegen auf 253 Millionen Dollar, was auf eine stärkere Verwendung der verfügbaren Mittel zurückzuführen ist. Die Liquiditätsposition blieb insgesamt zufriedenstellend; die gesamten Kassenbestände erhöhten sich Ende 2006 leicht auf 228 Millionen Dollar.

UN-Habitat

Zusätzlich zu den Ausgaben, die beim Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen ausgewiesen sind, wird das Programm auch aus Mitteln des ordentlichen Haushalts der Vereinten Nationen unterstützt; die entsprechenden Ausgaben betragen 2006 9 Millionen Dollar, verglichen mit 7 Millionen Dollar 2004.

Übersicht I zeigt, dass die Organisation 2006 die steigende Tendenz bei den freiwilligen Beiträgen fortsetzen konnte. 2006 erreichten die gesamten freiwilligen Beiträge, einschließlich der auf Grund von interinstitutionellen Vereinbarungen von VN-Organisationen erhaltenen Mittel, ein Allzeithoch von 126 Millionen Dollar, verglichen mit 96 Millionen Dollar 2004. Von den gesamten Einnahmen waren 116 Millionen Dollar zweckgebundene Mittel und nur 10 Millionen Dollar nicht zweckgebundene Mittel. Dieses fortdauernde Ungleichgewicht stellt nach wie vor eine große Herausforderung für das UN-Habitat dar und wird derzeit im Rahmen seiner längerfristigen Ressourcensmobilisierungs- und Kommunikationsstrategie angegangen. Die Ausgaben stiegen um mehr als das Doppelte von 61 Millionen Dollar 2004 auf 134 Millionen Dollar 2006, und der Endbestand der Rücklagen belief sich Ende 2006 auf insgesamt 86 Millionen Dollar, gegenüber 71 Millionen Dollar 2004. Die Liquiditätsposition blieb insgesamt zufriedenstellend; die gesamten Kassenbestände betragen Ende 2006 128 Millionen Dollar.

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten

Aus Übersicht I geht hervor, dass die gesamten Einnahmen aus den ordentlichen Haushaltsmitteln des UNRWA für 2006 385 Millionen Dollar betragen, einschließlich 20 Millionen Dollar aus dem ordentlichen Haushalt der

Vereinten Nationen. Die Ausgaben betragen insgesamt 418 Millionen Dollar, und die Anpassungen gegenüber früheren Jahren schlossen 169 Millionen Dollar für kumulierte Kündigungsschädigungen ein, die im Falle der Einstellung der Tätigkeit des Hilfswerks zu zahlen wären. Infolgedessen war Ende 2006 im ordentlichen Haushalt ein Fehlbetrag bei den Rücklagen in Höhe von 140 Millionen Dollar zu verzeichnen. Bei den außerordentlichen Haushaltsmitteln lagen die Gesamteinnahmen bei 222 Millionen Dollar und die Ausgaben bei 182 Millionen Dollar; der Endbestand der Rücklagen betrug Ende 2006 (nach Berücksichtigung der übertragenen Rücklagen) 143 Millionen Dollar. Die Liquiditätsposition blieb insgesamt zufriedenstellend; die gesamten Kassenbestände betragen Ende 2006 201 Millionen Dollar.

Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen

Die Rechnungsabschlüsse des UNHCR werden auf Kalenderjahrbasis erstellt.

Übersicht I zeigt, dass der Gesamtbetrag der freiwilligen Beiträge 2006 um 2 Prozent auf 1,111 Milliarden Dollar zurückging; darin enthalten sind 31 Millionen Dollar aus dem ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen und 25 Millionen Dollar aus dem Zentralen Fonds für die Reaktion auf Notsituationen. Infolge der Schwäche des US-Dollars waren jedoch 2006 im Gegensatz zu den Währungsverlusten von 36 Millionen Dollar aus dem Vorjahr Währungsgewinne in Höhe von 24 Millionen Dollar zu verzeichnen. Da die Einnahmen unter den ursprünglich veranschlagten Mitteln lagen, wurden die Ausgaben 2006 eingeschränkt und lagen insgesamt bei 1,104 Milliarden Dollar. Der Endbestand der Rücklagen erhöhte sich auf 195 Millionen Dollar, gegenüber 133 Millionen Dollar Ende 2005. Das UNHCR hat jedoch die Rückstellungen für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses, Jahresurlaubsansprüche und Heimkehrbeihilfen, die Ende 2006 schätzungsweise 447 Millionen Dollar betragen, weder ausgewiesen noch gedeckt. Die Kassenbestände erhöhten sich von 133 Millionen Dollar Ende 2005 auf 225 Millionen Dollar Ende 2006.

Internationales Handelszentrum

Die Tätigkeiten des Zentrums werden etwa zur Hälfte durch freiwillige Beiträge und zur anderen Hälfte durch veranlagte Beiträge der Vereinten Nationen und

der WTO, die sie zu jeweils gleichen Teilen entrichten, finanziert.

Im Vergleich zu 2004 stiegen die gesamten Einnahmen 2006 um 12 Prozent auf 64 Millionen Dollar. Die Ausgaben erhöhten sich ebenfalls, und zwar um 14 Prozent, da das Zentrum eine Reihe neuer Programme in die Wege leitete, Bündnisse mit neuen Partnern einging und seine Produkte, Leistungen und Geschäftsabläufe weiter verbesserte. 2006 wies das Zentrum ungedeckte Rückstellungen in Höhe von insgesamt 49 Millionen Dollar für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses, Jahresurlaubsansprüche und Heimkehrbeihilfen aus, was in einem Gesamtdefizit von 8 Millionen Dollar bei den Rücklagen und Fondssalden resultierte. Die Liquiditätsposition des Zentrums blieb zufriedenstellend; die Kassenbestände betragen Ende 2006 44 Millionen Dollar, verglichen mit 31 Millionen Dollar Ende 2004.

Universität der Vereinten Nationen

Übersicht I weist Gesamteinnahmen für 2006 in Höhe von 65 Millionen Dollar aus, verglichen mit 50 Millionen Dollar für 2004. Der Betrag von 65 Millionen Dollar für 2006 umfasst Zinserträge in Höhe von 10 Millionen Dollar (2004: 9 Millionen Dollar), Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren in Höhe von 17 Millionen Dollar (2004: 4 Millionen Dollar) und Wechselkursgewinne in Höhe von 12 Millionen Dollar (2004: 17 Millionen Dollar). Die Ausgaben sanken von 41 Millionen Dollar 2004 auf 38 Millionen Dollar, und der Endbestand der Rücklagen belief sich Ende 2006 auf 324 Millionen Dollar, einschließlich 307 Millionen Dollar für den Stiftungsfonds. Ende 2006 verfügte der Stiftungsfonds über Kassenbestände und Kapitalanlagen in Höhe von insgesamt 302 Millionen Dollar, mit einem Marktwert von 325 Millionen Dollar. Damit lag diese Zahl etwas über dem Stand Ende 2004, als der Stiftungsfonds über Kassenbestände und Kapitalanlagen in Höhe von 286 Millionen Dollar, mit einem Marktwert von 315 Millionen Dollar, verfügte.

Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen

Aus Übersicht I geht hervor, dass die gesamten Einnahmen für 2006 um 7 Prozent auf 12 Millionen Dollar zurückgingen, was auf rückläufige Einnahmen bei den zweckgebundenen Fonds zurückzuführen war. Dagegen stiegen die Ausgaben auf 13 Millionen Dol-

lar, da einige Projekte in früheren Jahren finanziert worden waren. Ende 2006 war der Endbestand der Rücklagen auf 9 Millionen Dollar zurückgegangen, nach Berücksichtigung einer Anpassung in Höhe von 2 Millionen Dollar für ungedeckte Rückstellungen für

Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses, Jahresurlaubsansprüche und Heimkehrbeihilfen. Die Liquiditätsposition des Instituts blieb zufriedenstellend; Ende 2006 betrug die Kassenbestände 13 Millionen Dollar.

HINWEIS FÜR DEN LESER

Die nachfolgenden Übersichten sind wortgetreue Auszüge aus den vollständigen Rechnungsabschlüssen, die der Generalversammlung gesondert vorgelegt wurden. Die vollständigen Rechnungsabschlüsse und dazugehörigen Erläuterungen sind zu umfangreich, um in diesem Bericht wiedergegeben zu werden.

Zusammenfassende Darstellung aller Fonds der Vereinten Nationen^{a,b}
 Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden
 für den am 31. Dezember 2006 endenden Zwölfmonatszeitraum des Zweijahreshaushalts 2006-2007
(in Tausend US-Dollar)

	Allgemeiner Fonds und damit zusam- menhängende Fonds (Übs. V)	Aktivitäten der technischen Zusammenar- beit (Übs. VI)	Allgemeine Treuhandfonds (Übs. VII)	Steueraus- gleichsfonds (Übs. VIII)	Anlagever- mögen und Anlagen im Bau (Übs. IX)	Sonstige Sonderfonds (Übs. X)	Eliminie- rungen (alle Fonds)	Gesamt 2006	Gesamt 2004 ^c
Einnahmen									
Pflichtbeiträge	1.924.840	-	-	-	108.698	-	-	2.033.538	1.649.332
Freiwillige Beiträge	-	108.651	814.444	-	-	5.084	-	928.179	486.639
Einnahmenerzeugende Tätigkeiten, netto	3.692	-	-	-	-	-	-	3.692	4.201
Einnahmen auf Grund von interinstitutionellen Vereinbarungen	-	12.255	20.616	-	-	99.245	-	132.116	84.651
Zuweisungen aus anderen Fonds	-	18.911	1.077	-	7.776	105.089	(116.830)	16.023	7.759
Einnahmen aus Dienstleistungen	2.382	-	-	-	-	112.947	(56.676)	58.653	56.211
Zinserträge	25.892	10.174	40.504	-	2.441	22.080	-	101.091	27.139
Weitere/sonstige Einnahmen	12.642	899	85.459	353.136	2.309	85.074	(224.424)	315.095	244.860
Einnahmen insgesamt	1.969.448	150.890	962.100	353.136	121.224	429.519	(397.930)	3.588.387	2.560.792
Ausgaben									
Ausgaben insgesamt	1.903.875	145.753	651.523	351.105	44.034	321.039	(440.351)	2.976.978	2.422.986
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben	65.573	5.137	310.577	2.031	77.190	108.480	42.421	611.409	137.806
Anpassungen gegenüber früheren Perioden	(201)	(50)	(7.308)	(3.907)	-	81	-	(11.385)	(3.306)
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben, netto	65.372	5.087	303.269	(1.876)	77.190	108.561	42.421	600.024	134.500
Vorläufige Einsparungen bei oder Streichung von Verpflichtungen früherer Perioden	45.496	-	-	6	1.613	4.462	-	51.577	30.147
(Zuführungen zu) Entnahmen aus anderen Fonds	-	413	62.970	-	-	(63.705)	-	(322)	(29)
Übertragungen (an) von anderen Organisationen	-	-	(36.928)	-	-	-	-	(36.928)	(10.213)
Zuführung zu Anlagen im Bau	-	-	-	-	42.421	-	(42.421)	-	-
Rückerstattungen an Geber	-	(682)	(4.963)	-	-	-	-	(5.645)	(38.689)
Sonstige Anpassungen bei Rücklagen und Fondssalden	(2.307.514) ^d	-	-	6.401	-	1.828	-	(2.299.285)	(1.424)
Rücklagen und Fondssalden zu Beginn der Periode	417.992	209.488	809.638	11.973	614.898	622.303	-	2.686.292	2.222.396
Rücklagen und Fondssalden am Ende der Periode	(1.778.654)	214.306	1.133.986	16.504	736.122	673.449	-	995.713	2.336.688

- a Siehe Erläuterungen 2 und 3.
- b Die Friedenssicherungskonten, die Irak-Treuhandkonten der Vereinten Nationen und die Konten für die Entschädigungskommission der Vereinten Nationen und die internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda wurden nicht aufgenommen, da sie in gesonderten Übersichten ausgewiesen werden.
- c Die Vergleichszahlen wurden der aktuellen Darstellung angepasst.
- d Entspricht Rückstellungen für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses in Höhe von 2.072.829.000 \$ zum 31. Dezember 2005 sowie für nicht in Anspruch genommene Urlaubstage in Höhe von 133.591.218 \$ und Heimkehrbeihilfen in Höhe von 101.093.817 \$ zum 31. Dezember 2006. Diese wurden zuvor in den Erläuterungen ausgewiesen und sind jetzt in den Rechnungsabschlüssen als Verbindlichkeiten erfasst. Siehe Erläuterung 11.

Die beigefügten Erläuterungen sind Bestandteil der Rechnungsabschlüsse.

VN: Übersicht II

Zusammenfassende Darstellung aller Fonds der Vereinten Nationen^{a, b} Übersicht über das Vermögen, die Schulden, die Rücklagen und die Fondssalden zum 31. Dezember 2006 (in Tausend US-Dollar)

	Allgemeiner Fonds und damit zusammenhängende Fonds (Übs. V)	Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit (Übs. VI)	Allgemeine Treuhandfonds (Übs. VII)	Steuerausgleichsfonds (Übs. VIII)	Anlagevermögen und Anlagen im Bau (Übs. IX)	Sonstige Sonderfonds (Übs. X)	Eliminierungen (alle Fonds)	Gesamt 2006	Gesamt 2004 ^c
Vermögen									
Kassenbestand und Termineinlagen	55.456	4.157	35.064	-	135	32.620	-	127.432	390.346
Kurzfristige Kapitalanlagen	-	-	-	-	-	3.600	-	3.600 ^d	3.130
Langfristige Kapitalanlagen	-	-	2.088	-	-	53.698	-	55.786 ^d	57.148
Zentralkonten ^e	458.068	223.703	841.172	-	117.425	426.925	-	2.067.293	1.040.871
Forderungen aus Pflichtbeiträgen der Mitgliedstaaten	372.717	-	-	-	33.487	6.100	-	412.304	375.087
Forderungen aus freiwilligen Beiträgen	-	-	46.302	-	-	-	-	46.302	12.277
Forderungen aus Salden zwischen Fonds	426.429	154.696	4.553	138.568	67.919	97.351	(747.556)	141.960 ^f	96.382
Sonstige Forderungen	78.319	33.525	363.905	41.232	-	80.912	-	597.893	421.822
Sonstige Vermögenswerte	73.924	8.440	1.065	4	3.308	36.372	-	123.113	88.127
Grundstücke und Gebäude	-	-	-	-	437.897	-	-	437.897	437.897
Anlagen im Bau	-	-	-	-	133.133	-	-	133.133	74.027
Vermögen insgesamt	1.464.913	424.521	1.294.149	179.804	793.304	737.578	(747.556)	4.146.713	2.997.114
Schulden									
Vorausgezahlte Beiträge oder andere Vorauszahlungen	7.944	-	-	-	5.186	-	-	13.130	2.906
Nicht abgewickelte Verpflichtungen	142.040	46.142	103.348	66.000	40.551	55.606	-	453.687	406.843
Verbindlichkeiten aus Salden zwischen Fonds	667.634	156.313	14.545	-	9.681	3.904	(747.556)	104.521 ^f	55.880

Zusammenfassende Darstellung aller Fonds der Vereinten Nationen^{a, b}
Übersicht über das Vermögen, die Schulden, die Rücklagen und die Fondssalden zum 31. Dezember 2006
(in Tausend US-Dollar)

	Allgemeiner Fonds und damit zusammenhängende Fonds (Übs. V)	Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit (Übs. VI)	Allgemeine Treuhandfonds (Übs. VII)	Steuerausgleichsfonds (Übs. VIII)	Anlagevermögen und Anlagen im Bau (Übs. IX)	Sonstige Sonderfonds (Übs. X)	Eliminierungen (Alle Fonds)	Gesamt 2006	Gesamt 2004 ^c
Schulden (Fortsetzung)									
Sonstige Verbindlichkeiten	117.658	6.714	12.360	97.300	1.764	3.997	–	239.793	190.102
Sonstige Schulden	777	1.046	29.910	–	–	622	–	32.355	4.695
Fällige Leistungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses und nach Ruhestand	2.307.514 ^g	–	–	–	–	–	–	2.307.514	–
Schulden insgesamt	3.243.567	210.215	160.163	163.300	57.182	64.129	(747.556)	3.151.000	660.426
Rücklagen und Fondssalden									
Ausgleichsrücklagen	–	–	24.768	–	–	90.740	–	115.508	116.895
Rücklagen für Zuweisungen	–	–	229.062	–	–	–	–	229.062	78.740
Salden in Bezug auf geberfinanzierte Projekte	–	214.306	–	–	–	–	–	214.306	140.352
Betriebsmittelfonds	100.000	–	–	–	–	–	–	100.000	100.000
Eigenmittel in Bezug auf Grundstücke und Gebäude	–	–	–	–	417.675	–	–	417.675	417.675
Genehmigte einbehaltene Überschüsse	68.356	–	–	–	–	–	–	68.356	68.356
Fondskapital aus Beiträgen	48.728	–	3.000	–	20.222	–	–	71.950	122.462
Kumulierter Überschuss (Fehlbetrag)	(1.995.738)	–	877.156	16.504	298.225	582.709	–	(221.144)	1.292.208
Rücklagen und Fondssalden insgesamt	(1.778.654)	214.306	1.133.986	16.504	736.122	673.449	–	995.713	2.336.688
Schulden und Rücklagen und Fondssalden insgesamt	1.464.913	424.521	1.294.149	179.804	793.304	737.578	(747.556)	4.146.713	2.997.114

^a Siehe Erläuterungen 2 und 3.

^b Die Friedenssicherungskonten, die Irak-Treuhandkonten der Vereinten Nationen und die Konten für die Entschädigungskommission der Vereinten Nationen und die internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda wurden nicht aufgenommen, da sie in gesonderten Übersichten ausgewiesen werden.

^c Die Vergleichszahlen wurden der aktuellen Darstellung angepasst.

^d Anleihen, Schuldtitel öffentlicher Stellen und Handelspapiere.

^e Siehe Erläuterung 2 m (iii).

^f Umfasst nicht eliminierte Darlehen und Salden zwischen Fonds in Bezug auf friedenssichernde Tätigkeiten, die Irak-Treuhandkonten der Vereinten Nationen, die Entschädigungskommission der Vereinten Nationen und die internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda.

^g Entspricht Rückstellungen für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses in Höhe von 2.072.829.000 \$ zum 31. Dezember 2005 sowie für nicht in Anspruch genommene Urlaubstage in Höhe von 133.591.218 \$ und Heimkehrbeihilfen in Höhe von 101.093.817 \$ zum 31. Dezember 2006. Diese wurden zuvor in den Erläuterungen ausgewiesen und sind jetzt in den Rechnungsabschlüssen als Verbindlichkeiten erfasst. Siehe Erläuterung 11.

Die beigefügten Erläuterungen sind Bestandteil der Rechnungsabschlüsse.

Allgemeiner Fonds der Vereinten Nationen
 Übersicht über die Mittelbewilligungen für den am 31. Dezember 2006 endenden Zwölfmonatszeitraum
 des Zweijahreshaushalts 2006-2007
(in Tausend US-Dollar)

Einzelplan und Kapitel	Bewilligte Mittel		Ausgaben		Nicht ausgeschöpfte Mittel
	Res. 60/247, 60/281, 60/283 und 61/253	Auszahlungen	Nicht abgewickelte Verpflichtungen	Ausgaben insgesamt	
Einzelplan I. Allgemeine Politik, Gesamtleitung und Koordinierung					
01 Allgemeine Politik, Gesamtleitung und Koordinierung	77.004	33.015	4.495	37.510	39.494
02 Angelegenheiten der Generalversammlung und Konferenzdienste	602.512	272.634	6.037	278.671	323.841
Gesamt	679.516	305.649	10.532	316.181	363.335
Einzelplan II. Politische Angelegenheiten					
03 Politische Angelegenheiten	686.871	244.727	40.351	285.078	401.793
04 Abrüstung	20.471	9.113	376	9.489	10.982
05 Friedenssicherungseinsätze	96.671	39.827	2.845	42.672	53.999
06 Friedliche Nutzung des Weltraums	6.176	2.814	60	2.874	3.302
Gesamt	810.189	296.481	43.632	340.113	470.076
Einzelplan III. Internationale Rechtspflege und Völkerrecht					
07 Internationaler Gerichtshof	36.785	17.948	111	18.059	18.726
08 Rechtsangelegenheiten	42.153	19.274	665	19.939	22.214
Gesamt	78.938	37.222	776	37.998	40.940
Einzelplan IV. Internationale Entwicklungszusammenarbeit					
09 Wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten	157.474	72.658	1.719	74.377	83.097
10 Büro des Hohen Beauftragten für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer	5.053	2.081	49	2.130	2.923
11 Unterstützung der Vereinten Nationen für die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas	10.803	3.873	183	4.056	6.747
12 Handel und Entwicklung	117.153	53.785	1.035	54.820	62.333
13 Internationales Handelszentrum UNCTAD/WTO	26.902	13.675	–	13.675	13.227
14 Umwelt	12.287	6.167	78	6.245	6.042
15 Menschliche Siedlungen	18.289	8.590	210	8.800	9.489
16 Internationale Drogenkontrolle, Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege	32.838	14.610	321	14.931	17.907
Gesamt	380.799	175.439	3.595	179.034	201.765

Allgemeiner Fonds der Vereinten Nationen
Übersicht über die Mittelbewilligungen für den am 31. Dezember 2006 endenden Zwölfmonatszeitraum
des Zweijahreshaushalts 2006-2007
(in Tausend US-Dollar)

Einzelplan und Kapitel	Bewilligte Mittel		Ausgaben		Ausgaben insgesamt	Nicht ausgeschöpfte Mittel
	Res. 60/247, 60/281, 60/283 und 61/253	Auszahlungen	Nicht abgewickelte Verpflichtungen			
Einzelplan V. Regionale Entwicklungszusammenarbeit						
17 Wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Afrika	107.404	43.352	3.752		47.104	60.300
18 Wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Asien und im Pazifik	74.665	36.398	1.054		37.452	37.213
19 Wirtschaftliche Entwicklung in Europa	57.110	27.187	513		27.700	29.410
20 Wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Lateinamerika und in der Karibik	97.180	44.358	1.053		45.411	51.769
21 Wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Westasien	56.325	25.782	3.026		28.808	27.517
22 Reguläres Programm der technischen Zusammenarbeit	46.881	16.727	2.184		18.911	27.970
Gesamt	439.565	193.804	11.582		205.386	234.179
Einzelplan VI. Menschenrechte und humanitäre Angelegenheiten						
23 Menschenrechte	88.009	31.072	2.470		33.542	54.467
24 Schutz und Hilfe für Flüchtlinge	67.031	30.721	–		30.721	36.310
25 Palästinaflüchtlinge	36.731	19.835	–		19.835	16.896
26 Humanitäre Hilfe	26.566	10.646	789		11.435	15.131
Gesamt	218.337	92.274	3.259		95.533	122.804
Einzelplan VII. Öffentlichkeitsarbeit						
27 Öffentlichkeitsarbeit	178.852	80.652	1.889		82.541	96.311
Gesamt	178.852	80.652	1.889		82.541	96.311
Einzelplan VIII. Gemeinsame Unterstützungsdienste						
28A Büro des Untergeneralsekretärs für Management	19.959	9.107	336		9.443	10.516
28B Bereich Programmplanung, Haushalt und Rechnungswesen	32.918	15.116	160		15.276	17.642
28C Bereich Personalmanagement	67.557	29.965	2.145		32.110	35.447
28D Bereich Zentrale Unterstützungsdienste	245.409	104.307	5.669		109.976	135.433
28E Verwaltung, Genf	107.193	44.755	4.290		49.045	58.148
28F Verwaltung, Wien	35.297	15.842	1.000		16.842	18.455
28G Verwaltung, Nairobi	19.645	10.353	206		10.559	9.086
Gesamt	527.978	229.445	13.806		243.251	284.727

Einzelplan IX. Interne Aufsicht						
29	Interne Aufsicht	31.545	12.125	552	12.677	18.868
	Gesamt	31.545	12.125	552	12.677	18.868
Einzelplan X. Gemeinsam finanzierte Verwaltungstätigkeiten und Sonderausgaben						
30	Gemeinsam finanzierte Verwaltungstätigkeiten	7.799	5.550	–	5.550	2.249
31	Sonderausgaben	93.479	48.905	70	48.975	44.504
	Gesamt	101.278	54.455	70	54.525	46.753
Einzelplan XI. Ausgaben betreffend das Anlagevermögen						
32	Bau-, Umbau- und Verbesserungsarbeiten sowie größere Instandhaltungsarbeiten	78.532	20.425	9.479	29.904	48.628
	Gesamt	78.532	20.425	9.479	29.904	48.628
Einzelplan XII. Sicherheit						
33	Sicherheit	195.538	82.732	2.427	85.159	110.379
	Gesamt	195.538	82.732	2.427	85.159	110.379
Einzelplan XIII. Sonderhaushalt für Entwicklungsprogramme						
34	Sonderhaushalt für Entwicklungsprogramme	16.481	13.954	–	13.954	2.527
	Gesamt	16.481	13.954	–	13.954	2.527
Einzelplan XIV. Personalabgabe						
35	Personalabgabe	436.348	207.619	–	207.619	228.729
	Gesamt	436.348	207.619	–	207.619	228.729
	Gesamtsumme	4.173.896	1.802.276	101.599	1.903.875	2.270.021

Allgemeiner Fonds der Vereinten Nationen und verwandte Fonds

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden für den am 31. Dezember 2006 endenden Zwölfmonatszeitraum des Zweijahreshaushalts 2006-2007
(in Tausend US-Dollar)

	Allgemeiner Fonds der Vereinten Nationen	Betriebsmittelfonds	Sonderkonto	Nicht zugeordnete Verbindlichkeiten	Gesamt 2006	Gesamt 2004
Einnahmen						
Pflichtbeiträge	1.924.840	-	-	-	1.924.840	1.649.332
Nettoerträge aus einnahmenerzeugenden Tätigkeiten	3.692	-	-	-	3.692	4.201
Einnahmen aus Dienstleistungen	2.382	-	-	-	2.382	3.099
Zinserträge	16.369	-	9.523	-	25.892	2.787
Weitere/sonstige Einnahmen	12.582	-	60	-	12.642	9.167
Einnahmen insgesamt	1.959.865	-	9.583	-	1.969.448	1.668.586
Ausgaben						
Personal- und damit zusammenhängende Kosten	1.484.891	-	-	-	1.484.891	1.291.016
Reisen	43.583	-	-	-	43.583	37.211
Vertragsdienstleistungen	57.887	-	-	-	57.887	47.235
Betriebliche Aufwendungen	160.219	-	-	-	160.219	148.309
Anschaffungen	58.813	-	-	-	58.813	106.073
Sonstige Ausgaben	98.482	-	-	-	98.482	84.345
Ausgaben insgesamt	1.903.875	-	-	-	1.903.875	1.714.189
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben	55.990	-	9.583	-	65.573	(45.603)
Anpassungen gegenüber früheren Perioden	(201)	-	-	-	(201)	(723)
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben, netto	55.789	-	9.583	-	65.372	(46.326)
Vorläufige Einsparungen bei oder Streichung von Verpflichtungen früherer Perioden	45.496	-	-	-	45.496	21.638
Sonstige Anpassungen bei Rücklagen und Fondssalden	-	-	-	(2.307.514)	(2.307.514)	(1.275)
Rücklagen und Fondssalden zu Beginn der Periode	103.288	100.000	214.704	-	417.992	316.314
Rücklagen und Fondssalden am Ende der Periode	204.573	100.000	224.287	(2.307.514)	(1.778.654)	290.351

Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden für den am 31. Dezember 2006 endenden Zwölfmonatszeitraum des Zweijahreshaushalts 2006-2007
(in Tausend US-Dollar)

	Vereinte Nationen	ECA	ESCAP	ECE	ECLAC	ESCWA	UNCTAD	UN-Habitat	Gesamt 2006	Gesamt 2004
Einnahmen										
Freiwillige Beiträge	45.081	8.153	8.540	4.998	11.900	1.504	28.475	–	108.651	89.888
Einnahmen auf Grund von interinstitutionellen Vereinbarungen	6.559	413	1.286	104	553	562	2.778	–	12.255	24.000
Zuweisungen aus anderen Fonds	7.592	3.464	1.778	1.190	1.828	1.691	806	562	18.911	19.520
Zinserträge	4.103	739	1.781	373	647	391	2.140	–	10.174	2.716
Weitere/sonstige Einnahmen	286	1	–	48	226	32	306	–	899	507
Einnahmen insgesamt	63.621	12.770	13.385	6.713	15.154	4.180	34.505	562	150.890	136.631
Ausgaben										
Personal- und damit zusammenhängende Kosten	45.415	6.408	5.577	3.618	8.316	2.480	20.015	550	92.379	85.681
Reisen	1.851	1.260	744	746	1.229	301	4.464	8	10.603	11.215
Vertragsdienstleistungen	2.142	891	1.274	181	103	198	1.570	–	6.359	8.343
Betriebliche Aufwendungen	518	100	416	86	391	162	306	2	1.981	2.509
Anschaffungen	1.998	119	222	43	68	2.437	872	2	5.761	2.564
Sonstige	3.401	2.898	3.101	339	1.322	1.129	3.457	–	15.647	14.405
Projektkosten insgesamt	55.325	11.676	11.334	5.013	11.429	6.707	30.684	562	132.730	124.717
Programmunterstützungskosten	5.528	1.044	1.108	493	965	358	3.527	–	13.023	12.229
Ausgaben insgesamt	60.853	12.720	12.442	5.506	12.394	7.065	34.211	562	145.753	136.946
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben	2.768	50	943	1.207	2.760	(2.885)	294	–	5.137	(315)
Anpassungen gegenüber früheren Perioden	(4)	(53)	–	–	–	8	(1)	–	(50)	309
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben, netto	2.764	(3)	943	1.207	2.760	(2.877)	293	–	5.087	(6)
(Zuführungen zu) Entnahmen aus anderen Fonds	735	(265)	(69)	–	–	12	–	–	413	(410)
Rückerstattungen an Geber	(187)	–	–	–	(181)	(49)	(265)	–	(682)	(3.081)
Sonstige Anpassungen bei den Fondssalden	–	–	–	–	–	–	–	–	–	605
Rücklagen und Fondssalden zu Beginn der Periode	97.473	8.566	33.473	7.569	10.233	8.163	44.011	–	209.488	143.244
Rücklagen und Fondssalden am Ende der Periode	100.785	8.298	34.347	8.776	12.812	5.249	44.039	–	214.306	140.352

Allgemeine Treuhandfonds der Vereinten Nationen

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden für den am 31. Dezember 2006 endenden Zwölfmonatszeitraum des Zweijahreshaushalts 2006-2007
(in Tausend US-Dollar)

	Politische Angelegenheiten	Internationale Rechtspflege und Völkerrecht	Wirtschaftliche und soziale Entwicklung	Menschenrechte und humanitäre Angelegenheiten	Öffentlichkeitsarbeit	Gemeinsame Unterstützungsdienste und Verschiedenes	Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften (UNFIP)	Gesamt 2006	Gesamt 2004
Einnahmen									
Freiwillige Beiträge	56.441	2.416	42.367	580.764	281	49.626	82.549	814.444	395.883
Einnahmen auf Grund von interinstitutionellen Vereinbarungen	847	-	813	18.910	46	-	-	20.616	1.137
Zuweisungen aus anderen Fonds	-	-	1.077	-	-	-	-	1.077	546
Zinserträge	6.961	507	3.943	18.912	377	6.887	2.917	40.504	11.553
Weitere/sonstige Einnahmen	2.792	173	3.799	38.203	1.268	1.408	37.816	85.459	39.427
Einnahmen insgesamt	67.041	3.096	51.999	656.789	1.972	57.921	123.282	962.100	448.546
Ausgaben									
Personal- und damit zusammenhängende Kosten	9.390	1.663	21.498	156.404	1.416	10.362	979	201.712	125.556
Reisen	2.216	425	4.851	19.523	136	2.351	111	29.613	23.789
Vertragsdienstleistungen	722	392	6.263	44.218	234	10.734	112	62.675	35.854
Betriebliche Aufwendungen	937	133	1.474	112.973	168	3.940	28	119.653	17.599
Anschaffungen	363	129	2.578	21.786	6	3.090	44	27.996	19.239
Sonstige	9.562	141	9.845	48.608	-	1.855	82.033	152.044	132.820
Programmunterstützungskosten (Durchführungspartner)	13	-	638	12.760	-	1.550	-	14.961	4.689
Direkte Ausgaben insgesamt	23.203	2.883	47.147	416.272	1.960	33.882	83.307	608.654	359.546
Programmunterstützungskosten (Vereinte Nationen)	1.992	302	4.281	34.413	244	1.517	120	42.869	24.192
Ausgaben insgesamt	25.195	3.185	51.428	450.685	2.204	35.399	83.427	651.523	383.738
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben	41.846	(89)	571	206.837	(240)	22.522	39.855	310.577	64.808
Anpassungen gegenüber früheren Perioden	(8.482)	(120)	(812)	733	(8)	542	839	(7.308)	(582)
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben, netto	33.364	(209)	(241)	206.837	(240)	23.064	40.694	303.269	64.226
(Zuführungen zu) Entnahmen aus anderen Fonds	(8.177)	-	242	70.905	-	-	-	62.970	(946)
Übertragungen (an) von anderen Organisationen	(36.805)	-	(13)	-	-	(110)	-	(36.928)	(10.213)
Rückerstattungen an Geber	(2.447)	-	(1.255)	(1.183)	(26)	(52)	-	(4.963)	(35.608)
Rücklagen und Fondssalden zu Beginn der Periode	157.433	11.318	100.654	350.956	7.503	168.637	13.137	809.638	668.941
Rücklagen und Fondssalden am Ende der Periode	143.368	11.109	99.387	627.515	7.237	191.539	53.831	1.133.986	686.400

Steuerausgleichsfonds der Vereinten Nationen

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden für den am 31. Dezember 2006 endenden Zwölfmonatszeitraum des Zweijahreshaushalts 2006-2007
(in Tausend US-Dollar)

	Vereinigte Staaten von Amerika	Mitgliedstaaten	Andere Mitgliedstaaten	Gesamt 2006	Gesamt 2004
Einnahmen					
Einnahmen aus der Personalabgabe von:					
Ordentlicher Haushalt der Vereinten Nationen	46.102	163.455		209.557	208.232
Friedenssicherungseinsätze	30.702	84.316		115.018	95.359
Internationale Ad-hoc-Strafgerichtshöfe	6.954	21.607		28.561	30.399
Einnahmen insgesamt	83.758	269.378		353.136	333.990
Ausgaben					
Geschätzter Betrag der Erstattungen an Bedienstete, die der Einkommensteuer der Vereinigten Staaten unterliegen, für die Steuerjahre 2004 und 2005					
Bundeseinkommensteuer	41.000			41.000	33.500
Bundesstaatliche Einkommensteuer	11.900			11.900	11.000
Kommunale Einkommensteuer	4.400			4.400	4.000
Sozialversicherungssteuer	8.700			8.700	8.500
Zwischensumme	66.000			66.000	57.000
Gutschriften an andere Mitgliedstaaten für:					
Ordentlicher Haushalt der Vereinten Nationen		170.229		170.229	166.373
Friedenssicherungseinsätze		95.494		95.494	73.932
Internationale Ad-hoc-Strafgerichtshöfe		18.704		18.704	23.606
Zwischensumme		284.427		284.427	263.911
Personal- und andere Kosten	678			678	605
Ausgaben insgesamt	66.678	284.427		351.105	321.516
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben	17.080	(15.049)		2.031	12.474
Anpassungen gegenüber früheren Perioden	(3.907)			(3.907)	(2.172)
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben, netto	13.173	(15.049)		(1.876)	10.302
Vorläufige Einsparungen bei oder Streichung von Verpflichtungen früherer Perioden	6			6	3.603
Sonstige Anpassungen bei den Fondssalden		6.401		6.401	(2.409)
Rücklagen und Fondssalden zu Beginn der Periode		11.973		11.973	25.431
Rücklagen und Fondssalden am Ende der Periode	13.179	3.325		16.504	36.927

Anlagevermögen der Vereinten Nationen und Anlagen im Bau

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden für den am 31. Dezember 2006 endenden Zwölfmonatszeitraum des Zweijahreshaushalts 2006-2007
(in Tausend US-Dollar)

	Fonds des Anlagevermögens		Anlagen im Bau						Gesamt 2006	Gesamt 2004
	Sanierungs-gesamtplan	Sicherheits-maßnahmen	UNON	ECA	ECLAC	Sonstige				
Einnahmen										
Pflichtbeiträge	-	108.698	-	-	-	-	-	-	108.698	-
Zuweisungen aus anderen Fonds	-	-	6.106	1.670	-	-	-	-	7.776	51.688
Zinserträge	-	1.709	-	309	21	402	-	-	2.441	481
Weitere/sonstige Einnahmen	-	-	-	2.309	-	-	-	-	2.309	2.088
Einnahmen insgesamt	-	110.407	6.106	1.691	-	402	-	-	121.224	54.257
Ausgaben (Aufstellung 9.1)										
Ausgaben insgesamt	-	36.526	7.103	286	6	-	-	-	44.034	51.320
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben	-	73.881	(997)	1.405	(6)	402	-	-	77.190	2.937
Vorläufige Einsparungen bei oder Streichung von Verpflichtungen früherer Perioden	-	1.512	101	-	-	-	-	-	1.613	3
Zuführung zu Anlagen im Bau	-	35.014	7.002	286	6	-	-	-	42.421	51.317
Sonstige Anpassungen bei Rücklagen und Fondssalden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	(6)
Rücklagen und Fondssalden zu Beginn der Periode	437.897	52.666	107.557	7.079	-	9.699	-	-	614.898	524.020
Rücklagen und Fondssalden am Ende der Periode	437.897	163.073	113.663	9.697	1.691	10.101	-	-	736.122	578.271

Andere Sonderfonds der Vereinten Nationen

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden für den am 31. Dezember 2006 endenden Zwölfmonatszeitraum des Zweijahreshaushalts 2006-2007
(in Tausend US-Dollar)

	Treuhandrisch verwaltete Mittel der Vereinten Nationen	Programmunterstützungskosten	Gemeinsame Unterstützungsdienste	Gemeinsame finanzierte Tätigkeiten der Vereinten Nationen	Zentraler revolvingender Nothilfefonds der Vereinten Nationen	Mehrfähriges Sonderkonto für ergänzende Entwicklungsaktivitäten	Sonstige	Gesamt 2006	Gesamt 2004
Einnahmen									
Freiwillige Beiträge	-	-	-	5.084	-	-	-	5.084	868
Einnahmen auf Grund von interinstitutionellen Vereinbarungen	-	-	-	99.245	-	-	-	99.245	59.514
Zuweisungen aus anderen Fonds	200	-	37.906	53.029	-	13.954	-	105.089	76.180
Einnahmen aus Dienstleistungen	-	101.160	8.960	2.827	-	-	-	112.947	89.533
Zinserträge	14.223	6.960	102	454	-	-	341	22.080	9.602
Beiträge des Personals der Vereinten Nationen	67.868	-	-	-	-	-	-	67.868	53.981
Weitere/sonstige Einnahmen	17.526	(2.107)	927	308	-	9	543	17.206	22.738
Einnahmen insgesamt	99.817	106.013	47.895	160.947	-	13.963	884	429.519	312.416
Ausgaben									
Personal- und damit zusammenhängende Kosten	1.450	57.076	1.969	97.793	-	2.755	215	161.258	140.376
Reisen	-	1.541	-	4.280	-	890	-	6.711	6.073
Vertragsdienstleistungen	-	2.561	914	13.947	-	933	-	18.355	8.431
Betriebliche Aufwendungen	42	7.374	33.822	9.032	-	167	97	50.534	36.413
Anschaffungen	-	2.599	162	4.898	-	199	-	7.858	9.835
Erstattung von Ansprüchen	60.463	-	-	-	-	-	-	60.463	52.779
Beiträge zur Defizitdeckung	1.651	-	-	-	-	-	-	1.651	1.138
Sonstige	1.124	5.871	-	4.862	-	2.303	49	14.209	5.183
Ausgaben insgesamt	64.730	77.022	36.867	134.812	-	7.247	361	321.039	260.228
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben	35.087	28.991	11.028	26.135	-	6.716	523	108.480	52.188
Anpassungen gegenüber früheren Perioden	(722)	803	-	-	-	-	-	81	(138)
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben, netto	34.365	29.794	11.028	26.135	-	6.716	523	108.561	52.050
Vorläufige Einsparungen bei oder Streichung von Verpflichtungen früherer Perioden	3	-	482	2.311	-	1.666	-	4.462	4.903
(Zuführungen zu) Entnahmen aus anderen Fonds	-	3.227	-	-	(66.932)	-	-	(63.705)	1.327
Sonstige Anpassungen bei Rücklagen und Fondssalden	518	286	-	371	-	-	653	1.828	1.661
Rücklagen und Fondssalden zu Beginn der Periode	327.526	133.130	20.118	4.241	66.932	13.165	57.191	622.303	544.446
Rücklagen und Fondssalden am Ende der Periode	362.412	166.437	31.628	33.058	-	21.547	58.367	673.449	604.387

Erläuterungen zu den Rechnungsabschlüssen

Erläuterung 2 Zusammenfassung der wesentlichen Rechnungslegungs- und Finanzberichterstattungsgrundsätze der Vereinten Nationen

a) Die Rechnungsführung der Vereinten Nationen erfolgt im Einklang mit der Finanzordnung und den Finanzvorschriften der Vereinten Nationen, die von der Generalversammlung verabschiedet wurden, und den Regeln, die der Generalsekretär auf Grund der vom Untergeneralsekretär für Management und vom Controller erlassenen Vorschriften und Verwaltungsanweisungen festlegt. Sie berücksichtigt außerdem vollständig die vom Koordinierungsrat der Leiter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen (CEB) verabschiedeten Rechnungslegungsnormen des Systems der Vereinten Nationen. Der Ausweis erfolgt gemäß IAS 1 "Darstellung des Abschlusses" über die Angabe der Rechnungslegungsgrundsätze, in der vom Koordinierungsrat der Leiter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen modifizierten und verabschiedeten Form, wie nachstehend angegeben:

- i) Kontinuität der Tätigkeiten, Stetigkeit und Periodengrenzung sind Grundannahmen der Rechnungslegung. Wo in den Abschlüssen Grundannahmen der Rechnungslegung befolgt werden, ist eine Angabe dieser Annahmen nicht notwendig. Wird eine Grundannahme der Rechnungslegung nicht befolgt, soll dies angegeben und begründet werden;
- ii) die Auswahl und Anwendung der Rechnungslegungsgrundsätze soll sich an den Grundsätzen der Vorsicht, des Vorrangs der Substanz über die Form und der Wesentlichkeit orientieren;
- iii) die Abschlüsse sollen eine klare und präzise Angabe aller verwendeten wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze enthalten;
- iv) die Angabe der wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze soll ein fester Bestandteil der Abschlüsse sein. Diese Grundsätze sollen in der Regel an einem Ort angegeben werden;
- v) die Abschlüsse sollen Vergleichszahlen für den entsprechenden Zeitraum der vorangegangenen Finanzperiode ausweisen;
- vi) eine Änderung eines Rechnungslegungsgrundsatzes, die entweder eine wesentliche Auswirkung auf die Rechnungsperiode hat oder von der angenommen wird, dass sie eine wesentliche Auswirkung auf nachfolgende Rechnungsperioden haben wird, soll angegeben und begründet werden. Die Auswirkung der Änderung soll, wenn sie wesentlich ist, angegeben und quantifiziert werden.

b) Die Rechnungsführung der Organisation erfolgt auf fondsbezogener Basis. Die Generalversammlung, der Sicherheitsrat oder der Generalsekretär können gesonderte Fonds für allgemeine oder besondere Zwecke einrichten. Jeder Fonds wird als gesonderte Finanz- und Rechnungslegungseinheit mit eigen-

ständiger doppelter Buchführung geführt. Für jeden Fonds oder für jede Gruppe gleichartiger Fonds werden gesonderte Abschlüsse erstellt.

c) Die Finanzperiode der Organisation ist für alle Fonds ein aus zwei aufeinanderfolgenden Kalenderjahren bestehender Zweijahreszeitraum, mit Ausnahme der Friedenssicherungskonten, für die auf Basis eines vom 1. Juli bis zum 30. Juni laufenden Finanzjahrs Bericht erstattet wird.

d) Im Allgemeinen werden Einnahmen und Ausgaben, Vermögen und Schulden periodengerecht erfasst. Für Einnahmen aus Pflichtbeiträgen findet die Methode unter Buchstabe (k) (ii) Anwendung.

e) Die Rechnungslegung der Organisation erfolgt in US-Dollar. In anderen Währungen geführte Rechnungen werden zum Zeitpunkt der Transaktion zu von den Vereinten Nationen festgelegten Umrechnungskursen in US-Dollar umgerechnet. In anderen Währungen als dem US-Dollar erfasste Barmittel, Kapitalanlagen, ausstehende Beitragszusagen und laufende Forderungen und Verbindlichkeiten werden in den Abschlüssen in Dollar ausgewiesen, wobei die Umrechnung nach den zum Zeitpunkt der Rechnungsabschlüsse anwendbaren Umrechnungskursen der Vereinten Nationen erfolgt. Führt die Anwendung des tatsächlichen Umrechnungskurses zum Zeitpunkt des Rechnungsabschlusses zu einer Bewertung, die von der Anwendung des Umrechnungskurses der Vereinten Nationen für den letzten Monat der Finanzperiode wesentlich abweicht, wird der Betrag der Abweichung in einer Fußnote angegeben.

f) Die Rechnungsabschlüsse der Organisation werden auf Basis der Anschaffungskosten erstellt und werden nicht zur Berücksichtigung der Auswirkungen von Preisänderungen für Güter und Dienstleistungen angepasst.

g) Die Kapitalflussrechnung wird nach der indirekten Methode erstellt, entsprechend den Rechnungslegungsnormen des Systems der Vereinten Nationen.

h) Die Darstellung der Rechnungsabschlüsse der Organisation folgt den Empfehlungen der Arbeitsgruppe Rechnungslegungsnormen an den Hochrangigen Ausschuss für Managementfragen (HCLM).

i) Die in den Übersichten I, II und III ausgewiesenen Ergebnisse der Geschäftstätigkeit der Organisation werden für alle Fonds ohne gesonderte Berichterstattung nach Art der Tätigkeit zusammengefasst und konsolidiert dargestellt, nachdem alle zwischen den Fonds bestehenden Salden und Fälle der doppelten Erfassung von Einnahmen und Ausgaben eliminiert wurden. Die konsolidierte Darstellung bedeutet nicht, dass die verschiedenen gesonderten Fonds vermischt werden können, da Mittel in der Regel nicht zwischen Fonds übertragen werden können.

j) Gesonderte Abschlüsse werden erstellt für allgemeine und verwandte Fonds der Vereinten Nationen, die Irak-Treuhandkonten der Vereinten Nationen, die Entschädigungskommission der Vereinten Nationen, für den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien, auf Grund der Resolutionen des Sicherheitsrats 808 (1993) und 827 (1993), den Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda, auf Grund der Resolution des Sicher-

heitsrats 955 (1994), sowie die Friedenssicherungskonten, für die auf Basis eines vom 1. Juli bis zum 30. Juni laufenden Finanzjahrs Bericht erstattet wird.

- k) Einnahmen:
- i) Die erforderlichen Beträge zur Finanzierung der Tätigkeiten des ordentlichen Haushalts der Vereinten Nationen, der Friedenssicherungseinsätze, des Sanierungsgesamtplans, der internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda sowie des Betriebsmittelfonds werden nach dem von der Generalversammlung festgelegten Beitragsschlüssel unter den Mitgliedstaaten veranlagt;
 - ii) Einnahmen werden erfasst, sobald die Generalversammlung die Beitragsveranlagung der Mitgliedstaaten genehmigt. Mittelbewilligungen oder Ausgabenermächtigungen werden nur insoweit als Einnahmen erfasst, als die Mitgliedstaaten mit einem entsprechenden Beitrag veranlagt wurden;
 - iii) die Beträge, mit denen Nichtmitgliedstaaten veranlagt werden, die zugestimmt haben, der Organisation die Kosten ihrer Teilnahme an Vertragsorganen, anderen Organen und Konferenzen der Vereinten Nationen zu erstatten, werden als sonstige Einnahmen verbucht;
 - iv) freiwillige Beiträge der Mitgliedstaaten und anderer Geber werden als Einnahmen verbucht, sofern eine schriftliche Zusage vorliegt, zu festgelegten Zeitpunkten während der Finanzperiode Geldbeiträge zu leisten. Freiwillige Beiträge in Form von für den Generalsekretär annehmbaren Dienst- und Sachleistungen werden als Einnahmen verbucht oder in den Rechnungsabschlüssen vermerkt;
 - v) Einnahmen aus einnahmenerzeugenden Tätigkeiten (einschließlich der von externen Auftragnehmern durchgeführten Tätigkeiten) werden in den Abschlüssen netto ausgewiesen, nach Abzug der damit unmittelbar zusammenhängenden Betriebsausgaben;
 - vi) Einnahmen auf Grund von interinstitutionellen Vereinbarungen sind Zuweisungen von Mitteln anderer Einrichtungen, die der Organisation ermöglichen sollen, Projekte oder andere Programme in ihrem Namen zu verwalten;
 - vii) Zuweisungen aus anderen Fonds sind Gelder eines Fonds, deren Zuführung an einen anderen Fonds, aus dem ihre Auszahlung erfolgt, bewilligt wurde oder vorgesehen ist;
 - viii) Einnahmen aus gemeinsam finanzierten Tätigkeiten sind Beträge, die anderen Organisationen für ihren Anteil an den von der Organisation gezahlten gemeinsamen Kosten angelastet werden;
 - ix) Einnahmen aus Dienstleistungen umfassen die für Gehälter und andere Kosten verrechneten Beträge, die der Bereitstellung technischer und verwaltungsmäßiger Unterstützung für andere Organisationen zugerechnet werden können;
 - x) Zinserträge umfassen alle Erträge aus Einlagen auf verschiedenen Bankkonten, Erträge aus Anlagen in markt-
- gängige und andere handelbare Wertpapiere und Erträge aus Kapitalanlagen des Zentralkontos. Alle realisierten Verluste und nicht realisierten Netto-Verluste aus kurzfristigen Kapitalanlagen werden mit den Erträgen aus Kapitalanlagen verrechnet. Die Erträge aus Kapitalanlagen und die mit der Verwaltung der Kapitalanlagen im Zentralkonto verbundenen Kosten werden den teilnehmenden Fonds zugerechnet;
- xi) sonstige Einnahmen umfassen Einkünfte aus der Vermietung von Räumlichkeiten, Erlöse aus dem Verkauf gebrauchter oder überschüssiger Vermögensgegenstände, Erstattungen von Ausgaben, die zu Lasten früherer Perioden verbucht wurden, realisierte Netto-Gewinne aus Wechselkursanpassungen, ausgenommen im Falle der Neubewertung von Verpflichtungen der laufenden Periode, wie nachstehend unter Buchstabe (l) (i) vorgesehen, Regelungen von Versicherungsansprüchen, Beiträge neuer Mitgliedstaaten für das Jahr ihrer Aufnahme in die Vereinten Nationen, Beiträge von Nichtmitgliedstaaten nach Buchstabe (k) (iii), ohne Zweckbindung entgegengenommene Gelder und andere vermischte Einnahmen. Bei allgemeinen Treuhandfonds umfassen die sonstigen Einnahmen auch Einsparungen bei oder Streichungen von Verpflichtungen aus früheren Perioden;
 - xii) zu erwartende Einnahmen in künftigen Finanzperioden werden nicht in der laufenden Finanzperiode erfasst, sondern passivisch abgegrenzt, entsprechend Buchstabe (n) (iii).
- l) Ausgaben:
- i) Die Ausgaben werden auf die bewilligten Haushaltsmittel oder Verpflichtungsermächtigungen angerechnet. Die ausgewiesenen Gesamtausgaben umfassen nicht abgewickelte Verpflichtungen und Auszahlungen. Die Ausgaben umfassen außerdem Wechselkursanpassungen infolge der Neubewertung von Verpflichtungen der laufenden Finanzperiode;
 - ii) Ausgaben für Nichtverbrauchsgüter werden der Haushaltsperiode zugerechnet, in der die Güter erworben wurden, und werden nicht aktiviert. Vorräte solcher Nichtverbrauchsgüter werden zu Anschaffungskosten verbucht;
 - iii) zu erwartende Ausgaben in künftigen Finanzperioden werden nicht in der laufenden Finanzperiode verbucht, sondern aktivisch abgegrenzt, entsprechend Buchstabe (m) (vi).
- m) Vermögen:
- i) Kassenbestand und Termineinlagen sind Einlagen auf Sichtkonten und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten;
 - ii) Kapitalanlagen umfassen marktgängige und andere handelbare Wertpapiere, die von der Organisation zum Zweck der Erzielung von Einnahmen erworben wurden. Kurzfristige Anlagen werden zu Anschaffungskosten oder zum Marktwert angesetzt, sofern dieser Wert niedriger ist; langfristige Anlagen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Anschaffungskosten werden definiert als der Nennwert zuzüglich oder

- abzüglich nicht abgegrenzter Agio- oder Disagiobeträge. Der Marktwert der Kapitalanlagen wird in den Fußnoten zu den Rechnungsabschlüssen angegeben;
- iii) die Zentralkonten umfassen den Anteil der teilnehmenden Fonds an Kassenbeständen und Termineinlagen, kurz- und langfristigen Kapitalanlagen und aufgelaufenen Erträgen aus Kapitalanlagen, die zentral verwaltet werden. Die Kapitalanlagen des Zentralkontos sind ähnlicher Art und werden wie unter Buchstabe (m) (ii) vorgesehen verbucht. Der jeweilige Anteil an den Zentralkonten wird in den Abschlüssen der einzelnen teilnehmenden Fonds gesondert ausgewiesen, und die Zusammensetzung und der Marktwert der Kapitalanlagen werden in einer Fußnote zum Abschluss angegeben;
 - iv) Pflichtbeiträge stellen rechtliche Verpflichtungen der Beitragszahler dar; der Saldo nicht gezahlter Pflichtbeiträge der Mitgliedstaaten wird daher unabhängig von ihrer Einbringlichkeit ausgewiesen. Die Organisation bildet keine Rückstellungen für die verzögerte Erhebung von Pflichtbeiträgen;
 - v) Salden zwischen Fonds entsprechen Transaktionen zwischen Fonds und werden in den Verbindlichkeiten und Forderungen gegenüber dem Allgemeinen Fonds der Vereinten Nationen ausgewiesen. Salden zwischen Fonds entsprechen außerdem unmittelbaren Transaktionen mit dem Allgemeinen Fonds der Vereinten Nationen. Salden zwischen Fonds werden regelmäßig nach Maßgabe der Verfügbarkeit von Kassenmitteln aufgerechnet;
 - vi) aktive Rechnungsabgrenzungsposten umfassen in der Regel Ausgabenposten, die nicht der laufenden Finanzperiode zugeordnet werden können. Sie werden in einer späteren Periode als Ausgaben verbucht. Zu solchen Ausgabenposten gehören vom Controller genehmigte Vorausverpflichtungen für künftige Finanzperioden im Einklang mit Finanzvorschrift 106.7. Derartige Verpflichtungen sind gewöhnlich auf laufende Verwaltungserfordernisse und auf Verträge oder rechtliche Verpflichtungen beschränkt, für deren Erfüllung lange Vorlaufzeiten notwendig sind;
 - vii) ausschließlich für die Zwecke der Bilanzierung wird derjenige Anteil der Vorschüsse auf die Erziehungsbeihilfe, der als zu dem Schul- bzw. Studienjahr gehörig gilt, das zum Stichtag des Rechnungsabschlusses abgelaufen war, aktivisch abgegrenzt. Der gesamte Betrag der Vorschüsse wird als ausstehende Forderung an Bedienstete verbucht, bis die erforderlichen Nachweise über die Anspruchsberechtigung erbracht worden sind; danach werden die Beträge als Ausgabe im Haushalt verbucht, und die Vorschüsse werden abgerechnet;
 - viii) Anlagen im Bau werden bis zum Abschluss der Bauprojekte in den Konten als solche ausgewiesen; danach werden die abgeschlossenen Bauprojekte zusammen mit den Grundstückskosten als Anlagevermögen der Organisation erfasst;
 - ix) Instandhaltung und Reparaturen des Anlagevermögens werden den entsprechenden Haushaltskonten angelastet. Betriebs- und Geschäftsausstattung, sonstige Nichtverbrauchsgüter und Einbauten in gemietete Räume werden nicht zum Vermögen der Organisation gezählt. Derartige Anschaffungen werden im Jahr der Anschaffung den Haushaltskonten angelastet. Der Wert der Nichtverbrauchsgüter wird in den Erläuterungen zu den Rechnungsabschlüssen dargestellt;
 - n) Schulden und Rücklagen und Fondssalden:
 - i) Ausgleichs- und andere Rücklagen sind im Gesamtbetrag der in den Abschlüssen ausgewiesenen Rücklagen und Fondssalden enthalten;
 - ii) nicht abgewickelte Verpflichtungen für künftige Jahre werden sowohl aktivisch abgegrenzt als auch als nicht abgewickelte Verpflichtungen verbucht;
 - iii) passive Rechnungsabgrenzungsposten umfassen Beitragszusagen für künftige Perioden, Vorschüsse aus einnahmenerzeugenden Tätigkeiten und sonstige erhaltene, aber noch nicht realisierte Erträge;
 - iv) von der Organisation eingegangene Verpflichtungen für frühere, die laufende und künftige Finanzperioden werden als nicht abgewickelte Verpflichtungen ausgewiesen. Verpflichtungen der laufenden Periode in Bezug auf den ordentlichen Haushalt und die Sonderkonten gelten für 12 Monate nach dem Ende des Zweijahreszeitraums, auf den sie sich beziehen, weiter. Verpflichtungen für die meisten Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit gelten für 12 Monate nach dem Ende jedes Kalenderjahrs weiter. Nicht abgewickelte Verpflichtungen in Bezug auf den Mitgliedstaaten geschuldete Beträge für Friedenssicherungseinsätze können für einen Zeitraum von fünf Jahren nach dem Ende der Finanzperiode weiter verbucht werden. Nicht abgewickelte Verpflichtungen in Bezug auf Fonds mit mehrjährigem Finanzzyklus gelten bis zum Abschluss des Projekts weiter;
 - v) Rückstellungen für fällige Leistungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses und nach Eintritt in den Ruhestand, darunter für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses, für nicht in Anspruch genommene Urlaubstage und für Heimkehrbeihilfen, die bisher in den Erläuterungen zu den Rechnungsabschlüssen ausgewiesen wurden, werden ab dem mit 31. Dezember 2006 endenden Zwölfmonatszeitraum des Zweijahreshaushalts 2006-2007 in der Übersicht über das Vermögen, die Schulden, die Rücklagen und die Fondssalden als Verbindlichkeiten erfasst. Durch diese veränderte Darstellung sollen diese Verbindlichkeiten im Zeitpunkt ihres Entstehens erfasst werden, entsprechend der Resolution 60/255 der Generalversammlung vom 8. Mai 2006 in Bezug auf die Erfassung der Verbindlichkeiten für Krankenversicherungsleistungen nach Beendigung des Dienstverhältnisses. Siehe Erläuterung 11;

- vi) etwaige Eventualverbindlichkeiten werden in den Erläuterungen zu den Rechnungsabschlüssen ausgewiesen;
- vii) die Vereinten Nationen sind eine Mitgliedorganisation des Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen (UNJSPF), der von der Generalversammlung geschaffen wurde, um den Bediensteten Versorgungsleistungen im Ruhestand und im Falle von Tod oder Invalidität und ähnliche Leistungen zu gewähren. Der Fonds ist ein kapitalgedeckter leistungsorientierter Plan. Die finanzielle Verpflichtung der Organisation gegenüber dem Fonds besteht aus ihrem vorgeschriebenen Beitrag zu dem von der Generalversammlung festgelegten Satz sowie ihrem Anteil an etwaigen Zahlungen zum Ausgleich eines versicherungsmathematischen Defizits nach Artikel 26 der Satzung des Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen. Derartige Zahlungen zum Ausgleich eines Defizits sind nur dann zu leisten, wenn die Generalversammlung die Bestimmung des Artikels 26 geltend gemacht hat, nachdem auf der Grundlage einer Bewertung der versicherungsmathematischen Adäquanz des Fonds zum Bewertungsdatum festgestellt wurde, dass Zahlungen zum Ausgleich eines Defizits notwendig sind. Zum Zeitpunkt des vorliegenden Abschlusses war die Bestimmung von der Generalversammlung nicht geltend gemacht worden.
- o) Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit:
 - i) In den Abschlüssen der Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit sind Aktivitäten erfasst, die durch freiwillige Beiträge, durch vom UNDP, dem UNFPA und aus anderen Quellen auf Grund von interinstitutionellen Vereinbarungen erhaltene Mittel sowie durch Zuweisungen aus Kapitel 13 des ordentlichen Haushalts finanziert werden;
 - ii) freiwillige Beiträge der Mitgliedstaaten oder anderer Geber für Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit werden nach Eingang des Geldbetrags als Einnahmen erfasst, einschließlich Beträgen, die in Erwartung der Benennung spezifischer Projekte erhalten werden;
 - iii) die Einnahmen aus Zuweisungen vom UNDP und dem UNFPA werden unter Berücksichtigung der Zinserträge und weiterer sonstiger Einnahmen bestimmt, die mit den Gesamtausgaben verrechnet werden;
 - iv) die Berechnung der Aufteilung der Zinserträge für Treuhandfonds erfolgt am Jahresende entsprechend dem prozentuellen Anteil eines jeden Fonds auf der Grundlage des durchschnittlichen monatlichen Fondssaldos;
 - v) sonstige Einnahmen aus Tätigkeiten des ordentlichen Haushalts werden als sonstige Einnahmen des Allgemeinen Fonds verbucht. Zinserträge und sonstige Einnahmen für Treuhandfonds der technischen Zusammenarbeit werden den betreffenden Treuhandfonds gutgeschrieben;
 - vi) nicht abgewickelte Verpflichtungen der laufenden Periode für alle Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit, die nicht aus dem ordentlichen Haushalt finanziert werden, gelten 12 Monate nach dem Ende des Kalenderjahrs (nicht des Zweijahreszeitraums), auf das sie sich beziehen, weiter. Nach den Berichterstattungsvorschriften des UNDP/UNFPA können derartige Verpflichtungen jedoch über 12 Monate hinaus weitergelten, wenn noch eine feste Zahlungsverpflichtung besteht. Einsparungen bei oder Streichungen von Verpflichtungen früherer Perioden werden den einzelnen Projekten als Verringerung der Ausgaben der laufenden Periode gutgeschrieben;
- vii) die Mittelbewilligung für die Programme der technischen Zusammenarbeit, die Teil des ordentlichen Haushalts sind, wird im Einklang mit der Finanzordnung der Organisation verwaltet. Nicht abgewickelte Verpflichtungen für das reguläre Programm der technischen Zusammenarbeit, die am Ende einer Finanzperiode noch ausstehen, werden in der folgenden Finanzperiode von den Konten des Allgemeinen Fonds der Vereinten Nationen auf die Konten der technischen Zusammenarbeit übertragen;
- viii) für UNDP/UNFPA-Projekte wird ein Verfahren der Durchschnittskosten verwendet, bei dem diejenigen Elemente der tatsächlichen Kosten von Experten, die dem einzelnen Experten zugerechnet werden können, den UNDP/UNFPA-Projekten zu Durchschnittskosten verrechnet werden. Die Berechnung erfolgt durch anteilige Aufteilung der Kosten auf alle UNDP- oder UNFPA-Projekte, für die während der laufenden Periode Expertendienstleistungen bereitgestellt wurden;
- ix) die Berechnung des Anspruchs auf Heimkehrbeihilfe erfolgt für das anspruchsberechtigte Projektpersonal auf der Grundlage von acht Prozent der Netto-Grundvergütung, soweit das Personal nicht dem Verfahren der Durchschnittskosten unterliegt.
 - p) Die Treuhandfonds, die von der Generalversammlung oder vom Generalsekretär eingerichtet werden, sind zweierlei Art: allgemeine Treuhandfonds und Treuhandfonds für technische Zusammenarbeit:
 - i) Die Rechnungen für die allgemeinen Treuhandfonds werden nach demselben Rechnungslegungsverfahren geführt wie beim ordentlichen Haushalt, wobei jedoch Einsparungen bei oder Streichungen von Verpflichtungen früherer Perioden als sonstige Einnahmen verbucht werden;
 - ii) die allgemeinen Treuhandfonds werden mit den Kosten des Anspruchs auf Heimkehrbeihilfe belastet, der auf der Grundlage von acht Prozent der Netto-Grundvergütung des anspruchsberechtigten Personals berechnet wird;
 - iii) die Rechnungen für die Treuhandfonds für technische Zusammenarbeit und die allgemeinen UNDP/UNFPA-Treuhandfonds werden auf derselben Grundlage geführt wie oben für die Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit beschrieben;
 - iv) Mittel, die die Organisation als Erstattung für die Nutzung ihrer Einrichtungen erhält, werden nicht als Treuhandmittel behandelt. Nicht verausgabte Restbeträge solcher Mittel werden in der Übersicht zum Allgemeinen Fonds (Übersicht V) oder in anderen Übersichten unter den Gesamtverbindlichkeiten ausgewiesen.

Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen (Zusammenfassung)^a

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden für den Zeitraum vom 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006, Stand: 30. Juni 2006 (in Tausend US-Dollar)

	Reservefonds für Friedenssicherungsmaßnahmen, Programmunterstützung, Versorgungsbasis		Abgeschlossene Einsätze insgesamt	Eliminierungen (alle Friedenssicherungsfonds)	Insgesamt für den Zeitraum vom	
	Aktive Einsätze insgesamt	Versorgungsbasis			1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006	1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005
Einnahmen						
Pflichtbeiträge	4.919.718	–	–	–	4.919.718	4.393.867
Freiwillige Beiträge	29.747	–	–	–	29.747	31.972
Finanzierung aus anderen Fonds	–	13.790	–	(13.790)	–	–
Zuweisung aus anderen Fonds	–	159.469	–	(159.469)	–	–
Finanzierung aus Rücklagen und Fondssalden	57.470	44.251	–	–	101.721	11.653
Zinserträge	60.294	8.434	11.306	–	80.034	29.045
Weitere/sonstige Einnahmen	16.133	31.215	480	(30.322)	17.506	15.135
Einnahmen insgesamt	5.083.362	257.159	11.786	(203.581)	5.148.726	4.481.672
Ausgaben insgesamt	4.558.347^b	211.347	11	(186.946)	4.582.759	4.074.306
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben	525.015	45.812	11.775	(16.635)	565.967	407.366
Anpassungen gegenüber früheren Perioden	(284)	(3.284)	(6.033)	2.845	(6.756)	(6.095)
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben, netto	524.731	42.528	5.742	(13.790)	559.211	401.271
Einsparungen bei oder Streichung von Verpflichtungen früherer Perioden	300.210	3.804	152	–	304.166	167.812
Den Mitgliedstaaten erstattete Guthaben	(450.862)	–	(41.767)	–	(492.629)	(245.597)
Zuführungen zu anderen Fonds	–	(13.790)	–	13.790	–	–
Entnahmen aus den Rücklagen und Fondssalden	(57.470)	(44.251)	–	–	(101.721)	(11.653)
Rücklagen und Fondssalden zu Beginn der Periode	742.812	221.852	639.416	–	1.604.080	1.292.247
Rücklagen und Fondssalden am Ende der Periode	1.059.421	210.143	603.543	–	1.873.107	1.604.080

^a Siehe Erläuterung 5.

^b Aufstellung 1.1.

Die beigefügten Erläuterungen sind Bestandteil der Rechnungsabschlüsse.

Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen

Zusammenfassung der Ausgaben für aktive Friedenssicherungseinsätze für den Zeitraum vom 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006,
Stand: 30. Juni 2006
(in Tausend US-Dollar)

Mission	Ausgaben							Nicht ausgeschöpfte Mittel
	Mittelbewilligung	Militär- und Polizeipersonal	Zivilpersonal	Operativer Bedarf	Anteilige Kosten an Versorgungs- und Unterstützungskonto	Freiwillige Beiträge (veranschlagt)	Gesamtausgaben	
UNFICYP	47.944	18.131	12.229	13.467	2.328	1.278	47.433	511
UNDOF	43.706	20.224	7.868	12.026	2.184	–	42.302	1.404
UNIFIL	99.228	40.778	30.341	20.146	4.975	–	96.240	2.988
MINURSO	51.067	6.217	15.808	20.323	2.408	3.761	48.517	2.550
UNOMIG	36.380	3.954	17.601	9.595	1.818	–	32.968	3.412
UNAMSIL	113.216	34.198	26.580	25.359	5.677	–	91.814	21.402
UNMIK	252.552	70.230	135.815	27.708	12.662	–	246.415	6.137
MONUC	1.157.096	448.543	163.232	443.265	20.221	3.237	1.078.498	78.598
UNMISSET	1.758	–	1.104	515	96	–	1.715	43
UNMEE	185.993	78.058	27.778	50.160	9.329	–	165.325	20.668
UNMIL	760.687	377.420	109.620	220.065	38.145	264	745.514	15.173
UNOCI	438.169	185.684	66.984	129.600	19.392	–	401.660	36.509
MINUSTAH	541.302	239.674	88.832	151.131	24.813	–	504.450	36.852
ONUB	307.693	120.527	59.641	58.783	15.421	–	254.372	53.321
UNMIS	969.469	231.665	91.087	478.372	–	–	801.124	168.345
Zwischensumme	5.006.260	1.875.303	854.520	1.660.515	159.469	8.540	4.558.347	447.913
Versorgungsbasis der Vereinten Nationen (UNLB) Auffüllung der strategischen Materialreserve	66.404 ^a	–	–	47.831	–	–	47.831	18.573
Insgesamt	5.072.664	1.875.303	854.520	1.708.346	159.469	8.540	4.606.178^b	466.486

^a Die Mittelbewilligungen gelten nicht für Aktivitäten in Bezug auf die strategische Materialreserve. Die strategische Materialreserve wird als Folge von Lieferungen an Friedenssicherungs- und politische Missionen aufgefüllt.

^b

(in Tausend US-Dollar)

Ausgaben insgesamt nach Aufstellung 1.1

4.606.178

abzüglich: anteilige Kosten an Versorgungsbasis und Unterstützungskonto nach Aufstellung 1.1

(159.469)

abzüglich: unter Friedenssicherungsmissionen und der Versorgungsbasis der Vereinten Nationen erfasste Auffüllungen der strategischen Materialreserve

(27.477)

zugänglich: tatsächliche Kosten der Versorgungsbasis der Vereinten Nationen und des Unterstützungskontos nach Aufstellungen 20.1 und 21.1

163.515

zugänglich: tatsächliche Kosten des Reservefonds für Friedenssicherungsmaßnahmen nach Übersicht XIX

1

zugänglich: Ausgaben der MONUA nach Übersicht XXVII

11

Ausgaben insgesamt nach Übersicht I

4.582.759

Friedenssicherung: Übersicht II

Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen (Zusammenfassung)^a
 Übersicht über das Vermögen, die Schulden, die Rücklagen und die Fondssalden zum 30. Juni 2006
 (in Tausend US-Dollar)

	Reservfonds für Friedenssicherungsmaßnahmen, Programmunterstützung, Versorgungsbasis			Abgeschlossene Einsätze insgesamt		Eliminierungen (alle Friedenssicherungsfonds)	Gesamt	
	Aktive Einsätze insgesamt						2006	2005
Vermögen								
Kassenbestand und Termineinlagen	32.379	1.046	491	–	–	–	33.916	34.978
Zentralkontob ^b	1.609.907	207.472	340.667	–	–	–	2.158.046	1.707.042
Forderungen aus Pflichtbeiträgen der Mitgliedstaaten ^c	730.307	13.607	526.998	–	–	–	1.270.912	1.656.986
Sonderkonten für nicht gezahlte Pflichtbeiträge	55.552	–	11.962	–	–	–	67.514	67.514
Forderungen aus freiwilligen Beiträgen	5.979	–	–	–	–	–	5.979	5.572
Forderungen an Mitgliedstaaten	3.693	1	135.591 ^d	–	–	–	139.285	139.592
Sonstige Forderungen	31.057	2.501	482	(2.378)	–	–	31.662	23.445
Forderungen aus Salden zwischen Fonds	2.456	27.438	6.540	(36.434)	–	–	–	3.412
Forderungen an andere Friedenssicherungskonten	–	12.820	23.816	(36.636)	–	–	–	–
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	6.407	1.029	25	–	–	–	7.461	9.807
Noch nicht verrechnete interne Leistungen	602	9	–	–	–	–	611	176
Sonstige Vermögenswerte	–	–	2.849	–	–	–	2.849	2.849
Vermögen insgesamt	2.478.339	265.923	1.049.421	(75.448)	–	–	3.718.235	3.651.373
Schulden								
Vorausgezahlte Beiträge oder andere Vorauszahlungen	6.384	–	66	–	–	–	6.450	98.956
Nicht abgewickelte Verpflichtungen	1.011.911	42.119	121	–	–	–	1.054.151	1.279.092
Verbindlichkeiten gegenüber Mitgliedstaaten	236.499	–	223.663	–	–	–	460.162	336.185
Sonstige Verbindlichkeiten	82.298	7.510	537	(2.378)	–	–	87.967	95.465
Verbindlichkeiten aus Salden zwischen Fonds	57.858	6.151	7.151	(36.434)	–	–	34.726	35.866
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Friedenssicherungsfonds	11.000	–	25.636	(36.636)	–	–	–	–
Freiwillige Beiträge, die auf einem Verwahrkonto gehalten werden	11.985	–	–	–	–	–	11.985	11.985
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	866	–	127.401 ^d	–	–	–	128.267	128.340
Noch nicht verrechnete interne Leistungen	117	–	17	–	–	–	134	118

Verbindlichkeiten gegenüber dem Sonderkonto der Vereinten Nationen	-	-	3.329	-	3.329	3.329
Verbindlichkeiten gegenüber dem Konto für Anleihen der Vereinten Nationen	-	-	44.048	-	44.048	44.048
Sonstige Schulden	-	-	13.909	-	13.909	13.909
Schulden insgesamt	1.418.918	55.780	445.878	(75.448)	1.845.128	2.047.293
Rücklagen und Fondssalden						
Betriebsmittelfonds	-	150.000	-	-	150.000	150.000
Genehmigte einbehaltene Überschüsse	55.552	-	80.211	-	135.763	135.763
Zu übertragende Überschüsse ^e	-	-	43.750	-	43.750	43.750
Kumulierter Überschuss - Aktivitäten in Bezug auf die strategische Materialreserve	-	21.911	-	-	21.911	40.466
Kumulierter Überschuss	1.003.869	38.232	479.582	-	1.521.683	1.234.101
Rücklagen und Fondssalden insgesamt	1.059.421	210.143	603.543	-	1.873.107	1.604.080
Schulden, Rücklagen und Fondssalden insgesamt	2.478.339	265.923	1.049.421	(75.448)	3.718.235	3.651.373

^a Siehe Erläuterung 5.

^b Siehe Erläuterung 2 (i) (ii).

^c Umfasst nicht gezahlte Pflichtbeiträge ungeachtet ihrer Einbringlichkeit.

^d Umfasst, im Einklang mit Resolution 51/12 A der Generalversammlung vom 4. November 1996, Ausgaben in einer Gesamthöhe von 127.379.954 \$, die den Mitgliedstaaten wie in dem Bericht des Generalsekretärs (A/54/803) im Einzelnen angegeben zu erstatten sind. Der entsprechende Betrag ist auch in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten erfasst. Siehe Übersicht XXI.

^e Nach Resolution 56/292 der Generalversammlung vom 27. Juni 2002 ist den Mitgliedstaaten nach Entrichtung der gesondert veranlagten Beiträge für die strategische Materialreserve ein Betrag von 43.750.015 \$ zu erstatten. Siehe Übersichten XXI und XXXIII.

Die beigefügten Erläuterungen sind Bestandteil der Rechnungsabschlüsse.

Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind (IStGHR)^a

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden für den am 31. Dezember 2006 endenden Zwölfmonatszeitraum des Zweijahreshaushalts 2006-2007
(in Tausend US-Dollar)

	2006	2004 ^b
Einnahmen		
Pflichtbeiträge ^c	134.879	122.179
Zinserträge	1.305	231
Weitere/sonstige Einnahmen	588	377
Einnahmen insgesamt	136.772	122.787
Ausgaben		
Personal- und damit zusammenhängende Kosten	109.111	100.739
Reisen	5.988	3.903
Vertragsdienstleistungen	11.817	7.153
Betriebliche Aufwendungen	5.392	5.433
Anschaffungen	831	1.173
Sonstige	1.392	932
Ausgaben insgesamt	134.531	119.333
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben	2.241	3.454
Anpassungen gegenüber früheren Perioden	(12)	–
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben, netto	2.229	3.454
Vorläufige Einsparungen bei oder Streichung von Verpflichtungen früherer Perioden	3.923	5.574
Sonstige Anpassungen bei den Rücklagen und Fondssalden ^d	(44.311)	–
Rücklagen und Fondssalden zu Beginn der Periode	18.011	2.616
Rücklagen und Fondssalden am Ende der Periode	(20.148)	11.644

^a Siehe die Erläuterungen 2 und 3.

^b An die aktuelle Darstellung angepasst.

^c Im Einklang mit den Resolutionen 60/241 und 61/241 der Generalversammlung beruht die Beitragsveranlagung zu dem Gerichtshof teilweise auf dem Beitragsschlüssel für den ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen und teilweise auf dem Beitragsschlüssel für die Friedenssicherungseinsätze.

^d Entspricht Rückstellungen für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses in Höhe von 24.694.000 \$ sowie für nicht in Anspruch genommene Urlaubstage in Höhe von 10.868.800 \$ und Heimkehrbeihilfen in Höhe von 8.748.600 \$. Diese wurden zuvor in den Erläuterungen ausgewiesen und sind jetzt in den Rechnungsabschlüssen als Verbindlichkeiten erfasst.
Siehe Erläuterung 7.

Die beigefügten Erläuterungen sind Bestandteil der Rechnungsabschlüsse.

Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind (IStGHR)^a

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden für den am 31. Dezember 2006 endenden Zwölfmonatszeitraum des Zweijahreshaushalts 2006-2007
(in Tausend US-Dollar)

	2006	2004
Vermögen		
Kassenbestand und Termineinlagen	2.571	1.701
Zentralkonto ^b	3.391	1.312
Forderungen aus Pflichtbeiträgen der Mitgliedstaaten ^c	23.523	13.643
Forderungen aus Salden zwischen Fonds	451	2.795
Sonstige Forderungen	2.995	3.327
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	2.566	1.851
Noch nicht verrechnete interne Leistungen	21	190
Vermögen insgesamt	35.518	24.819
Schulden		
Vorausgezahlte Beiträge oder andere Vorauszahlungen	26	9
Nicht abgewickelte Verpflichtungen - laufende Periode	7.478	7.071
Nicht abgewickelte Verpflichtungen - zukünftige Perioden	1.323	-
Verbindlichkeiten gegenüber der Mission der Vereinten Nationen in Haiti	-	4.500
Sonstige Verbindlichkeiten	2.499	1.557
Noch nicht verrechnete interne Leistungen	29	38
Fällige Leistungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses und nach Ruhestand ^d	44.311	-
Schulden insgesamt	55.666	13.175
Rücklagen und Fondssalden		
Kumulierter Überschuss	(20.148)	11.644
Rücklagen und Fondssalden insgesamt	(20.148)	11.644
Schulden, Rücklagen und Fondssalden insgesamt	35.518	24.819

^a Siehe die Erläuterungen 2 und 3.

^b Entspricht dem Anteil am Zentralkonto des Amtssitzes der Vereinten Nationen und umfasst Kassenbestände und Termineinlagen in Höhe von 1.141.026 \$, kurzfristige Kapitalanlagen in Höhe von 1.670.610 \$ (Marktwert 1.670.610 \$), langfristige Kapitalanlagen in Höhe von 544.003 \$ (Marktwert 540.724 \$) und Forderungen aus Zinsabgrenzungen in Höhe von 35.261 \$.

^c Umfasst nicht gezahlte Pflichtbeiträge ungeachtet ihrer Einbringlichkeit.

^d Entspricht Rückstellungen für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses in Höhe von 24.694.000 \$ sowie für nicht in Anspruch genommene Urlaubstage in Höhe von 10.868.800 \$ und Heimkehrbeihilfen in Höhe von 8.748.600 \$. Diese wurden zuvor in den Erläuterungen ausgewiesen und sind jetzt in den Rechnungsabschlüssen als Verbindlichkeiten erfasst. Siehe Erläuterung 7.

Die beigegefügte Erläuterungen sind Bestandteil der Rechnungsabschlüsse.

Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien: Übersicht I

**Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im
Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das
humanitäre Völkerrecht (IStGHJ)^a**

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden für den am
31. Dezember 2006 endenden Zwölfmonatszeitraum des Zweijahreshaushalts 2006-2007

(in Tausend US-Dollar)

	2006	2004
Einnahmen		
Pflichtbeiträge ^b	152.444	174.690
Zinserträge	3.255	299
Weitere/sonstige Einnahmen	940	237
Einnahmen insgesamt	156.639	175.226
Ausgaben		
Personal- und damit zusammenhängende Kosten	116.607	112.134
Reisen	3.313	3.185
Vertragsdienstleistungen	28.158	20.401
Betriebliche Aufwendungen	11.908	11.055
Anschaffungen	848	1.338
Sonstige	264	239
Ausgaben insgesamt	161.098	148.352
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben	(4.459)	26.874
Anpassungen gegenüber früheren Perioden	(2)	–
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben, netto	(4.461)	26.874
Vorläufige Einsparungen bei oder Streichung von Verpflichtungen früherer Perioden	2.603	6.767
Sonstige Anpassungen bei den Rücklagen und Fondssalden ^c	(27.264)	–
Rücklagen und Fondssalden zu Beginn der Periode	48.432	(12.567)
Rücklagen und Fondssalden am Ende der Periode	19.310	21.074

^a Siehe die Erläuterungen 2 und 3.

^b Im Einklang mit den Resolutionen 60/243 und 61/242 der Generalversammlung beruht die Beitragsveranlagung zu dem Gerichtshof teilweise auf dem Beitragsschlüssel für den ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen und teilweise auf dem Beitragsschlüssel für die Friedenssicherungseinsätze.

^c Entspricht Rückstellungen für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses in Höhe von 17.457.000 \$ sowie für nicht in Anspruch genommene Urlaubstage in Höhe von 4.382.100 \$ und Heimkehrbeihilfen in Höhe von 5.425.000 \$. Diese wurden zuvor in den Erläuterungen ausgewiesen und sind jetzt in den Rechnungsabschlüssen als Verbindlichkeiten erfasst. Siehe Erläuterung 7.

Die beigefügten Erläuterungen sind Bestandteil der Rechnungsabschlüsse.

Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien: Übersicht II

Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht (IStGHJ)^a

Übersicht über das Vermögen, die Schulden, die Rücklagen und die Fondssalden zum 31. Dezember 2006
(in Tausend US-Dollar)

	2006	2004
Vermögen		
Kassenbestand und Termineinlagen	707	4.284
Zentralkonto ^b	29.876	8.989
Forderungen aus Pflichtbeiträgen der Mitgliedstaaten ^c	27.222	16.855
Sonstige Forderungen	1.435	1.891
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	26.385	98.184
Noch nicht verrechnete interne Leistungen	67	69
Vermögen insgesamt	85.692	130.272
Schulden		
Vorausgezahlte Beiträge oder andere Vorauszahlungen	144	1
Nicht abgewickelte Verpflichtungen - laufende Periode	7.696	10.651
Nicht abgewickelte Verpflichtungen - zukünftige Perioden ^d	25.780	97.371
Verbindlichkeiten aus Salden zwischen Fonds	4.636	391
Sonstige Verbindlichkeiten	859	776
Noch nicht verrechnete interne Leistungen	3	8
Fällige Leistungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses und nach Ruhestand ^e	27.264	-
Schulden insgesamt	66.382	109.198
Rücklagen und Fondssalden		
Kumulierter Überschuss	19.310	21.074
Rücklagen und Fondssalden insgesamt	19.310	21.074
Schulden, Rücklagen und Fondssalden insgesamt	85.692	130.272

^a Siehe die Erläuterungen 2 und 3.

^b Entspricht dem Anteil am Zentralkonto des Amtssitzes der Vereinten Nationen und umfasst Kassenbestände und Termineinlagen in Höhe von 10.053.133 \$, kurzfristige Kapitalanlagen in Höhe von 14.719.086 \$ (Marktwert 14.719.086 \$), langfristige Kapitalanlagen in Höhe von 4.792.995 \$ (Marktwert 4.764.105 \$) und Forderungen aus Zinsabgrenzungen in Höhe von 310.671 \$.

^c Umfasst nicht gezahlte Pflichtbeiträge ungeachtet ihrer Einbringlichkeit.

^d Die Verlängerung des Vertrags für Dienstleistungen im Strafvollzug wird derzeit ausgehandelt; siehe Erläuterung 5 e).

^e Entspricht Rückstellungen für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses in Höhe von 17.457.000 \$ sowie für nicht in Anspruch genommene Urlaubstage in Höhe von 4.382.100 \$ und Heimkehrbeihilfen in Höhe von 5.425.000 \$. Diese wurden zuvor in den Erläuterungen ausgewiesen und sind jetzt in den Rechnungsabschlüssen als Verbindlichkeiten erfasst. Siehe Erläuterung 7.

Die beigefügten Erläuterungen sind Bestandteil der Rechnungsabschlüsse.

UNODC: Übersicht I

Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung
Konsolidierte Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden
für den am 31. Dezember 2006 endenden Zwölfmonatszeitraum des Zweijahreshaushalts 2006-2007
(in US-Dollar)

	Bezug	Allgemeine Zwecke	Zweckgebunden	Eliminierungen	Gesamt 2006	Gesamt 2004
Einnahmen						
Freiwillige Beiträge	Aufstellung 1	14.121.998	92.911.093	–	107.033.091	100.998.950
Einnahmen auf Grund von interinstitutionellen Vereinbarungen	Aufstellung 1	–	6.299.782	–	6.299.782	3.836.917
Weitere/sonstige Einnahmen						
Einnahmen aus Programmunterstützung	Aufstellung 5	8.523.805	–	(8.523.805)	–	–
Zinserträge		1.135.469	5.482.062	–	6.617.531	1.890.420
Sonstige Einnahmen		1.119.052	4.384.462	–	5.503.514	2.933.545
Einnahmen insgesamt		24.900.324	109.077.399	(8.523.805)	125.453.918	109.659.831
Ausgaben						
Aufstellung 4						
Personal- und damit zusammenhängende Kosten		17.329.456	35.872.218	–	53.201.673	43.424.463
Reisen		638.947	6.597.981	–	7.236.928	4.999.926
Vertragsdienstleistungen		649.616	20.947.751	–	21.597.368	14.976.010
Betriebliche Aufwendungen		1.344.137	6.239.736	–	7.583.874	6.906.626
Anschaffungen		1.319.134	9.330.043	–	10.649.177	15.760.994
Sonstige		2.840.975	9.045.382	–	11.886.358	7.668.558
Programmunterstützungskosten - Durchführungspartner	Aufstellung 5	192.341	1.908.157	–	2.100.499	2.304.323
Direkte Ausgaben insgesamt		24.314.606	89.941.270	–	114.255.876	96.040.900
Programmunterstützungskosten - UNODC	Aufstellung 5	654.420	7.869.386	(8.523.805)	–	–
Ausgaben insgesamt		24.969.026	97.810.655	(8.523.805)	114.255.876	96.040.900
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben		(68.702)	11.266.744	–	11.198.042	13.618.931
Anpassungen gegenüber früheren Perioden	Aufstellungen 2 und 3, Erläuterung 3	423.804	24.715.139	–	25.138.943	(496.549)
Veränderungen bei den Rückstellungen, netto		86.496	–	–	86.496	(188.791)
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben, netto		441.598	35.981.883	–	36.423.481	12.933.591
Entnahmen aus (Zuführungen zu) anderen Fonds		2.406.428	(2.402.434)	–	3.995	–
Rückerstattungen an Geber		–	(1.333.060)	4.443	(1.328.617)	(721.283)
Sonstige Anpassungen bei Rücklagen und Fondssalden ^a	Erläuterungen 5 und 7	(4.936.634)	(986.005)		(5.922.639)	(49.683)
Eliminierungen ^b		8.111	(8.111)	(21.753)	(21.753)	
Rücklagen und Fondssalden zu Beginn der Periode		11.846.048	121.775.123	–	133.621.171	106.339.667
Rücklagen und Fondssalden zu Ende der Periode		9.765.551	153.027.396	(17.311)	162.775.637	118.502.293

^a Entspricht Anpassungen bei den Rücklagen in Höhe von 5.922.639 \$ zur Erfassung fälliger Leistungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses zum 31. Dezember 2006 und Rückstellungen für die Kosten der Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses zum 31. Dezember 2005, die nicht im Rahmen der Rückstellungen für Heimkehrbeihilfe oder in anderen Reserven erfasst wurden.

- b Entspricht Eliminierungen für: 8.811 \$ Programmunterstützungskosten für den Saldo aus den Zuweisungen des Fonds für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege an das Programm der Vereinten Nationen für internationale Drogenkontrolle und dem Betrag von 21.753 \$, der sich wie folgt zusammensetzt: 4.443 \$ Rückerstattung nicht verausgabter Beiträge des Interregionalen Forschungsinstituts der Vereinten Nationen für Kriminalität und Rechtspflege (UNICRI) an den Fonds für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege, Saldo von 14.783 \$ der Vorschüsse des UNDCP an den Fonds für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege, und Saldo von 2.528 \$ der Vorschüsse des UNICRI an das UNDCP.

Die beigefügten Erläuterungen sind Bestandteil der Rechnungsabschlüsse.

UNODC: Übersicht II						
Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung						
Konsolidierte Übersicht über das Vermögen, die Schulden, die Rücklagen, die Rücklagen und die Fondssalden zum 31. Dezember 2006 (in US-Dollar)						
	Bezug	Allgemeine Zwecke	Zweckgebunden	Eliminierungen	Gesamt 2006	Gesamt 2004
Vermögen						
Kassenbestand und Termineinlagen		3.716.748	11.937.268	–	15.654.016	22.006.641
Kapitalanlagen des Zentralkontos der VN-Dienststellen außerhalb des Amtssitzes		23.607.085	110.576.734	–	134.183.819	85.752.551
Forderungen						
Forderungen aus freiwilligen Beiträgen	Aufstellungen 2 und 3	1.034.856	112.731.855	–	113.766.711	4.352.266
Forderungen aus Salden zwischen Fonds		46.846.581	24.277.341	–	71.123.923	51.698.756
Vorschüsse an Durchführungsorganisationen	Erläuterung 4	–	3.270.939	(17.311)	3.253.629	11.053.523
Sonstige Forderungen		602.368	532.617	–	1.134.985	287.651
Vermögen insgesamt		75.807.639	263.326.754	(17.311)	339.117.082	175.151.389
Schulden						
Nicht abgewickelte Verpflichtungen		994.602	3.796.882	–	4.791.484	7.694.399
Verbindlichkeiten						
Verbindlichkeiten aus Salden zwischen Fonds		42.758.925	24.114.942	–	66.873.867	42.371.010
Geschuldete Vorschüsse an Durchführungsorganisationen	Erläuterung 4	–	601.353	–	601.353	2.630.748
Sonstige Verbindlichkeiten		2.452.451	360.714	–	2.813.165	2.345.628
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	Aufstellungen 2 und 3	71.163	80.323.527	–	80.394.690	329.240
Fällige Leistungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses und nach Ruhestand	Erläuterung 5	19.764.946	1.101.941	–	20.866.887	1.278.072
Schulden insgesamt		66.042.087	110.299.359	–	176.341.446	56.649.096
Rücklagen und Fondssalden						
Ausgleichsrücklagen	Erläuterung 6	–	–	–	–	12.000.000
Rücklagen für Zuweisungen	Aufstellung 5, Erläuterung 3	69.628	5.467.168	(80.431)	5.456.365	138.214
Fondssalden		9.695.923	147.560.228	63.120	157.319.272	106.364.079
Rücklagen und Fondssalden insgesamt		9.765.551	153.027.396	(17.311)	162.775.637	118.502.293
Schulden, Rücklagen und Fondssalden insgesamt		75.807.639	263.326.754	(17.311)	339.117.082	175.151.389

Die beigefügten Erläuterungen sind Bestandteil der Rechnungsabschlüsse.

Umweltprogramm der Vereinten Nationen

Zusammenfassende Darstellung aller Fonds

Zusammengefasste Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden für das am 31. Dezember 2006 endende erste Jahr des Zweijahreshaushalts 2006-2007
(in Tausend US-Dollar)

	Bezug	Umweltfonds	Allgemeine Treuhandfonds	Treuhandfonds für technische Zusammenarbeit
Einnahmen				
Freiwillige Beiträge		57.695	63.586	78.383
Weitere/sonstige Einnahmen				
Zinserträge		1.551	3.478	4.703
Einnahmen aus Dienstleistungen		–	–	–
Sonstige Einnahmen	Erläuterung 3	1.429	2.704	88
Einnahmen insgesamt		60.675	69.768	83.174
Ausgaben				
Personal- und damit zusammenhängende Kosten		37.961	33.447	29.187
Vertragsdienstleistungen		5.304	10.308	36.445
Reisen		3.610	3.047	4.788
Betriebliche Aufwendungen		5.264	10.419	15.744
Anschaffungen		3.041	3.398	3.355
Programmunterstützungskosten		–	7.343	2.284
Ausgaben insgesamt		55.180	67.962	91.803
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben		5.495	1.806	(8.629)
Anpassungen gegenüber früheren Perioden	Erläuterung 4	(118)	(1.053)	–
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben, netto		5.377	753	(8.629)
Einsparungen bei oder Streichung von Verpflichtungen früherer Perioden		131	–	115
Entnahmen aus (Einstellungen in) Rücklagen		–	(1.179)	–
Entnahmen aus (Zuführungen zu) anderen Fonds		–	(180)	180
Rückerstattungen an Geber		–	(146)	–
Entnahmen aus (Zuführungen zu) dem Stiftungsfonds		–	–	–
Rücklagen und Fondssalden zu Beginn der Periode		5.067	69.277	115.112
Rücklagen und Fondssalden am Ende der Periode		10.575	68.525	106.778
Finanzierungsreserve/Stiftungsfonds zu Beginn der Periode		10.000	1.239	–
Veränderungen bei Finanzierungsreserve/Stiftungsfonds		–	1.179	–
Finanzierungsreserve/Stiftungsfonds am Ende der Periode		10.000	2.418	–

Umweltprogramm der Vereinten Nationen

Zusammenfassende Darstellung aller Fonds

Zusammengefasste Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden für das am 31. Dezember 2006 endende erste Jahr des Zweijahreshaushalts 2006-2007
(in Tausend US-Dollar)

Treuhandfonds für Sachverständige/Referenten	Zweckgebundene Beiträge	Sonstige	Sonderkonto für Programmunterstützungskosten	Eliminierungen (alle Fonds)	Gesamt	
					2006	2004
2.472	30.442	412	–	–	232.990	229.384
244	1.432	87	129	–	11.624	3.357
–	–	–	11.616	(11.282)	334	542
5	686	182	500	–	5.594	3.354
2.721	32.560	681	12.245	(11.282)	250.542	236.637
2.698	10.093	200	6.686	–	120.272	100.514
–	14.243	196	4.517	–	71.013	64.211
45	1.767	57	277	–	13.591	12.501
–	5.040	544	97	–	37.108	36.332
–	1.504	(6)	7	–	11.299	9.152
329	1.287	39	–	11.282	–	–
3.072	33.934	1.030	11.584	11.282	253.283	222.710
(351)	(1.374)	(349)	661	–	(2.741)	13.927
(69)	34	–	(154)	–	(1.360)	1.548
(420)	(1.340)	(349)	507	–	(4.101)	15.475
–	2	1	67	–	316	616
–	–	–	–	–	(1.179)	–
–	–	–	–	–	–	(3)
(490)	(97)	–	–	–	(733)	(326)
–	–	441	–	–	441	(9)
4.337	37.187	(49)	6.800	–	237.731	234.874
3.427	35.752	44	7.374	–	232.475	250.627
–	–	1.567	2.000	–	14.806	13.543
–	–	(441)	–	–	738	10
–	–	1.126	2.000	–	15.544	13.553

Umweltprogramm der Vereinten Nationen
 Zusammenfassende Darstellung aller Fonds
 Zusammengefasste Übersicht über das Vermögen, die Schulden und die Fondssalden
 zum 31. Dezember 2006
 (in Tausend US-Dollar)

	Bezug	Umweltfonds	Allgemeine Treuhandsfonds	Treuhandsfonds für technische Zusammenarbeit
Vermögen				
Kassenbestand und Termineinlagen	Erläuterung 5	10.294	11.149	1
Kapitalanlagen	Erläuterung 5	–	9.964	12
Zentralkonto	Erläuterung 5	13.701	56.895	79.547
Vorschüsse an Durchführungsorganisationen	Erläuterung 6	1.209	–	–
Forderungen				
Forderungen aus freiwilligen Beiträgen		654	19.220	–
Salden zwischen Fonds	Erläuterung 7	45.647	7.026	6.944
Sonstige	Erläuterung 8	6.162	8.723	46.530
Sonstige Vermögenswerte	Erläuterung 9	778	72	369
Vermögen insgesamt		78.445	113.049	133.403
Schulden				
Vorauszahlungen oder vorausgezahlte Beiträge		19	5.905	–
Vorschüsse der Durchführungsorganisationen		1.530	–	–
Nicht abgewickelte Verpflichtungen		5.973	8.714	10.315
Verbindlichkeiten				
Salden zwischen Fonds	Erläuterung 7	35.343	23.123	10.992
Sonstige	Erläuterung 10	14.885	4.364	5.318
Sonstige Schulden		120	–	–
Schulden insgesamt		57.870	42.106	26.625
Rücklagen und Fondssalden				
Finanzierungsreserve und andere Rücklagen		10.000	2.418	–
Kumulierter Überschuss	Erläuterung 11	10.575	68.525	106.778
Rücklagen und Fondssalden insgesamt		20.575	70.943	106.778
Schulden, Rücklagen und Fondssalden insgesamt		78.445	113.049	133.403

Umweltprogramm der Vereinten Nationen
 Zusammenfassende Darstellung aller Fonds
 Zusammengefasste Übersicht über das Vermögen, die Schulden und die Fondssalden
 zum 31. Dezember 2006
 (in Tausend US-Dollar)

Treuhandfonds für Sachverständige/Referenten	Zweckgebundene Beiträge	Sonstige	Sonderkonto für Programmunterstützungskosten	Eliminierungen (alle Fonds)	Gesamt	
					2006	2004
-	-	39	-	-	21.483	24.761
-	5.145	173	-	-	15.294	9.770
3.925	35.467	1.195	709	-	191.439	185.635
-	-	-	-	-	1.209	1.735
-	-	-	-	-	19.874	39.816
13	4.846	162	9.255	-	73.893	53.142
52	4.334	2	166	-	65.969	61.401
2	550	-	27	-	1.798	1.779
3.992	50.342	1.571	10.157	-	390.959	378.039
-	104	-	3	-	6.031	3.795
-	-	-	-	-	1.530	511
60	9.168	87	668	-	34.985	30.833
455	1.810	295	-	-	72.018	50.071
50	3.508	19	112	-	28.256	28.508
-	-	-	-	-	120	141
565	14.590	401	783	-	142.940	113.859
-	-	1.126	2.000	-	15.544	13.553
3.427	35.752	44	7.374	-	232.475	250.627
3.427	35.752	1.170	9.374	-	248.019	264.180
3.992	50.342	1.571	10.157	-	390.959	378.039

Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen
 Zusammenfassende Darstellung aller Fonds
 Zusammenfassende Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden
 für das am 31. Dezember 2006 endende erste Jahr des Zweijahreshaushalts 2006-2007
 (in Tausend US-Dollar)

	Bezug	Stiftung (Übs. IV)	Technische Zusammenarbeit (Übs. VI)	Eliminierungen (alle Fonds)	Gesamt 2006	Gesamt 2004
Einnahmen						
Freiwillige Beiträge	Aufstellungen 5.2 und 7.2	54.696	62.275	-	116.971	84.620
Weitere/sonstige Einnahmen						
Einnahmen auf Grund von interinstitutionellen Vereinbarungen	Erläuterungen 2 k ii und 5 iii)	-	9.115	-	9.115	11.530
Einnahmen aus Dienstleistungen		-	18	(18)	-	2.852
Zinserträge		3.000	2.772	-	5.772	1.341
Weitere/sonstige	Erläuterung 3 a)	100	10	-	110	20
Einnahmen insgesamt		57.796	74.190	(18)	131.968	100.363
Ausgaben						
Stiftungsaktivitäten	Aufstellung 5.1	48.989	-	(18)	48.971	27.323
Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit	Aufstellung 7.1	-	84.747	-	84.747	33.720
Ausgaben insgesamt		48.989	84.747	(18)	133.718	61.043
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben		8.807	(10.557)	-	(1.750)	39.320
Anpassungen gegenüber früherer Perioden	Erläuterung 3 b)	(16)	161	-	145	(204)
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben, netto		8.791	(10.396)	-	(1.605)	39.116
Einsparungen bei Verpflichtungen früherer Perioden	Erläuterung 2 k viii)	246	69	-	315	685
Einstellungen in (Entnahmen aus) Rücklagen		(303)	-	-	(303)	(1.548)
Gutschriften an die Mitgliedstaaten (Geber)	Erläuterung 3 c)	(49)	(485)	-	(534)	(304)
Fondssalden zu Beginn der Periode		36.746	46.467	-	83.213	28.673
Fondssalden am Ende der Periode		45.431	35.655	-	81.086	66.622
Rücklagen zu Beginn der Periode		2.881	1.802	-	4.683	3.063
(Einstellungen in) Entnahmen aus Rücklagen		303	-	-	3.003	1.548
Rücklagen am Ende der Periode		3.184	1.802	-	4.986	4.611
Rücklagen und Fondssalden insgesamt		48.615	37.457	-	86.072	71.233

Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen

Zusammenfassende Darstellung aller Fonds
Zusammengefasste Übersicht über das Vermögen, die Schulden, die Rücklagen und die Fondssalden zum 31. Dezember 2006
(in Tausend US-Dollar)

	Bezug	Stiftung (Übs. V)	Technische Zusamenarbeit (Übs. VII)	Eliminierungen (alle Fonds)	Gesamt 2006	Gesamt 2004
Vermögen						
Kassenbestand und Termineinlagen	Erläuterung 5	3.642	9.277	-	12.919	25.967
Zentralkonto	Erläuterung 5	77.040	38.103	-	115.143	72.421
Forderungen						
Freiwillige Beiträge	Aufstellung 5.2	2.210	-	-	2.210	919
Salden zwischen Fonds	Erläuterung 4 d)	11.403	50.822	-	62.225	65.008
Sonstige	Erläuterung 4 a)	1.041	2.842	-	3.883	2.146
Salden in Bezug auf geberfinanzierte Projekte	Erläuterung 4 e)	-	32.738	-	32.738	-
Sonstige Vermögenswerte	Erläuterung 4 b)	154	141	-	295	799
Vermögen insgesamt		95.490	133.923	-	229.413	167.260
Schulden						
Vorauszahlungen oder vorausgezahlte Beiträge	Aufstellung 5.2	17	-	-	17	10
Nicht abgewickelte Verpflichtungen		29.710	43.284	-	72.994	28.606
Verbindlichkeiten						
Salden zwischen Fonds	Erläuterung 4 d)	14.420	49.052	-	63.472	60.020
Sonstige	Erläuterung 4 c)	2.728	4.130	-	6.858	5.514
Salden in Bezug auf geberfinanzierte Projekte	Erläuterung 4 e)	-	-	-	-	1.773
Sonstige Schulden		-	-	-	-	104
Schulden insgesamt		46.875	96.466	-	143.341	96.027
Rücklagen und Fondssalden						
Finanzierungsreserve	Erläuterung 2 o)	2.419	-	-	2.419	2.419
Ausgleichsrücklagen	Erläuterung 2 p)	765	1.802	-	2.567	2.192
Saldo der zweckgebundenen Mittel	Erläuterung 2 q)	28.012	29.344	-	57.356	52.143
Kumulierter Überschuss	Erläuterung 4 f)	17.419	6.311	-	23.730	14.479
Rücklagen und Fondssalden insgesamt		48.615	37.457	-	86.072	71.233
Schulden, Rücklagen und Fondssalden insgesamt		95.490	133.923	-	229.413	167.260

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen

bei den Betriebsmitteln und Fondssalden für das Jahr 2006

(in US-Dollar)

Zweijahreshaushalt 2004-2005, alle Fonds ^a	Einzelangaben	Erläuterung	Ordentliche Haushaltsmittel		Ordentliche Haushaltsmittel insgesamt
			Barmittel	Sachleistungen	
Einnahmen					
	Beiträge	1 f)			
729.778.758	Beiträge von Regierungen		239.043.318	1.717.738	240.761.056
244.881.597	Beiträge zwischenstaatlicher Organisationen		104.406.023	1.166.944	105.572.968
37.644.788	Beiträge von Organisationen der Vereinten Nationen		20.551.753	1.111.129	21.662.882
17.414.587	Beiträge nichtstaatlicher Organisationen		5.686	457.605	463.291
3.257.594	Beiträge aus anderen Quellen	5	230.931	648.717	879.648
1.032.977.325	Beiträge insgesamt ^c		364.237.711	5.102.133	369.339.844
Weitere Einnahmen					
10.341.262	Sonstige Einnahmen	6	7.018.817	–	7.018.817
(18.573.201)	Wechselkursgewinne (-verluste)	7	8.833.033	–	8.833.033
(8.231.940)	Weitere Einnahmen insgesamt		15.851.851	–	15.851.851
1.024.745.385	Einnahmen insgesamt		380.089.561	5.102.133	385.191.694
(987.495.326)	Ausgaben^d	1 g)	(411.751.049)	(6.630.598)	(418.381.647)
37.250.059	Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben		(31.661.488)	(1.528.465)	(33.189.953)
19.936.439	Anpassungen ^e	2 und 16	(167.174.111)	1.656.427	(165.517.684)
57.186.498	Nettojahresergebnis	1.10	(198.835.599)	127.961	(198.707.637)
32.253.893	Betriebsmittel zum 1. Januar 2006		38.654.463	–	38.654.463
77.343.359	Fondssalden zum 1. Januar 2006		19.910.890	498.967	20.409.857
(2.409.864)	Veränderungen bei den einbehaltenen Gewinnen (Mikrofinanzierungs- und Kleinstunternehmenprogramm und Kleinstkreditprogramm für lokale Gemeinschaften, 1. Januar 2006)		–	–	–
38.654.463	Betriebsmittel zum 31. Dezember 2006		(150.001.472)	–	(150.001.472)
129.331.241	Fondssalden zum 31. Dezember 2006		9.731.226	626.928	10.358.155
(3.611.818)	Einbehaltene Gewinne (Mikrofinanzierungs- und Kleinstunternehmenprogramm und Kleinstkreditprogramm für lokale Gemeinschaften für das Jahr 2006)		–	–	–
164.373.886	Betriebsmittel und Fondssalden insgesamt zum 31. Dezember 2006*		(140.270.246)	626.928	(139.643.317)

^a Siehe Erläuterung 18.^b Siehe Übersicht 6.^c Siehe Anlage 4.^d Siehe Anlagen 1, 2 und 3.^e Siehe Übersicht 5.^f Siehe Erläuterung 18 und Rechnungsabschluss des Mikrofinanzierungs- und Kleinstunternehmenprogramms in Teil III.^{*} Siehe Erläuterung 16.3 b).

Die beigefügten Erläuterungen sind Bestandteil der Rechnungsabschlüsse.

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten
Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen
bei den Betriebsmitteln und Fondssalden für das Jahr 2006
(in US-Dollar)

Außerordentliche Haushaltsmittel		Außerordentliche Haushaltsmittel insgesamt	Alle Fonds	Mikrofinanzierungs- und Kleinstunter- nehmenprogramm ^f	Gesamtsumme
Nothilfeappell	Projekte ^b				
109.817.950	37.225.968	147.043.918	387.804.974	–	387.804.974
29.798.761	28.520.251	58.319.012	163.891.979	–	163.891.979
3.655.582	185.509	3.841.091	25.503.973	–	25.503.973
6.370.995	6.195.195	12.566.190	13.029.480	–	13.029.480
288.301	44.233	332.534	1.212.182	–	1.212.182
149.931.590	72.171.155	222.102.745	591.442.588	–	591.442.588
–	222.378	222.378	7.241.195	3.488.968	10.730.163
–	–	–	8.833.033	20.917	8.853.950
–	222.378	222.378	16.074.229	3.509.885	19.584.114
149.931.590	72.393.533	222.325.123	607.516.817	3.509.885	611.026.702
(139.018.496)	(42.507.869)	(181.526.364)	(599.908.011)	(4.796.079)	(604.704.090)
10.913.094	29.885.664	40.798.759	7.608.806	(1.286.194)	6.322.612
(8.580.870)	1.542.219	(7.038.651)	(172.556.335)	(146.041)	(172.702.376)
2.332.225	31.427.883	33.760.108	(164.947.530)	(1.432.235)	(166.379.765)
–	–	–	38.654.463	–	38.654.463
71.100.194	37.821.190	108.921.384	129.331.241	–	129.331.241
–	510.784	510.784	510.784	(4.122.602)	(3.611.818)
–	–	–	(150.001.472)	–	(150.001.472)
73.432.419	69.662.114	143.094.533	153.452.687	(4.122.602)	149.330.085
–	97.743	97.743	97.743	(1.432.235)	(1.334.492)
73.432.419	69.759.857	143.192.276	3.548.958	(5.554.837)	(2.005.879)

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten
Übersicht über das Vermögen und die Schulden zum 31. Dezember 2006
(in US-Dollar)

31. Dezember 2005, alle Fonds ^a	Einzelangaben	Erläuterung	Ordentliche Haushaltsmittel		Ordentliche Haushaltsmittel insgesamt
			Barmittel	Sachleistungen	
Vermögen					
177.541.057	Kassenbestand und Bankguthaben	10	45.095.879	(110.578)	44.985.300
65.638.359	Forderungen aus Beiträgen	11 und 16	19.281.212	712.267	19.993.479
32.499.581	Forderungen abzüglich der Rückstellung für uneinbringliche Beträge	12	21.426.582	975	21.427.557
4.592.189	Aktive Rechnungsabgrenzungen und Vorauszahlungen an Lieferanten		3.998.939	24.265	4.023.204
628.887	Vorräte der Fertigungsstätten	13	693.651	–	693.651
–	Forderungen an das Mikrofinanzierungs- und Kleinstunternehmenprogramm		356.569	–	356.569
280.900.073	Vermögen insgesamt		90.852.832	626.928	91.479.761
Schulden					
26.822.786	Verbindlichkeiten	14	23.732.085	–	23.732.085
–	Rückstellungen für Leistungen an regionale Bedienstete bei Kündigung	2	169.251.877	–	169.251.877
52.444.368	Rücklage für nicht abgewickelte Haushaltsverpflichtungen	15	37.402.463	–	37.402.463
(1.132.139)	Verbindlichkeiten gegenüber (Forderungen an) Versorgungskasse der regionalen Bediensteten	4	716.554	–	716.554
19.481.902	Passive Rechnungsabgrenzungsposten		20.100	–	20.100
97.616.916	Schulden insgesamt		231.123.078	–	231.123.078
Rücklagen					
38.654.463	Betriebsmittel		(150.001.472)	–	(150.001.472)
129.331.241	Fondssalden		9.731.226	626.928	10.358.155
(3.611.818)	Einbehaltene Gewinne (Mikrofinanzierungs- und Kleinstunternehmenprogramm und Kleinstkreditprogramm für lokale Gemeinschaften)		–	–	–
18.909.270	Kumulierte Rücklage (Mikrofinanzierungs- und Kleinstunternehmenprogramm und Kleinstkreditprogramm für lokale Gemeinschaften)		–	–	–
280.900.073	Schulden und Rücklagen insgesamt		90.852.832	626.928	91.479.761

^a Siehe Erläuterung 19.

^b Siehe Übersicht 7.

^c Siehe Rechnungsabschluss des Mikrofinanzierungs- und Kleinstunternehmenprogramms in Teil III.

Die beigefügten Erläuterungen sind Bestandteil der Rechnungsabschlüsse.

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten
Übersicht über das Vermögen und die Schulden zum 31. Dezember 2006
(in US-Dollar)

Außerordentliche Haushaltsmittel					
Nothilfeappell	Projekte ^b	Außerordentliche Haushaltsmittel insgesamt	Alle Fonds	Mikrofinanzierungs- und Kleinstunternehmenprogramm ^c	Gesamtsumme
86.328.317	59.733.698	146.062.014	191.047.315	10.372.931	201.420.246
22.831.932	24.181.298	47.013.230	67.006.709	275.814	67.282.523
2.981.251	2.895.203	5.876.453	27.304.010	6.565.168	33.869.178
5.523.170	516.861	6.040.031	10.063.235	169.987	10.233.222
-	-	-	693.651	-	693.651
-	-	-	356.569	(356.569)	-
117.664.670	87.327.059	204.991.729	296.471.490	17.027.331	313.498.821
-	606.169	606.169	24.338.253	546.263	24.884.516
-	-	-	169.251.877	-	169.251.877
37.732.251	14.683.014	52.415.265	89.817.728	-	89.817.728
-	-	-	716.554	-	716.554
6.500.000	-	6.500.000	6.520.100	2.375.000	8.895.100
44.232.251	15.289.183	59.521.434	290.644.512	2.921.263	293.565.775
-	-	-	(150.001.472)	-	(150.001.472)
73.432.419	69.662.114	143.094.533	153.452.687	(4.122.602)	149.330.085
-	97.743	97.743	97.743	(1.432.235)	(1.334.492)
-	2.278.020	2.278.020	2.278.020	19.660.905	21.938.925
117.664.670	87.327.059	204.991.729	296.471.490	17.027.331	313.498.821

Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen
Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden
für das am 31. Dezember 2006 endende Jahr
(in Tausend US-Dollar)

	Bezug (Aufstellung oder Erläuterung)	Betriebs- mittel- und Garantie- fonds	Fonds für das Jahres- programm (allgemein)	Fonds des ordentlichen Haushalts der VN	Fonds für ergänzende Programme (allgemein)	Fonds für Bei- geordnete Sachverständige, Erläute- rung 2 d)	Krankenver- sicherungs- plan, Erläute- rung 2 d)	2006	2005
Einnahmen									
Freiwillige Beiträge	Erläuterung 2 f), Aufstellung 1	0	866.420	30.721	203.476	10.264	0	1.110.881	1.134.885
Weitere/sonstige Einnahmen									
Zinserträge	Erläuterung 2 g)	4.192	0	0	0	0	1.040	5.232	2.686
Wechselkursanpassungen	Erläuterung 2 h)	23.703	0	0	0	0	0	23.703	(35.995)
Weitere/sonstige Einnahmen	Erläuterung 2 i)	373	6.433	0	0	0	4.650	11.456	10.803
Einnahmen insgesamt		28.268	872.853	30.721	203.476	10.264	5.690	1.151.272	1.112.378
Ausgaben									
Ausgaben	Erläuterungen 2 j) und 5	1.134	863.429	31.458	196.003	9.837	2.423	1.104.284	1.144.688
Ausgaben insgesamt		1.134	863.429	31.458	196.003	9.837	2.423	1.104.284	1.144.688
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben		27.134	9.424	(738)	7.473	427	3.266	46.988	(32.310)
Berichtigungen der Beiträge früherer Jahre		0	(6.622)	0	0	(152)	0	(6.774)	(2.418)
Berichtigungen der Ausgaben früherer Jahre		0	2.349	0	4.497	80	0	6.926	11.237
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben, netto		27.134	5.151	(738)	11.970	356	3.266	47.139	(23.490)
Streichung von Verpflichtungen früherer Jahre	Aufstellung 5	0	7.179	2	7.548	0	0	14.729	15.060
Übertragungen von ergänzenden Programmen zum Jahresprogramm	Erläuterungen 2 d) und 4 a)	0	16.934	0	(16.934)	0	0	0	0
Zuführungen zu (Entnahmen aus) anderen Fonds	Erläuterungen 2 b) und 4 b) c) d)	(14.889)	21.802	0	(5.913)	(1.000)	0	0	0
Rücklagen und Fondssalden zu Beginn des Jahres		37.755	7.774	736	58.731	7.422	20.893	133.310	141.740
Rücklagen und Fondssalden am Ende des Jahres		50.000	58.840	0	55.402	6.777	24.160	195.178	133.310

Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen
Übersicht über das Vermögen, die Schulden, die Rücklagen und die Fondssalden
zum 31. Dezember 2006
(in Tausend US-Dollar)

	Bezug (Aufstellung oder Erläuterung)	Betriebs- mittel- und Garantie- fonds	Fonds für das Jahres- programm (allgemein)	Fonds des ordentlichen Haushalts der VN	Fonds für ergänzende Programme (allgemein)	Fonds für Bei- geordnete Sachverständige, Erläute- rung 2 d)	Krankenver- sicherungs- plan, Erläute- rung 2 d)	2006	2005
Vermögen									
Kassenbestand und Termineinlagen	Erläuterung 9	49.225	89.748	0	55.548	6.605	24.160	225.286	133.335
Forderungen									
Forderungen aus freiwilligen Beiträgen	Aufstellungen 1 und 2 und Erläuterung 10	0	49.898	775	15.718	172	0	66.563	79.842
Forderungen an Organisationen der Vereinten Nationen	Erläuterung 12	0	1.139	0	0	0	0	1.139	2.103
Forderungen an Durchführungsorganisationen, netto	Erläuterungen 2 n) und 6	0	783	0	0	0	0	783	654
Sonstige Forderungen	Erläuterung 13	775	21.877	0	0	0	0	22.652	22.871
Sonstige Vermögenswerte		0	13.122	0	0	0	0	13.122	4.719
Vermögen insgesamt		50.000	176.566	775	71.266	6.777	24.160	329.544	243.525
Schulden									
Vorausgezahlte Beiträge		0	33.352	0	0	0	0	33.352	10.097
Nicht abgewickelte Verpflichtungen	Aufstellungen 3, 4 und 5	0	68.334	0	15.819	0	0	84.154	81.459
Verbindlichkeiten	Erläuterung 15	0	16.040	775	45	0	0	16.860	18.658
Schulden insgesamt		0	117.726	775	15.864	0	0	134.365	110.214
Rücklagen und Fondssalden		50.000	58.840	0	55.402	6.777	24.160	195.178	133.310
Schulden, Rücklagen und Fondssalden insgesamt		50.000	176.566	775	71.266	6.777	24.160	329.544	243.525

Internationales Handelszentrum UNCTAD/WTO

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden für den am 31. Dezember 2006 endenden Zwölfmonatszeitraum des Zweijahreshaushalts 2006-2007^a
(in Tausend US-Dollar)

	Allgemeiner Fonds	Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit	Programmerstützungskosten	Revolvierende und andere Fonds	Nicht zugeordnete Verbindlichkeiten ^c	Eliminierungen (alle Fonds)	Gesamt 2006	Gesamt 2004 ^d
Einnahmen								
Pflichtbeiträge ^e								
WTO	13.720	-	-	-	-	-	13.720	12.725
Vereinte Nationen	13.675	-	-	-	-	-	13.675	12.725
Freiwillige Beiträge	-	31.180	-	-	-	-	31.180	29.115
Einnahmen auf Grund von interinstitutionellen Vereinbarungen	-	1.974	-	-	-	-	1.974	588
Einnahmen aus Dienstleistungen	-	-	3.223	1.439	-	(3.758)	904	965
Zinserträge	145	1.312	113	117	-	-	1.687	537
Weitere/sonstige Einnahmen	179	-	236	-	-	-	415	195
Einnahmen insgesamt	27.719	34.466	3.572	1.556	-	(3.758)	63.555	56.850
Ausgaben								
Personal- und damit zusammenhängende Kosten	21.146	15.782	2.743	1.572	-	16	41.259	35.765
Reisen	254	1.023	-	20	-	(4)	1.293	914
Vertragsdienstleistungen	953	5.137	52	24	-	(45)	6.121	5.975
Betriebliche Aufwendungen	2.644	845	-	63	-	(1)	3.551	3.444
Anschaffungen	433	1.140	-	92	-	(332)	1.333	941
Sonstige	992	2.720	653	46	-	(120)	4.291	3.876
Direkte Ausgaben insgesamt	26.422	26.647	3.448	1.817	-	(486)	57.848	50.915
Programmerstützungskosten	-	2.988	-	235	-	(3.223)	-	-
Ausgaben insgesamt	26.422	29.635	3.448	2.052	-	(3.709)	57.848	50.915
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben	1.297	4.831	124	(496)	-	(49)	5.707	5.935
Anpassungen gegenüber früheren Perioden	-	(9)	-	1	-	-	(8)	6
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben, netto	1.297	4.822	124	(495)	-	(49)	5.699	5.941
Vorläufige Einsparungen bei oder Streichung von Verpflichtungen früherer Perioden	325	-	22	-	-	-	347	276
(Zuführungen zu) Entnahmen aus anderen Fonds	-	(597)	(60)	608	-	49	-	-
Rückerstattungen an Geber	(523)	(197)	-	-	-	-	(720)	(137)

Sonstige Anpassungen bei den Rücklagen und Fondssalden ^f	-	-	-	-	(48.687)	-	(48.687)	-
Rücklagen und Fondssalden zu Beginn der Periode	523	29.429	2.033	2.946	-	-	34.931	22.875
Rücklagen und Fondssalden am Ende der Periode	1.622	33.457	2.119	3.059	(48.687)	-	(8.430)	28.955

a Siehe Erläuterung 2.

b Umfasst vom UNDP finanzierte Projekte, die in früheren Rechnungsabschlüssen gesondert ausgewiesen wurden.

c Entspricht fälligen Leistungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses und nach Ruhestand, die nicht den jeweiligen Fonds zugeordnet wurden. Siehe Erläuterung 7.

d Die Vergleichszahlen wurden zur Angleichung an die aktuelle Darstellung umgegliedert.

e Siehe Erläuterung 3 d).

f Entspricht Rückstellungen für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses in Höhe von 41.187.000 \$ sowie für nicht in Anspruch genommene Urlaubstage in Höhe von 2.100.000 \$ und Heimkehrbeihilfen in Höhe von 5.400.000 \$. Diese wurden zuvor in den Erläuterungen ausgewiesen und sind jetzt in den Rechnungsabschlüssen als Verbindlichkeiten erfasst. Siehe Erläuterung 7.

Die beigefügten Erläuterungen sind Bestandteil der Rechnungsabschlüsse.

Internationales Handelszentrum UNCTAD/WTO

Übersicht über das Vermögen, die Schulden, die Rücklagen und die Fondssalden zum 31. Dezember 2006^a

(in Tausend US-Dollar)

	Allgemeiner Fonds	Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit	Programmerhaltungskosten	Revolvierende und andere Fonds	Nicht zugeordnete Verbindlichkeiten ^c	Eliminierungen (alle Fonds)	Gesamt 2006	Gesamt 2004 ^d
Vermögen								
Kassenbestand und Termineinlagen	-	15	-	-	-	-	15	31.276
Zentralkonto der Dienststellen außerhalb des Amtsitzes ^e	3.036	35.626	2.421	3.318	-	-	44.401	-
Forderungen aus Salden zwischen Fonds	45	2.248	-	57	-	(2.350)	-	-
Forderungen an Finanzierungsträger	-	1.378	-	-	-	-	1.378	-
Sonstige Forderungen	312	2.016	18	43	-	-	2.389	5.860
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	5.104	4.355	9	781	-	-	10.249	11.677
Vermögen insgesamt	8.497	45.638	2.448	4.199	-	(2.350)	58.432	48.813
Schulden								
Nicht abgewickelte Verpflichtungen - vorhergehende Periode	-	813	-	105	-	-	918	778
Nicht abgewickelte Verpflichtungen - laufende Periode	1.763	4.052	251	262	-	-	6.328	6.770
Nicht abgewickelte Verpflichtungen - zukünftige Perioden	4.901	4.178	-	773	-	-	9.852	11.394
Verbindlichkeiten aus Salden zwischen Fonds	-	2.602	56	-	-	(2.658)	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Finanzierungsträgern	-	-	-	-	-	-	-	65
Sonstige Verbindlichkeiten	211	536	22	-	-	308	1.077	851
Fällige Leistungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses und nach Ruhestand ^f	-	-	-	-	48.687	-	48.687	-
Schulden insgesamt	6.875	12.181	329	1.140	48.687	(2.350)	66.862	19.858

Universität der Vereinten Nationen^a

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden für den am 31. Dezember 2006 endenden Zwölfmonatszeitraum des Zweijahreshaushalts 2006-2007
(in Tausend US-Dollar)

	Betriebsfonds für das UNU- Zentrum	Betriebsfonds für das UNU- Sitzgebäude ^b	UNU-WIDER- Betriebsfonds	UNU-INTECH- Betriebsfonds	UNU-IIST- Betriebsfonds	UNU-INRA- Betriebsfonds	UNU-BIOLAC- Betriebsfonds	UNU-IAS- Betriebsfonds
Einnahmen								
Freiwillige Beiträge	3.627	1.045	2.258	2.590	201	19	-	4.039
Zinserträge	515	-	129	42	29	6	-	-
Einnahmen aus Dienstleistungen	7	1.456	-	-	-	-	-	-
Weitere/sonstige Einnahmen								
Einnahmen aus dem Verkauf von und Lizenzgebühren für Veröffentlichungen	180	-	11	1	-	-	-	-
Sonstige Einnahmen	52	-	150	220	2	-	-	23
Einnahmen insgesamt	4.381	2.501	2.548	2.853	232	25	-	4.062
Ausgaben								
Personal- und damit zusammenhängende Kosten	8.107	206	2.007	1.475	1.256	536	-	1.013
Reisen	484	-	36	16	80	72	-	137
Vertragsdienstleistungen	176	3	29	24	-	14	-	26
Betriebliche Aufwendungen	515	10	203	200	172	35	-	679
Anschaffungen	133	-	32	40	29	6	-	12
UNU-Sitzgebäude	-	2.040	-	-	-	-	-	-
Forschungs- und Ausbildungsverbände und Verbreitung von Ergebnissen	3.979	-	1.758	1.099	1.042	52	493	2.715
Ausgaben insgesamt	13.394	2.259	4.065	2.854	2.579	715	493	4.582
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben	(9.013)	242	(1.517)	(1)	(2.347)	(690)	(493)	(520)
Vorläufige Einsparungen bei oder Streichung von Verpflichtungen früherer Perioden	1.497	-	162	50	211	96	8	323
(Zuführungen zu) Entnahmen aus anderen Fonds	6.434	-	2.292	927	1.857	1.680	1.426	-
Sonstige Anpassungen bei den Rücklagen und Fondssalden	-	-	-	-	-	-	-	-
Rücklagen und Fondssalden zu Beginn der Periode	8.471	-	2.217	1.098	1.287	(818)	(626)	1.275
Rücklagen und Fondssalden am Ende der Periode	7.389	242	3.154	2.074	1.008	268	315	1.078

Universität der Vereinten Nationen^a
Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden
für den am 31. Dezember 2006 endenden Zwölfmonatszeitraum des Zweijahreshaushalts 2006-2007
(in Tausend US-Dollar)

	UNU-ILI- Betriebsfonds	UNU-INWEH- Betriebsfonds	UNU-CRIS- Betriebsfonds	UNU-EHS- Betriebsfonds	UNU-HIGH- Betriebsfonds ^c	UNU-JAF- Betriebsfonds	UNU-ICDF- Betriebsfonds	UNU-RCF- Betriebsfonds
Einnahmen								
Freiwillige Beiträge	500	1.829	186	2.013	800	-	-	-
Zinserträge	-	67	-	-	-	-	-	-
Einnahmen aus Dienstleistungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Weitere/sonstige Einnahmen								
Einnahmen aus dem Verkauf von und Lizenzgebühren für Veröffentlichungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Einnahmen	-	1	-	202	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt	500	1.897	186	2.215	800	-	-	-
Ausgaben								
Personal- und damit zusammenhängende Kosten	386	545	177	1.849	-	-	-	-
Reisen	116	154	9	66	-	-	-	-
Vertragsdienstleistungen	22	19	6	69	-	-	-	-
Betriebliche Aufwendungen	130	47	-	130	-	-	-	-
Anschaffungen	92	12	-	63	-	-	-	-
UNU-Sitzgebäude	-	-	-	-	-	-	-	-
Forschungs- und Ausbildungsverbünde und Verbreitung von Ergebnissen	261	1.206	-	670	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	1.007	1.983	192	2.847	-	-	-	-
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben	(507)	(86)	(6)	(632)	800	-	-	-
Vorläufige Einsparungen bei oder Streichung von Verpflichtungen früherer Perioden	-	140	3	46	-	-	-	-
(Zuführungen zu) Entnahmen aus anderen Fonds	78	-	-	14	280	-	-	-
Sonstige Anpassungen bei den Rücklagen und Fondssalden								
Rücklagen und Fondssalden zu Beginn der Periode	423	89	28	213	-	1.946	973	2.500
Rücklagen und Fondssalden am Ende der Periode	(6)	143	25	(359)	1.080	1.946	973	2.500

	Betriebsfonds	Stiftungsfonds	Treuhandfonds	Nicht zugeordnete Verbindlichkeiten ^d	Gesamt 2006	Gesamt 2004
Einnahmen						
Freiwillige Beiträge	19.107	4.639	479	-	24.225 ^e	18.269
Zinserträge	788	25.740 ^f	-	-	26.528	12.403
Einnahmen aus Dienstleistungen	1.463	-	-	-	1.463	1.408
Weitere/sonstige Einnahmen						
Einnahmen aus dem Verkauf von und Lizenzgebühren für Veröffentlichungen	192	-	-	-	192	224
Sonstige Einnahmen	650	12.312 ^g	3	-	12.965	18.094
Einnahmen insgesamt	22.200	42.691	482	-	65.373	50.398
Ausgaben						
Personal- und damit zusammenhängende Kosten	17.557	-	433	-	17.990	18.130
Reisen	1.170	-	31	-	1.201	1.191
Vertragsdienstleistungen	388	-	97	-	485	775
Betriebliche Aufwendungen	2.121	-	34	-	2.155	2.650
Anschaffungen	419	-	2	-	421	378
UNU-Sitzgebäude	2.040	-	-	-	2.040	3.282
Forschungs- und Ausbildungsverbände und Verbreitung von Ergebnissen	13.275	-	364	-	13.639	14.291
Ausgaben insgesamt	36.970	-	961	-	37.931	40.697
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben	(14.770)	42.691	(479)	-	27.442	9.701
Vorläufige Einsparungen bei oder Streichung von Verpflichtungen früherer Perioden	2.536	-	254	-	2.790	2.553
(Zuführungen zu) Entnahmen aus anderen Fondsh	14.988	(14.988)	-	-	-	-
Sonstige Anpassungen bei den Rücklagen und Fondssalden ⁱ	-	-	-	(6.067)	(6.067)	-
Rücklagen und Fondssalden zu Beginn der Periode	19.076	278.931	1.535	-	299.542	304.934
Rücklagen und Fondssalden am Ende der Periode	21.830	306.634	1.310	(6.067)	323.707	317.188

a Siehe Erläuterungen 2, 3 und 4.

b Der Betriebsfonds für das UNU-Sitzgebäude wurde zuvor im Betriebsfonds für das UNU-Zentrum erfasst. Zur besseren Darstellung wird der Fonds mit Wirkung vom 1. Januar 2006 gesondert ausgewiesen.

c Der Betriebsfonds des UNU-IGH in Kuala Lumpur (Malaysia), das zur Lösung globaler Gesundheitsprobleme beiträgt, insbesondere im Hinblick auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer, wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2006 eingerichtet. Die Tätigkeit des UNU-IGH wird durch freiwillige Beiträge der Regierung Malaysias finanziert.

d Entspricht fälligen Leistungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses und nach Ruhestand, die nicht den jeweiligen Fonds zugeordnet wurden. Siehe Erläuterung 5.

e Entspricht freiwilligen Beiträgen von Regierungen in Höhe von 20.148.518 \$ und anderen freiwilligen Beiträgen in Höhe von 4.076.215 \$.

f Entspricht Zinserträgen in Höhe von 9.555.915 \$ sowie Nettoerträgen aus der Veräußerung von Wertpapieren in Höhe von 16.871.546 \$ abzüglich Anlageverwaltungsgebühren in Höhe von 687.759 \$.

g Entspricht Nettogewinn aus der Neubewertung von Fremdwährungen in Höhe von 12.311.584 \$.

h Siehe Erläuterung 2 (i) (iv).

i Entspricht Rückstellungen für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses in Höhe von 3.626.000 \$ sowie für nicht in Anspruch genommene Urlaubstage in Höhe von 700.423 \$ und Heimkehrbeihilfen in Höhe von 1.741.108 \$. Diese wurden zuvor in den Erläuterungen ausgewiesen und sind jetzt in den Rechnungsabschlüssen als Verbindlichkeiten erfasst. Siehe Erläuterung 5.

Die beigefügten Erläuterungen sind Bestandteil der Rechnungsabschlüsse.

Universität der Vereinten Nationen^aÜbersicht über das Vermögen, die Schulden, die Rücklagen und die Fondssalden zum 31. Dezember 2006
(in Tausend US-Dollar)

	Betriebsfonds für das UNU- Zentrum	Betriebsfonds für das UNU- Sitzgebäude ^b	UNU-WIDER- Betriebsfonds	UNU-INTECH- Betriebsfonds	UNU-IIST- Betriebsfonds	UNU-INRA- Betriebsfonds	UNU-BIOLAC- Betriebsfonds	UNU-IAS- Betriebsfonds
Vermögen								
Kassenbestand und Termineinlagen	6.156	-	4.153	1.964	1.679	-	-	-
Kurzfristige Kapitalanlagen	-	-	-	-	-	-	-	-
Langfristige Kapitalanlagen	-	-	-	-	-	-	-	-
Zentralkonto der Dienststellen außerhalb des Amtssitzes	7.123	-	522	652	410	120	-	-
Forderungen aus freiwilligen Beiträgen	-	-	-	-	-	-	-	-
Forderungen aus Salden zwischen Fonds	126	-	-	-	-	1.280	996	-
Sonstige Forderungen	796	55	47	146	89	9	2	194
Noch nicht verrechnete interne Leistungen	7.526	550	-	-	-	-	-	2.071
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten und sonstige Vermögensgegenstände	227	-	7	12	33	1	-	79
Vermögen insgesamt	21.954	605	4.729	2.774	2.211	1.410	998	2.344
Schulden								
Nicht abgewickelte Verpflichtungen	2.298	231	877	353	530	67	110	1.092
Verbindlichkeiten aus Salden zwischen Fonds	5.419	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	1.120	132	40	-	103	54	2	174
Noch nicht verrechnete interne Leistungen	5.728	-	658	347	570	1.021	571	-
Fällige Leistungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses und nach Ruhestand	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulden insgesamt	14.565	363	1.575	700	1.203	1.142	683	1.266
Rücklagen und Fondssalden								
Fondskapital	-	-	-	-	-	-	-	-
Salden in Bezug auf geberfinanzierte Projekte	4.598	-	849	296	198	-	-	595
Kumulierter Überschuss (Fehlbetrag)	2.791	242	2.305	1.778	810	268	315	483
Rücklagen und Fondssalden insgesamt	7.389	242	3.154	2.074	1.008	268	315	1.078
Schulden, Rücklagen und Fondssalden insgesamt	21.954	605	4.729	2.774	2.211	1.410	998	2.344

	UNU-ILI- Betriebsfonds	UNU-INWEH- Betriebsfonds	UNU-CRIS- Betriebsfonds	UNU-EHS- Betriebsfonds	UNU-HIGH- Betriebsfonds ^c	UNU-JAF- Betriebsfonds	UNU-ICDF- Betriebsfonds	UNU-RCF- Betriebsfonds
Vermögen								
Kassenbestand und Termineinlagen	17	2.319	-	2.505	-	-	-	-
Kurzfristige Kapitalanlagen	-	-	-	-	-	-	-	-
Langfristige Kapitalanlagen	-	-	-	-	-	-	-	-
Zentralkonten der Dienststellen außerhalb des Amtesitzes	-	-	-	-	-	-	-	-
Forderungen aus freiwilligen Beiträgen	-	-	186	-	-	-	-	-
Forderungen aus Salden zwischen Fonds	145	-	-	-	-	1.946	973	2.500
Sonstige Forderungen	343	18	2	104	-	-	-	-
Noch nicht verrechnete interne Leistungen	-	-	-	-	1.080	-	-	-
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten und sonstige Vermögensgegenstände	2	41	-	-	-	-	-	-
Vermögen insgesamt	507	2.378	188	2.609	1.080	1.946	973	2.500
Schulden								
Nicht abgewickelte Verpflichtungen	373	588	4	926	-	-	-	-
Verbindlichkeiten aus Salden zwischen Fonds	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	4	1	-	-	-	-	-	-
Noch nicht verrechnete interne Leistungen	136	1.646	159	2.042	-	-	-	-
Fällige Leistungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses und nach Ruhestand	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulden insgesamt	513	2.235	163	2.968	-	-	-	-
Rücklagen und Fondssalden								
Fondskapital	-	-	-	-	-	-	-	-
Salden in Bezug auf geberfinanzierte Projekte	-	611	-	568	-	-	-	-
Kumulierter Überschuss (Fehlbetrag)	(6)	(468)	25	(927)	1.080	1.946	973	2.500
Rücklagen und Fondssalden insgesamt	(6)	143	25	(359)	1.080	1.946	973	2.500
Schulden, Rücklagen und Fondssalden insgesamt	507	2.378	188	2.609	1.080	1.946	973	2.500

Universität der Vereinten Nationen^a
Übersicht über das Vermögen, die Schulden, die Rücklagen und die Fondssalden zum 31. Dezember 2006
(in Tausend US-Dollar)

	Betriebsfonds	Stiftungsfonds	Treuhandfonds	Nicht zugeordnete Verbindlichkeiten ^d	Eliminierungen (alle Fonds)	Gesamt 2006	Gesamt 2004 ^e
Vermögen							
Kassenbestand und Termineinlagen	18.793	12.331	560	-	-	31.684	25.082
Kurzfristige Kapitalanlagen	-	-	-	-	-	-	7.692
Langfristige Kapitalanlagen	-	289.325 ^f	-	-	-	289.325	267.018
Zentralkonto der Dienststellen außerhalb des Amtsitzes	8.827 ^g	-	-	-	-	8.827	17.038
Forderungen aus freiwilligen Beiträgen	186	4.751	-	-	-	4.937	5.808
Forderungen aus Salden zwischen Fonds	7.966	4.157	-	-	(12.123)	-	-
Sonstige Forderungen	1.805	2.774	340	-	-	4.919	4.312
Noch nicht verrechnete interne Leistungen	11.227	-	1.661	-	(12.888)	-	-
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten und sonstige Vermögensgegenstände	402	-	2	-	-	404	148
Vermögen insgesamt	49.206	313.338	2.563	-	(25.011)	340.096	327.098
Schulden							
Nicht abgewickelte Verpflichtungen	7.449	-	328	-	-	7.777	8.298
Verbindlichkeiten aus Salden zwischen Fonds	5.419	6.704	-	-	(12.123)	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	1.630	-	915	-	-	2.545	1.612
Noch nicht verrechnete interne Leistungen	12.878	-	10	-	(12.888)	-	-
Fällige Leistungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses und nach Ruhestand ^h	-	-	-	6.067	-	6.067	-
Schulden insgesamt	27.376	6.704	1.253	6.067	(25.011)	16.389	9.910
Rücklagen und Fondssalden							
Fondskapital	-	231.512	-	-	-	231.512	225.211
Salden in Bezug auf geberfinanzierte Projekte	7.715	-	-	-	-	7.715	6.962
Kumulierter Überschuss (Fehlbetrag)	14.115	75.122	1.310	(6.067)	-	84.480	85.015
Rücklagen und Fondssalden insgesamt	21.830	306.634	1.310	(6.067)	-	323.707	317.188
Schulden, Rücklagen und Fondssalden insgesamt	49.206	313.338	2.563	-	(25.011)	340.096	327.098

^a Siehe Erläuterungen 2, 3 und 4.

- b Der Betriebsfonds für das UNU-Sitzgebäude wurde zuvor im Betriebsfonds für das UNU-Zentrum erfasst. Zur besseren Darstellung wird der Fonds mit Wirkung vom 1. Januar 2006 gesondert ausgewiesen.
- c Der Betriebsfonds des UNU-IGH in Kuala Lumpur (Malaysia), das zur Lösung globaler Gesundheitsprobleme beiträgt, insbesondere im Hinblick auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer, wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2006 eingerichtet. Die Tätigkeit des UNU-IGH wird durch freiwillige Beiträge der Regierung Malaysias finanziert.
- d Entspricht fälligen Leistungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses und nach Ruhestand, die nicht den jeweiligen Fonds zugeordnet wurden. Siehe Erläuterung 5.
- e Die Vergleichszahlen wurden der aktuellen Darstellung angepasst.
- f Entspricht Anlagen in Anleihen und Aktien mit einem Marktwert von 312.904.239 \$.
- g Entspricht dem Anteil am Zentralkonto der Vereinten Nationen außerhalb des Amtssitzes und umfasst Kassenbestand und Termineinlagen in Höhe von 7.071.107 \$, kurzfristige Kapitalanlagen in Höhe von 1.436.194 \$ (Marktwert 1.436.132 \$), langfristige Kapitalanlagen in Höhe von 247.620 \$ (Marktwert 245.566 \$) und Forderungen aus Zinsabgrenzungen in Höhe von 72.104 \$.
- h Entspricht Rückstellungen für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses in Höhe von 3.626.000 \$ sowie für nicht in Anspruch genommene Urlaubstage in Höhe von 700.423 \$ und Heimkehrbeihilfen in Höhe von 1.741.108 \$. Diese wurden zuvor in den Erläuterungen ausgewiesen und sind jetzt in den Rechnungsabschlüssen als Verbindlichkeiten erfasst. Siehe Erläuterung 5.

Die beigefügten Erläuterungen sind Bestandteil der Rechnungsabschlüsse.

UNITAR: Übersicht I

Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen^a Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden für den am 31. Dezember 2006 endenden Zwölfmonatszeitraum des Zweijahreshaushalts 2006-2007 (in US-Dollar)

	Sonstige Aktivitäten					Gesamt 2006	Gesamt 2004 ^c
	Allgemeiner Fonds	Fonds für zweckgebundene Zuschüsse	Vom UNDP finanzierte Aktivitäten	Nicht zugeordnete Verbindlichkeiten ^b	Eliminierungen (alle Fonds)		
Einnahmen							
Freiwillige Beiträge	448.514	8.805.849	-	-	-	9.254.363	11.359.204
Einnahmen auf Grund von interinstitutionellen Vereinbarungen	115.500 ^d	1.694.243	397.268	-	-	2.207.011	1.587.474
Einnahmen aus Programmunterstützung	1.211.171	31.167	-	-	(1.242.338)	-	-
Zinserträge	65.780	586.024	-	-	-	651.804	220.010
Weitere/sonstige Einnahmen	40.124	119.726	-	-	-	159.850	49.771
Einnahmen insgesamt	1.881.089	11.237.009	397.268	-	(1.242.338)	12.273.028	13.216.459
Ausgaben							
Personal- und damit zusammenhängende Kosten	1.502.229	6.331.715	225.322	-	-	8.059.266	6.378.943
Reisen	108.045	868.128	69.612	-	-	1.045.785	827.627
Vertragsdienstleistungen	8.754	379.127	-	-	-	387.881	446.902
Betriebliche Aufwendungen	415.867	404.647	6.403	-	-	826.917	559.139
Anschaffungen	7.640	56.193	4.145	-	-	67.978	140.971
Sonstige	81.549	2.938.076	62.359	-	-	3.081.984	2.014.132
Direkte Ausgaben insgesamt	2.124.084	10.977.886	367.841	-	-	13.469.811	10.367.714

UNITAR: Übersicht I
(Fortsetzung)

Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen^a
Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Veränderungen bei den Rücklagen und Fondssalden
für den am 31. Dezember 2006 endenden Zwölfmonatszeitraum des Zweijahreshaushalts 2006-2007
(in US-Dollar)

	Sonstige Aktivitäten					Eliminierungen (alle Fonds)	Gesamt 2006	Gesamt 2004 ^c
	Allgemeiner Fonds	Fonds für zweck- gebundene Zuschüsse	Vom UNDP finanzierte Aktivitäten	Nicht zugewiesene Verbindlichkeiten ^b				
Ausgaben (Fortsetzung)								
Programmunterstützungskosten	-	1.212.911	29.427	-	(1.242.338)	-	-	
Ausgaben insgesamt	2.124.084	12.190.797	397.268	-	(1.242.338)	13.469.811	10.367.714	
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben	(242.995)	(953.788)	-	-	-	(1.196.783)	2.848.745	
Anpassungen gegenüber früheren Perioden	-	(13.265)	-	-	-	(13.265)	1.000	
Überschuss (Fehlbetrag) Einnahmen gegenüber Ausgaben, netto	(242.995)	(967.053)	-	-	-	(1.210.048)	2.849.745	
Vorläufige Einsparungen bei oder Streichung von Verpflichtungen früherer Perioden	3.091	278.959	-	-	-	282.050	227.577	
Rückerstattungen an Geber	-	(26.443)	-	-	-	(26.443)	(947)	
Sonstige Anpassungen bei den Rücklagen und Fondssalden	(151.462) ^e	(495.500) ^f	-	(1.857.000)	-	(2.503.962)	-	
Rücklagen und Fondssalden zu Beginn der Periode	1.453.526	11.363.008	-	-	-	12.816.534	6.624.062	
Rücklagen und Fondssalden am Ende der Periode	1.062.160	10.152.971	-	(1.857.000)	-	9.358.131	9.700.437	

^a Siehe Erläuterung 3.

^b Entspricht Rückstellungen für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses, die nicht den jeweiligen Fonds zugeordnet wurden. Diese wurden zuvor in den Erläuterungen ausgewiesen und sind jetzt in den Rechnungsabschlüssen als Verbindlichkeiten erfasst. Siehe Erläuterung 4.

^c Die Vergleichszahlen wurden zur Angleichung an die aktuelle Darstellung umgegliedert.

^d Entspricht dem Beitrag aus dem ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen.

^e Entspricht Rückstellungen für nicht in Anspruch genommene Urlaubstage in Höhe von 91.688 \$ und Heimkehrbeihilfen in Höhe von 59.774 \$. Diese wurden zuvor in den Erläuterungen ausgewiesen und sind jetzt in den Rechnungsabschlüssen als Verbindlichkeiten erfasst. Siehe Erläuterung 4.

^f Entspricht der Anpassung der Rückstellungen für nicht in Anspruch genommene Urlaubstage in Höhe von 180.250 \$ und Heimkehrbeihilfen in Höhe von 315.250 \$ zur vollständigen Erfassung dieser Verbindlichkeiten in den Rechnungsabschlüssen. Diese Verbindlichkeiten waren zuvor teilweise abgegrenzt und finanziert worden, und zwar für nicht in Anspruch genommene Urlaubstage in Höhe von 186.927 \$ und Heimkehrbeihilfen in Höhe von 326.927 \$. Siehe Erläuterung 4.

Die beigefügten Erläuterungen sind Bestandteil der Rechnungsabschlüsse.

Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen^a

Übersicht über das Vermögen, die Schulden, die Rücklagen und die Fondssalden zum 31. Dezember 2006
(in US-Dollar)

	Sonstige Aktivitäten						Gesamt 2006	Gesamt 2004 ^c
	Allgemeiner Fonds	Fonds für zweckgebundene Zuschüsse	Vom UNDP finanzierte Aktivitäten	Nicht zugeordnete Verbindlichkeiten ^b	Eliminierungen (alle Fonds)	Gesamt 2006		
Vermögen								
Kassenbestand und Termineinlagen	500	7.237	-	-	-	7.737	10.987.096	
Zentralkonten der Dienststellen außerhalb des Amtesitzes ^d	1.261.846	11.531.307	-	-	-	12.793.153	-	
Forderungen aus Beitragszusagen	3.519	-	-	-	-	3.519	32.607	
Forderungen aus Salden zwischen Fonds	13.155	169.311	234.895	-	(417.361)	-	-	
Sonstige Forderungen	-	729.255	640	-	228.500	958.395	1.130.798	
Vermögen insgesamt	1.279.020	12.437.110	235.535	-	(188.861)	13.762.804	12.150.501	
Schulden								
Nicht abgewickelte Verpflichtungen - vorhergehende Periode	-	-	3.818	-	-	3.818	13.675	
Nicht abgewickelte Verpflichtungen - laufende Periode	65.398	1.075.112	9.826	-	-	1.150.336	1.109.696	
Verbindlichkeiten aus Salden zwischen Fonds	-	-	188.861	-	(188.861)	-	-	
Verbindlichkeiten gegenüber Finanzierungsträgern	-	-	29.854	-	-	29.854	1.052.480	
Sonstige Verbindlichkeiten	-	199.673	3.176	-	-	202.849	8.351	
Fällige Leistungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses und nach Ruhestand	151.462 ^e	1 009.354 ^f	-	1.857.000	-	3.017.816	265.862	
Schulden insgesamt	216.860	2.284.139	235.535	1.857.000	(188.861)	4.404.673	2.450.064	
Rücklagen und Fondssalden								
Ausgleichsrücklagen	318.613	-	-	-	-	318.613	150.000	
Kumulierter Überschuss (Fehlbetrag)	743.547	10.152.971	-	(1.857.000)	-	9 039.518	9.550.437	
Rücklagen und Fondssalden insgesamt	1.062.160	10.152.971	-	(1.857.000)	-	9.358.131	9.700.437	
Schulden, Rücklagen und Fondssalden insgesamt	1.279.020	12.437.110	235.535	-	(188.861)	13.762.804	12.150.501	

^a Siehe Erläuterung 3.

^b Entspricht Rückstellungen für Krankenversicherung nach Beendigung des Dienstverhältnisses, die nicht den jeweiligen Fonds zugeordnet wurden. Siehe Erläuterung 4.

^c Die Vergleichszahlen wurden zur Angleichung an die aktuelle Darstellung umgegliedert.

^d Entspricht dem Anteil am Zentralkonto der Dienststellen der Vereinten Nationen außerhalb des Amtesitzes und umfasst Kassenbestand und Termineinlagen in Höhe von 10.290.920 \$, kurzfristige Kapitalanlagen in Höhe von 2.003.032 \$ (Marktwert 2.003.032 \$), langfristige Kapitalanlagen in Höhe von 397.142 \$ (Marktwert 394.147 \$) und Forderungen aus Zinsabgrenzungen in Höhe von 102.059 \$.

^e Entspricht der Summe der Rückstellungen für nicht in Anspruch genommene Urlaubstage in Höhe von 91.688 \$ und Heimkehrbeihilfen in Höhe von 59.774 \$. Siehe Erläuterung 4.

^f Entspricht der Summe der Rückstellungen für nicht in Anspruch genommene Urlaubstage in Höhe von 367.177 \$ und Heimkehrbeihilfen in Höhe von 642.177 \$. Siehe Erläuterung 4.

Die beigefügten Erläuterungen sind Bestandteil der Rechnungsabschlüsse.

Rat der Rechnungsprüfer: Zusammenfassung des Berichts über die Friedenssicherung

Der Rat der Rechnungsprüfer der Vereinten Nationen hat die Friedenssicherungseinsätze der VN für die am 30. Juni 2006 abgelaufene Finanzperiode geprüft und einen ausführlichen Prüfungsbericht herausgegeben sowie einen Bestätigungsvermerk erteilt. Der Bericht des Rates enthält eine Zusammenfassung, die nachstehend wiedergegeben ist.

Wiedergabe der Zusammenfassung des Berichts des Rates über die Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen (A/61/5, Vol. II)

Der Rat der Rechnungsprüfer hat die Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen für die am 30. Juni 2006 abgelaufene Finanzperiode geprüft. Eine Aufstellung der geprüften Missionen findet sich in Anhang I dieses Kapitels. Die Prüfung am Amtssitz umfasste den Reservefonds für Friedenssicherungsmaßnahmen, den Friedenssicherungs-Sonderhaushalt und 22 abgeschlossene Missionen.

Der Rat entsprach außerdem besonderen Ersuchen des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen und der Generalversammlung. Neben der Prüfung der Rechnungsabschlüsse für die am 30. Juni 2006 abgelaufene Finanzperiode führte der Rat auch Überprüfungen der Friedenssicherungseinsätze gemäß Artikel 7.5 der Finanzordnung durch.

Wie aus Kapitel III hervorgeht, erteilte der Rat einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk für die Rechnungsabschlüsse der Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen für die am 30. Juni 2006 abgelaufene Finanzperiode und machte dabei auf einige Fragen aufmerksam.

Umsetzung früherer Empfehlungen

Entsprechend dem Ersuchen des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen in Ziffer 8 seines Berichts über verwaltungs- und haushaltstechnische Aspekte der Finanzierung der Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen (A/59/736)

betrachtete der Rat den Zeitpunkt der Abgabe seiner noch nicht vollständig umgesetzten Empfehlungen. In Anhang II dieses Kapitels ist die Finanzperiode angegeben, in der die betreffende Empfehlung erstmals unterbreitet wurde. Von den insgesamt 72 Empfehlungen waren 25 (35 Prozent) umgesetzt, 44 (61 Prozent) befanden sich in Umsetzung und 3 (4 Prozent) waren nicht umgesetzt. Von den 44 noch nicht vollständig umgesetzten Empfehlungen stammen 22 (50 Prozent) aus der Periode 2004/05, 16 (36 Prozent) aus 2003/04, 4 (10 Prozent) aus 2002/03, 1 (2 Prozent) aus 2001/02 und 1 (2 Prozent) aus 2000/01.

Koordinierung zwischen den Aufsichtsorganen

Um Doppelarbeit zu vermeiden, stimmt sich der Rat bei der Planung seiner Prüfungen kontinuierlich mit dem Amt für interne Aufsichtsdienste und den zuständigen Experten ab und berücksichtigte entsprechend auch den Umfang und die Ergebnisse der Innenrevision.

Finanzüberblick für die am 30. Juni 2006 abgelaufene Finanzperiode

Den Gesamteinnahmen in Höhe von 5,1 Milliarden Dollar (2004/05: 4,5 Milliarden Dollar) standen Gesamtausgaben in Höhe von 4,6 Milliarden Dollar (2004/05: 4,1 Milliarden Dollar) gegenüber. Der Anstieg der Gesamteinnahmen war zu 79 Prozent auf Pflichtbeiträge zurückzuführen. Der 12-prozentige Anstieg der Ausgaben entstand durch die Ausweitung der Tätigkeit von drei Missionen, nämlich der UNMIS, der UNOCI und der MINUSTAH.

Der Wert der ausstehenden Pflichtbeiträge für das am 30. Juni 2006 abgelaufene Finanzjahr ging von 1,66 Milliarden Dollar (2004/05) um 23,3 Prozent auf 1,27 Milliarden Dollar zurück. Dadurch erhöhten sich die für die Begleichung der Verbindlichkeiten in Höhe von 1,92 Milliarden Dollar (2004/05: 2,06 Milliarden Dollar) verfügbaren flüssigen Mittel auf 2,19 Milliar-

den Dollar (2004/05: 1,74 Milliarden Dollar). Von den ausstehenden Bruttobeiträgen in Höhe von 1,27 Milliarden Dollar waren 706,3 Millionen Dollar (56 Prozent) seit mehr als einem Jahr ausständig, davon 165,7 Millionen Dollar für aktive Missionen, 527,1 Millionen Dollar für abgeschlossene Missionen und 13,6 Millionen Dollar für zweckgebundene Konten.

Allgemeine Feststellungen

Die wichtigsten Feststellungen des Rates, die sich aus der Prüfung ergaben, sind nachstehend aufgeführt.

Beschaffungswesen und Auftragsmanagement

- a) Der Beschaffungsdienst war nicht in der Lage, Einfluss auf die geografische Verteilung der Aufträge zu nehmen;
- b) vorgeschriebene Registrierungsdokumente lagen zum Zeitpunkt der Aufnahme in das Lieferantenverzeichnis der UNMIK noch nicht vor;
- c) die MINURSO, die UNMIS und die Versorgungsbasis der Vereinten Nationen hatten ihre Bewertung der Leistungserfüllung durch die Lieferanten nicht an den Beschaffungsdienst übermittelt;
- d) am Amtssitz der Vereinten Nationen und bei der UNFICYP waren keine ausreichenden Erfüllungsgarantien bei den Auftragnehmern eingeholt worden;
- e) bei der UNMIK, der MINUSTAH und der UNOCI sowie in zwei Büros am Amtssitz der Vereinten Nationen wurde eine unzureichende Beschaffungsplanung festgestellt;
- f) die MINUSTAH und die UNMIK versäumten es, den Fortbildungsbedarf der Beschaffungsreferenten zu ermitteln;
- g) die Erklärungen, in denen das Beschaffungspersonal seine Unabhängigkeit bestätigt, waren bei der UNMIL nicht unterzeichnet worden;
- h) bei der MINUSTAH kam es nach wie vor zur rückwirkenden Vorlage von Beschaffungsvorgängen an den Ausschuss für Aufträge am Amtssitz;
- i) bei der UNMIL benötigte der Ausschuss für Aufträge am Amtssitz lange Vorlaufzeiten für die Genehmigung der Beschaffungsvorgänge;
- j) bei der UNMOGIP und der UNOCI wurden Warenkäufe von nicht ausreichend befugten Beschaffungsreferenten genehmigt;
- k) bei der MINUSTAH und der ONUB erbrachten Lieferanten Dienstleistungen ohne vertragliche Grundlage.

Luftoperationen

Die Haushaltsmittel für Luftoperationen gingen auf Grund des Ablaufs des Mandats der UNMISSET und der UNAMSIL zwar insgesamt zurück, doch nahmen die Luftoperationen der Missionen infolge der Ausweitung der Aktivitäten der UNMIS und der UNOCI gegenüber dem vorhergehenden Berichtszeitraum erheblich zu. Für die am 30. Juni 2006 abgelaufene Finanzperiode stellte der Rat die folgenden Mängel fest:

- a) Die insgesamt in Anspruch genommenen 108.445 Flugstunden (2004/05: 90.973) lagen um 57.264 Stunden (34,55 Prozent) unter den im Haushalt angesetzten 165.709 Stunden (2004/05: 133.296);
- b) nur 16 der 53 Lufttransportunternehmen, die laufende Verträge mit den Vereinten Nationen hatten, waren einer Qualitätsinspektion vor Ort unterzogen worden;
- c) etwa 30 Prozent der Luftfahrzeuge wurden keiner regelmäßigen Leistungsbewertung unterzogen;
- d) gemessen an den Richtwerten der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation reichte das Personal für Lufttransportunterstützung nicht aus, um die gewachsene Luftfahrzeugflotte zu betreuen;
- e) die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze hatte am Amtssitz der Vereinten Nationen noch keinen Rat für Flugsicherheit eingesetzt;
- f) nicht im Dienst der Vereinten Nationen stehenden Passagieren wurde gestattet, mit Luftfahrzeugen der Vereinten Nationen zu verschiedenen Zielen in Sudan zu reisen, ohne dass befugte Bedienstete der Vereinten Nationen eine entsprechende Genehmigung erteilt hätten.

Verwaltung der Fahrzeugflotte

Am 30. Juni 2006 umfasste die Fahrzeugflotte der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze 15.532 Fahrzeuge im Wert von 428,16 Millionen Dollar. Der Rat stellte Folgendes fest:

- a) Die UNMIK hatte dem Treibstofflieferanten über einen Zeitraum von mehr als vier Jahren 2,3 Millionen Dollar zu viel gezahlt;
- b) bei der UNMIK, der UNMIS und der UNOCI gab es keinen Rotationsplan zur Steigerung der Effizienz und des Nutzens der Fahrzeuge;
- c) bei der UNMOGIP und der UNMIL wurden die Standardkriterien für den Austausch von Fahrzeugen nicht beachtet;

d) bei der UNMIS und der UNFICYP wurde das CarLog-System nicht im größtmöglichen Umfang eingesetzt;

e) bei der UNMIK wurden Diskrepanzen und Fehler in den mit den Systemen CarLog und FuelLog erstellten Berichten festgestellt;

f) etwa 45 Prozent der insgesamt 15.532 Fahrzeuge umfassenden Flotte waren in Unfälle verwickelt.

Verwaltung von Vermögensgegenständen

Der Wert der erfassten Nichtverbrauchsgüter stieg zwischen dem 30. Juni 2005 und dem 30. Juni 2006 von 1,04 Milliarden Dollar um 17 Prozent auf 1,22 Milliarden Dollar. Der Beschaffungswert belief sich in der Finanzperiode auf 276,5 Millionen Dollar, die Aussonderungen und Bereinigungen auf 95,2 Millionen Dollar und die Abschreibungen auf 4,4 Millionen Dollar. Der Rat stellte Folgendes fest:

a) Bei der UNMEE kam es zu Verzögerungen bei der Aktualisierung von Daten zu 58 Fahrzeugen im Wert von 850.809 Dollar im Galileo-System;

b) bei der UNOCI war die körperliche Bestandsaufnahme zum Ende der Finanzperiode 2005/06 nicht abgeschlossen;

c) zur Aussonderung bestimmte Nichtverbrauchsgüter mit einem Gesamtwert von 14,4 Millionen Dollar waren noch nicht endgültig ausgesondert worden;

d) es zeigte sich die Notwendigkeit, Befugnisse bedarfsgerecht zu delegieren, damit Genehmigungen von Abschreibungen und Aussonderungen von Nichtverbrauchsgütern rasch vorgenommen werden können.

Strategische Materialreserve

Am 30. Juni 2006 betrug der Wert der strategischen Materialreserve etwa 88,2 Millionen Dollar gegenüber einem Vergleichswert von 60,8 Millionen Dollar für die vorangegangene Finanzperiode. Der Rat stellte Folgendes fest:

a) Die Wiederauffüllung der strategischen Materialreserve wurde im Galileo-System erst nach dem tatsächlichen Eingang der Güter bei den Empfängermissionen erfasst und mit den Beständen abgeglichen und nicht schon zum Zeitpunkt des Materialabrufs;

b) bei insgesamt 24 Lieferungen war die von der Versorgungsbasis der Vereinten Nationen für 2005/06

festgelegte Vorlaufzeit von 26 Tagen für Inspektionen überschritten worden;

c) für 153 Generatoren im Wert von insgesamt 1,9 Millionen Dollar waren keine ausreichenden Schutzvorrichtungen vorhanden.

Friedenssicherungs-Sonderhaushalt

Der Beratende Ausschuss für Verwaltungs- und Haushaltsfragen ersuchte den Rat der Rechnungsprüfer, die Entwicklung des Friedenssicherungs-Sonderhaushalts zu evaluieren. Der Rat stellte Folgendes fest:

a) Es gab weder eine feste Formel noch ein bestimmtes Modell für die Darstellung des Zusammenhangs zwischen dem Umfang und der Komplexität der Friedenssicherungseinsätze einerseits und dem Umfang des Sonderhaushalts andererseits;

b) die Überprüfung der Vorschläge zur Schaffung neuer Stellen muss unter Berücksichtigung der in dem Bericht des Generalsekretärs über den Sonderhaushalt (A/45/493) genannten Kriterien erfolgen. Die Verwaltung muss sich erneut mit den Bestimmungen des Dokuments A/45/493 befassen, um die Kriterien zu ermitteln, die die Effizienz der Managementprozesse in Bezug auf sich verändernde Umstände/Anforderungen und auf die Stärkung des Überprüfungsprozesses beeinträchtigen;

c) einige Stellenbeschreibungen und Arbeitspläne enthielten keine angemessenen, klaren, konkreten, kohärenten und aktuellen Informationen, die die Überprüfung und Verifikation der bestimmungsgemäßen Verwendung der Stellen gestatten würden.

Verpflegungsrationen

Die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze hatte bis September 2006 zehn Verpflegungsverträge mit einem Auftragswert von etwa 427,36 Millionen Dollar vergeben. Der Rat stellte Folgendes fest:

a) Um eine ordnungsgemäße Verwaltung der Verpflegungsrationen zu gewährleisten, müssen unter anderem folgende Mängel behoben werden: Fehlen von Eventualfallplänen oder alternativen Vorkehrungen für die Versorgung mit grundlegenden Gütern wie Nahrungsmitteln, Lieferung von Verpflegungsrationen ohne genehmigten Vertrag, Unstimmigkeiten in Bezug auf den Preis der gekauften Artikel, Fehlen von Strafklauseln im Verpflegungsvertrag;

b) für vier Verpflegungsverträge, einschließlich ihrer Änderungen, mit einem Gesamtwert von

197,7 Millionen Dollar wurden die erforderlichen Leistungserfüllungsberichte über die Auftragnehmer nicht vorgelegt.

Personalmanagement

Die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze hatte im Berichtszeitraum mehrere Projekte zur Verbesserung des Personalmanagements eingeleitet. Der Rat stellte Folgendes fest:

- a) Einige Vorgaben in Bezug auf die Personalplanung wurden nicht eingehalten, etwa die Erstellung eines jährlichen Fortbildungsplans für das Personal, die Gleichstellung der Geschlechter und eine angemessene Evaluierung des Fortbildungsbedarfs des Personals;
- b) der Anteil der unbesetzten Stellen für internationale Zivilbedienstete betrug für alle Missionen zusammengenommen 26 Prozent und lag damit um 3,4 Prozent unter dem Vorjahreswert von 29 Prozent;
- c) weitere Mängel wurden in den folgenden Bereichen festgestellt: Überstundenkontrolle und -vergütung, Zahlungen von Krankenversicherungsprämien, Unterzeichnung von Ernennungsschreiben und Genehmigung von Urlaubsanträgen.

Ergebnisorientiertes Haushaltsverfahren

Die Anwendung des ergebnisorientierten Haushaltsverfahrens wurde stetig verbessert. Bei der MINUSTAH und der UNMIK waren jedoch einige frühere diesbezügliche Empfehlungen des Rates noch immer nicht umgesetzt worden. Im Einzelnen wurde Folgendes festgestellt:

- a) Bei der MINUSTAH waren bestimmte Indikatoren entweder nicht messbar, zu unspezifisch oder nicht mit Fristen versehen oder nicht mit erwarteten Ergebnissen verbunden, die den Ressourcenbedarf rechtfertigen würden;
- b) die UNMIK verfügte über kein formelles, systematisches Datenerhebungssystem und konnte daher nicht genügend Nachweise in Form von Ori-

naldokumenten erbringen, um die tatsächlichen Zielerreichungsindikatoren und Produkte zu belegen.

Informations- und Kommunikationstechnologie

- a) Die UNMIL, die UNMIK und die UNOMIG waren der früheren Empfehlung des Rates nicht nachgekommen, die bei den Vereinten Nationen für Missionen geltende Norm anzuwenden, wonach für vier Tischcomputer jeweils ein Drucker zur Verfügung steht;
- b) die begrenzten Einrichtungen der Versorgungsbasis der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Satellitenkommunikation der Missionen führten unter anderem zu Problemen bei der Stromversorgung und dem Kühlsystem, zu unzureichendem Lagerraum für benötigte Ersatzteile und zu beengten Arbeitsbedingungen.

Projekte mit rascher Wirkung

Projekte mit rascher Wirkung sollten die Akzeptanz der Missionen in den Gastgemeinden fördern und in möglichst kurzer Zeit sichtbare Ergebnisse erbringen. Bei mindestens drei Missionen stellte der Rat Folgendes fest:

- a) Bei der UNMIS und der ONUB legten die ausführenden Organisationen entgegen den Vereinbarungen keine monatlichen Berichte über laufende Projekte vor;
- b) bei der UNMEE waren 15 von 20 Projekten (75 Prozent) nicht innerhalb der in der Aufgabenstellung geforderten Frist von sechs bis acht Wochen abgeschlossen worden, wodurch der beabsichtigte Zweck eines Projektes mit rascher Wirkung verfehlt wurde.

Empfehlungen

Der Rat hat auf der Grundlage seiner Prüfungsfeststellungen mehrere Empfehlungen abgegeben. Die wichtigsten Empfehlungen des Rates sind in Ziffer 14 des Berichts zusammengefasst.

